Donnerstag, 22. September 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 221 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Westen flexibel: USA und NATO-Partner einigen sich in der Special Consultative Group auf Vorschlag an die Sowjets, bei den Genfer Raketen-Verhandlungen auch über atomwaffentragende Flugzeuge zu sprechen und die in Asien stationierten SS-20-Sowjetraketen auszuklammern. – Reaktionen auf Andropow-Brief an SPD-Abgeordnete meist skeptisch; Bahr allerdings: die Welt würde „ein bißchen sicherer".

Kirchen-Appell: Die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland appellieren an die SED-Führung, *mehr Reisen als bisher* „zwischen beiden deutschen Staaten" zuzulassen. (S. 1 und 3)

Sozialisten optimistisch: In der Regierungserklärung zur Lage Spaniens gibt sich Ministerpräsident Gonzalez vorsichtig optimistisch über die Wirtschaftssituation des EG-Anwärters. (S. 6)

Athen verweigert: Die *griechische* Linksregierung verweigert dem NATO-Partner USA Zwischenlandungs-Rechte zur Versorgung der amerikanischen Friedenstruppe in Libanon. (S. 10)

„Loch" im Innenressort: Aus dem Bundesinnenministerium werden zunehmend vertrauliche Texte – offenbar von ungetreuen Mitarbeitern – in die Öffentlichkeit lanciert. So wird eine angeblich vertrauliche Studie des Grenzschutzkommandeurs West, Wegener, von der SPD-Bundestagsfraktion veröffentlicht. (S. 6)

Schamir beauftragt: Israels Außenminister Schamir wird von Präsident Herzog mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt; er bietet der oppositionellen Arbeiterpartei eine „nationale Einheitsregierung" an, deren Vorsitzender Peres lehnt aber ab.

Seguel frei: Der wegen Beleidigung Präsident Pinochets in Chile inhaftierte Gewerkschaftsführer ist wieder frei; Pinochet ließ die Anklage fallen.

Heute: Zentralbankratsitzung in Frankfurt. – Bundeskanzler Kohl besichtigt *Bundeswehrherbstmanöver.* – CDU/CSU-Abgeordnete zu viertägigem Informationsbesuch nach Ost-Berlin und in die *„DDR"*. – Ex-Kanzler Schmidt nach Ägypten.

Selbstmedikation

Immer mehr Deutsche greifen bei leichten Krankheiten zur Tablette ohne Rezept – nach einer Diagnose ohne „Doktor". Skepsis gegenüber der Schulmedizin? Auf alle Fälle sparen die Krankenkassen so viel Geld. Politiker und Wissenschaftler äußern sich zur Selbstmedikation. S. I bis X

WIRTSCHAFT

Weltweite Schulden: Die internationale Verschuldungskrise darf nicht als Problem privater Banken gesehen werden, warnt Dresdner Bank Vorstandssprecher Friderichs. (S. 11)

IWF-Tagung: Wichtige Beschlüsse des IWF müssen vertagt werden, wenn sich US-Kongreß und *Weißes Haus nicht auf eine* Anhebung des amerikanischen Anteils an der beabsichtigten Quotenerhöhung einigen. (S. 12)

Kfz-Zulassungen: Der Boom ist ungebrochen; im August 15,4 Prozent mehr (173 394) als im August 1982.

MS Astor: Das Hamburger Kreuzfahrtschiff „Astor" steht zum Verkauf; als Interessent meldet sich die südafrikanische Reederei Safmarine, die eventuell ein zweites ähnliches Schiff auf einer deutschen Werft bauen lassen will.

Dresdner Bank: Der aufwärts gerichtete Ertragstrend hält an; *Dividendenerhöhung* wurde angekündigt.

DAL: Die DAL Deutsche Anlagen *Leasing ist in finanzielle* Schwierigkeiten geraten, doch ist ihre Sanierung gesichert.

Börse: Nach festem Beginn an den deutschen Aktienbörsen litten die Kurse zum Schluß unter Gewinnmitnahmen. WELT-Aktienindex 138,0 (136,9). Rentenmarkt weiter vorsichtig. Dollar-Mittelkurs 2,6660 (2,6616) Mark. Goldpreis je *Feinunze 411,25 (412,35) Dollar.*

ZITAT DES TAGES



„Wir werden weiterhin der Vorstellung widersprechen, in Helsinki sei die gegenwärtige tragische Teilung Europas festgeschrieben worden, und wir werden standhaft daran festhalten, daß der Geist von Helsinki eine Verpflichtung zu Offenheit und für Menschenrechte ist."

US-Vizepräsident George Bush bei seinem Besuch in Wien. FOTO: DPA

KULTUR

***Stammplatz:** Die ersten vier der* acht Schinkelfiguren – Nike und Athene unter ihnen – erhielten gestern wieder ihren alten Stammplatz auf der Berliner Schloßbrücke, die bis 1984 völlig wiederhergestellt sein soll.

Dali malt nicht mehr: Der Künstler ist nach Angaben von Freunden depressiv, hat seit April keinen Pinsel mehr angerührt und interessiert sich nur noch für die Menschenschlangen vor dem Dali-Museum in Figueras.

SPORT

Segeln: Die Hochseeyacht Liberty gewann die vierte Regatta des America's Cup. Ihr fehlt gegen die Australia II noch ein Sieg, um den Pokal in den USA zu behalten, wo er seit 132 Jahren steht.

Fußball: 50 000 Zuschauer kamen zum Abschiedsspiel von Gerd Müller. Der erfolgreichste Mittelstürmer aller Zeiten wird etwa 250 000 Mark an diesem Spiel verdienen. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Prozeß verlegt: Der in ganz Frankreich mit Spannung erwartete Sensationsprozeß um „medizinische Gnadenerlasse" in Marseille *ist vom obersten* Berufungsgericht aus Paris ins „neutrale" Versailles bei Paris gelegt worden, offenbar, um Racheakte der Unterwelt von *Marseille auszu*schließen. (S. 18)

Kunstknochen: Eine japanische Firma hat einen Kunst-Knochen entwickelt, der in seiner Zusammensetzung nahezu identisch mit *natürlichen* Knochen ist.

Wetter: Im Norden wechselnd wolkig mit Regenschauern, bis 19 Grad; *im Süden meist heiter, 19* bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA wollen in Genf jetzt auch über Flugzeuge verhandeln

Gleichgewicht bleibt Ziel des Bündnisses / Festhalten am „Waffenmix"

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die USA wollen sich gegenüber den Sowjets bereit erklären, bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) auch über Flugzeuge mit Atomwaffen zu sprechen und die in Asien stationierten 108 SS-20-Raketen bei der Herbeiführung eines nuklearen Gleichgewichts in Europa nicht mit anzurechnen. Dies sind nach zuverlässigen Informationen die beiden entscheidenden neuen Punkte in jeder westlichen Verhandlungsposi*tion, über die sich die europäischen* NATO-Partner mit den Amerikanern in einer Sondersitzung der Special Consultative Group der NATO geeinigt haben.

Unverändert bleibt das zentrale Ziel des Bündnisses: durch eine linear-prozentuale Verringerung der beiderseitigen Bewaffnung zu einem Gleichgewicht bei den Mittelstreckenraketen in Europa zu kommen. Auf westlicher Seite soll dabei der „Waffenmix" nicht in Frage gestellt werden: Das heißt, solange die Sowjets keiner Null-Lösung zustimmen, wird der Westen Ende des Jahres mit der Aufstellung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern, wie im NATO-Doppelbeschluß vorgesehen, beginnen. Zwischenlösungen mit einem Umfang zwischen 450 und 500 Sprengköpfen auf jeder Seite werden für möglich gehalten.

Die von den Sowjets geforderte Anrechnung der 162 britischen und französischen Systeme bei den INF-Verhandlungen wird von den NATO-Verbündeten weiterhin abgelehnt.

Dagegen kommt die Nichtanrech*nung der auf asiatische Ziele gerich*teten SS-20-Raketen (WELT vom 19. 9.) den sowjetischen Wünschen entgegen. Zwar wird damit der bisherige globale Ansatz der westlichen Verhandlungsposition nicht völlig aufgegeben. Die Amerikaner sind jedoch zur Einführung von regionalen

SEITE 4:
Bonn registriert Anzeichen

Untergrenzen bereit. Auf keinen Fall soll den Sowjets erlaubt werden, SS-20-Raketen von Europa *nach* Asien zulegen. Vielmehr soll angestrebt werden, daß die Zahl der in Asien stationierten sowjetischen Systeme *„eingefroren"* und nach *Möglichkeit* verringert wird. Die Amerikaner behalten sich das Recht vor, ihrerseits Gegenwaffen zu den „asiatischen" SS-20 aufzubauen, ohne aber derzeit konkrete Absichten dieser Art zu verfolgen.

Bisher hatte der Westen die Auffassung vertreten, in der ersten Phase der INF-Verhandlungen sollten Amerikaner und Sowjets nur über landgestützte Mittelstreckenraketen verhandeln, weil jede Erweiterung der Thematik die Verhandlungen in unerwünschter Weise verzögern würde. Die Russen verlangten jedoch immer wieder eine Einbeziehung der atomwaffentragenden amerikanischen *Flugzeuge.* Zu einer Diskussion darüber wollen sich die USA nun bereit erklären. Dabei denken sie offenbar an ihre Mittelstreckenbomber vom Typ F-111. Andererseits *sollen dann* aber auch die sowjetischen Bomber vom Typ Backfire, Blinder und Badger einbezogen werden. Das lehnen die Russen ab.

Die Bundesregierung ist über die neue westliche Verhandlungslinie befriedigt, weil dabei weitgehend Bonner Anregungen übernommen worden sind. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, begrüßte es, daß die USA „durch den erneuten Beweis größter Felxibilität äußerste Anstrengungen unternehmen, um ein faires *Verhandlungsergebnis* noch in diesem Jahr zu erzielen. Es handelt sich hier um ausgesprochen weitgehende Zugeständnisse, die vor allem dann zu einem Ergebnis führen können, falls auf sowjetischer Seite der Wille zur Einigung besteht". Gerade das Angebot regionaler Untergrenzen biete die Chance, die Zahl der Sprengköpfe in Europa und damit auch die Nachrüstung der NATO *so niedrig wie möglich zu halten.*

DER KOMMENTAR

Offerte

CAY GRAF BROCKDORFF

Wir erleben ein Phänomen: Seit 1981 im November die Verhandlungen über die *Mittelstreckenwaffen in Genf* eröffnet wurden, werden sie von schrillen, oft geradezu hysterischen Tönen begleitet. Nüchtern muß man feststellen, daß sich – was die Bundesrepublik Deutschland betrifft – insbesondere Sozialdemokraten, gewisse Intellektuelle und bestimmte Medien gewaltig für das Zustandekommen dieser Atmosphäre verantwortlich fühlen müssen. Der Kreml gießt bei jeder sich bietenden Gelegenheit Öl ins Feuer, das nur im westlichen Lager brennt.

Es gibt zwei Ebenen, auf de*nen* die *Auseinandersetzung* um die Mittelstreckenwaffen geführt wird. Eine am Genfer Tisch, eine andere, strategisch ungleich bedeutungsvollere, in der Öffentlichkeit, die das ständige Ziel sowjetischer Desinformationen ist. Das ist die Situation, in der über elementare sicherheitspolitische Probleme entschieden werden muß, die in einer Demokratie des Konsensus einer informierten Öffentlichkeit bedürfen.

Nicht zuletzt so ist es zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten sich jetzt veranlaßt sehen, auf die sowjetische Forderung einzugehen, in Genf zusätzlich über die Begrenzung nuklearfähiger Flugzeuge zu re*den. Washington* wollte das zunächst vermeiden, weil es einen raschen Verhandlungserfolg anstrebte. Die Einbeziehung der Flugzeuge, die man als eigene Kategorie behandeln muß, kann Ergebnisse verzögern, zumal Moskau hier mit noch schlimmeren Taschenspielertricks aufwartet als bei den Raketen.

In der Sache selbst handelt es sich zweifelsfrei um ein amerikanisches Entgegenkommen. Das ist auch der Fall beim Verzicht auf die bisherige Forderung Washingtons, die gegen asiatische Ziele gerichteten sowjetischen Raketen mitzuzählen. Zu beachten ist aber, daß Washington sich das Recht vor*behält, sie mit Gegenwaffen* aufzuwiegen. Das Prinzip der Globalität und gleicher Obergrenzen, so wie es von einem vom Kongreß verabschiedeten Gesetz vorgeschrieben ist, wird nicht aufgegeben.

Die amerikanische Offerte zwingt Moskau, jetzt Farbe zu bekennen. Zugleich aber macht sie die westliche Verhandlungsposition unübersichtlicher. Das hätte nicht sein müssen, wenn mancherorts in Europa mehr Verstand gewaltet hätte.

Andropows Brief stößt auf Skepsis

Sowjetführer Anwalt der „Friedensbewegung" / Kampagne gegen Nachrüstung wird verstärkt

dpa/rtr/AP, **Bonn/Washington**

In Washington und Bonn sind die vom sowjetischen Staats- und Partei*chef Jurij Andropow in einem Brief* an SPD-Abgeordnete unterbreiteten Abrüstungsvorschläge vorwiegend skeptisch oder ablehnend aufgenommen worden. Der Sprecher des State Departments, Hughes, wies die Vorschläge vor der Presse in Washington zurück. In ihnen *sei* nichts Neues enthalten. Ein Einfrieren der Atomwaffen, so Hughes, würde der Sowjetunion ihre „strategischen Vortei*le" erhalten und ihr damit jeden An*reiz für substantielle Reduzierungen nehmen.

Regierungssprecher Peter Boenisch nannte das Schreiben an die SPD-Abgeordneten „propagandistisch gefärbt" und betonte, daß lediglich Ergebnisse bei den Genfer Verhandlungen zwischen USA und UdSSR in der Abrüstungsfrage weiterhelfen könnten. Der Staatsminister im *Auswärtigen Amt, Alois Mer*tes, erklärte, Andropows Brief zeige, daß die sowjetische Führung starke Gruppen der SPD als „Verbündete *Moskaus gegen Washington"* betrachte. Die Hoffnungen, die Andropow auf diese „kurzsichtigen Kräfte" setze, seien jedoch trügerisch, denn er verkenne die Festigkeit der Bundesregierung und der NATO. Die SPD-Führung, so Mertes, sei an ei*nem Scheidewege. Sie müsse* erklären, ob sie den Kurs der Nachgiebigkeit steuern oder ihre Loyalität zum Bündnis beweisen wolle.

*Nach Ansicht des SPD-*Abgeordneten Egon Bahr wäre „die Welt ein bißchen sicherer als sie ist", wenn Andropows jüngster Vorschlag verwirklicht würde. Gegenüber der Deutschen Welle meinte Bahr ferner, die Verwirklichung des Andropow-*Vorschlags* „wäre *zunächst einmal* ein vollständiger Freeze, das heißt ein Einfrieren in Ost und West, es wäre ein vollständiger Teststopp". Dies aber sei eine alte Forderung des ganzen Deutschen Bundestages. Bahr forderte die Bundesregierung und die USA auf, den Brief „genau zu prüfen".

*

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

*In Moskau wurde ein Stein ins Was*ser geworfen. Nun schaut man gelassen den Wellen zu, die er ausgelöst hat. Dieses Bild drängt sich auf, wenn man die kommentarlose Präsentation des Andropow-Briefes in den sowjetischen Massenmedien mit den lebhaften Reaktionen vergleicht, die das Schreiben an die SPD-Abgeordneten in der Bundesrepublik ausgelöst hat.

Das Auffälligste an dem Brief ist der väterlich besorgte Tonfall, mit dem sich Andropow zum Anwalt der westdeutschen „Friedensbewegung" macht. Fast hat man den Eindruck, er wäre gern mit von der Partie. Wir werden es schon schaffen, suggeriert

● **Fortsetzung Seite 10**

SPD würde Weizsäcker wählen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die SPD-Führung hat Bundeskanzler Helmut Kohl wissen lassen, daß sie bei einer Kandidatur von Richard von Weizsäcker (CDU) für das Amt des Bundespräsidenten keinen Gegenkandidaten nominieren wird. Auf diese Linie haben sich der Partei*vorsitzende Brandt und Oppositions*führer Vogel verständigt.

Diese Position der SPD hat mehrere Beweggründe. Zum einen hätte ein von ihr benannter Gegenkandidat angesichts der Mehrheit der CDU/CSU und der FDP in der Bundesversammlung ohnehin keine realistische Chance. Zum anderen, und dies klingt glaubhaft, halten es die SPD-Politiker für sinnvoll, gerade in die*ser von politischen Frontstellungen* gekennzeichneten Situation mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einen Mann in das Amt des Staatsoberhauptes zu wählen, dessen Ansehen und politisch gemäßigten Kurs sie respektieren.

Der Bundeskanzler selbst hat keinen Vorschlag unterbreitet, sondern dieses Thema auf die Zeit nach der Wahl in Hessen vertagt. Aber es ist *anzunehmen, daß er darüber mit dem* Fraktionsvorsitzenden Dregger am Montag in Fulda gesprochen hat. Neben von Weizsäcker waren verschiedentlich Bundestagspräsident Rainer Barzel und Dregger für das Amt des Staatsoberhauptes genannt worden. Kopfzerbrechen bereitet Kohl offensichtlich, wer bei einer Wahl von Weizsäckers in Berlin Regierender Bürgermeister werden soll. Hierfür *wird immer häufiger der CDU-Frak*tionsvorsitzende Diepgen genannt.

Psychiatrie: Neue Anklagen gegen Moskau

rtr/DW. **Washington**

Westliche Experten haben die Sowjetunion beschuldigt, bis zu 1900 politische Gegner in psychiatrischen Anstalten festzuhalten. Vor einem Unterausschuß des US-Kongresses sprachen die Fachleute von einem „weitverbreiteten und systemati*schen Mißbrauch" der Psychiatrie.* Das System beruhe auf der engen Zusammenarbeit zwischen Geheimdienst und einigen ausgewählten Psychiatern.

Der britische Autor Peter Brain berichtete, er allein habe in den vergangenen 20 Jahren 500 Fälle von politisch motivierter psychiatrischer Behandlung dokumentiert.

Der Unterabteilungsleiter im US-Außenministerium, *Charles Fair*banks, sagte, aufgrund der bekannten Fälle und der geschätzten Gesamtzahl politischer Gefangener sei mit etwa 1900 in psychiatrischen Anstalten untergebrachten Dissidenten zu rechnen. Fairbanks nannte den „psychiatrischen Arrest" ein bequemes Mittel der sowjetischen Politik, um politische Prozesse mit internationaler Publizität zu vermeiden.

Nach Auskunft des Psychiaters Walter Reich ermöglicht die vom Moskauer Psychiater Snezhnewsky entwickelte „Theorie der Schizophrenie" die Einlieferung und Behandlung von Menschen, die normal seien. Harvey Fireside, Vertreter von Amnesty International, berichtete, daß einige als psychiatrische Kliniken ausgewiesene Anstalten tatsächlich Gefängnisse seien und dem sowjeti*schen Innenministerium unterstün*den.

„Teilung Europas wird nicht anerkannt"

Bush beschreibt in Wien Politik der „Differenzierung" gegenüber Osteuropa

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

US-Vizepräsident George Bush hat angekündigt, Washington werde verstärkt eine Politik der „Differenzierung" gegenüber den kommunistischen Staaten des Ostblocks verfolgen. In Wien sagte Bush gestern, die USA würden engere politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Ländern wie Ungarn und Ru*mänien herstellen,* die mehr Offenheit und Unabhängigkeit als andere Länder der kommunistischen Hemisphäre an den Tag legten.

Der Vizepräsident versicherte, die USA hätten nicht die Absicht, irgendeine Regierung in dieser Region zu destabilisieren. Die amerikanische Position sei aber von einem „Sinn für die europäische Geschichte" bestimmt. Mit den Menschen in Ost- und Mitteleuropa teilten die USA drei grundlegende Sehnsüchte: Freiheit, Wohlstand und Frieden. Manche der östlichen Nachbarn Österreichs *hätten sich* zu einem größeren Maß an außenpolitischer Unabhängigkeit durchgerungen (Bush meinte offensichtlich Rumänien), andere hätten ihrem gesellschaftlichen System mehr Offenheit verliehen (hier war offenbar Ungarn gemeint). Andere Länder hingegen hielten sich strikt an die sowjetische Linie. Amerika werde diese Unterschiede berücksichtigen.

Der US-Vizepräsident machte zugleich deutlich, daß Washington eine Teilung Europas in Interessenssphären nicht anerkenne. Weder in Jalta 1945 noch in dem KSZE-Text von *Helsinki 1975 sei ein Status quo fest*geschrieben worden. Die Sowjetunion habe sich in Jalta verpflichtet, Polen und allen anderen Ländern Osteuropas volle Unabhängigkeit zu geben und freie Wahlen zuzulassen. Die Mißachtung dieser Verpflichtung durch die Sowjets sei eine der Hauptursachen für die heutigen Ost-West-Spannungen.

In seiner Rede erinnerte Bush an die zahllosen Einwanderer und Flüchtlinge, die aus dem mitteleuropäischen Raum in die USA gekommen seien. Er nannte unter anderem den polnischen Freiheitshelden Ta*deusz Kosciuszko,* dessen *Denkmal* in Washington vor dem Weißen Haus stehe. Ausdrücklich erwähnte Bush auch die Bewegung „Charta 77" in der Tschechoslowakei und die „Solidarität" in Polen. „Dank dieser Menschen, die mutig auf ihre Menschenrechte pochen, und dank der mit mehr Weitblick ausgestatteten Führer in manchen dieser Länder, die ein offenes Ohr für die berechtigten *Wünsche ihrer Völker gehabt und* eine Demokratisierung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Systeme in Angriff genommen haben, wird die europäische Kultur auf der östlichen Seite dieses Kontinents nie aussterben."

Bush machte deutlich, daß er mit den „weitblickenden Führern" die Ungarn, die Rumänien und in gewissem Sinne auch die Jugoslawen meint.

Seite 2: Amerikas Botschaft

„DDR"-Presse übergeht Friedenswort

Potsdamer Synode: Sowjets müssen schon jetzt SS-20-Raketen abbauen

DW. **Berlin**

Die „DDR"-Medien haben gestern die regimekritischen Abschluß-Erklärungen der 4. Synode der evangelischen Kirchen Mitteldeutschlands weitgehend übergangen. Während das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" diese Äußerungen überhaupt nicht erwähnte, zitierte die „Neue Zeit", das „Zentralorgan der *Christlich-Demokratischen* Union Deutschlands", in Auszügen die Entschließungen der Synode. Verschwiegen wurde den „DDR"-Lesern jedoch neben der Kritik der Bischöfe an der „DDR"-Führung auch die Forderung an die Sowjetunion, die Bereitschaft zum Abbau der Mittelstreckenraketen SS 20 „schon jetzt in die Tat umzusetzen".

Zum Abschluß der Bundessynode war an die *„DDR"*-Führung appelliert worden, „mehr Reisen als bisher zwischen den beiden deutschen Staaten zu ermöglichen". In der mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung sahen die Synodalen mit einer Verbesserung des innerdeutschen Reiseverkehrs einen Beitrag zum Frieden, weil so bestehende Ängste abgebaut werden könnten.

Die gemeinsame Sicherheit werde *zusätzlich gefördert, wenn* Bemühungen um den Frieden zwischen den Staaten durch einen „friedensfördernden Umgang untereinander im eigenen Land" ergänzt würden, hieß es. Mit dieser Kritik bezog sich die Synode vor allem auf die bürokratische und harte Behandlung von „DDR"-Bewohnern. Die Synode forderte die „DDR"-Führung weiterhin auf, dafür Sorge zu tragen, „daß keine atomaren Kurzstreckenraketen auf dem Gebiet der DDR stationiert werden, weder während der noch laufenden Genfer Verhandlungen noch zu einem späteren Zeitpunkt".

Mit „aller Eindringlichkeit" warnte die Synode vor der Aufstellung neuer Raketen in Europa. Sie appellierte an die beiden Großmächte, einander in Genf entgegenzukommen. Nach Ansicht der Synode müsse der Gedanke der *gemeinsamen Sicherheit auch in* der Friedenserziehung Gestalt gewinnen.

In einer weiteren Entschließung fordert die Synode die „DDR"-Führung auf, „mehr Freiraum für eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens der jungen Generation und mehr Offenheit in der Informationspolitik" zu wagen.

Seite 3: Insel der Demokratie

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Amerikas Botschaft

Von Carl Gustaf Ströhm

Auf historischem Wiener Boden, im Prunksaal der Hofburg, hat der amerikanische Vizepräsident George Bush die östlichen, heute kommunistisch regierten Nachbarn Österreichs als Länder „Mitteleuropas" bezeichnet und die Einheit des europäischen Kontinents sowie die Überwindung des Eisernen Vorhangs als ein Ziel amerikanischer Politik proklamiert.

Was der zweite Mann der Weltmacht USA verkündete, war weit mehr denn eine der üblichen diplomatischen Routine-Reden, wie man sie bei Staatsbesuchen sonst zu halten pflegt. Es war eine Art amerikanische Charta für diesen mitteleuropäischen, osteuropäischen und südosteuropäischen Raum: Ein Anknüpfen an nationale Sehnsüchte, historische Traditionen, demokratische und freiheitliche Bewegungen dieser Gebiete, *die sich heute ganz oder teilweise unter sowjetischer* Hegemonie befinden.

Dabei handelt es sich keineswegs um eine Rückkehr zur undifferenzierten Politik der „Befreiung" und des „Roll back", wie sie bis 1956 – bis zur ungarischen Revolution – in Washington eher verbal formuliert denn praktiziert wurde. Bush sprach nicht nur von der polnischen „Solidarität" und anderen Menschenrechtsbewegungen – er erwähnte auch „weitblikkende *politische Führer*" *dieser Länder. Hier kann es sich nur* um kommunistische Führer handeln, mit denen Amerika zusammenarbeiten und denen es durch Kooperation, vielleicht sogar durch amerikanische Technologie bei der Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten helfen will.

In diesem Kontext benutzte Bush den Begriff „Differenzierung" sowie das Wort „Komplexität"; als negative Beispiele nannte er die „DDR" und Bulgarien, weil diese Länder als verlängerter Arm der Sowjets terroristische Bewegungen unterstützten. Positiv nannte er Ungarn und Rumänien, natürlich auch Jugoslawien. Damit zeigt sich, daß die USA der sowjetischen Hegemonie ein langfristiges, differenziertes Konzept für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung dieses Raums entgegenstellen: Nicht durch Revolutionen und Umsturz, sondern durch Vernunft, Offenheit, Kooperation und Menschenrechte. Diese Botschaft wird in den Ländern östlich des Eisernen Vorhangs aufmerksame Zuhörer finden.

Im Schatten der Angst

Von Hans Josef Horchem

Die Friedensbewegung ist geprägt von Angst. Es ist die Furcht vor Krieg, aber auch die Angst vor dem Aggressor. Der Aggressor ist die Sowjetunion.

Die Mehrheit der Friedensbewegung weiß, daß die Sowjetunion im Mittelstreckenbereich ein nukleares Potential aufbauen konnte, dem der Westen bisher nichts Vergleichbares entgegengesetzt hat. Sie ist gleichwohl gegen entsprechende Verteidigungsmöglichkeiten, weil sie fürchtet, dies könne den Aggressor zu weiteren Bedrohungsmaßnahmen provozieren. Das ist die Identifizierung der Geisel mit den Interessen des Geiselnehmers.

Die Diktatur und die Verbrechen des Kommunismus dürfen nicht mehr erwähnt werden. Gesichtspunkte der Moral und des Rechts sind verblaßt. Sie sind ersetzt durch die Faszination der Macht.

Die Sowjetunion ist das letzte Kolonialreich der Erde. Ihre Politik ist imperialistisch und expansionistisch. Insofern ist sie berechenbar. Und sie hat noch keine Rückschläge erlitten.

Rückschläge haben die Amerikaner einstecken müssen. Ihrer Niederlage in Vietnam sind weitere „Rückzüge" in Äthiopien, in Angola, in Mozambique, in Iran und in Mittelamerika gefolgt.

Nicht den Amerikanern, sondern den Sowjets scheint die *Zukunft zu gehören.*

Die Erkenntnisse über diese Entwicklung haben sich im Bewußtsein vieler Bürger stabilisiert. Deshalb ziehen zahlreiche Europäer die Friedhofsruhe einer möglichen Pax Sovietica den Risiken der Freiheit vor. Friedensdemonstrationen vor sowjetischen Botschaften, Konsulaten und Militärmissionen finden nicht statt. Widerstand artikuliert sich nicht gegen die schon existierende Bedrohung aus dem Osten, sondern gegen die noch nicht aufgebauten Verteidigungssysteme des Westens.

Ähnliches geschah im Frühjahr 1944 in Paris. Dort fand damals eine Demonstration statt, die sich gegen die bevorstehende Invasion der Alliierten richtete. Die damaligen „Friedensfreunde" schoben ihre Erfahrungen über die deutsche Besetzung und den Terror der Nazis zur Seite und setzten auf den deutschen Endsieg. Jean Paul Sartre erläuterte 1945, daß „die Pazifisten, unfähig, den Krieg zu verhindern, plötzlich beschlossen hatten, im deutschen Heer die Kraft zu sehen, die den Frieden verwirklichen würde ... Sie sahen, daß der Nazi-Sieg der Welt einen deutschen Frieden brächte, welcher der Pax Romana vergleichbar war."

Für Sartre hatte die französische Kollaboration mit Nazi-Deutschland zwei Wurzeln: den „Kult der Tatsachen" und die „Verachtung des Rechts". In diesem Sinne sind zahlreiche auch nichtkommunistische Mitglieder der heutigen Friedensbewegung Kollaborateure der Sowjetunion.

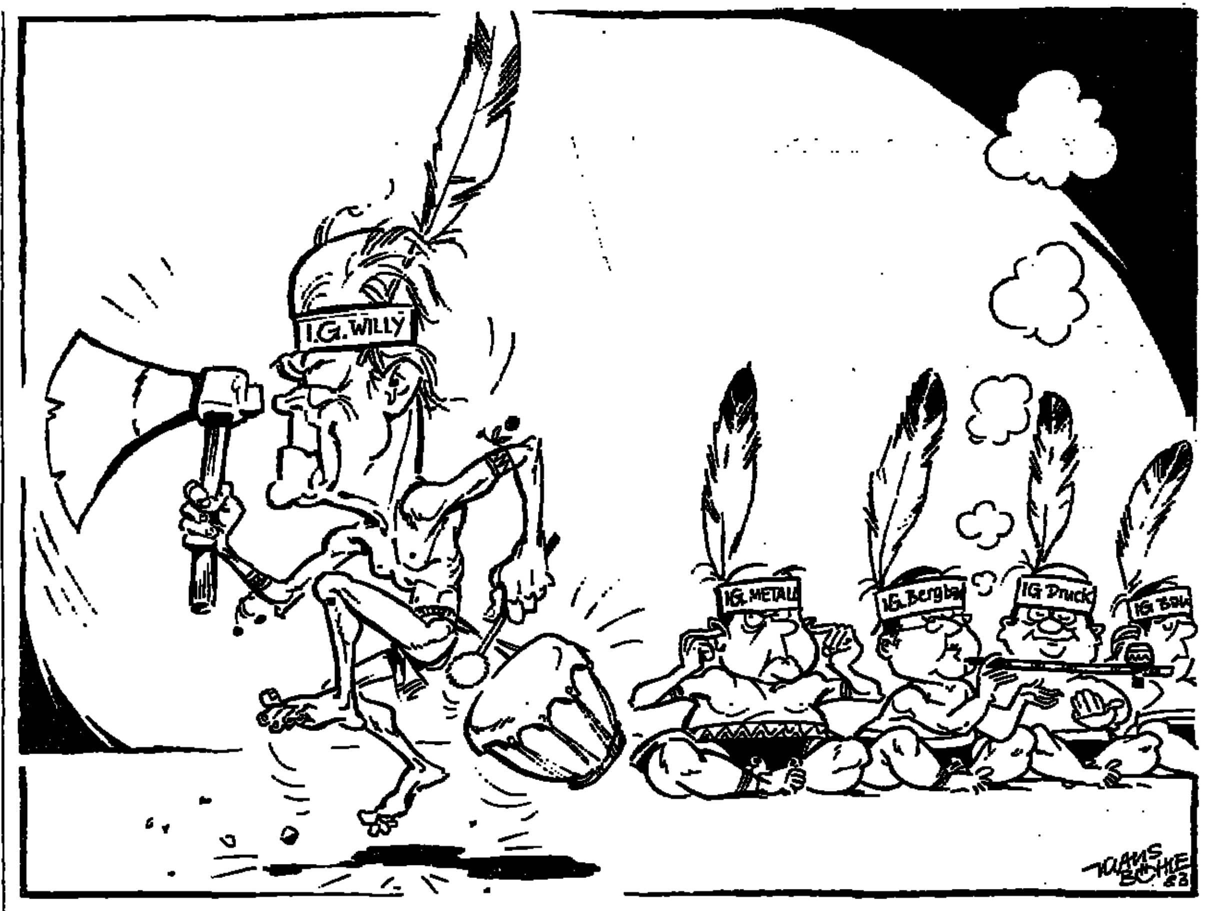
Die Laokoon-Gruppe

Von Herbert Kremp

Der Regierungssprecher hat einen Bericht dieser Zeitung über die Verhandlungslinie in Genf dementiert. Das ist das gute Recht der Bundesregierung, wie es das gute Recht der WELT ist, am wesentlichen Inhalt der sorgsam recherchierten Nachricht festzuhalten. Die Zeitung hat das gelassen zum Ausdruck gebracht. Sie fühlt sich durch den Nachrichtenstand bestätigt.

Etwas ungewöhnlich ist die Wortwahl des Dementis. Es ist von „wahrheitswidrigen Behauptungen" die Rede, an einer anderen Stelle sogar von „Desinformation". Da hat wohl der Zorn mitformuliert. Wahrheitswidrigkeit unterstellt der Redaktion, sie habe Sachverhalte bewußt, ja gegen besseres Wissen entstellt. Der Begriff zieht den Willen zur Wahrheit in Zweifel. Das Wort Desinformation ist besetzt. Es wird gemeinhin auf Darstellungen des sowjetischen KGB angewendet, sofern dieses durch gezielte Falschinformation die Meinung zu beeinflussen versucht. Desinformationen enthält beispielsweise die sowjetische Schilderung des Flugzeugabschusses in Fernost.

Nun ist die Wortwahl manchmal Glückssache. Nicht jeder vermag in jeder Situation Klinge und Knüppel voneinander zu unterscheiden. Es ist interessant, das zu beobachten. Dabei erlaubt die deutsche Sprache Verhältnismäßigkeit. Letztlich ist nur das Angemessene glaubhaft. Das Dementi ist zu heiß geraten. Man sieht förmlich eine ganze Laokoon-Gruppe bei der Arbeit. Die Vorstellung löst Heiterkeit aus.



Häuptling Willy übt den Kriegstanz

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nicht schön, aber wahr

Von Peter Gillies

Starke Worte waren stets Gewerkschaftsvokabular, aber in jüngster Zeit fallen gewisse Steigerungen auf. Da wird vor der „Zerschlagung des Sozialstaates" gewarnt, vor „Provokationen der Reaktion"; allgemein zeige der menschenverachtende Kapitalismus wieder seine bekannt häßliche Fratze.

Nun sind starke Worte, wie man weiß, nicht mit Argumentationsstärke, sondern allenfalls mit Lautstärke zu erklären. Zorn oder Einsicht in eigene Schwäche diktierten diese Worte, wird entschuldigend angemerkt, denn in der Vollbeschäftigung sei eine Gewerkschaft stark, in der Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit dagegen ohnmächtig.

Diese These hält einer Überprüfung nicht stand. In der Voll*beschäftigung können Gewerkschaf*ten Lohnforderungen und anderes leichter durchsetzen, aber die Unternehmer stehen andererseits Streiks besser durch, können Kosten leichter überwälzen und gefährden das gewerkschaftliche Lohnkartell durch Lohnzuschläge. Umgekehrt ist die gewerkschaftliche Position auch bei Arbeitslosigkeit nicht eine der Ohnmacht. Mit einigem Geschick können Stillstände an der Lohnfront durch anderes – beispielsweise die Arbeitszeitverkürzung – überdeckt werden. Zudem sind Betriebe, die um Aufträge kämpfen, gegen Arbeitskämpfe sensibel. Schließlich bieten sich politische Attacken an, um Macht zu demonstrieren.

Nicht Konjunkturzyklen behindern also die Gelenkigkeit des „starken Armes", sondern vor allem eigene Fehleinschätzungen. Die Kampagne über die Arbeitszeitverkürzung ist ein Beispiel dafür. *Wie populär ist doch der* Ansatz, die knappe Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen! Daß wir nicht schon längst darauf gekommen sind! Wenn 35 Stunden wöchentlich ausreichen, um die Arbeitslosen in Lohn zu bringen und gleichzeitig den Wohlstand zu erhalten, ist breiter Beifall so gut wie *zwangsläufig.*

Die geschürte Begeisterung der Funktionäre für die 35-Stunden-Woche, für die Frührente mit 58 Jahren und andere Fortschritte hat bisher freilich nur bei den Funktionären gezündet. Die Mitgliedschaft und breite Arbeitnehmerschichten hegen Zweifel – zunehmende sogar.

Wenn sich die Wirtschaft in einer schwierigen Lage befindet, ist es dann eine Lösung, weniger zu arbeiten und gleichzeitig mehr zu verdienen? Selbst Betriebsräte wissen (oder spüren), daß forciert verkürzte Arbeitszeiten mit Sicherheit zu Kostenerhöhungen führen. Daß die angeblich arbeitsplatzschaffende Forderung am Ende zu mehr Erwerbslosen führt, bleibt nicht verborgen.

Das Risiko der Gewerkschaftsfunktionäre besteht *darin, diesen* Zusammenhang unter Verschluß halten zu müssen. Denn würde es offenbar, daß diese „Solidarität" sich im Grunde gegen sie richtet, gelänge eine Mobilisierung nicht. Die bestehenden Mitgliedsprobleme der Gewerkschaften nähmen noch weiter zu, ihr Einfluß ab.

Auch das Gerede über den angeblichen Abbau des Sozialstaates spiegelt ein ähnliches Funktionärsrisiko wider. Die Bürger haben es längst verspürt, daß bestimmte staatliche Leistungen nicht mehr so wie in Wachstumszeiten finanzierbar sind. Sie beauftragten eine neue politische Mehrheit, die Synchronisierung von Wirtschaftskraft und Sozialleistung wiederherzustellen.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die ihre kraftvolle Stimme behalten will, muß sich mithin den Argumenten stellen, denn deren Unterdrückung ist nicht durchzuhalten. Ohnehin sind die Gewerkschaften über die Arbeitszeitverkürzung heftig zerstritten (wie übrigens auch keine einheitliche Position des Unternehmerlagers zu erkennen wäre). Beides läßt hoffen, daß man aus dem Stellungskrieg herausfindet.



Bessere Einsichten unter Verschluß: DGB-Chef Ernst Breit

FOTO: DPA

Auch künftig wird die Arbeitszeit weiter verkürzt werden können, wenn entsprechende Verteilungsspielräume erarbeitet sind. Es geht darum, flexible, freiwillige und kostenneutrale Lösungen zu suchen. Das Beharren auf generellen, zwangsweisen und kostentreibenden Modellen führt nicht weiter.

Wenn die SPD jetzt via Gewerkschaftsrat den Schulterschluß mit den Gewerkschaften sucht, so birgt dies beträchtliche Risiken, für die Gewerkschaften höhere als für die SPD. Sie haben *sich in der* Friedens- und Sicherheitspolitik auf die (schwankende) SPD-Linie trimmen lassen. Die SPD bot als Gegengeschäft die Mitarbeit an der 35-Stunden-Kampagne an und unterdrückte damit die wirtschaftliche Vernunft in den eigenen Reihen.

Der Schulterschluß wird nicht fruchtbar sein, denn zu viele Gewerkschafter haben ebenfalls diese Bundesregierung gewählt. Mehr aus Instinkt als aus Einsicht spüren Arbeitnehmer, daß sich Beharrung auf Besitzständen gegen sie wendet.

Ein Lohn, der ständig oberhalb des Marktwertes für die Arbeit durchgehalten wird, erzeugt auf lange Sicht Arbeitslosigkeit oder Inflation (oder beides). Ein Sozialstaat, der in mageren Jahren nicht schlanker gemacht wird, programmiert seinen Kollaps. Die Verkürzung auf 35 Stunden läuft dar*auf hinaus, daß immer mehr Leute* eine Null-Stunden-Woche bekommen.

Es erfordert allerdings viel Geschick, den Gewerkschaften die Angst vor Entsolidarisierung zu nehmen. Flexibilität bei Lohn, Arbeitszeit und Sozialbedingungen braucht nicht zwanghaft auf ihre Entmachtung hinauszulaufen. Aber ohne diese Flexibilität ist Vollbeschäftigung nicht zu erreichen. Die Bürger wissen längst, was Gewerkschaftsfunktionäre noch zu verbergen trachten: Schöne Worte sind nicht wahr, wahre nicht schön.

IM GESPRÄCH Wilhelm Schätzler

Kein Prälat wie jeder andere

Von Gernot Facius

Das Amt ist ohne Glanz, aber seine Einflußmöglichkeit sprengt poli*tische und geographische Grenzen.* Den Posten des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz in der Wertigkeit dem Chef des Bundeskanzleramtes oder dem Bundesgeschäftsführer einer Partei gleichzusetzen, wie jüngst geschehen, ist so falsch nicht. Die Aufgabe, die überdiözesanen Interessen von 22 Bistümern zu koordinieren, Kontakt zur Weltkirche zu halten, die – politisch heikle – Zusammenarbeit der Deutschen Bischofskonferenz mit den Ordinariaten in Mitteldeutschland, neuerdings verstärkt auch in Polen, zu pflegen, gibt dem Titel „Sekretär" eine größere Bedeutung.



Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz: Wilhelm Schätzler

FOTO: KNA

Wilhelm Schätzler, der jetzt Josef Homeyer, den künftigen Bischof von Hildesheim, in der politisch-kirchlichen Schaltstelle in der Bonner Kaiserstraße ablöst, hat schon eine Pionierleistung hinter sich: Seit 1976 leitete er die Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz. Die bis Anfang der 70er Jahre auseinanderlaufenden Aktivitäten der Kirche in Presse, Funk, Fernsehen und Film – das „Publik"-Debakel ist nur ein Stichwort – wurden unter Schätzlers Regie endlich gebündelt.

Der Oberpfälzer vom Jahrgang 1929, der neben Philosophie und Theologie nicht zufällig auch Thea*terwissenschaften studierte, sorgte* dafür, daß die Kirche den Anschluß an die technologische Revolution im Medienbereich nicht verpaßte. Der Prälat gilt geradezu als katholischer Fachmann Nummer eins, wo immer über die „neuen Medien" gestritten wird. Parteien, Ministerien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände wissen seinen Rat zu schätzen. Ideologie ist ihm fremd. Behutsam zwar, aber unmißverständlich suchte er auch medienpolitische Dogmatiker in den eigenen Reihen davon zu überzeugen, daß die Zeit des – öffentlich-rechtlichen – Monopols vorbei ist, daß dem Dualismus im Rundfunkwesen die Zukunft gehört. Privatfunk ist für Schätzler kein Werk des Teufels. Er denkt streng ordnungspolitisch, möchte einen elektronischen „Wildwuchs" ausschließen. Insofern befindet er sich in einem gesellschaftspolitischen Konsens etwa mit den Ministerpräsidenten der Union.

Als neuer Sekretär, und damit als „Amtschef" des greisen Kardinals Jo*seph Höffner an der Spitze* des deutschen Episkopats, wird er seine Erfahrungen aus sieben Jahren Medienarbeit nutzen können. Das kirchenpolitische Metier ist ihm ja nicht fremd, kommt er doch „aus dem Hause". Daß er sich nicht ins Rechts-Links-Schema zwängen läßt, eher als ein Mann der „vernünftigen Mitte" gilt, wird ihm seine Aufgabe leichter machen, zumal da in absehbarer Zeit ein Wechsel an der Spitze der Bischofskonferenz bevorsteht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über die Stahl-Klage der Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof:

Es wurde endlich Zeit, daß den Worten Taten folgen. Zum Thema Stahlkrise hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff schon viel gesagt, gegen die EG-Kommission in Brüssel und die Subventionspolitik der übrigen EG-Stahlländer gar manches Mal die Faust erhoben. Doch es blieb stets bei der rhetorischen Kraftmeierei. Nunmehr geht *Graf Lambsdorf via* Bundesregierung vor die Schranken des Europäischen Gerichtshofes, um gegen die EG-Kommission zu klagen. Diese Klage, in drei Punkten begründet, hat im Grunde einen Inhalt: die Benachteiligung der deutschen Stahlindustrie durch die EG-Kommission, und zwar durch Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes. Hinzu kommt der Vorwurf, die EG-Kommission mißachte Beschlüsse des EG-Ministerrates. Man wird abwarten müssen, ob diese Klage, sollte sie denn im Sinne des Klägers zum Erfolg führen, Wirkung haben wird.

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt merkt zu den Spannungen zwischen Athen und seinen EG-Partnern an:

Die Empörung der EG-Partnerstaaten darüber, daß Hellas seiner besonderen Verantwortung als Vorsitzland der Zehn – die Griechen führen noch bis Ende des Jahres das EG-Zepter – nicht gerecht wird und aus letztlich innenpolitischen Gründen eine wenig konstruktive Rolle spielt, ist gewiß berechtigt. Andererseits entbehren die Verbalattacken der Partnerstaaten nicht einer gewissen Scheinheiligkeit. Denn wenn es gilt, den Worten Taten folgen zu lassen, dann steht es um die Einigkeit innerhalb der EG meistens schlecht. Zu erinnern wäre beispielsweise an das penible Schauspiel der Uneinigkeit bei den EG-Wirtschaftssanktionen gegenüber der Sowjetunion wegen der Ereignisse in Polen oder an die wenig glaubwürdigen Handelsrestriktionen gegenüber Argentinien im Zusammenhang mit der Falkland-Krise.

THE TIMES

Zum Bonn-Besuch der britischen Regierungschefin Thatcher merkt das Londoner Blatt an:

Der Zeitpunkt ist gut dafür, daß zwei wichtige europäische Verbündete ihre Standhaftigkeit in der Raketenfrage zeigen ... Diese Festigkeit *wird allerdings mehr Mut von dem* Kanzler erfordern als von seinem Gast. Die Beunruhigung über die Raketen reicht tief in seine eigene Partei und die des freidemokratischen Koalitionspartners wie auch in die Opposition hinein ... Kohl stellt sich die Aufgabe, das Ausmaß der Besorgnis zu verringern, indem er die Öffentlichkeit weiter daran erinnert, daß die wahre Bedrohung des Friedens aus Moskau kommt und nicht von jenseits des Atlantiks. Wenn aus Genf nichts Neues kommt, wird die Allianz fest und beharrlich bleiben müssen. Die Raketen werden nicht alle auf einmal stationiert. Die ersten paar *sind im Dezember, die nächsten* Anfang 1984 in Westdeutschland fällig. Eine erfolgreiche Verhandlung könnte noch immer und wird wahrscheinlich zu einer Gesamtzahl (an Raketen) führen, die kleiner als jetzt geplant ist. Das sollte die Botschaft für jedwelche Wankelmütige in Bonn sein.

„Wenn Marcos nicht geht, wird es Putsch und Aufruhr geben"

Die Philippinen, ein Staat aus mehr als siebentausend Inseln, stehen an einem Wendepunkt / Von Manfred Neuber

Die Philippinen haben drei Jahrhunderte wie in einem spanischen Kloster und die vergangenen fünfzig Jahre nach den Traumbildern aus Hollywood gelebt", konstatiert Maximo Soliven, Verleger und scharfsinniger Kolumnist in Manila. Gilt jetzt das Faustrecht des Wilden Westens, wird das Land nach Mafia-Methoden regiert?

Der „Begrüßungssalut" aus einer Smith & Wesson, hinterhältig auf Oppositionsführer Benigno Aquino bei dessen unerwünschter Heimkehr aus dem Exil abgefeuert, tötete die Hoffnung auf eine nationale Versöhnung. Seit dem Attentat vor vier Wochen schwillt die Verachtung für das Marcos-Regime an.

Auf dem Archipel der mehr als 7000 Inseln in Südostasien gibt es eine blutige Tradition örtlicher und regionaler Vendettas – alte Familien in der Provinz kämpfen seit Generationen um wirtschaftliche Macht und politischen Einfluß. *Bisher machte* die Gewalt vor Manila halt; in der hohen Politik gerierte man sich als Ehrenmann.

„Das ist nun vorbei", erklärt ein führender Oppositionspolitiker, „der Präsident hat die Spielregeln geändert. Politik wurde zu einer *tödlichen Beschäftigung.*" *Andere* Regimegegner bangen um ihr Leben. Die katholische Kirche befürchtet einen Bürgerkrieg und betet für eine nationale Aussöhnung, für die Aquino zum Opfer wurde.

Jaime Kardinal Sin, Oberhaupt von 40 Millionen Katholiken auf den Philippinen, prangert in seinen Predigten die „Tyrannei und Unterdrückung" an. Viele seiner Landsleute müßten wie Verbannte in der Heimat leben. Das ganze Volk habe die Geduld eines Lammes gehabt; nach dem Mord in Manila brandet die Forderung auf: „Gerechtigkeit für Ninoy (Aquino), Gerechtigkeit für alle!"

Der gezielte Todesschuß hat das Bewußtsein der ganzen Nation verändert. Noch verlaufen die Proteste friedlich, hält sich die Polizei zurück. „Wenn Marcos nicht freiwillig abtritt und ehrliche Wahlen ausrichtet, wird es Aufruhr und einen Militärputsch geben", schwant oppositionellen Politikern.

In beiden Lagern werden offensichtlich Bestrebungen verfolgt, die auf eine Fortsetzung der Machtpolitik der dominierenden Fami*lien hinausliefen:* Imelda Marcos möchte die Nachfolge ihres schwerkranken Mannes antreten; Agapito „Butz" Aquino will den Platz seines ermordeten Bruders einnehmen.

Die Szene gleicht einer griechischen Tragödie. Der „Held" Marcos scheitert an seiner Verblendung, und aus der Staffage drängen die Epigonen in den Vordergrund. Wird es wirklich wie gewohnt ablaufen? Starke Zweifel hieran bringt der Philippinen-Kenner Randy Davis vor. Der Soziologe sieht in der Massenbewegung des Protestes eine Zäsur in der philippinischen Politik – das Ende der Macht der Clans aus der Provinz.

Ferdinand Marcos stammt aus einer mächtigen Familie in der Region Ilocos, seine Frau Imelda kommt aus einem einflußreichen Clan in der Provinz Leyte. Wie andere Familien, die schon vor zwei Jahrhunderten als Großgrundbesitzer wie souveräne Potentaten herrschten, vermehrten sie ihren Besitz durch Einschüchterung und Vergabe von Pfründen. Mit dem Boden wurde die politische Macht in einer Region vererbt.

Die Familie Aquino kann ihren Stammbaum über neun Generationen bis zu einer Heirat 1757 zurückverfolgen, die zwei vermögende Familien in Zentral-Luzon verband. Benigno und seine zehn Brüder waren stolz auf ihren Großvater, einen General, und ihren Vater, der zuerst Bürgermeister und dann Senator wurde. Nach dessen frühem Tod in US-Haft, weil er in der von Japanern eingesetzten Regierung mitgewirkt hatte, fiel „Ninoy" schon mit 22 Jahren die politische Führung in der Familie zu.

Anscheinend lag ihm nichts an dem skrupellosen Metier; er wollte sich damals den Intrigen entziehen, wurde aber von der Mutter aus Manila in die „eigene" Provinz zurückgeschickt. Er wurde jüngster Bürgermeister und jüngster Senator. Als Marcos die nach der Verfassung zulässigen zwei Amtszeiten fast vollendet hatte, schien Benigno Aquino 1973 der Sieg bei den Präsidentenwahlen sicher zu sein.

Der Präsident proklamierte jedoch vor der Wahl das Kriegsrecht und setzte Aquino für lange Jahre *in Einzelhaft. Nach dem Todesur*teil ließ er Gnade walten und den Rivalen nach den USA ins Exil reisen. Die Rückkehr, vor der er gewarnt wurde, aber von der Aquino sich nicht abbringen ließ, wurde ihm zum Verhängnis. Vorerst repräsentiert seine Witwe Corazón die Familie Aquino bei allen politischen Bekundungen gegen das Marcos-Regime. Der Familienrat muß erst entscheiden, wer das Banner weitertragen soll.

Die Macht der großen Familien ist schon unter dem Kriegsrecht ausgehöhlt worden, als die Armee und die zentralen Behörden in Manila in die Provinzen hineinregierten. Nun wird auch ein Name, selbst wenn er neben dem Freiheitshelden Rizal zum Märtyrer der Demokratie erkoren wird, für die Nachfahren nicht ausreichend Legitimation für den Führungsanspruch im Lande abgeben. Der Konflikt auf den Philippinen übersteigt die bisher handelnden Personen, er wird mit dem Bewußtsein von Recht und Freiheit entschieden werden.

Unter den fünf Widdern pulsiert das neue Kanton

In Kanton ist alles anders. Schwerfälligkeit und Strenge dämpfen das Leben im Norden Chinas. Leichtigkeit und Temperament machen dagegen den Süden und seine kleinwüchsigen Bewohner zugänglicher. In Kanton ist die Weltoffenheit der Messestadt spürbar.

Von HEINER KLINGE

Kanton hat fünf Gesichter. Das grüne Gesicht: Stehst du auf dem Hügel vor dem Denkmal der fünf Widder, so verliert sich dein Blick zwischen haushohen Bambusgehölzen im Grün eines der vielen verwilderten Parks, denkst du an die Fahrt von Hongkong nach Kanton durch die endlosen grünen Reisfelder des Perlfluß-Deltas.

Das alte Gesicht: Wanderst du viele Kilometer weit durch die Straßen und Gassen der südlichsten Großstadt Chinas, starren dich die schwarzen Fassaden verkommener, verfallener Bürgerhäuser an, blickst du in viele Menschengesichter, die Armut, Entbehrung und Leiden geprägt haben.

Das neue Gesicht: Hast du über Hunderte Treppenstufen keuchend die Spitze der alten Pagode erklettert, siehst du aus dem flachen Häusermeer ein Dutzend klotziger Neubauten emporwachsen, wimmelt es unter dir auf den Magistralen und Brücken von Hunderttausenden Radfahrern, Tausenden Autos und Hunderten Bussen.

Das Gesicht einer blutigen Vergangenheit: Riechst du im alten Buddha-Tempel den wieder erlaubten Duft schwelender Räucherstäbchen, denkst du an die Schwaden beißenden Gestanks, die hier vor 144 Jahren die Luft verpesteten, als Lin Zexu auf Befehl des Kaisers von China in Kanton 20 000 Kisten Opium verbrennen ließ, das die Briten trotz Verbots eingeführt hatten. In Gedenkhallen begegnen dir die Gründer der Republik von 1911 und der Volksrepublik von 1949, Sun Jat-sen und Mao Zedong, in Totenhainen die namenlosen Opfer der Bürgerkriege zwischen Kaiserlichen und Nationalisten, zwischen Nationalisten und Kommunisten.

Das Gesicht harter Arbeit: Stolperst du dicht am Perlfluß über Steine und Geröll der aufgerissenen Uferstraße, schöpfst du neuen Mut beim Anblick hagerer Männer und Frauen, die mit „bitterer Kraft" (so die Bedeutung des Worts Kuli) Sand und Schotter aus Lastkähnen über schwankende Holzstege an Land schleppen. An langer Schulterstange wippen die schweren Bastkörbe bei jedem Schritt den Takt zur Melodie: Die neue Straße kommt bestimmt. Die große Messehalle zeigt, der neue Hafen verschifft die Produkte der Industriearbeiter und Kunsthandwerker.

Warum ist das Kantoner Delta so grün und so fruchtbar, daß hier der Reis dreimal im Jahr geerntet werden kann? Weil, so heißt es in der Sage, in grauer Vorzeit, während der Zhou-Dynastie (1122–221 vor Christi Geburt) fünf Sendboten des Himmels auf fünf Widdern zur Erde geritten kamen. Außer den Haustieren brachten sie kostbare Reisähren für die Bauern im Perlfluß-Delta mit. Seither heißt Kanton die „Stadt der fünf Widder".

Wer das Grün vor Kanton mit eigenen Augen sehen will, sollte dorthin nicht fliegen, auch nicht von Peking aus drei Tage und zwei Nächte mit der Bahn fahren. Hongkong sollte Ausgangspunkt seiner Reise sein. Der klimatisierte Schnellzug schafft die 180 Kilometer Fahrt nach Kanton in zweieinhalb Stunden.

„Neun-Drachen-Bahnhof" steht in drei riesigen chinesischen Schriftzeichen auf dem modernen Bahnhofsgebäude. Denn nicht auf der Insel Hongkong fährt der Zug ab, auch wenn sie inzwischen durch einen Tunnel mit dem Festland verbunden ist, sondern eben von der Halbinsel Kowloon (Neun Drachen), die Bestandteil der britischen Kronkolonie ist.

Schon am frühen Morgen erfüllt die Bahnhofshalle lärmendes Menschengewimmel: Ganze Sippen von Hongkong-Chinesen schicken sich an, ihre Verwandten in der Provinz Guangdong zu besuchen, deren Hauptstadt Guangzhou ist, wie Kanton in der Hochsprache heißt, die im Pekinger Raum gesprochen wird. Die gebrechlichen Großeltern in schwarzen Patriarchengewändern des alten China ruhen sich auf Koffern und Taschen aus, die so manches in Kanton begehrte Geschenk wie Mini-Fernseher, Transistorradios, Foto-Apparate oder Uhren enthalten. Die Eltern, meist in eleganter westlicher Kleidung, halten die Kinder und Teenager im Zaum, die sich in hautengen Jeans und Shorts zwischen Gruppen europäischer Touristen vor den gelben Sperrgittern drängen.

In den Salonwagen des Kanton-Expreßzuges lassen sich die beiden Reihen weicher Polstersessel paarweise zum Gang oder zum Fenster drehen, durch die der Blick erst auf die Hochhäuser von Hongkong fällt, dann auf das stacheldrahtgekrönte Sperrgitter an der Grenze zur Volksrepublik (über das nur noch wenigen die Flucht nach Hongkong gelingt), und schließlich auf die Reisfelder, wo Bauern im knöcheltiefen Wasser junge Reispflänzchen mit der Hand in den Boden drücken. Immer wieder tauchen klobige Wasserbüffel auf, die hinter dem Pflug behäbig durch den fruchtbaren Schlamm stapfen.

Im Wageninnern leuchten über den Türen an beiden Enden des Mittelgangs Bildschirme auf. Eine schmuck uniformierte Zugbegleiterin mit dem roten Stern auf der Mütze gibt Mitteilungen über den Speisewagen, über Paßformalitäten auf dem Zielbahnhof, über zollfreien Einkauf und hygienische Vorschriften in drei Sprachen durch – Englisch, Hochchinesisch und Kantonesisch, das in Kanton wie in Hongkong dominiert. Als die kantonesische Ansage beginnt, ruft ein hochgewachsener nordchinesischer Federballtrainer, dessen Mannschaft in Südostasien Wettkämpfe bestritt, seinen Jungen und Mädchen zu: „Schon wieder eine Fremdsprache! Ich verstehe kein Wort." – Zustimmendes Gelächter.

Später flimmert vom Bildschirm ein Eiskunstlauf-Wettbewerb. Der Ansager spricht laut und deutlich Russisch. Nur im Hintergrund ist zuweilen auch die schwache Stimme eines chinesischen Ansagers zu hören. Schon im Zug nach Kanton ein Zeichen für Tauwetter zwischen Moskau und Peking?

Im Kantoner „Dongfang Binguan" (Orient-Hotel) scheint sich dieser Eindruck zu bestätigen: Der Gast schaltet das Fernsehgerät im eher spartanisch eingerichteten Zimmer ein. Das chinesische Fernsehen überträgt das Fußballspiel der einheimischen Auswahl mit einer erstmals wieder eingeladenen sowjetischen Mannschaft. Das Spiel endet 1:1, doch von Versöhnung ist absolut nichts zu spüren: Es ist ein sehr hartes Spiel mit viel Rempeleien und Fouls.

Nach Programmschluß bringt die Hoteldirektion den Gast aus Deutschland mit Musik vom Band noch einmal richtig zum Lachen: Während draußen die schwüle subtropische Sommerhitze in der Nacht nur wenig nachläßt, erklingen aus dem Lautsprecher nach der verjazzten Beethoven-Schiller-Ode „An die Freude" vertraute Weisen wie „O Tannenbaum", „Fröhliche Weihnacht überall" und „Schlaf in himmlischer Ruh'".



Monument himmlischer Gunst: Die fünf Widder, Kantons Wahrzeichen
FOTOS: HEINER KLINGE

Ehre dem Republik-Gründer: Denkmal und Gedenkhalle des Sun Jat-sen

Zu den vielen Parks, in denen zwischen Bambushainen und Palmen überall große und kleine Seen mit zierlichen Brücken und Pavillons auftauchen, gehört auch der Kantoner Zoo. Dort scharen sich Chinesen und Ausländer besonders zahlreich um die drei schwarz-weißen Panda-Bären, deren wild lebende Vettern gerade jetzt wegen des Verdorrens vieler Bambusgehölze nach der Blüte noch mehr vom Aussterben bedroht sind.

In Kantons altes Gesicht blickt der Besucher nicht nur, wenn er verfallene Häuser und christliche Kirchen sieht, die jetzt als Fabriken oder Druckereien dienen. Zu erkennen ist es auch in den beiden gotischen Türmen der Kathedrale, in der jetzt nach Abschluß der opferreichen „Kulturrevolution" wieder katholische Gottesdienste zelebriert werden dürfen. Vor allem aber findet man dieses Gesicht in Kultstätten wie dem Tempel der sechs Banyan-Bäume, dem Hualin-Tempel oder dem Guangxiao-Tempel, wo sich zwischen den beiden eisernen Pagoden aus dem 10. Jahrhundert sogar viele Mönche und ein Abt im leuchtend gelben Gewand drängen. Doch da stehen auch noch ein Regisseur und ein Kamerateam, und es kommt heraus: Der Abt ist nur ein Schauspieler, und die Volksbefreiungsarmee stellt die „Mönche" für einen historischen Film.

Gleich gegenüber dem Orient-Hotel zeigt sich Kantons neues Gesicht besonders deutlich: Hier stehen die Gebäude der Kantoner Handelsmesse, die im Mai dieses Jahres von 21 000 Geschäftsleuten aus 84 Ländern und Territorien besucht wurde. Die 276 Händler aus der Bundesrepublik stellten vor allem Gemüse- und Obstkonserven und verkauften Maschinen und Ausrüstungen für die chinesische Industrie. Chinesische Geschäftsleute aus Hongkong und der portugiesisch verwalteten Halbinsel Macao stellten zwei Drittel der Besucher.

Direkt neben dem Orient-Hotel wächst das 16stöckige „Zhongguo Dajiudian" (Grand Hotel China) in die Höhe. Doch auf der Perlfluß-Insel Shamian, wo die Engländer und Franzosen nach Chinas Niederlage im Opiumkrieg ihre erste Handelsniederlassung gründen konnten, ist das wohl schönste Hotel der Volksrepublik China schon in Betrieb. Vor allem Hongkong-Chinesen und Touristen aus Japan, den USA und Europa tummeln sich in der riesigen Hotelhalle des „Bai Tiane" (Weißer Schwan), in der ein künstlicher Felsen aufgetürmt wurde.

Deutschland kommt nur einmal ins Spiel, wenn man den aus dem Jahre 1380 stammenden Zhenhai-Turm besucht, der als Museum eingerichtet ist und neben ausgegrabenen Waffen und Geräten auch kostbares Porzellan der Ming-Dynastie birgt. Vor dem Turm sind viele schwere Geschütze aufgefahren, unter ihnen drei wuchtige Kanonen mit den Jahreszahlen 1867 und 1887 und der gußeisernen Beschriftung „Friedrich Krupp". Ursprünglich sollten die Geschütze China auf dem Fort von Huangpu schützen, wo heute der Hafen liegt.

Die „berühmte" Kantoner Küche verspottete ein aus Nordchina stammender Student der hiesigen Sun-Jat-sen-Universität. Denn bei den rund 3,5 Millionen Bewohnern dieser Großstadt wandern selbst Hunde, Katzen und Schlangen, Spatzen wie Mäuse in den Kochtopf. „Die Kantonesen", so der Student, „essen alles, was fliegt, außer Flugzeugen, alles was schwimmt, außer Schiffen, und alles auf dem Lande, außer Tisch und Stühlen." Doch ich mußte mich in Kanton mit „betrunkenem Huhn" begnügen. So heißt das mit Maotai-Hirseschnaps gegarte Fleischgericht, das köstlich schmeckt und am besten mit noch mehr Maotai hinunterzuspülen ist.

Die Synode in Potsdam – eine Insel der Demokratie

Fünf Tage diskutierten die 60 Synodalen der acht Landeskirchen der „DDR" auf der Havelinsel Hermannswerder in Potsdam: In spartanischer Umgebung und ohne den westlichen Kongreßtrubel.

Von H. R. KARUTZ

Sie stiegen aus dem Erzgebirge herab, rollten im „Trabant" aus Vorpommern an und begrüßten den im Dienst-Mercedes mit Chauffeur angereisten Gast, den badischen Bischof Hans von Keler aus Stuttgart: Auf der alljährlichen Synode des „DDR"-Kirchenbundes, des höchsten Beschlußorgans der Basis-Christen drüben, zeigte die Kirche wiederum ihre doppelte Gestalt. Einerseits „gesellschaftliche Kraft" im alltäglichen Sozialismus, andererseits Raum der Freiheit und Wahrhaftigkeit.

Wenn der Wismarer Textilkaufmann Siegfried Wahrmann als Präses (Vorsteher der Synode) mit seiner ruhigen norddeutschen Stimme fragt: „Wer stimmt für diesen Antrag? Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich?" und in der Regel weder En-bloc-Abstimmmungen noch „Einstimmigkeit" feststellen kann, beweist sich die unversehrte demokratische Ordnung des Kirchenparlaments. Hinübergerettet über die vergangenen 50 Jahre, in der diese Region nur Diktaturen sah.

Mit einem Apfel oder Pausenbrot im Handgepäck und beladen mit der Bürde der Verantwortung für die Basis, machten sich auch diesmal die Synodalen auf der Havelinsel im Süden von Potsdam ans Werk.

Die Umgebung war spartanisch und fern der Bequemlichkeit westlicher Tagungsstätten, die eher zum Geplauder im Club-Foyer als zu angestrengter Arbeit verführt. „Wer auch nur einmal für eine Stunde die Sitzung verlassen will, muß sich vorher beim Präses abmelden und seinen Urlaub begründen", schildert ein Synodaler die harte Zucht.

Als Ort der Debatte standen die 70 Jahre alten Backsteinbauten der Stiftung des Potsdamer Kaufmanns Hermann Hoffbauer zur Verfügung. Er war um die Jahrhundertwende in Alexandrien schwer erkrankt und von Diakonissen gesundgepflegt worden. Zum Dank baute er Krankenhaus, Schule und Altersheim. Heute sind auf dem Gelände auch sowjetische Soldaten kaserniert.

Vom Hof her dröhnten die Dieselmotoren der schweren Armee-Lastwagen hinaus in den Plenarsaal, in dem die Synodalen ihre Wege zum Frieden in einer bedrohten Welt besprechen. Im schlecht belüfteten Saal unter den acht Mini-Kronleuchtern hielt man sich an das Motto der Eröffnungsandacht: Den „Regierenden nicht nach dem Munde zu reden, den Regierten aus dem Herzen zu sprechen", und die Vertreter des OstBerliner Staatssekretariats für Kirchenfragen schrieben, wie immer, eifrig mit, wenn die Synodalen aus ihrem Herzen keine Mördergrube machten.

Nur noch 15 der 60 Synodalen sind nicht Pfarrer oder kirchliche Mitarbeiter. Da ist beispielsweise der Senior, der 63jährige Alfred Schmahl aus Wittgendorf bei Zittau (Erzgebirge): „In meinem Betrieb mit 500 Mitarbeitern bin ich der einzige, der kirchliche Arbeit macht." Fast an jedem Wochenende ist der Reparaturschlosser für seine Kirche unterwegs. Über das „Reisebüro Kirche", wie viele Nichtprivilegierte in der „DDR" kritisch anmerken, reist er dann und wann als ökumenischer Gast auch in den Westen.

„Es mag sein, daß unterschwellig schon ein wenig Neid dabei ist, wenn ich beispielsweise zwei Wochen in Straßburg bin. Aber meine Kollegen sehen das auch als kleinen Ausgleich für meine ehrenamtliche Arbeit an." Kürzlich war er als sächsischer Gast bei der hannoverschen Patenkirche und verfolgte dort die Synode. „Da geht es eben gelassener, großzügiger und insgesamt auch politischer als bei uns zu, weil viele Synodale ja gleichzeitig Landtags- oder Bundestagsabgeordnete sind. Das fällt ja bei uns weg", sagt er.

Wie Schlosser Schmahl reiste auch der 22jährige Zahntechniker Ernst-Martin Günther aus Ludwigslust ohne Tagegeld, ohne Fahrgeldersatz und mit einer Schlafstelle im Hospiz an: „Ich bin mit unserem Pfarrer im Trabant mitgefahren." Seit Staat und Kirche 1978 ihren Burgfrieden schlossen, gilt ehrenamtliche Arbeit für die Kirche auch in den Augen der SED als „gesellschaftliche Tätigkeit". Bezahlter Urlaub ist die Regel; aber was ein staatlicher Leiter in Mecklenburg zuläßt, muß noch lange nicht für Thüringen gelten.

„Kann"-Bestimmungen ersetzen, wie so häufig, den Rechtsanspruch.

Selbst in den Beratungspausen pflanzt sich der große Ernst, der über diesen jährlichen Zusammenkünften liegt, fort. Bei Nudelsalat oder grünen Äpfeln, Tee und Kaffee zum zweiten Frühstück sind weder Small-talk noch Gespräche mit zugelassenen westlichen Journalisten gefragt. Presse (West und Ost an einem Tisch) und Synodale speisen mittags und abends in getrennten Sälen: Hausmannskost und belegte Brote.

Beim traditionellen geselligen Abend der Synode samt Gästen gedeiht das Amüsement prächtig. Im Stadttheater geben sie die Komödie „Die Preußen kommen" des Ostberliners Claus Hammel – in geschlossener Soirée nur für die Kirche.

Der Alte Fritz, ein Martin Luther unter medizinischer Rotlichtbestrahlung, Otto von Bismarck, die Berliner Mauer, eine SED-Professorin, ein filzender „DDR"-Zöllner verwandeln die Bühne in ein deutsches Panoptikum. In den Umbaupausen ertönt das Glockenspiel „Üb' immer Treu und Redlichkeit". Zum Finale fällt das Kirchenvölkchen beim „Hohenfriedberger" in einen Klatschmarsch ein. Das Parkett jauchzt über jede politische Anspielung.

Erst auf dem Heimweg denken die Synodalen wieder an die 25 bis 30 Eingaben zum Frieden, die die Synode erreichten.

Lambsdorff: Korrektur der Rentenformel

GISELA REINERS, **Bonn**

Die Regierungskoalition aus CDU/ CSU und FDP hat sich nach den Worten von Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) darauf verständigt, die Rentenformel nach 1990 durch einen demographischen Korrekturfaktor zu ergänzen. In einer Rede bei den „Bad Nauheimer Gesprächen" der Landesärztekammer Hessen sagte Lambsdorff gestern, dennoch habe er Sorge, daß die bisher vorgesehenen Maßnahmen „immer noch nicht ausreichen, die Funktionsfähigkeit der Rentenversicherung auf lange Sicht sicherzustellen". Nach seiner Auffassung müßten die Versicherten sich darauf einrichten, daß ein „angemessenes Rentenniveau auf längere Sicht mehr Versicherungsjahre erfordert als heute".

Diese Äußerungen dürften dazu angetan sein, die Diskussion über eine mögliche Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen wieder anzufachen. Zur Zeit können Frauen mit 60, Männer erst mit 63 Jahren Altersruhegeld beziehen. Lambsdorff machte diese Aussagen vor dem Hintergrund einer ungünstigen Bevölkerungsstruktur. Bis zum *Jahr 2030* werde sich die Zahl der Rentner fast verdoppeln. Das bedeute entweder eine Halbierung des Rentenniveaus oder eine Verdoppelung der Beitragssätze von jetzt 18,5 Prozent. Eine Strukturreform müsse deshalb einen „ausgewogenen Ausgleich" zwischen den Interessen der Rentner und der Beitragszahler herstellen.

Während der Wirtschaftsminister mit seiner Forderung nach Hinausschieben des Rentenalters alte Sympathien wiederholte, ging er in der Frage der Eigenbeteiligung an der gesetzlichen Krankenversicherung etwas auf Distanz zu in der FDP vertretenen Auffassungen. Die Eigenbeteiligung könne dazu beitragen, notwendige Strukturmaßnahmen, zum Beispiel gegen ein Überangebot von Krankenhausbetten und künftigen Kassenärzten, zu verschleppen. Die mit mehr Eigenbeteiligung verbundene Kostenverlagerung auf die Leistungsempfänger „verringert den Handlungsdruck, die eigentlichen Strukturprobleme anzugehen", sagte Lambsdorff.

Bonn registriert Anzeichen einer flexibleren Haltung Moskaus

Regierung: *Ostblock-Gipfel* für *endgültige Marschrichtung* in Genf wahrscheinlich

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Bundesregierung hält es für wahrscheinlich, daß erst auf einer Gipfelkonferenz des Warschauer Paktes im Oktober über die endgültige sowjetische Verhandlungsposition in Genf entschieden wird. In Regierungskreisen in Bonn hieß es gestern, es sei auffällig, daß die sowjetische Verhandlungsdelegation in Genf den Zeitrahmen nur bis zum 12. Oktober verplant habe. Außerdem signalisierten *Einlassungen* von offizieller Seite aus Moskau, daß „auch in der Sache" noch nichts entschieden sei, also ein Zwischenergebnis nach wie vor im Bereich des Möglichen liege. Gemeint sind damit in erster Linie Aussagen des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Kornijenko mit der Wiederholung der Forderung, die britischen und französischen Nuklearraketen müßten in ein Verhandlungsergebnis einbezogen werden.

Sorgsam registriert wurde in Bonn allerdings die Erklärung von Kornijenko, diese Drittstaatensysteme seien „*bisher*" weder in der einen noch in der anderen Form in einem Abkommen berücksichtigt und „deshalb" gebe es keinen Grund, sie in Genf auszuklammern. Das bedeute, daß sich die Sowjetunion selbst in dieser von ihr zur Schlüsselfrage erhobenen Thematik eine Option offengehalten habe. Für die Sowjetunion, aber auch für den Westen stelle sich jetzt die Frage, wie eine andere „Ebene" für diese speziellen Verhandlungen geschaffen werden könne, um eine weitere Blockade in Genf zu vermeiden.

Theoretisch werden dazu innerhalb der Bundesregierung folgende Möglichkeiten erörtert:

- Die Verhandlungen über die Drittstaatensysteme könnten nach einem Zwischenabkommen in Genf in die Verhandlungen über die Interkontinentalraketen (START) einbezogen werden.
- Es sei ein Konferenzrahmen mit der Beteiligung der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens über die nuklearen „Restsysteme" in Europa unter *Berücksichtigung* des in Genf erreichten Zwischenergebnisses denkbar.
- Oder man entschließe sich zu einer weltweit angelegten Verhandlungsrunde der fünf Atommächte USA, Sowjetunion, China, Frankreich und Großbritannien.

Die Bundesregierung aber werde diese Überlegungen nicht promovieren. Bonn fühle sich, so wurde in Regierungskreisen ausdrücklich erklärt, nicht zum Ratgeber der westlichen Verbündeten berufen. Eine europäische Abrüstungskonferenz als Verhandlungsebene scheidet aus, weil dort nur über konventionelle, nicht aber über nukleare Waffen beraten wird.

Das Schreiben des sowjetischen Parteichefs Andropow an Bundeskanzler Helmut Kohl hat „keine überraschenden Elemente" hinsichtlich der sowjetischen Verhandlungsposition in Genf enthalten, hieß es im Bundeskanzleramt. Über den Inhalt des Briefes ist Kohl schon am vergangenen Mittwoch unterrichtet worden. Dieses Schreiben und die an 57 SPD-Bundestagsabgeordnete gerichteten Briefe Andropows seien vor allem für die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt, hieß es.

Berichte, wonach die Bundesregierung die USA zu mehr Flexibilität in Genf drängten, haben zu erheblicher Verwirrung geführt. Sie waren auch Gegenstand eines Gesprächs, das Bundeskanzler Kohl am Montagabend mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in dessen Haus in Fulda führte. Dabei versicherte Kohl, Bonn bleibe konsequent. Weder der globale Ansatz des festgelegten Nachrüstungsbedarfs noch die Pershing 2 in diesem Paket werde aufgegeben. „Die Pershing 2 steht nicht zur Disposition", bekräftigte der Bundeskanzler, der offensichtlich Sorge hatte, daß die Berichte zu Unsicherheiten vor allem in den Reihen der Union führen könnten. Dregger hatte sich schon vorab telefonisch im Kanzleramt nach der Richtigkeit dieser Meldungen erkundigt.

Dregger, der sich ansonsten zu seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler *nicht äußern wollte*, versicherte gegenüber der WELT: „Es bleibt beim Waffenmix", und zwar auch dann, wenn durch ein Zwischenergebnis der Nachrüstungsbedarf des Westens in geringerem Umfang erforderlich werden würde. Es gelte seine Aussage, die er gegenüber dem amerikanischen Unterhändler in Genf, Paul Nitze, gemacht habe: Die Union vertraue auf dessen Verhandlungsführung, und er könne sich auf „unsere Festigkeit verlassen". Ziel sei es, einen Kompromiß zu erreichen, der den deutschen Sicherheitsinteressen *entspreche, betonte Dregger.*

Todenhöfer für Konferenz der fünf Atom-Mächte

Weg zur Anrechnung des Potentials von London und Paris

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, hat vorgeschlagen, die fünf *Kernwaffenstaaten* USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und Volksrepublik China sollten eine Fünf-Mächte-Konferenz abhalten, um in einer Global-Rechnung alle Atomwaffenarsenale in die Rüstungskontrolle einzubeziehen. Mit diesem Vorschlag eröffnet sich eine Aussicht zur Lösung des Problems, wie die britischen und französischen Nuklearwaffen großer Reichweite auf das globale Kräfteverhältnis anzurechnen sind.

Bislang besteht die Sowjetunion auf der Einbeziehung dieses britischen und französischen *Potentials* in die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen, ohne dabei aber auf westliches Entgegenkommen zählen zu können. Todenhöfer hält eine solche Fünf-Mächte-Konferenz dann für möglich, wenn die Sowjetunion und die USA ihre strategischen Nuklearwaffen entsprechend den westlichen Abrüstungsvorschlägen für die Genfer START-Verhandlungen drastisch reduziert haben sollten. In dieser Fünf-Mächte-Konferenz, so meint der Abrüstungsfachmann der Union, müßten Frankreich, Großbritannien und die Volksrepublik China „gleichberechtigte Verhandlungspartner" sein. Auf diese Weise „*könnte das Drittstaatenproblem* in einer fairen Weise, die die Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt und gleichzeitig Parität zwischen den USA und der Sowjetunion gewährleistet, gelöst werden".

Es gibt unterdessen erste Anzeichen, daß die Überlegungen Todenhöfers in den westlichen Hauptstädten einen gewissen Anklang zu finden scheinen. Die Möglichkeit, daß Bundeskanzler Kohl den Gedanken mit der britischen Premierministerin Thatcher bei ihrem Zusammentreffen gestern abend in Bonn erörtert *haben könnte, wurde von informierter* Seite nicht ausgeschlossen. Angeblich gibt es auch schon Kontakte zur französischen Regierung. London und Paris haben bereits verschiedentlich ihre Bereitschaft erklärt, an Abrüstungsverhandlungen über Kernwaffen teilzunehmen, wenn die beiden Supermächte ihre jeweiligen Arsenale „substantiell" vermindert hätten. Auch in Peking ist die Teilnahme an entsprechenden Rüstungskontrollverhandlungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen worden.

Strauß dankt Honecker für Entgegenkommen

rtr, **München**

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker für die Erfüllung einer Reihe persönlicher Bitten gedankt.

Beim Empfang des auf seine Intervention am 7. September in den Westen freigelassenen früheren Häftlings Rainer Bäurich in der bayerischen Staatskanzlei sagte Strauß, er erkenne an, daß sich Honecker bemüht habe, eine Reihe von Wünschen zu erfüllen, „von denen manche als nicht erfüllbar galten".

So seien inzwischen acht der neun „DDR"-Häftlinge, um deren Freilassung er bei seinem Treffen mit dem SED-Chef gebeten habe, im Westen eingetroffen. Außerdem hätten die Behörden in Ost-Berlin bereits 46 der 48 Ausreisewünsche nicht inhaftierter „DDR"-Einwohner erfüllt, die an ihn während seines Aufenthalts in Mitteldeutschland herangetragen worden seien.

Zu den Spekulationen über eine mögliche Senkung des Mindestumtauschs oder des Reisealters für „DDR"-Einwohner wollte sich der bayerische Ministerpräsident Strauß aber nicht äußern. „Man muß die Ereignisse feiern, wenn sie eingetreten sind und muß einen langen Atem haben", sagte er.

Nach langer Flaute ist Tegel wieder im Aufwind

Bald eine neue Flugverbindung ins Ruhrgebiet?

Von F. DIEDERICHS

Das Lob aus der Bundeshauptstadt kam aus berufenem Munde und nicht unerwartet: Bei einem Besuch auf dem Flughafen Berlin-Tegel zu Beginn dieser Woche würdigte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger die Bemühungen der alliierten Fluggesellschaften um eine weitere Förderung des Luftverkehrs von und nach Berlin. Denn Berliner wie Touristen und Geschäftsleute aus der ganzen Welt fliegen nach langer Flaute wieder „uff Tejel".

Getreu dem Slogan eines in Berliner Mundart gehaltenen Aufklebers, der mit den Worten „Ick flieje uff Tejel" um Sympathien für den nicht zuletzt durch die Konkurrenz des Ostberliner Billig-Flughafens Schönefeld *angeschlagenen Airport im* freien Teil der Stadt wirbt, haben sich in den letzten Monaten die Fluggastzahlen so stabilisiert, daß in Luftfahrtkreisen vorsichtig, aber erstmals wieder von einem „kleinen Aufschwung" gesprochen wird. Dollinger sicherte bei seiner Berlin-Visite dann auch zu, die Fluggesellschaften bei allen Aktivitäten weiter zu unterstützen, um so die Attraktivität des für die geteilte Stadt lebenswichtigen Flugverkehrs zu erhöhen. Denn immer noch sind die drei Luftkorridore die einzigen wirklich unbehinderten Zugangswege nach Berlin, aus einem Verzicht auf nur einen dieser „Korridore" könnten unübersehbare politische Folgen entstehen.

Der derzeit noch neue Aufwind für den Flughafen, der seit Abschluß des Transitabkommens im Jahre 1972 stetig sinkende Fluggastzahlen verkraften muß – der Rückgang betrug 1982 rund 8 Prozent – und gemessen am Passagieraufkommen derzeit an fünfter Stelle in Deutschland liegt (4,0 Millionen Fluggäste), wurde erheblich durch die in den Monaten Juli und August probeweise und *kurzfristig von Bonn genehmigten* Spartarife entfacht. Die von den drei alliierten Fluggesellschaften PanAm, British Airways und Air France als „voller Erfolg" gewerteten Stand-by-Tarife für Senioren, Studenten und Familien erhöhten das Passagieraufkommen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fünf Prozent, Air France verzeichnete gar mit 53 Prozent Steigerung im August einen für den Spree-Verkehr einmaligen Wachstumsrekord.

Gleichzeitig verlor der rund 20 Kilometer entfernt liegende Ostberliner *Lufthafen Schönefeld wertvollen* Boden im Kampf um Charter- und Auslandsfluggäste. Wichtige Ursachen: Spanien verweigerte im vergangenen Jahr der „DDR"-Gesellschaft „Interflug" die Landerechte und verhinderte so einen Einbruch Tegels im Spanien-Charterverkehr. Wenig später meldete zudem eine der wichtigsten „Interflug"-Agenturen in West-Berlin, die „Marcks-Reisen", Konkurs an. Rund 3000 von der Pleite betroffene Kunden wickelten ihre Flüge zum Großteil über Tegel ab. Zudem überzeugen der bessere Service und kürzere Anfahrtswege immer mehr Berliner von den Vorzügen des Check-in im freien Teil der Stadt.

Gleichzeitig lassen die zunehmend an Gestalt gewinnenden Planungen alliierter Fluggesellschaften zur Erweiterung des Luftverkehrsnetzes einen weiteren Imagegewinn des zuletzt mit jährlich 90 Millionen Mark vom Bund subventionierten Berlin-Flugverkehrs erhoffen. British Airways nahm jetzt das Genehmigungsverfahren zur Eröffnung der Strecke Berlin–Münster in Angriff, PanAm avisiert Linienflüge von Berlin nach Kiel, Mannheim und Friedrichshafen an. Die amerikanische Privat-Gesellschaft „Direct Air" erhielt nach zweijährigem Ringen von den alliierten Luftfahrtattachées die Betriebserlaubnis für Flüge nach Brüssel, Zürich, Mannheim und Friedrichshafen.

Die neuen Impulse für den Berlin-Flugverkehr durch das Engagement der „Direct Air", hinter der sich der amerikanische Millionär Harald Paumgarten und ein Investitionsvolumen von 68 Millionen Dollar verbergen, werden nicht nur von Berliner Landespolitikern nahezu vorbehaltlos begrüßt. Für die derzeit beantragte, aber noch nicht genehmigte Flugverbindung Berlin–Dortmund

Landesbericht Berlin

setzte sich selbst Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rau in einem Schreiben an Berlins Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker ein. Berlins Wirtschaftssenator Pieroth (CDU) stellte gar bei einem Besuch in Dortmund ein „hohes Maß an Berlin-Verbundenheit im Revier" fest, das mit der geplanten Nonstop-Flugverbindung von Dortmund aus gefestigt werden könnte.

Der Newcomer „Direct Air" zielt mit den neuen Flugstrecken, für die 19sitzige Turboprop-Maschinen eingesetzt werden sollen, vor allem auf Geschäftsleute aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die Experten der US-Gesellschaft weisen in Marktanalysen darauf hin, daß in den angepeilten Regionen 120 der 500 größten deutschen Firmen liegen. Die meisten dieser Firmen verfügen laut „Direct Air" zwar über eigene Maschinen, die aber Berlin nach den Vereinbarungen des Viermächteabkommens nicht anfliegen dürfen. Aus diesem Grunde an Berlin vorbeigehende Geschäftsbeziehungen könnten so nach Meinung der „Direct Air"-Manager neu aktiviert, dem Interesse westdeutscher Unternehmen an Berlin neues Leben gegeben werden. *Die Flugpreise der „Direct Air"* oritieren sich an den üblichen Berlin-Tarifen der alliierten Fluggesellschaften, die derzeit zwischen 40 und 47 Pfennig je Flugkilometer betragen. „Direct Air" will den Regionalflugverkehr spätestens bis zum Beginn des Sommerflugplans 1984 aufnehmen.

Ungeachtet der neuen Strecken vom Bundesgebiet in die alte Reichshauptstadt sehen Luftfahrtmanager an der Spree jedoch nur dann eine Chance, das derzeit belebende Lüftchen im Berlin-Flugverkehr zu einem kräftigen Aufwind zu steigern, wenn Bonn in Zukunft auch dann seine Einwilligung zu „Billig-Tarifen" gibt, wenn die für die Fluggast-Subvention bereitgestellten Mittel erschöpft sein sollten.

Peres lehnt das Angebot Shamirs ab

DW./RS. **Jerusalem**

Der israelische Außenminister Yitzhak Shamir hat gestern von Staatspräsident Chaim Herzog den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung angenommen. Sein Angebot an die oppositionelle Arbeiterpartei, ein „Kabinett der Nationalen Einheit" zu bilden, ist von Oppositionsführer Shimon Peres jedoch umgehend zurückgewiesen worden. Im Rundfunk lehnte Peres den Weg und das Programm des Likud ab.

Shamir hat nun drei Wochen Zeit, ein Kabinett zu bilden und anschließend in der Knesset die Vertrauensfrage zu stellen.

Staatspräsident Herzog sagte, er sei nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Menachim Begin in der vergangenen Woche bei Koalitionsgesprächen mit Vertretern aller Fraktionen zu der Überzeugung gelangt, daß ein Kabinett *Shamir die besten Aussichten* habe, eine Mehrheit im Parlament zu finden.

Herzog mahnte zur Eile, da die gegenwärtige Situation, in der Begin ein Interims-Kabinett leite, so rasch wie möglich beendet werden müsse. Sollte Shamir innerhalb von drei Wochen nicht eine Regierung bilden können, so ist es dem Staatspräsidenten freigestellt, das Mandat beliebig oft für jeweils drei Wochen zu erneuern oder einen anderen Politiker mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Für diesen Fall rechnen politische Beobachter in Jerusalem damit, daß Oppositionsführer Peres mit Hilfe von liberalen und unabhängigen Abgeordneten die Bildung eines Kabinetts versuchen wird. Sollte auch dies nicht gelingen, so könnte dennoch eine Große Koalition notwendig werden.

Japan erhöht Verteidigungsetat

AP, **Tokio**

Der Nationale Verteidigungsrat Ja*pans hat gestern eine Erhöhung* des Verteidigungshaushaltes 1984/85 um 6,88 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr gebilligt. Die Empfehlung, die noch der Zustimmung des Parlaments bedarf, läuft auf ein Budget in Höhe von 2,943 Billionen Yen (32,4 Milliarden Mark) hinaus. Sie ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen dem Verteidigungsministerium, das für eine Erhöhung um 8,3 Prozent eingetreten war, und dem Finanzministerium, das ursprünlich auf einer Aufstockung um 3,7 Prozent beharrt hatte. Der Verteidigungsrat ist oberstes Entscheidungsgremium in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen. Ihm gehören der Ministerpräsident, der Finanz-, der Außen- und der Verteidigungsminister an.

Ein Sprecher des Finanzministeriums teilte mit, daß die Verteidigungsausgaben auch 1984/85 deutlich unter einem Prozent des Bruttosozialprodukts blieben. Die USA drängen Tokio immer wieder, einen größeren Teil der japanischen Verteidigungslast selbst zu übernehmen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Bekennerbriefe zu Anschlag auf Rechenzentrum

rtr, **Frankfurt**

Linksextreme „Revolutionäre Zellen" (RZ) haben sich gestern nach Angaben der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe zu dem in der Nacht zum Dienstag verübten Sprengstoffanschlag auf das Rechenzentrum der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg (MAN) in Ginsheim-Gustavsburg (Hessen) bekannt.

Wie ein Sprecher mitteilte, gingen bei der „Frankfurter Rundschau" und dem Frankfurter dpa-Büro Bekennerbriefe ein. Darin sei als Grund für den Anschlag unter anderem angegeben worden, im MAN-Werk in Gustavsburg würden Tieflader hergestellt, die zur Stationierung der amerikanischen Pershing-2-Raketen eingesetzt würden. Von Teilen der „Friedensbewegung" war MAN bereits im April vorgeworfen worden, durch die Herstellung von Transportern zur Stationierung der Pershing 2 beizutragen.

Der Anschlag, bei dem Sachschaden in Höhe von rund zwei Millionen Mark im Rechenzentrum des Werkes entstand, war mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem umgebauten Feuerlöscher verübt worden, der mit einem Selbstlaborat gefüllt und mit Hilfe eines Weckers gezündet wurde.

„DDR" erhält Geld für Umweltschutz

ms. **Bonn**

Nach relativ kurzen Verhandlungen haben sich Bonn und Ost-Berlin über die Umweltschutzmaßnahmen des Flusses Röden im Grenzgebiet zwischen Bayern und der „DDR" geeinigt. Das Verhandlungsergebnis wird in der nächsten Woche dem Bundeskabinett vorliegen. Es sieht vor, daß die „DDR" für die Errichtung von Klärwerken auf ihrem Gebiet im Laufe von vier Jahren 18 Millionen Mark erhält. Der Bund und das Land Bayern tragen davon je die Hälfte. Am Ende dieser Umweltschutzmaßnahme soll die Wasserqualität der Röden – die bisher durch Abwässer von Schlachthöfen auf „DDR"-Gebiet sehr schlecht ist – der in Bayern üblichen Güte entsprechen. In Bonn wird angesichts der engen und kooperativen Zusammenarbeit mit Bayern in dieser Frage damit gerechnet, daß das Kabinett in München dem Verhandlungsergebnis zustimmen wird.

NRW-Etat: Rau verordnet eine drastische Sparkur

Die SPD kann ihre Wahlversprechen nicht einhalten

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Mit drastischen Einschnitten im Personalhaushalt will die sozialdemokratische Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den Schuldenberg, den sie aufgetürmt hat, überwinden. Von 1984 bis 1986 sollen gegenüber dem Etat 1982 etwa 20 000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Am härtesten betroffen ist der Schulbereich mit mehr als 58 Prozent. Im Haushalt über das laufende Jahr sind 346 000 Stellen ausgewiesen, für 1984 werden 5475 Stellen gestrichen oder als „künftig wegfallend" bezeichnet. So sieht es die jetzt vorgelegte Linie der mittelfristigen Finanzplanung des Kabinetts von Johannes Rau vor, die den Haushaltsentwurf 1984 des Finanzministers Diether Posser begleitet.

Damit praktiziert die SPD in der Regierungsverantwortung genau das, was Hans-Jochen Vogel und seine Bundestagsfraktion der Bonner Koalition Kohl/Genscher vorwirft: Drastisches Sparen und Stellenabbau als Antwort auf die defizitäre Finanzlage. Im Haushalt 1984 bewegt sich kaum etwas, und Johannes Rau wird damit auch nichts bewegen können.

Die Erkenntnis aus den Daten und Zahlen ist eine herbe Enttäuschung für die Sozialdemokraten. Jetzt sind sie seit 1980 mit absoluter Mehrheit an der Macht und können doch all ihre Vorstellungen nicht verwirklichen. Sie müssen einsehen, daß sie ihre Wahlversprechungen nicht einlösen können. Mehr noch, sie müssen gar freizügig verteilte Wohltaten wieder zurücknehmen.

Die Eckdaten: 57,459 Milliarden Mark Volumen, das bedeutet eine Zunahme gegenüber 1983 um mehr als eine Milliarde Mark oder 1,8 Prozent. Die Nettokreditermächtigung beläuft sich auf 8,8 Milliarden Mark, die Summe der investiven Ausgaben aber beläuft sich auf 7,8 Milliarden Mark. Und dort liegt der Pferdefuß: Der Haushaltsentwurf entspricht nicht den Regeln der Verfassung. Die nämlich schreibt zwingend vor, daß die Summe der investiven Ausgaben höher sein muß als die Summe der Nettokreditaufnahme.

Überhaupt sieht's schlecht aus mit dem Schuldenstand: Bis Ende dieses Jahres muß Diether Posser mit einem Gesamtstand von knapp 60 Milliarden Mark rechnen, Ende 1984 werden es 69 Milliarden sein, 1985 gar, im Wahljahr, klettert die Summe auf 77 Milliarden Mark – das sind dann umgerechnet auf jeden einzelnen Bürger dieses Landes, ob acht oder 80 Jahre, mehr als 4500 Mark. Das ist sicher eine imaginäre Verschuldung, aber sie stimmt immerhin bedenklich. Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr in der Pro-Kopf-Verschuldung Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erreichen und mit dem Saarland dann den traurigen Spitzenplatz.

Nachdenklich stimmt auch das Tempo der Verschuldung – und das, obwohl die Regierung Rau in diesem Jahr kein einziges Gesetz verabschiedet hat, das Kosten nach sich ziehen würde. Im Gegenteil – sie mußte Gesetze wieder einschränken: Die Eltern zahlen zum Teil wieder Schulbücher für ihre Kinder und auch für den Platz im Kindergarten. Hieß das in den Wahlkampfthesen der SPD 1980 nicht ganz anders? Damals noch lagen die Zinslasten des Haushaltes bei zwei Milliarden Mark – heute sind es schon fünf Milliarden.

Vor allem aber zweifeln Experten an der Realität der erwarteten Steuereinnahmen im kommenden Jahr. Sie verweisen darauf, daß Possers Ministerium schon 1982 wütende Briefe versendete, wenn in den Medien vom „Milliarden-Loch" durch falsche Steuerschätzungen berichtet wurde: „Es gibt kein Milliarden-Loch." Sie sollten Recht behalten. Jetzt bekannte Posser bei der Pressekonferenz: „In diesem Jahr entfällt – und ich hoffe, Sie sehen mir die Erleichterung an – das Milliarden-Loch."

Dieses Mal geht der Arbeitskreis „Steuerschätzung" von Einnahmen in Höhe von mehr als 29 Milliarden Mark aus – das würde eine Steigerung von 5,5 Prozent bedeuten. Dabei lagen die Steigerungsraten der vergangenen Jahre nur mühsam bei drei Prozent. Finanz- und Wirtschaftsexperten sahen das Übel und das Versäumnis der seit 1966 herrschenden sozialdemokratisch geführten Landesregierungen vor allem darin, daß sie „Erhaltungssubventionen" leisteten, nicht aber Geld für Programme ausgaben, um von der Monostruktur – vor allem im Ruhrgebiet – zu einer breit gefächerten, innovativen Industrie wie in Baden-Württemberg zu kommen.

Kurz vor der Landtagswahl wird in Hessen fleißig spekuliert

Mögliche Nachfolger von Holger Börner werden gehandelt / „Lancierte Gerüchte"

D. GURATZSCH, **Frankfurt**

Alle Spekulationen über den Ausgang der Hessenwahl sind „unseriös". Denn innerhalb der von den Meinungsforschern beanspruchten „Toleranzmarge" von plus zwei bis minus zwei Prozentpunkten kann jede Partei ihr Wahlziel erreichen oder scheitern. Ebenso „unseriös" sind die Mutmaßungen über Personen und Posten – aber natürlich ist die Gerüchteküche in vollem Gange. Dabei werden interessante Namen gehandelt – offenbar nicht immer ganz ohne die Absicht einer „Brunnenvergiftung".

Dabei ist bemerkenswert, daß sich die Gerüchte nicht um die Herausforderer der Regierung, nämlich CDU und FDP, ranken, sondern fast ausschließlich um die SPD und ihre Spitzenleute.

Da wird mit Fleiß zum Beispiel der Name Lafontaine lanciert. Der Saarbrücker Oberbürgermeister, der mit starken Worten gegen die Raketenstationierung bei den Genossen in Frankfurt brausenden Jubel geerntet hatte, werde im „linken" SPD-Bezirk Südhessen schon heute als Nachfolger für den geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner gehandelt, weil er, so das von der Jungen Union ausgestreute Gerücht, viel besser als Börner zwischen SPD und Grünen vermitteln könne.

Namen aus dem SPD-Partei-Establishment

Andere wollen von einer sich abzeichnenden Mehrheit im SPD-Landesvorstand für ein Arrangement zwischen CDU und SPD wissen und bringen dafür Namen aus dem hessischen SPD-Partei-Establishment ins Spiel. Hans Krollmann, der (gesundheitlich angeschlagene) Kultusminister, oder der soigniert wirkende Justiz- und Innenminister Herbert Günther, beide, wie Börner, „Nordhessen", sollen „Kronprinzen" sein. Es sei ihnen zuzutrauen, trotz mancherlei Avancen gegenüber den Grünen im letzten Jahr, auch mit der CDU zu „können", wird gemunkelt.

Oder das Geraune um Börner selbst. CSU-Chef Strauß ließ auf seiner Wahlkampfreise durch Hessen Andeutungen fallen, die unverzüglich Neugier weckten. Börner, so der Bayer, habe schon in Bonn „Fühler vorgestreckt", um in der Partei neue Aufgaben zu übernehmen, wenn ihn in Hessen das Schicksal ereile. „Da hat es doch ein Gespräch mit Brandt gegeben", erläuterte der CSU-Chef anschließend in kleinerem Kreis, „danach soll Börner den Bundesgeschäftsführer Glotz ablösen." Und auch die Freien Demokraten wollen wissen, daß „Börner seine eigene Partei nicht mehr hinter sich hat", wie der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt kürzlich kundtat.

Alle diese Spekulationen scheinen ohne die hessische Verfassung gemacht, die Börner in Hessen eine außerordentlich starke Position gibt. Sollte es nämlich zu einer Wiederauflage der „hessischen Verhältnisse" kommen, mit anderen Worten: Würde die FDP erneut an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und die CDU wiederum die absolute Mehrheit verfehlen, wäre Börners Stellung fast unangreifbar.

Dabei spielt die Spaltung in „Nord" und „Süd" eine gewichtige Rolle. Aus dem „rechten" sozialdemokratischen Norden kommt die stärkste Opposition gegen die allzu geflissentliche Anbiederung der Partei an die Grünen, in „Südhessen" wird dagegen die Gefahr einer „Spaltung" der hessischen SPD beschworen, wenn eine CDU-Regierung auch nur „toleriert" würde.

Die Erinnerung an die Ministerpräsidentenwahl vom vergangenen Dezember wird wach. Damals (so verbreiten die Grünen) hatte ein vorgeschickter „Nordhesse" für Börners Gegenkandidaten Walter Wallmann gestimmt. Ist es so gewesen (und vieles spricht dafür), so sollte es offensichtlich ein „Warnschuß" für den nordhessischen Genossen Börner sein, den Grünen nicht zu kniefällig entgegenzurutschen. Würde nun gar ein „Auswärtiger" diese „Rutschpartie" gleichsam zum Programm erheben, wäre mindestens mit einigen nordhessischen Enthaltungen bei der Ministerpräsidentenwahl zu rechnen. Dann aber wäre nach den zu erwartenden knappen Mehrheitsverhältnissen dieser Kandidat bereits gescheitert und Börner bliebe „geschäftsführend" weiterhin im Amt.

Börner ist die große Integrationsfigur für die hessische SPD – die einzige, die sie besitzt. Mit seinem Slogan „Ich bin Koalitionen leid", hat er sich den Weg zu einer neuen Amtsperiode keineswegs verbaut, sondern im Gegenteil geebnet. Der von ihm angekündigte „Sonderparteitag" nach der Wahl hält ihm dann immer noch alle Türen für politische Zweckbündnisse offen. Freilich werden einer Verbindung mit der CDU schon im Hinblick auf die Bonner Oppositionsrolle der SPD, aber auch angesichts des gegen die hessische CDU geführten Wahlkampfes kaum Chancen gegeben.

Grüne Signale an die Sozialdemokraten

Demgegenüber hat Börner trotz starker Worte gegen die Grünen mit dem Versuch, ihnen gleichzeitig mit „grüner Politik" die Wähler abzuwerben, eine „Grün-Verschiebung" seiner Partei eingeleitet, die ihm eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit leichtmachen würde – viel leichter als im „Dachlattenherbst" 1982. Dabei wäre die Position der SPD aller Voraussicht nach gestärkt, da die Grünen kaum noch einmal auf einen Stimmenanteil von acht Prozent, den sie auf dem Höhepunkt der Startbahnbewegung vor einem Jahr erreicht hatten, rechnen können.

Die Grünen ihrerseits haben mit Signalen an die Adresse der SPD nicht gespart. Ein Strategiepapier ihres Landtagsabgeordneten Roland Kern stellt erstmals offen zur Diskussion, „ob wir selbst die Regierungsarbeit mitbestimmen wollen", und kommt zu dem Schluß: „Die Ministerpräsidentenfrage erscheint lösbar." Gleichzeitig druckte die „Grüne Hessenzeitung" einen Beitrag des „Fundamentalisten" Raphael Keppel mit dem Motto ab: „Klares Ja zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit anderen Parteien". Dem Aufsatz war ein Foto beigegeben, das einen gutgelaunten Ministerpräsidenten Börner neben der Grünen Landtagsabgeordneten Gertrud Schilling zeigt. Unterschrift: „Na, wer sagt's denn!"

Einigung mit Athen über UNO-Rede?

BERNT CONRAD, **Bonn**

Nach vorübergehendem neuen Ärger über die griechische EG-Präsidentschaft besteht in Bonn jetzt die Hoffnung, daß es gelingen wird, bis zum kommenden Montag eine Einigung über den Text der Rede zu erzielen, die der griechische Außenminister Joannis Charalambopoulos für die EG in der UNO-Vollversammlung halten wird. Als entscheidend wird angesehen, daß der Grieche die in seinem bisherigen Textentwurf vorgesehenen Formulierungen zum Abschuß der koreanischen Passagiermaschine noch verschärft.

Dieser Punkt hatte bereits am 12. September zu Auseinandersetzungen geführt, weil Charalambopoulos als Ratsvorsitzender eine von den anderen Partnern gewünschte Verurteilung der Sowjets verhinderte. Bundesaußenminister Genscher beschuldigte den Griechen, mit seiner Haltung eine Vertrauenskrise in der Gemeinschaft ausgelöst zu haben. In Bonn und anderen europäischen Hauptstädten wurde befürchtet, der griechische Ratspräsident könnte auch in der UNO-Vollversammlung am 27. September die EG durch einen Alleingang blamieren.

Um die UNO-Rede zu besprechen, schlug Genscher seinen in Brüssel versammelten EG-Außenminister-Kollegen am Dienstag vor, am gestrigen Mittwoch in Brüssel eine Ministersitzung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) abzuhalten. Charalambopoulos teilte jedoch mit, die Sitzung könne nicht stattfinden, denn er könne am Mittwoch nicht nach Brüssel kommen.

Genscher und andere EG-Außenminister zeigten sich über die Halsstarrigkeit des Griechen sehr verärgert. Als aber im Laufe des Dienstag auch der zunächst auf Genschers Seite stehende französische Außenminister Claude Cheysson zu erkennen gab, daß er am Mittwoch wegen einer Pariser Ministerratssitzung nicht an einer Brüsseler EPZ-Konferenz teilnehmen könne, gab Genscher seinen Kampf auf. Man einigte sich schließlich darauf, daß die beteiligten Außenministerien den schon übermittelten Textentwurf der griechischen UNO-Rede prüfen und daß sich die politischen Direktoren der Partnerstaaten am kommenden Montag in New York abschließend damit befassen sollten.

Undichte Stellen im Hause Zimmermann

Gegnern des Ministers werden Informationen zugespielt

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) muß sich Gedanken darüber machen, wie politische Entscheidungsprozesse in seinem Ressort gegenüber treulosen Bediensteten abgeschottet werden können. Der Minister hat vor allem in jüngster Zeit registriert, daß Vermerke und Überlegungen, die noch im Anfangsstadium sind, nach außen getragen werden und zwar zu Medien, die seit Jahren zu seinen schärfsten Kritikern gehören. Dies war zum Beispiel bei einem Vermerk des Leiters der Polizeiabteilung, Manfred Schreiber, der Fall, in dem dieser seine Mitarbeiter angewiesen hatte, die sicherheitsrelevanten Entscheidungen des früheren Bundesinnenministers Gerhart Baum (FDP) zu überprüfen.

Natürlich wird auch im Ministerium die Frage gestellt, ob bei einem so sensiblen Auftrag ein schriftlicher Vorgang angelegt werden muß, aber wichtiger ist die Erkenntnis, daß dieser Vermerk in die Öffentlichkeit lanciert worden ist. Das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Zimmermann und der FDP und dort speziell zu den Politikern Baum und Hirsch sollte damit zusätzlich befrachtet werden.

Rechtsgrundlagen erläutert

Nach dieser Episode tauchte dann am vergangenen Wochenende in einzelnen Blättern eine auf Fachebene an das Bundesverkehrsministerium gerichtete Anfrage auf, ob es der Rechtslage entspreche, wenn die Bundesbahn die Reisen von extremistischen Kräften zu Demonstrationen in Form von ermäßigten Fahrpreisen subventioniere. Das Bundesinnenministerium hat damit die Stimmung in der Bevölkerung aufgefangen und an das zuständige Verkehrsressort weitergeleitet, das inzwischen zu dem Ergebnis gelangt ist, daß eine solche Subventionierung durchaus der Rechtslage entspricht. Aber es ist nicht nur im Bundesinnenministerium aufmerksam registriert worden, daß selbst dieser Prüfungsauftrag Anlaß für SPD-Politiker und auch für Hirsch war, sich kritisch zu äußern. *Der FDP-Politiker hatte gemeint*, es sei ein Unding, Tarifsysteme nach Gesinnungstreue differenzieren zu wollen.

An die Öffentlichkeit gespielt worden war auch vor einiger Zeit die Entscheidung des Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger, die Vereinigung von Angehörigen *der* ehemaligen Waffen-SS (HIAG) im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht mehr als rechtsextremistisch aufzuführen. Im Innenausschuß des Parlaments hat Spranger dann sehr eingehend die Rechtsgrundlagen erläutert. Daraufhin hatte sich die Diskussion sehr schnell beruhigt.

Bewiesen wurde nichts

Gravierender in seiner politischen Auswirkung war dagegen der Abdruck des Briefes von Minister Zimmermann an Bundesjustizminister Engelhard (FDP) in dem er für eine Auslieferung des türkischen Asylbewerbers Altun plädierte, der später Selbstmord begangen hat. *Unabhängig* von Zimmermann war Engelhard in einem Brief an Bundesaußenminister Genscher zu dem Ergebnis gekommen, die Auslieferung sei rechtmäßig. Über die Personen, die diese Briefe der beiden Minister Nachrichtenagenturen und einer Illustrierten zugespielt haben, wird viel gemun*kelt, bewiesen wurde nichts. Bundes*kanzler Helmut Kohl war darüber verärgert.

Die Minister haben aus diesen Vorgängen den Schluß gezogen, ein Exempel zu statuieren, wenn Bedienstete den Vertrauens- oder gar des Geheimnisbruchs überführt werden können. Zimmermann jedenfalls weiß, *daß gegen ihn in einzelnen* Medien eine zweite politische Front aufgebaut wird. In dieser Serie ist jetzt eine angebliche „Empfehlung" des Kommandeurs des Bundesgrenzschutzkommandos West, Wegener, publiziert worden, in der dieser die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte im BGS vorgeschlagen *haben soll. Sofort nach Bekanntwer*den dieser Veröffentlichung hat der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Harald Schäfer, daraus den Schluß gezogen, Zimmermann und Spranger wollten den freiheitlichen Charakter der Republik verändern, so als ob jede Überlegung eines Untergebenen gleichbedeutend mit der des Ministers sei. Das Bundesinnenministerium reagierte durch seinen Sprecher Härdtl gelassen. Zimmermann wolle keine Änderung des Personalvertretungsgesetzes.

Bonn beharrt auf echtem Sparkonzept in der EG

Mühsame Reformpolitik / Sondersitzung in Brüssel

W. HADLER/U. LÜKE, Brüssel

Die EG-Regierungen tun sich schwer, einen Einstieg in die geplante Reform der Europäischen Gemeinschaft zu finden. Drei Monate nach dem Stuttgarter EG-Gipfel haben die Hauptstädte zwar eine große Zahl von Positionspapieren zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft und zur Entwicklung neuer Politiken produziert. Aber Ansätze für echte Verhandlungen wurden auch in der Sondersitzung der Außen- und Finanzmi*nister Anfang dieser Woche in Brüs*sel noch nicht sichtbar.

Vor allem haben die Minister bisher kein Entscheidungsverfahren für die konkreten Aufgaben gefunden, die ihnen die Regierungschefs im Juni in Stuttgart gestellt hatten. Dabei geht es um vielerlei: Eine Reform der bisherigen EG-Politiken mit dem Ziel deutlicher Einsparungen; die Lösung des britischen Finanzproblems mit der Gemeinschaft; neue Aufgaben für die EG und die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen für Brüssel.

„Buchhalterische Übung"

Die Regierungschefs hatten dabei Lösungen in einem Problembereich von Ergebnissen in den anderen abhängig gemacht. Im Klartext heißt das: Bonn – als größter „Nettozahler" der Gemeinschaft will neuen Finanzen für Brüssel oder neuen EG-Politiken nur zustimmen, wenn ein echtes Sparkonzept verwirklicht wird. Die Gewichte innerhalb dieser Stuttgarter Kompromißformel haben sich in den ersten Beratungen der „Sonderräte" bereits deutlich verschoben. Die Notwendigkeiten des Sparkonzepts werden mit Nachdruck nur noch von Bonn und London vertreten. Alle anderen EG-Mitgliedstaaten geben dagegen der Entwicklung neuer Politiken (vor allem im Technologie- und Energiebereich) und einer Einnahmenerhöhung Priorität.

Beispielhaft machte diese Haltung der französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors deutlich. Es wäre für Paris „völlig unakzeptabel", sagte er, wenn sich die Reform der Gemeinschaftsfinanzierung auf eine „buchhalterische Übung" beschränkte, die lediglich darauf abziele, nationale Finanzbeiträge zu reduzieren oder zu begrenzen. Ein solches Verfahren hätte nur die Zerstörung der gemeinsamen Agrarpolitik zur Folge, ohne daß klar würde, zugunsten welcher anderen Politiken dies geschehe.

Mit Ausnahme der Bundesrepublik und Großbritanniens haben inzwischen alle EG-Staaten dem Grundsatz zugestimmt, den Mehrwertsteueranteil für Brüssel zu erhöhen. Allerdings lehnen offenbar alle Mitgliedstaaten den Vorschlag der EG-Kommission ab, künftige Mittelaufstockungen unter Ausschaltung der nationalen Parlamente nur noch vom Ministerrat und vom Straßburger EG-Parlament zu beschließen.

Agrarpolitik bleibt schwierig

In die Defensive geraten ist die Bundesregierung auch bei der Suche nach einer gerechteren Lastenvertei*lung in der EG. Die meisten Partner*staaten neigen einem dänischen Vorschlag zu, der die Schaffung eines „Konvergenzfonds" zum Ausgleich ungerecht hoher Beitragsbelastungen vorsieht. Nach dem Kopenhagener Konzept sollen die Mitgliedstaaten Sonderzahlungen erhalten, die von der Ausgabenpolitik der Ge*meinschaft nicht ausreichend profi*tieren. Vorausgesezt, sie gehören zu den „ärmeren" Ländern der Gemeinschaft.

Bonn lehnt diesen Plan ab, weil die Bundesrepublik dadurch zum einzigen unbegrenzten „Nettozahler" werden würde. Die Bundesregierung geht im übrigen davon aus, daß der dänische Vorschlag keinerlei Chancen habe, im Europäischen Parlament angenommen zu werden.

Den Briten geht dagegen der Vorschlag nicht weit genug. Sie haben deshalb vorgeschlagen, daß, unabhängig vom Grad des Wohlstands eines Mitgliedlandes, Höchstgrenzen für den Nettobeitrag festgelegt werden. Werden diese überschritten, so kommt es automatisch zu Ausgleichszahlungen, von denen dann auch die Bundesrepublik profitieren würde.

Das schwierigste Reformstück bleibt allerdings die Neuordnung der *Agrarpolitik. Hier* geht es um den Versuch, die bisher unbegrenzten Abnahmegarantien der Gemeinschaft für landwirtschaftliche Produkte zu beschränken.

UNO-Papier löst Regierungskrise in Nikosia aus

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Die Haltung des zyprischen Staatspräsidenten Spyros Kyprianou zum Zypern-Papier des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar hat in Nikosia eine Regierungskrise ausgelöst. Außenminister Rolandis, seit 1978 einer der engsten Mitarbeiter des Staatschefs, ist überraschend zurückgetreten, weil er „die Handhabe der nationalen Frage durch Kyprianou nicht billigt".

Nach Gesprächen mit de Cuellar in New York und Papandreou in Athen hatte Kyprianou am Tag zuvor das *UNO-Papier grundsätzlich angenom*men, gleichzeitig aber, wenn auch in verklausulierter Form, Bedenken angemeldet. In einer schriftlichen Erklärung sagte Kyprianou, daß er zusätzliche Erläuterungen erwarte und mit einer direkteren Rolle des UNO-Generalsekretärs rechne. Sonst sei ein reibungsloser Verlauf der Bera*tungen mit den Inseltürken nicht* gewährleistet.

Nach Rolandis' Ansicht hingegen sollte „diese einmalige UNO-Initiative" – so ein enger Mitarbeiter des zurückgetretenen Außenministers –, „sofort und ohne Bedingungen" angenommen werden. Rolandis hält dem Vernehmen nach Kyprianous *Haltung für eine Art versteckte Hin*haltetaktik.

Rolandis hat starke Verbündete auf der Insel: Auf seiner Seite stehen die beiden stärksten Parteien im Parlament, die konservative „Demokratische Sammlungsbewegung" und die prokommunistische Akel-Partei. Beide befürworten die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Türken, indem sie gleichzeitig die besondere Rolle des UNO-Generalsekretärs hervorheben, der als früherer UNO-Sonderemissär auf Zypern ein besonders intimer Kenner des Zypern-Problems ist.

Rolandis, die Konservativen und *die Kommunisten meinen, daß ein* Zögern von seiten der Griechen die Türken veranlassen könnte, ihre Drohung zu verwirklichen, einen unabhängigen Türkenstaat im nördlichen Inselteil auszurufen. Der türkische Außenminister Ilter Tuerkmen hatte erst vor wenigen Wochen Denktasch davon abgebracht, solch eine Proklamation zu vollziehen. Kyprianous bedingtes Zögern scheint auf die Einstellung der Regierung Papandreou in Athen zurückzuführen sein. (SAD)

Spaniens Generäle sind wieder in großer Sorge

Terror und Separatismus wecken Erinnerungen an 1936

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die überraschende Absetzung eines der höchsten Militärbefehlshaber Spaniens, General Fernando Soteras Casamayor, durch Kabinettsbeschluß zeugt von einer Spannung zwischen weiten Teilen der Armee und der politischen Führung des Landes, die offiziell vertuscht wird. Ursache ist nicht ein politischer oder ideologischer Dissens, sondern die Besorgnis der Armee über den wachsenden Separatismus im Baskenland. *Nach Ansicht der meisten Beobach*ter trat der Separatismus seit dem Bürgerkrieg noch nie so offen zutage wie in diesen letzten Wochen.

Die Terroraktionen linksextremistischer Organisationen wie ETA stellen nur eine der vielen Äußerungen dieses Separatismus dar. Während der sommerlichen Heimatfeste wurde fast täglich im Baskenland, in Katalonien und sogar in Andalusien die nationale Fahne als Symbol der staatlichen Einheit Spaniens verbrannt.

Eigene Symbole gestattet

Unter Hinweis auf die Ursachen des Bürgerkrieges (1936–1939) warnte deshalb der erste Präsident des Landes Katalonien, Josep Tarradellas, den König Juan Carlos eigens aus dem Exil geholt hatte – und der als Erzrepublikaner auf der Todesliste Francos stand –, vor den Folgen einer solchen Entwicklung. Genauso wie er fragen sich auch viele Militärs, warum der Staat nicht entschlossener eingreife. Deshalb wies General Soteras in seinem von der Regierung beanstandeten Interview auf den Paragraphen 4 der demokratischen Verfassung hin. Dieser gestattet den autonomen Regionen eigene Symbole, schreibt aber vor, daß solche Symbole auf öffentlichen Gebäuden und bei festlichen Anlässen nur zusammen mit der Nationalfahne gezeigt werden dürfen.

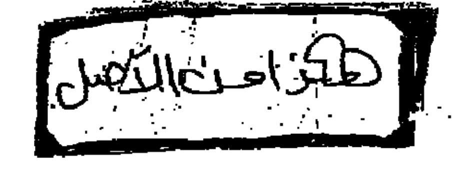
Der für einen modernen Mitteleuropäer gewiß unverständliche Fahnenkrieg soll ganz offensichtlich die Regierungspartei mürbe machen und das Militär reizen. Die selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen Soldaten, Polizisten und Bevölkerung bei der Überschwemmungskatastrophe im Baskenland bewies jedoch, daß der Separatismus nur von einer kleinen, aber äußerst radikalen Minderheit künstlich erzeugt wird. So drängten sich Hunderte von Bewohnern eines Ortes, um die Särge von Guardias Civiles auf Schultern zu tragen, die ihr Leben opferten, um ein Mädchen vor dem Ertrinken zu retten.

Systematischer Terror aber soll jetzt nach der Katastrophe den Separatismus aus Angst neu entfachen. In klarer Erkenntnis dieser Zusammenhänge wies General Soteras auch auf den Artikel 8 der Verfassung hin. Er verpflichtet die Armee, die Einheit *Spaniens zu garantieren. Und nur* im Zusammenhang mit Artikel 8, der die Motivation des Putschversuches vom 23. Februar 1981 begründete, bat der General um Gnade für die Putschisten. Die Richter, die diese Putschisten in zwei Instanzen verurteilten, und die Politiker, die als Zeugen auftraten, begingen – offensichtlich auf *Weisung von oben –, den großen* Fehler, alles zu vermeiden, was die Motivation der Putschisten erhellen könnte. Diese zielte ja darauf ab, eine Autonomie-Entwicklung zu bremsen, die den Verfall des Landes einzuleiten drohte. Immerhin gingen die Parteien daran, diesen ursächlichen Fehler wettzumachen, indem sie ein *Gesetz schufen, das die Zuständig*keiten zwischen Staat und Ländern regelt. Um so mehr mußte sich jetzt neue Unruhe unter den Militärs ausbreiten, als das Verfassungsgericht ein Verdikt gegen dieses Gesetz aussprach und damit dem Separatismus neue Nahrung gab.

Genügt Entschlossenheit?

Eigentlich sitzen Regierung und Armee in einem Boot, und beide Seiten empfinden dies auch so, wie die Reaktion des Innenministers Barrio Nuevo auf die Warnung des abgesetzten Generals nur einen Tag später zeigte: Er versprach ein härteres und entschlosseneres Vorgehen gegen die Störer des Friedens und der Einheit in Spanien. Aber genügt das?

Die in drei Ländern des Nordens, vor allem im Baskenland, weitverbreitete Zeitung „Gacetta del Norte" schrieb dazu, die Regierung verhandele mit „terroristischen Organisationen", die „systematisch Militärs, Polizisten und Bürger morden", nur weil diese „für die Einheit des Vaterlandes eintreten". Die Zeitung erinnert an ähnliche Zustände, die 1936 zum Bürgerkrieg führten. (SAD)



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wunderwaffe Wachstum

Im vergangenen dreiviertel Jahr ist es sicher bei verschiedenen Nachfragekomponenten des Bruttosozialprodukts zu einer erfreulichen Belebung gekommen. Hierzu dürften vor allem Aufträge im Baubereich sowie Ausgaben für langlebige Konsumgüter (Autos) zu zählen sein. Trotzdem kann ich den Glauben vieler, vorwiegend liberal-konservativer Politiker an die Wunderwaffe Wachstum nicht teilen.

Intensives Wachstum im Zuge eines sich kumulativ verstärkenden Aufschwungs gehört längst der Vergangenheit an. Selbst im Falle eines überraschend starken Wachstums wären die davon profitierenden Wachstumsbranchen niemals in der Lage, die brachliegenden Kapazitäten (vor allem Arbeitskräfte) der Krisenbranchen mitzunutzen. Der Wachstumszug fährt am Arbeitsmarkt vorbei, ohne auch nur seine Türen zu öffnen.

Der vor uns liegende Aufschwung wird eher schwach und vielerlei Stockungen ausgesetzt sein. Die einzelnen Träger des Aufschwungs (private Nachfrage, Investitionen, staatliche Nachfrage, Bausektor, Export) werden sich kaum gegenseitig verstärken (siehe jüngste Stellungnahme des DIW), wie es typisch war für die Aufschwünge der fünfziger und sechziger Jahre, sondern sich lediglich ablösen. Zudem sind sie sehr schwach.

Die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern tritt meist nur in kurzen Bedarfsschüben auf und gilt als besonders konjunkturreagibel. Vom Staatssektor und hier vor allem von wirksamen staatlichen Investitionen kann nach den gelobten Haushaltskonsolidierungen wenig erwartet werden. Aus dem Baubereich wurde schon wieder eine nachlassende Auftragsentwicklung gemeldet. Expansive Impulse von seiten des Exports muß man selbst bei näherem Hinsehen mit der Lupe suchen. Hinzu kommen exogen Faktoren, wie das internationale Zinsgefälle (USA) oder zunehmende bedrohliche Schuldenprobleme der Länder der Dritten Welt.

Die Ursachen der Konjunkturaufschwünge in den letzten dreißig Jahren waren nie identisch. Aber daß sich ein Aufschwung herbeireden oder durch das lautstarke Propagieren der sogenannten Wende anlocken läßt, wäre in der Tat neu.

Christian Nieswandt,
Hamburg 26

Goethes Wort

„Das Bonner Außenamt und die falsche Perspektive": WELT vom 12. September

Unabhängig davon, für wie schwerwiegend man den Besuch des Herrn Bundespräsidenten im Museum von Sarajevo hält, verdient der Beitrag von C. G. Ströhm in seinem grundsätzlichen Ansinnen, Bedeutung und Sachkenntnis zu befragen, die seitens der deutschen Außenpolitik Südosteuropa entgegengebracht wird, uneingeschränkte Zustimmung.

Ohne auch nur im geringsten den Stellenwert Warschaus und Moskaus verringern zu wollen, ist eine aktivere, auf Sachkenntnis beruhende Südosteuropapolitik dringend zu empfehlen. Bisher wird man nie so ganz das Gefühl los, man hätte Goethes „Wo fern in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen" noch nicht völlig aus dem Ohr. Aus verschiedenen Gründen sollte eine aktivere Südosteuropapolitik einen betont kulturpolitischen Akzent tragen, d. h. konkret ein Kulturattaché könnte z. B. in Belgrad, Bukarest und Sofia lohnende Aufgaben finden. Dieser müßte freilich leidliche Kenntnisse der deutschen Kulturgeschichte und ihrer Beziehungen zu Südosteuropa haben, vor allem aber beschlagen sein in der Geschichte und Kultur des jeweiligen Gastlandes.

Dr. Horst Röhling,
Witten

Rente = Sozialleistung?

Sozialminister Blüm hat in der letzten Aussprache im Bundestag wieder versucht, die Normalrente (darunter verstehe ich Beitragsleistungen von 35–45 Jahren) in die Nähe von Sozialleistungen zu rücken.

Folgende Fakten führe ich an: Arbeiter und Angestellte haben bzw. mußten ihr Arbeitsleben lang Beiträge entrichten, die Hälfte davon sie selbst, die andere Hälfte der Arbeitgeber. Diese erheblichen Beträge wurden ohne jegliche Verzinsung einbehalten zur Sicherung des Lebensabends. Viele erreichten die Altersgrenze von 65 Jahren nicht, sofern sie ledig waren, war alles umsonst bezahlt. Eine Verzinsung hätte jedem Einzahler ein Polster für sein Alter von 20 000,– bis 30 000,– DM erbracht.

Also wurde dieses Geld dem Staat treuhänderisch anvertraut zur Rückzahlung. Und heute wie schon bei der letzten Regierung wird dieses Geld in Frage gestellt. Auch zum Stimmenfang bei Wahlen wird dieses Kapitel bevorzugt geordert.

Wenn die Regierung gegen solche vorgeht, welche durch geringe Beitragszahlungen in den Genuß von Vollrenten kommen wollen (ganz egal, durch welchen Trick), gebe ich ihr recht. Ich hoffe, daß der von mir angesprochene Personenkreis der Normalrentenempfänger zu seinem *gesetzlichen Recht kommt.*

Wenn wir es uns erlauben können, die Faulenzer aus der ganzen Welt unter dem Deckmantel Asylanten mit Sozialleistungen zu versorgen (Wohnung und Sozialhilfe), müssen zuerst die tatsächlich erbrachten Leistungen unserer alten Mitbürger gesetzlich gesichert sein, denn dieser Personenkreis hat die Bundesrepublik zu dem Staat gemacht, wie er sich heute darstellt.

Mit freundlichen Grüßen
Rudi Baierle,
Hamburg 72

Wort des Tages

» Wir können der Geschichte nicht entfliehen. Die Geschichte stellt uns die Aufgabe, die wir zu lösen haben. Doch man kann seine Aufgaben nicht lösen, wenn man vorher nicht seine Lektion gelernt hat. Unsere Lektion, das ist unsere Geschichte. Wir müssen unsere Geschichte lernen, und wir müssen aus unserer Geschichte lernen. «

Walter Scheel, dt. Politiker (geboren 1919)

Personalien

VERABSCHIEDET

Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** hat den scheidenden britischen Stadtkommandanten, Generalmajor **David Mostyn**, offiziell verabschiedet. In einer Feierstunde im Schöneberger Rathaus würdigte Weizsäcker die Verdienste Mostyns und hob hervor, daß sich dieser immer wieder für eine Freilassung von Rudolf Hess aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis eingesetzt habe. Mostyn, der in London zukünftig im britischen Verteidigungsministerium tätig sein wird, trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein.

EHRUNG

Der 93jährige Nestor der katholischen Soziallehre, Jesuitenpater Prof. *Dr.* **Oswald von Nell-Breuning**, erhält die Cornelius-Gurlitt-Gedenkmünze der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Damit sollten Nell-Breunings herausragende Arbeiten zur sozialen Boden- und Eigentumsordnung gewürdigt werden, heißt es in einer jetzt in München veröffentlichten Erklärung der Akademie. Nach ihren Angaben soll die Auszeichnung dem in Frankfurt lebenden Jesuitenpater anläßlich der Eröffnung der Jahrestagung der Akademie am 6. Oktober in Goslar überreicht werden.

AUSZEICHNUNG

Bundespräsident **Karl Carstens** hat den Präsidenten der Düsseldorfer Internationalen Bootsausstellung „boot", Alexander Basting, mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Basting ist auch Präsident des Deutschen Motoryachtverbandes.

GESTORBEN

Heinrich Ayasse, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Kugellagerfabriken AG und später Mitglied der Geschäftsführung der SKF Kugellagerfabriken GmbH in Schweinfurt, ist im Alter von 91 Jahren gestorben.

*

In seiner Heimatstadt Gütersloh ist der CDU-Landtagsabgeordnete **Paul Lakämper** einer schweren Krankheit im Alter von 57 Jahren erlegen. Der gelernte Maschinenschlosser und Werkmeister gehörte dem NRW-Landesparlament seit 1966 an. Als engagierter Kommunalpolitiker war er außerdem Landrat.

Arbeitslosigkeit verstärkt die Unzufriedenheit in Palmes Partei

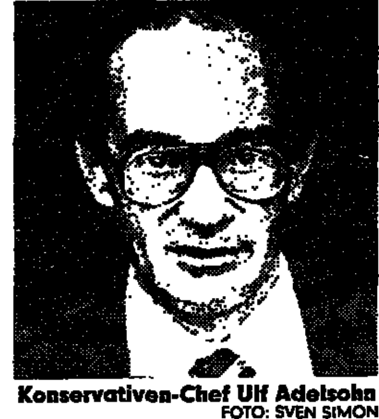
Uneingelöste Wahlversprechen / Bei Meinungsumfragen sind die Bürgerlichen populärer

R. GATERMANN, Stockholm

Vor zehn Jahren hielt König Carl XVI. Gustaf von Schweden seine Thronrede, und vor einem Jahr lösten die Sozialdemokraten nach sechs Jahren in der Opposition die Bürgerlichen auf der Regierungsbank ab. Während der König mit seiner Bilanz zufrieden sein kann – die Monarchie steht unangefochten und die anfängliche Skepsis gegenüber dem damals jüngsten Staatsoberhaupt ist fast völlig gewichen –, dämpfen die Meinungsforscher das „Jubiläum" der Sozialdemokraten: Erstmals seit vier Jahren ist der bürgerliche Block stimmenmäßig dem sozialistischen überlegen, und die Partei Olof Palmes fiel mit einem Anteil von 42 Prozent auf das niedrigste Niveau seit März 1979 zurück. Die drei bürgerlichen Parteien, mit den Konservativen mit Ulf Adelsohn an der Spitze (29,5 Prozent), konnten dagegen Zuwachs verbuchen.



Schwedens Premier Olof Palme
FOTO: WOLFGANG MORELL



Konservativen-Chef Ulf Adelsohn
FOTO: SVEN SIMON

Nachdem die Sozialdemokraten mit Elan und großen Ambitionen das Regierungsruder übernommen hatten, weht ihnen jetzt der Wind immer stärker ins Gesicht. Dabei sind es in der Hauptsache nicht so sehr die nichtsozialistischen Oppositionsparteien, die ihnen das Leben schwer machen, sondern vielmehr die Skeptiker und Unzufriedenen in den eigenen Reihen. Ein Großteil ihrer Anhänger kümmert sich wenig darum, daß sich die Außenwirtschaftsbilanz wesentlich verbessert hat, sondern ist verärgert darüber, daß die Unternehmensgewinne kräftig wachsen, während der Normalverbraucher bestenfalls seinen derzeitigen Lebensstandard bewahren kann. Zudem wird er noch von der Regierung ermahnt, auch 1984 mit seinen Tarifforderungen äußerst zurückhaltend zu sein. Entscheidend für die Unzufriedenheit im eigenen Lager ist jedoch die – entgegen dem Wahlversprechen – wachsende Arbeitslosigkeit; sie hat jetzt vier Prozent erreicht und dies trotz der Beschäftigung von rund 100 000 Personen mit Hilfe öffentlicher Gelder.

Minister und Partei versuchen nun dem Bürger klarzumachen, daß „nach sechs Jahren bürgerlicher Herrschaft mit ruinöser Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik einige Zeit erforderlich ist, um den Karren wieder auf festen Boden zu setzen". Dabei tun sich die Sozialdemokraten jedoch einigermaßen schwer.

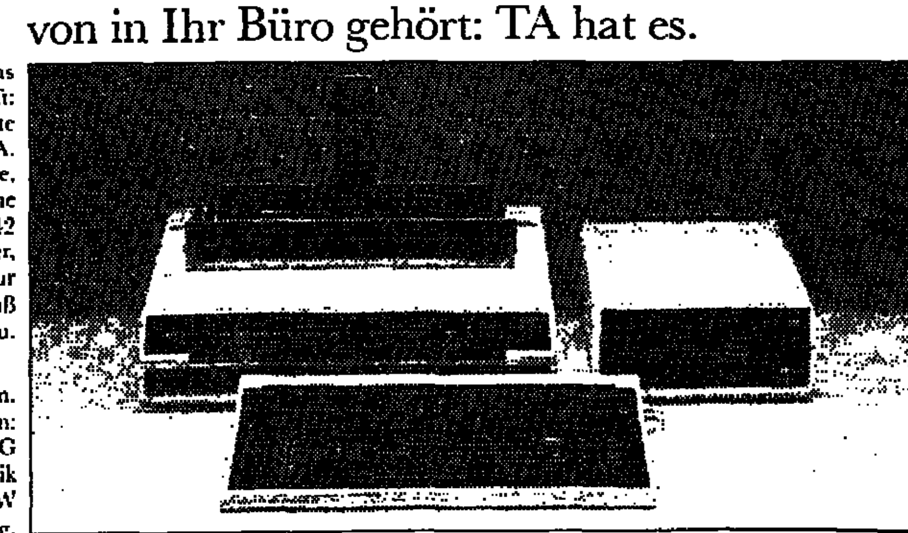
Sie mußten einsehen, daß die Medizin früherer Jahre – nämlich mit Steuergeldern zu heilen – heute nicht mehr wirkt; hauptsächlich deswegen, weil diese Arznei gar nicht mehr zur Verfügung steht, nachdem bereits jede dritte Krone, die der Staat ausgibt, geliehen ist. Hinzu kam das ungeschickte Auftreten einiger Minister, wobei vor allem der von der Waldarbeitergewerkschaft gekommene Minister für die Staatsbetriebe, Roine Carlsson, aus dem Rahmen fiel. Überhaupt funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Arbeitnehmerorganisationen nicht mehr so reibungslos wie früher. Die Gewerkschaften plädieren weiterhin für eine expansive Haushaltspolitik und sehen in dem Vorschlag für die im übrigen heftig umstrittenen kollektiven Arbeitnehmerfonds die niedrigste noch akzeptable Plattform. Olof Palme wäre dagegen wohl zu weiteren Kompromissen bereit, wenn er damit dieses leidige Problem aus der Welt schaffen könnte, das in drei Wahlen die Sozialdemokraten belastet hat.

Die Regierung verfügt im Parlament über keine eigene Mehrheit. Kann sie in der Arbeitnehmerfondsfrage noch mit Unterstützung der Kommunisten rechnen, so bleibt ihr diese vermutlich bei der Vorlage des Sparprogramms und des Finanzierungsvorschlages zur Grenzsteuersenkung versagt. Die Beziehungen zu den beiden Parteien der Mitte, den Liberalen und dem Zentrum, sind zudem bereits so weit abgekühlt, daß auch von hier die rettende Hand ausbleiben dürfte.

Etwas überraschend zeigte Palmes Kabinett auch in der Außenpolitik schwache Stellen, obwohl sich der Regierungschef in keinem Bereich so persönlich engagiert hat wie hier. Da sind die diplomatischen Fehltritte bei der Vorlage des Vorschlages zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die eigenartige Rolle, die dabei der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr gespielt hat sowie die für Stockholm wenig rühmliche Entstehungsgeschichte des dänisch-schwedischen Grenzkonflikts im Kattegat. Nicht zuletzt wird auch die bisher ergebnislose U-Boot-Jagd zu einer Belastung für die Regierung.

Angesichts des Ergebnisses der Meinungsumfrage, wonach die drei nichtsozialistischen Parteien gegenüber Sozialdemokraten/Kommunisten ein Übergewicht von 49,5 zu 47 Prozent haben, glaubt der stellvertretende Vorsitzende der gemäßigten konservativen Sammlungspartei, Lars Tobisson, schon an ein Wiedererstehen der bürgerlichen Dreierkoalition. Auch wenn es dafür Anzeichen gibt – vor allem die gemeinsame Front gegen die Arbeitnehmerfonds – dürfte es doch noch einige Zeit dauern, bis alle in den letzten Jahren bürgerlicher Parlamentsmehrheit einander zugefügten Wunden geheilt sind. Die wachsenden Wählersympathien für die bürgerlichen Parteien beruhen nämlich nicht auf ihrer überzeugenden Oppositionspolitik, sondern auf dem Dilemma der Sozialdemokraten, zu leichtfertig Wahlversprechen gegeben und die Erwartungen ihrer Anhänger zu hoch geschraubt zu haben.





Musik für Mausefallen und Müllcontainer – Das Gesangs-Quintett „Rolls Noise" aus der Schweiz

. . . und alles nur, weil Geld für Instrumente fehlte

Es wird in der Unterhaltungsmusik nicht nur viel Müll produziert, es gibt sogar Interpreten, die mit Müll musizieren: Das Schweizer Quintett „Rolls Noise" präsentiert heute in seiner ersten eigenen Fernsehshow eine ganz spezifische Art von Blues, Rock und Reggae. Neben Baß, Gitarre, Mundharmonika, Posaune und Schwyzerorgel bringt diese Band ein ganzes Arsenal an Gerümpel zum klingen. Da dröhnen Müllcontainer und Fußbleche, klingelt eine Registrierkasse. Zollstöcke und Korkenzieher klappen und klacken. Mausefallen und Gartenscheren schnappen. Boxhandschuhe klatschen zusammen. Der Sänger summt im Plastikeimer unter Wasser, und das Harmonium wird von einem Staubsauger angetrieben. Dieter Finnern, Regisseur dieser Show: „Dieses Quintett ist einmalig auf der Welt."

Vor sieben Jahren hatten die Schweizer Roland Baldenweg (32) alias „Pfuri" und Peter Knaus (34) alias „Kniri" zusammen mit ihrem Schulfreund Peter Fischer (33) das Trio „Pfuri, Gorps und Kniri" gegründet. Ihr Gerümpelsound erregte sofort Aufsehen: 1977 verzauberten sie mit ihren verrückten Minimalklängen die Besucher des renommierten Jazz-Festivals von Montreux. Ein Jahr später vertraten sie als „Trödler und Co." gemeinsam mit dem Schweizer Gesangstrio „Peter, Sue und Marc" ihr Land beim Grand Prix Eurovision in Israel. 1980 brachte das komische Trio seine erste und bislang einzige LP „Sack 'n' Roll" heraus. Nach dem Weggang von Peter Schneider suchten Baldenweg

Crazy Blues – ARD, 22.00 Uhr

und Knaus zwei Jahre lang nach geeigneten Kollegen, ehe sie 1982 mit Alex, Roby und Franco ihre neue Band „Rolls Noise" gründeten.

„Die Idee, einen Sound dieser Art zu produzieren, hatten Peter und ich schon als Kinder", verrät Roland Baldenweg, gelernter Buchbinder, der mit seiner Familie ein altes Bauernhaus in Ammerswiel, Kanton Aargau, bewohnt. „Als kleiner Junge hast du kein Geld für teure Instrumente und Verstärker. Da haben wir uns halt alles genommen, was irgendwie klang – vom Kochtopf bis zur Mülltonne." Aus dem ehemaligen Herumstromern nach Gerümpel ist inzwischen ein logistisch und strategisch ausgeklügeltes Musikunternehmen entstanden. Während die jungen Burschen früher auf den Müllhalden nach Klangkörpern suchten, spielen sie heute beispielsweise bei Einweihungen von Müllverbrennungsanlagen – zuletzt im Juli dieses Jahres in Schwandorf (Niederbayern): Mehr als 7000 Zuhörer amüsierten sich damals über die musikalischen Späße der Band.

„Bei solchen Auftritten registriere ich jedesmal ein Phänomen", verrät Peter Knaus, der gelernte Bauzeichner. „Beim ersten Titel reagieren die älteren Zuhörer meist distanziert, beim zweiten rümpfen sie noch die Nase. Beim dritten nehmen sie das Taschentuch, weil sie vor Lachen weinen."

Das Anliegen der sympathischen Schweizer ist denn auch nicht nur denkbar einfach, sondern auch grundweg ehrlich: „Wir wollen, daß unser Publikum lacht, daß es den Alltag vergißt." Dieser Wahlspruch wirkt insofern glaubhaft, als die Band ihre Arbeit mit den ausrangierten Gebrauchsartikeln unserer Gesellschaft durchaus ernst nimmt: In einem supermodern ausgerüsteten Tonstudio in Montreux mit 24-Spur-Digital-Aufnahmetechnik, Mischcomputer und neuesten Effektgeräten experimentieren die Musiker, welche Klangmöglichkeiten Gerümpel überhaupt bietet. Und das erste Resümee ist schon verblüffend: „Der Sound klingt zum Teil wärmer als bei den meisten Synthesizern", weiß Roland Baldenweg.

THOMAS OLIVIER

Nimmt die Arbeit mit den ausrangierten Gebrauchsartikeln der Gesellschaft durchaus ernst: Die Schweizer Gruppe „Rolls Noise" FOTO: DIE WELT

STUDIO

Das seit 1978 bestehende **Kooperationsabkommen zwischen dem ZDF und dem chinesischen Fernsehen** soll novelliert werden. Wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) nach seiner Rückkehr aus der Volksrepublik China erklärte, gehört zu den Ergebnissen seiner Verhandlungen, die er auch in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsvorsitzender des ZDF in Peking führte, daß der Mainzer Sender im Rahmen einer Sondererlaubnis auch im kommenden Jahr wieder für etwa drei Monate ein Filmteam in die Volksrepublik entsenden darf. Im Kooperationsabkommen sei auch vorgesehen, daß chinesische Fernsehtechniker im Mainzer ZDF-Sendezentrum ausgebildet werden. Gleichzeitig soll in absehbarer Zeit über das von Vogel unterbreitete Angebot der deutschen Seite verhandelt werden, den Chinesen beim Aufbau ihres geplanten Satelliten für Hörfunk- und Fernsehübermittlung zu helfen.

*

Der mit 8500 Mark dotierte erste Preis für das Fach Klavier beim 32. **Internationalen Musikwettbewerb der ARD** ging an Kei Itoh aus Japan. Der mit 6500 Mark dotierte zweite Preis wurde nicht vergeben. Dafür gab es zwei dritte Preise: Andrei Nikolsky aus der Sowjetunion und Hai-Kyung Suh aus Korea erhielten je 5000 Mark.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Kaiserliche Hoheit
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Schrott, Elisabeth u. Co. OHG oder Die drei ungleichen Schwestern
17.00 Matt und Jenny
17.25 Im Schatten des Hekla
Leben am Rande eines Vulkans
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Im Brennpunkt
Die Schuldenmacher
Droht der Welt ein Bankenkrach? Eine Bestandsaufnahme vor der Tagung des Internationalen Währungsfonds. Im Vertrauen auf ständiges Wachstum und verführt durch die Möglichkeit rascher Gewinne hat das internationale Bankensystem in den sechziger Jahren riesige Kredite an Entwicklungsländer, an sogenannte Schwellenländer und in den Ostblock vergeben. Seit etwa einem Jahr müssen immer mehr der Schuldnerländer erklären, daß sie nicht imstande sind, die fälligen Zinsen, geschweige denn die Tilgungen zu zahlen. Kredite von insgesamt 600 Milliarden Dollar stehen für den Westen auf dem Spiel.
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und Gästen
22.00 Crazy Blues
Ein musikalischer Spaß im Gerümpelsound mit der Gruppe „Rolls Noise"
22.30 Tagesthemen
23.00 Alles ist Traum
E. T. A. Hoffmann:
Der Dichter als Komponist
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Warum verstehen wir uns nicht?
Dreiteilige Sendereihe von Helia André
16.35 Mickys Trickparade
Mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Märchen, Märchen
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Schmiergeld
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 heute-journal
21.20 Krank im „Knast"
Bericht über die medizinische Versorgung von Gefangenen
Von Uwe Penner
„Für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen ist zu sorgen", sagt Paragraph 56 des Strafvollzugsgesetzes. Dennoch: Wer in den „Knast" kommt, muß um seine Gesundheit fürchten, sobald er gezwungen ist, ärztliche Versorgung in Anspruch zu nehmen. Dies sagen nicht nur Häftlinge, sondern inzwischen auch viele Strafverteidiger, die sich seit Jahren mit der Praxis der gesundheitlichen Versorgung von Häftlingen in der Bundesrepublik befassen.
22.05 Spielraum
Thema: Einmal berühmt
Aus der Redaktion
„Das kleine Fernsehspiel"
Moderator: Peter Behle
Anschl. heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Enthüllung um Mitternacht
Amerik. Spielfilm, 1939
21.45 Der Ballast-Raum
Die Entwicklung im Bereich von Kohle und Stahl
22.15 Stadt und Raum
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aerobic – Fitness mit Vernunft (1)
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
19.45 Norwich now
20.00 Tagesschau
20.15 Außer Atem
Franz. Spielfilm, 1959
21.40 Berliner Festwochen
22.25 Beat-Club
23.10 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Urmel aus dem Eis (1)
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.15 Die ersten Menschen (1)
Am Anfang war . . .
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Frau und Frau
Poln. Spielfilm, 1979
21.50 Drei aktuell
22.05 Kulturkalender
22.35 Erich Heckel
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (27)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftspr. Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Literaturmagazin
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Zu Gast! Die Schäfereigenossenschaft Finkhof
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Geboren in Trier
Nur für das Saarland
20.15 Wir spielen auf
Sommerliche Serenade
Gemeinschaftspr. Südwest 3
21.00 Troilus und Cressida
Drama in fünf Akten von William Shakespeare
– in Originalsprache –
22.45 Frieden ist geduldig
Ein Streitgespräch zwischen Franz Alt und Heiner Geissler

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti!
Italienisch mit Ima Agustoni
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Venus im Licht
Komödie von Christopher Fry
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend . . .
Zu Gast bei Joachim Fuchsberger
Peter Fonda
21.45 Europa nebenan
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau

KRITIK

Gewerkschaft als soziale Macht

Dieter Balkhausen vom ZDF hatte sich viel vorgenommen mit seinem Dreiviertel-Stunden-Streifen **Ein Mann will nach oben**. Gleichzeitig das Porträt eines zwar bekannten, aber eigentlich doch noch dem zweiten Glied angehörenden Führungsfunktionärs zu zeichnen und dabei ein rundes Bild der größten Gewerkschaft der Welt zu malen, ist schwer. Daß es nicht unmöglich ist, hat die ZDF-Sendung – noch zur publikumswirksamen Zeit gleich nach dem Heute-Journal – bewiesen.

Franz Steinkühler, Bezirksleiter (und damit Verwaltungsangestellter seiner Gewerkschaft) der IG Metall in Stuttgart, wurde ohne Retusche-Versuche in seiner Widersprüchlichkeit gezeigt. Hier der dem linken Flügel der IG Metall und seinen Klassenkampf-Ideologen zuneigende wortgewaltige Volkstribun, und dort der sachliche, präzis analysierende Technokrat der Tarifpolitik.

Balkhausen schont Steinkühler, dessen Wahl zum 2. Vorsitzenden der IG Metall auf dem Gewerkschaftstag in München Anfang Oktober als relativ sicher gilt, nicht. Er bringt Zitate, die dem „Franz", wie ihn die Gewerkschafter zwischen Stuttgart und Flensburg nur nennen, noch Ärger bereiten werden, so jenes, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse sei.

Wie kann man „die" IG Metall darstellen? Der Beitrag beschränkt sich zu Recht darauf, zwei Persönlichkeiten zu befragen, die – zusammengenommen – die Bandbreite des Mehrheitsflügels traditionsbewußter und innergewerkschaftlich eher konservativer Gewerkschafter widerspiegeln: Der scheidende Eugen Loderer und sein designierter Nachfolger Hans Mayr sind heute „die" IG Metall.

Für Gewerkschafter und Fachleute war's ein gelungener, sogar spannender Erinnerungsbeitrag, für andere ein Lehrstück. „Ein Mann will nach oben" zeigte, was es heißt, wenn sich Gewerkschaften als „soziale Gegenmacht" verstehen.

GÜNTHER BADING

Bedeutendes kam nach Mitternacht

Ganz vorbei scheint sie doch noch nicht zu sein, die Zeit der Verteufelung des Automobils aus ideologischen Gründen. Bei der Fernsehdiskussion **5 nach 10** (ZDF) stand die Zielrichtung bereits mit dem Titel fest: „Die gnadenlose Straße – über das Dilemma unseres Verkehrs". Forsch, wie bei einer Übertragung von der Rodelbahn, schwadronierte Moderator Harry Valérien drauflos, propagierte seine vorgefaßte Meinung, allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen müssen her. Bei flachen Interviews im ZDF-Sportstudio stets zaghaft und vorsichtig, fiel er bei dieser Sendung mit Themen höchster Wichtigkeit Andersdenkenden schroff ins Wort.

Unfallforschung, Verkehrsberuhigung, Umweltschutz, solche Diskussionspunkte sind zu ernst, als daß man sie den fachlich unqualifizierten Valériens überlassen sollte. In allen Punkten schlecht oder überhaupt nicht informiert, machte der Moderator seine Distanz zum Auto jovial deutlich: „Ich fahr mit dem Radl . . ." Und in diesem Stil marschierten auch die automobilen Gegner: ein Grüner, der die tatsächliche Zahl der zweifellos zu beklagenden Unfalltoten gleich versiebenfachte, und Städtetagspräsident Samtlebe, der im Manager-Jargon palaverte und sich ständig korrigieren lassen mußte.

Ein Glück, daß der Welt renommiertester Unfallforscher, Professor Max Danner, mit am Tisch saß. Als die Gesprächsrunde auseinanderzufallen drohte, riß er die Regie an sich, überzeugte mit Fakten und Zahlen und belegte plausibel, daß Geschwindigkeitsbegrenzungen Verkehrsverdichtungen und damit neue Unfallgefahren folgen würden.

Weit nach Mitternacht bekam die Sendung dann noch durch Aussagen des Bundesverkehrsministers, Werner Dollinger, Bedeutung. „Es wird keine Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen geben", sagte Dollinger, und „der Bedeutung des Haltegurts wegen" wolle er über ein Bußgeld neu nachdenken, wenn die Anschnallquote weiter rückläufig bleibe.

HEINZ HORRMANN

HANDBALL / Vlado Stenzel in Nöten

„Sie diskutieren ohne mich, ich bin allein“

K. Bl. Bonn

Die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete es so: „Schon nach dem zweiten Spieltag der Handball-Bundesliga droht dem Gastspiel des ehemaligen Bundestrainers Vlado Stenzel beim Aufsteiger TuRa Bergkamen das schnelle Ende. Nach zwei Niederlagen in Hofweier und daheim gegen FA Göppingen erhielt der 49jährige Jugoslawe im Anschluß an eine Sondersitzung des Bergkamener Bundesliga-Ausschusses, in dem die Mehrzahl der für Stenzels Gehalt aufkommenden Mäzene vereinigt ist, eine formelle schriftliche Abmahnung.“ Der Autohändler Rolf Kamps, einer derjenigen, die die finanziellen Geschicke des Klubs leiten, sagt dazu: „Ich kann das weder dementieren, noch bestätigen.“

Versuch eines Gesprächs mit Vlado Stenzel: Sie sind schriftlich abgemahnt worden? Stenzel: „Nix gehört.“ Als Ihre Mannschaft am Sonntagabend gegen Göppingen mit 16:22 verlor, hat da niemand im Verein mit Ihnen gesprochen? Stenzel: „Die haben diskutiert ohne mich. Ich bin da allein. Das ist nicht so gut, das ist nicht so glücklich. Aber das ist die berühmte Arbeit hier.“ Aber später ist doch sicher mit Ihnen gesprochen worden? Stenzel: „Nun ja, ich habe den Herren gestern noch einmal erklärt, daß eine Mannschaft nicht über Nacht stehen kann. Da spielt der Zeitfaktor eine Rolle, auch im Handball.“

Der Zeitfaktor wird eine wichtige Rolle spielen – aber gegen den früheren Bundestrainer: Am Samstag spielt Bergkamen beim Grün-Weiß Dankersen, die Woche drauf daheim gegen Schwabing, am 8. Oktober muß Stenzels Mannschaft beim Europacup-Sieger VfL Gummersbach antreten, anschließend erwarten die Bergkamener Tusem Essen. Danach – so heißt es in Bergkamen – wird die Mannschaft 0:12 Minuspunkte auf ihrem Konto und einen neuen Trainer haben.

Dazu noch einmal die Deutsche Presseagentur (dpa): „Der Nachfolger Stenzels scheint schon festzustehen: Bundesligaobmann Klaus Soth, der den Klub aus dem östlichen Ruhrrevier bis in die höchste Klasse führte, soll dem Vernehmen nach das Training übernehmen, und Rolf Kamps, sein bisheriger Stellvertreter, als Manager fungieren.“ Kamps dazu: „Wenn es eine Trennung von Stenzel gibt, wäre das schon ein Konzept.“ Ein Beobachter der Bergkamener Szene: „Wenn Soth und Kamps jemanden aufs Korn genommen haben, dann ist er auch fällig.“

Auch Vlado Stenzel? „Wenn Probleme durch den Trainer entstehen“, sagt Kamps, „dann geht es eben um den Trainer. Es geht nicht um einen Sieg, es geht darum, wie verloren wurde. Es geht darum, wie die 0:4 Punkte in den letzten beiden Spielen zustande gekommen sind.“ Da hätten sich zum Beispiel im verlorenen Heimspiel gegen Göppingen in der zweiten Halbzeit die Fehler gehäuft. Als der Gegner auf einen Vorsprung von drei, vier Toren weggezogen war, hätte Stenzel schließlich ganz und gar die Übersicht übers Spiel und die eigene Konzeption verloren. Wen, wann und warum er dann auswechselte – dies sei auf der Bergkamener Bank in einem einzigen Chaos untergegangen.

Stenzel sieht das alles anders: „Ich habe eine total neue Mannschaft, die erst eingespielt werden muß. Ich mußte acht bis neun Leute ersetzen. Sehen Sie, in Gummersbach brauchten sie nur einen Ersatz, für Wunderlich. Und was geschieht? Die Gummersbacher gewinnen nicht mehr.“

Also noch einmal der Versuch eines Gesprächs mit Vlado Stenzel: Es wird Ihnen eine verfehlte Personalpolitik vorgeworfen. So hätten Sie die Nationalspieler Rosendahl aus Gummersbach und Schulz aus Günzburg abgelehnt? Stenzel: „Rosendahl? Über Rosendahl ist in Bergkamen nie etwas gesagt worden. Und warum soll man einen wie Schulz *nehmen? Ich habe Kubitzki aus Nettelstedt.*“ Es heißt, Sie würden sich nicht auf Ihre Traineraufgabe konzentrieren? „Ich habe den Spielern mal einige Schuhe umsonst besorgt, aber sonst nichts.“ Wenn Sie nun doch gehen müssen, was machen Sie dann? „Ich habe so viele Verträge, ohne Handball. Da kann ich Urlaub *machen.*“

STANDPUNKT / *Traumpaar*

Kornelia Ender und Roland Matthes haben sich getrennt. Die Trennung eines Paares – eine Alltäglichkeit, gerade in der „DDR“ mit ihrer hohen Scheidungsrate. Kornelia Ender aus Halle und Roland Matthes aus Erfurt – das war 1978 jedoch ein *Traumpaar. Die eher prüde* Presse Mitteldeutschlands feierte die Hochzeit der beiden wie ein Staatsereignis. Sogar Fotografen durften die beiden begleiten beim Spaziergang an den Mecklenburgischen Seen, der „erste Kuß unter Trauerweiden“ wurde ausführlich beschrieben. Ein „DDR“-Traumpaar eben, schließlich waren *Kornelia Ender und Roland* Matthes die überragenden Persönlichkeiten des internationalen Schwimmsports der letzten Jahrzehnte.

Kornelia Ender und Roland Matthes haben sich getrennt. Aber war es denn nicht so, daß diese Traumhochzeit im Arbeiter-und-Bauern-Staat von Staats wegen, wenn schon nicht gelenkt, so doch zumindest gefördert wurde? Die damals 17 Jahre alte Kornelia Ender durfte 1976 in Montreal in der Öffentlichkeit kundtun: „Ich hö*re mit* dem Schwimmen auf, denn ich heirate den Roland.“

Das ist wider alle Regeln in der „DDR“-Presse, die möglichst alles Private verschweigt und aus der über die Hochzeit einer prominenten Sportlerin erst dann etwas zu erfahren ist, wenn sie plötzlich unter dem Namen ihres Mannes startet. Heute sagt Roland Matthes: „Wir waren grundverschieden.“ Die Öffentlichkeit, die hergestellt wurde, und dieser Satz deuten darauf hin, daß hier nicht nur ein privater, sondern auch ein Traum der „DDR“-Führung beendet wurde.

K. Bl.

FUSSBALL / Nationalmannschaft blamierte sich beim Abschiedsspiel für Gerd Müller

Derwall fand Trost in der bitteren Erkenntnis: „Schwächer geht es nun wirklich nicht mehr . . .“

BERND WEBER, München

Nach einer geradezu katastrophal schwachen Leistung der deutschen Fußball-Nationalmannschaft vor 14 Tagen im Länderspiel gegen Ungarn (1:1), fand Bundestrainer Jupp Derwall Trost in der Erkenntnis: „Schwächer geht es nun wirklich nicht mehr.“ Womit er den vergraulten Fußball-Freunden natürlich gleichzeitig einen Beistand mit auf den weiteren Weg der Nationalmannschaft gegeben hatte. Denn die logische Auslegung seiner Worte lag ja auf der Hand: Wenn's schwächer nicht mehr geht, dann kann es nur *wieder bergaufgehen.*

Doch was die Nationalmannschaft am Dienstagabend vor 50 000 Zuschauern im Abschiedsspiel für Gerd Müller gegen die stark ersatzgeschwächten Münchner Bayern bot, sprengte alle bisherigen Dimensionen. Sie verlor mit 2:4, schlimmer noch, sie tat es auf eine Weise, die selbst die letzten treuen Fans zu wütendenden Schimpfkanonaden hinriß. Derwall war fassungslos. „Nichts hat gestimmt“, sagte er.

Zwei Wochen vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Österreich (5. Oktober in Gelsenkirchen) ist die Nationalmannschaft nur noch ein Trümmerhaufen, eine Truppe von biederen Handwerkern, die völlig ihre Orientierung verloren hat und die nun ganz ernsthaft befürchten muß, ihren Europameisterschafts-Titel nächstes Jahr nicht verteidigen zu können, *weil sie die Fahrkarte* nach Frankreich gar nicht erst schafft.

So weit wollte Rummenigge in der Interpretation dessen, was er und seine Kollegen im Olympiastadion geboten hatten (Franz Beckenbauer: „Wer hier nicht Fußball spielen kann, lernt es nie mehr“) natürlich nicht gehen. Der Kapitän weiß zwar im Augenblick auch keinen Rat, wie das heillose Durcheinander beendet werden kann, aber er setzt dennoch auf das Prinzip Hoffnung, „weil es gera*de der deutschen Nationalmann*schaft bisher noch immer gelungen ist, sich zu steigern, wenn es wirklich um etwas geht“.

Rummenigge bekam Schützenhilfe von Bayern-Trainer Udo Lattek, der daran erinnerte, daß er mit Mönchengladbach die Nationalelf schon einmal mit 6:2 geschlagen habe. Anschließend sei sie Europameister geworden. Beckenbauer versuchte ebenfalls die aufgekommene Panikstimmung im Keim zu ersticken. „Dies hier war doch nur ein Freundschaftsspiel, fast ohne jeden körperlichen Einsatz“, kommentierte er, „das darf man doch nicht überbewerten und schon gar nicht zum Maßstab für das Österreich-Spiel nehmen.“

Gewiß darf man das nicht, aber die Frage muß man doch wohl auch stellen: Wie kann die Nationalmannschaft wieder spielerische Stärke entwickeln, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, selbst mit dem eigens vom FC Barcelona herbeigeeilten Bernd Schuster gegen eine Münchner Verlegenheitstruppe (ohne Jean-Marie Pfaff, ohne den Dänen Sören Lerby und ohne die auf der anderen Seite mitspielenden Karl-Heinz Rummenigge und Wolfgang Dremmler) auch nur Ansätze konstruktiven Fußballs zu entwickeln?

Übrigens: Was der inzwischen 38 Jahre alte Beckenbauer noch heute an Technik und Souveränität zu bieten hat, davon können seine Nachfolger allesamt nur träumen . . .



Gerd Müllers letzte Runde im Olympiastadion. FOTO: DPA

Streit, Ärger, Tränen der Rührung

Wenn Gerd Müller aufgeregt ist, dann redet er plötzlich so schnell, daß selbst Dieter Thomas Heck, anerkannter Meister auf diesem Gebiet, vor Neid erblassen müßte. Bei seinem Abschiedsspiel war Müller, das sagte er selbst, so aufgeregt wie nie zuvor: „Ich finde es fürchterlich, wenn man so im Mittelpunkt stehen muß.“ Ärger kam noch hinzu, Ärger über Bundestrainer Jupp Derwall. Und so ließ Gerd Müller, der eine Halbzeit lang für seinen alten Verein Bayern München gespielt hatte, ein wahres Stakkato von Sätzen über seine Umgebung hereinbrechen.

Selbst die Ehrenrunde im Stadion, die Müller auf nachhaltiges Drängen von Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß drehte, und die ihm Ovationen der *50 000 Zuschauer* einbrachte, ließ den Zorn des früheren Torjägers nicht verfliegen. „Der“, schimpfte Müller, und machte dabei eine wegwerfende Handbewegung in Richtung Derwall, „der hat mich nur vorzeitig vom Platz geholt, weil er Angst hatte, mit mir zu verlieren.“ *Es sei* eindeutig abgemacht gewesen, daß er in der zweiten Halbzeit 20 Minuten im Nationaldreß spielen dürfe. Der Bundestrainer holte Müller indes bereits nach sechs Minuten vom Platz – der erfolgreichste Mittelstürmer aller Zeiten blieb ohne Treffer („man hat mich nicht gelassen“).

Spät in der Nacht, beim Bankett, das ihm zu Ehren von den Bayern ausgerichtet und voll bezahlt wurde, sprach Müller dennoch vom „schönsten Tag meines Lebens“. Das erscheint zwar auf den ersten *Blick widersprüchlich, findet* jedoch eine ganz plausible Erklärung: Vor dem Spiel hatte Müller eine geradezu panische Angst davor, daß sein Abschiedsfest nach den rauschenden Galas seiner früheren Kollegen Sepp Meier und Paul Breitner im jeweils aus*verkauften Olympiastadion* gleichsam unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden würde. Noch am Montagnachmittag hatte die Bayern-Geschäftsstelle hochgerechnet, daß allenfalls 20 000 Zuschauer kommen würden. Am Ende waren es 50 000, die mehr als *650 000 Mark* in die Kassen brachten. Bayern-Manager Hoeneß, der ja von Berufs wegen ans Geld denken muß, hatte schnell ausgerechnet, daß für seinen Verein und für Müller nach Abzug aller Kosten ungefähr 250 000 Mark an Einnahmen blieben.

Müller selbst war nicht bereit, ans Geld zu denken. Als er den Zuschauern bei seinem Abgang zuwinkte, liefen ihm Tränen die Wangen hinunter. Auch später schaffte er es kaum, seine Rührung und Fassungslosigkeit zu beherrschen. „Daß die Leute mich hier nicht vergessen haben“, sagte er immer wieder, „das ist das Allergrößte. Davon werde ich ein Leben lang zehren.“

Schade, daß Gerds Frau Uschi nur wenig Zeit fand, das Glücksgefühl ihres Mannes zu teilen. Sie stritt mit Hoeneß *darüber, daß es zu wenig Sekt* gab (37 Flaschen) und warf dem Manager vor, zu wenig Reklame für das Spiel gemacht zu haben. Hoeneß reagierte böse: „Wir haben getan, was wir konnten. Bei der Abrechnung wird Gerd noch eine Schippe draufbekommen. Das *tun wir nur ihm, nicht* seiner Uschi zuliebe . . .“

Erich Ribbeck redet jetzt nur noch von Schatzschneider

dpa/sid, Hof

Das Wehklagen um die Nationalmannschaft findet seine *Fortsetzung* auch bei der sogenannten Olympia-Mannschaft, in der Spieler stehen, die als Profis bis zu 400 000 Mark Gage erhalten. Trainer Erich Ribbeck macht es seinem einstigen Chef Jupp Derwall nach – am liebsten redet er über Spieler, die gar nicht dabeigewesen sind und mit denen es angeb*lich viel besser gelaufen* wäre. Ribbeck nach dem Testspiel gegen die Tschechoslowakei, das in Hof 0:1 verloren wurde: „Es war kein Spieler da wie Schatzschneider, der aus den klaren Chancen auch Tore erzielt.“

Der Hamburger Mittelstürmer, der wegen einer Verletzung fehlte, soll nun am 4. Oktober gegen Portugal in Osnabrück für die Treffer sorgen, die die deutsche Mannschaft nach Los Angeles bringen. Doch genau da steckt das Dilemma der DFB-Planungen: mit einer im Durchschnitt fast 28 Jahre alten Mannschaft (Torwart Bernd Franke ist bereits 35) olympischen Lorbeer erkämpfen zu wollen.

Schatzschneider („so einen wie mich braucht Jupp Derwall“) sieht seine Ziele eher bei der Europameisterschaft und darin, den Bremer Rudi Völler aus der A-Mannschaft zu verdrängen. Olympische Motivation – wer hat sie denn noch?

*Einer ist da, weil er sich von Der*wall verkannt fühlt: Jimmy Hartwig. Der Hamburger zeigte gegen die CSSR das notwendige Engagement und die Bereitschaft, den Erfolg anzustreben. Am Vorabend seines 29. Geburtstages war er der beste Spieler der Mannschaft und hatte deshalb auch das höchste Anrecht darauf, die *Kollegen zu kritisieren. Hartwig:* „Das Feuer fehlt, man darf doch wohl mehr Kampf und Einsatz fordern.“

Vielleicht – die Überlegungen sind *nicht neu – hätte der DFB ganz auf* eine Olympiateilnahme verzichten sollen. Ehrlicher und weniger ärgerlich wäre es auf alle Fälle gewesen.

Die Olympiamannschaft spielte mit: Franke – Bast – Geils, Dickgießer, Wehmeyer – Hartwig, Bommer, Brehme, Bein – del 'Haye, Klotz, Schreier (ab 61. Heck). – *Tor: 0:1* Kula (57.).

Die Nationalmannschaft spielte mit: Schumacher (46. Burdenski) – Strack – Dremmler, Briegel (52. Bockenfeld), Otten – Rolff (46. Groh), Matthäus (46. Meier), Schuster – K. H. Rummenigge, Völler (46. Gerd Müller/53. Völler), Waas (46. Littbarski). – Tore: 1:0 Pflügler (16.), 2:0 Mathy (49.), 2:1 Littbarski (56./Foulelfmeter), 2:2 Littbarski (74.), 3:2 Michael Rummenigge (85.), 4:2 Meisel (88.).



„Liberty“ führt 3:1

Newport (sid) – Beim America's Cup der Segler trennt die amerikanische Yacht Liberty beim Stand von 3:1 nur noch ein Sieg vom Gesamtgewinn. Bei der vierten Regatta vor Newport/Rhode Island lag die Liberty 48 Sekunden vor der australischen Yacht *Australia II.*

Turn-Riegen: Glückslose

Venedig (dpa) – Leichte Gegner erhielten die Riegen des Deutschen Turner-Bundes bei der Auslosung für die Weltmeisterschaften in Budapest: Die Frauen turnen in einer Gruppe mit China, Bulgarien und Mexiko. Die *Männer müssen sich mit Japan, China,* der „DDR“, Österreich und Belgien auseinandersetzen.

Hussing fehlt

München (sid) – Im Olympia-Kader des Deutschen Amateur-Box-Verbandes, der neun Athleten umfaßt, ist Rekordmeister Peter Hussing noch nicht dabei. Den 36jährigen Superschwergewichtler will der Verband zu einer erneuten Olympia-Teilnahme überreden.

Isoaho nach Hongkong

Bielefeld (lnw) – Der zu Saisonbeginn von Fußball-Bundesliga-Verein Arminia Bielefeld entlassene Torwart Olli Isoaho wurde an Seiko Sport Hongkong ausgeliehen.

Ada eingegangen

Hamburg (sid) – Die achtjährige Stute Ada, eines der erfolgreichsten Pferde des deutschen Trabrennsports (1978 Gewinn des Deutschen Traber-Derby), ist in ihrem Heimatgestüt Buchenhof bei Hamburg an den Folgen eines Dünndarmrisses eingegangen.



TENNIS

Turnier in San Francisco, erste Runde: Lendl (CSSR) – DeVries (USA) 6:2, 6:1, Curren (Südafrika) – Dupré (USA) 7:5, 6:1. – Turnier in Genf, erste Runde: Wilander (Schweden) – Dibbs (USA) 6:1, 6:2; zweite Runde: Jarryd (Schweden) – Keretic (Stuttgart) 6:2, Keretic hat wegen Verletzung aufgegeben.

FUSSBALL

Junioren-Europameisterschaft (U 21), Gruppe 2: Schweden – CSSR 0:2. – *Gruppe 3: England* – Dänemark 4:1. – Gruppe 4: Norwegen – Wales 2:3.

Engelhard gegen Mißbräuche im Unterhaltsrecht

hy/DW. **Berlin/Bonn**

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat gestern vor dem Rechtsausschuß des Bundesrates im Berliner Reichstag das rechtspolitische Programm der Bundesregierung *für die laufende Legislaturperiode* des Bundestages erläutert: Leitideen für die künftige Arbeit seien Kontinuität, Zuverlässigkeit und Sachbezogenheit. Als eines der wichtigsten Vorhaben bezeichnete der Minister die Überarbeitung des Scheidungsfolgenrechts. Bei den Unterhaltszahlungen müsse für mehr Gerechtigkeit im Einzelfall Sorge getragen werden. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Vermeidung von Mißbräuchen vor allem im Unterhaltsrecht müßten so schnell wie möglich berücksichtigt werden. Zwar solle keinesfalls bei der Ehescheidung das Schuldprinzip wieder eingeführt werden. Die unveränderte Beibehaltung des Zerrüttungsprinzips dürfe aber nicht dazu führen. dieses Prinzip auf Kosten der Gerechtigkeit bei Unterhaltszahlungen geschiedener Eheleute zum Selbstzweck zu machen.

Ferner sagte der Minister, noch in dieser Legislaturperiode sollen die Effektivität des Strafbefehlsverfahrens verbessert und der Zeitpunkt einer Richterablehnung teilweise neu geregelt werden.

Damaskus stellt Beirut unannehmbare Bedingungen

Bemühungen um eine Feuerpause in Libanon gescheitert

DW. **Beirut**

Die Vermittlungsbemühungen des saudiarabischen Sonderbotschafters Prinz Bandar ibn Sultan um eine Feuerpause für die Kämpfe im Umkreis von Beirut sind offenbar gescheitert. Der Prinz verließ gestern die syrische Hauptstadt Damaskus. Dies wurde als Zeichen dafür gewertet, daß die syrische Regierung nicht *bereit ist, auf die Kompromißvorschläge* Sultans einzugehen.

Damaskus hatte sich dagegen ausgesprochen, daß „gewisse Personen" an den Vermittlungsgesprächen teilnahmen. Dabei handelte es sich offenbar um den libanesischen Parlamentspräsidenten Kamel Assad und Ministerpräsident Schafik el Wazzan.

Die Regierung in Beirut wollte diese Bedingungen Syriens nicht akzeptieren. Argumentation: Damit sollten lediglich die Kämpfe verlängert werden, in denen Syrien mit seinen drusischen und palästinensischen Verbündeten Vorteile zu erringen suche.

In der Nacht zum Mittwoch hatten die von Syrien unterstützten drusischen Milizen wieder Ziele in Beirut und der Umgebung unter Artilleriefeuer genommen. Tausende von Libanesen blieben während der Nacht in ihren Luftschutzkellern. Der amerikanische Botschafter nahm vorübergehend im Präsidentenpalast Zuflucht. Nach Angaben der Behörden starben in dieser Nacht 71 Menschen. Die Zahl der Toten seit Ausbruch der Kämpfe am 4. September erhöhte sich damit auf 764.

Zwei amerikanische Kriegsschiffe nahmen massiv Artilleriestellungen der drusischen Milizen in den Schuf-Bergen unter Beschuß. Die libanesische *Luftwaffe flog nach Angaben* des staatlichen Rundfunks wieder Angriffe auf Stellungen der drusischen Milizen und ihrer syrischen und palästinensischen Verbündeten in der Nähe von Suk el Gharb.

Dieser Ort ist der *letzte* größere Stützpunkt der libanesischen Armee und der christlichen Milizen in den Schuf-Bergen. Gelänge es den drusischen Milizen und den mit ihnen verbündeten syrischen und palästinensischen *Einheiten den Ort zu* überrennen, so wäre der Bestand der Regierung Gemayel gefährdet.

Nach Angaben der Armee haben Syrer und Palästinenser Truppenverstärkungen in den Schuf gesandt. Der christliche Sender „Stimme Libanons" meldete, auch im Raum von Badrun und Kura, etwa 50 Kilometer nördlich von Beirut, seien Panzer-Verbände in Richtung auf die Hauptstadt beobachtet worden.

Andropows Brief stößt auf Skepsis

● Fortsetzung von Seite 1

er, die schlimme Kriegsgefahr von Europa abzuwenden. Wir müssen uns allerdings höchst aktiv und entschlossen gegen jene wenden, die sich gegen die Lebensinteressen der Völker verschworen haben. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten, beteuert Andropow, wünschten nichts inniger als eine radikale Verminderung der atomaren Vernichtungswaffen. *Das Geld werde nötiger für die* soziale und wirtschaftliche Entwicklung gebraucht. Nun liege es an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, das ihrige zum Frieden beizutragen – „im vollen Bewußtsein ihrer Pflicht und Verantwortung".

Seitdem sich die Möglichkeit bietet, auf die ablehnende Haltung von drei Vierteln der Bevölkerung zur Nachrüstung zu verweisen, operiert *die sowjetische Propaganda wieder* gern mit dem Volkswillen. Diesen nicht zu mißachten, verlangt auch Andropow von den Abgeordneten. Mehrheitsentscheidungen der Wähler hingegen werden als unwichtige *Zahlenspiele ignoriert. Wer die wahren* Interessen der Völker kennt, lasse sich davon nicht beeindrucken, liest man in der Sowjetpresse. Kommunistische Stimmen, selbst wenn sie nur winzige Bruchteile der Bevöl*kerung der Bundesrepublik* repräsentieren, seien Ausdruck dieser Interessen.

Neben dem Mittelfeld anderer vernunftbegabter Kräfte, von der „Praw*da" soeben wieder als „progressive* westdeutsche Öffentlichkeit" apostrophiert, steht auf der Moskauer Propagandaskala das Spektrum der Rechten, der Reaktionäre und Revanchisten. Sie umgibt das Odium der *Volksfeindlichkeit. Selbst als Regierende* mit parlamentarischer Mehrheit laufen sie immer Gefahr, von Moskau verdammt zu werden. Dieselbe Nummer der „Prawda", die den Andropow-Brief abdruckte, stellte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler an den Pranger, weil er Teile der SPD als „fünfte Kolonne Moskaus" diffamiert habe. Während Bundeskanzler Helmut Kohl meist geschont und vorwiegend mit Oppositionszitaten kritisiert wird, sind andere Regierungsmitglieder einschließlich des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher zu beliebten Zielscheiben geworden.

Athen und Ankara blockieren US-Luftbrücke für Libanon

Beziehungen zu den Arabern sollen nicht gefährdet werden

SAD/DW. **Athen/Ankara**

Griechenland und die Türkei haben den Vereinigten Staaten die Benutzung von Flughäfen zum Transport von Waffen und anderem Kriegsgerät für das amerikanische Kontingent der internationalen Friedenstruppe und für die libanesische Armee untersagt.

Die griechische Regierung lehnte einen *entsprechenden Antrag* der US-Botschaft in Athen ab und gestattete lediglich den Transport von Medikamenten, medizinischen Geräten und Lebensmittel für Libanon. Athen begründete seine Haltung damit, es *dürfe* nicht der Eindruck entstehen, daß das kürzlich unterzeichnete griechisch-amerikanische Stützpunktabkommen den USA Nutzungsrechte für den Transport von Waffen in Kriegsschauplätze einräume. Die *Stützpunkte dürften nur* „für Verteidigungszwecke" genutzt werden.

In der Erklärung des Außenministeriums heißt es weiter, daß Libanon „mit Mitwirkung der amerikanischen Friedenstruppe auf dem Weg zum Bürgerkrieg" sei. *Griechenland* wolle sich nicht in einen Konflikt verwikkeln lassen, der seine traditionell guten Beziehungen zu den Staaten der Region belasten könnte. Diese Erklärung macht deutlich, daß die Regierung Papandreous, die die Anerkennung der prowestlichen Regierung Gemayel ablehnt, eine prosyrische und prolibysche Position in der Libanon-Krise eingenommen hat. Als einziges Mitglied der EG weigert sich Griechenland bislang, Israel auch de jure anzuerkennen.

Mit der Entschließung, die US-Luftbrücke zu verhindern, unterstreicht Ministerpräsident Papandreou, daß er gewillt ist, in seiner Außenpolitik keine Rücksicht auf die Bindung Griechenlands zur NATO oder zur EG zu nehmen. So verhinderte Griechenland in der vergangenen Woche eine Verurteilung des Abschusses des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges durch die Sowjetunion und verärgerte seine NATO-Partner kürzlich auch mit dem Vorschlag, die Stationierung amerikanischer *Mittelstreckenraketen* in Westeuropa um sechs Monate aufzuschieben.

Gestern gab der türkische Regierungssprecher Nazmi Hakiman in Ankara bekannt, daß amerikanische *Flugzeuge* auf dem Weg *nach* Libanon nicht auf US-Militärstützpunkten in der Türkei zwischenlanden dürften. Die Türkei wolle ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Ländern nicht belasten.

Streit um Geißler: Schmidt schreibt an Kohl

p.p., **Bonn**

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in einem Brief an Helmut Kohl den Regierungschef aufgefordert zu „prüfen, ob die fortgesetzte Redeweise" von Minister Heiner Geißler über die SPD „im Einklang steht mit dem Gebot des Grundgesetzes, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben". Schmidt bezog sich auf Geißlers Äußerung, daß die SPD die „fünfte Kolonne der anderen Seite" sei, und erinnerte daran, daß „Herr Geißler schon mehrere Male in gleicher Absicht seine Worte sehr sorgfältig gewählt hat". Der CDU-Politiker handele in der „offenkundigen Absicht, den innenpolitischen Gegner zu beleidigen und herabzusetzen".

Als Belege für seine These führte Schmidt an „das Wort von den ,Verbrechern', den Satz ,die SPD ist unanständig und unmoralisch', die Herabsetzung des ,Pazifismus der dreißiger Jahre', der ,Auschwitz erst möglich gemacht' habe". Schmidt fordert Kohl auf, darüber nachzudenken, die *„Personalunion"* von CDU-Generalsekretär und Minister eventuell zu beenden. Wie ein Regierungssprecher gestern betonte, würden sowohl Kohl als auch Geißler selbst auf den Schmidt-Brief antworten.

Brandt-Kritik an Werftenpolitik

p.p. **Bonn**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat gestern während eines Besuchs der von Arbeitern besetzten Bremer Werft „AG Weser" die Werftenpolitik der Bundesregierung als „menschenverachtend" und „regionalpolitisch verheerend" bezeichnet: Die SPD forderte die Bereitstellung von Auftragshilfen für den Exportschiffbau, die Aufstockung des Fördersatzes der Reederhilfe, einen ausreichenden Investitionszuschuß für Umstrukturierung im Schiffbaubereich sowie eine verstärkte Förderung der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit. Dabei müßten „Unternehmenseigentümer und Gläubigerbanken den äußerst zumutbaren Eigenbeitrag leisten" sowie Gewerkschaften und Betriebsräte an der Erarbeitung der Sanierungskonzepte beteiligt werden.

Flugschreiber aufgespürt

„Black Box" des KAL-Jumbos in 762 Meter Tiefe

AP/AFP/rtr, **Washington**

Amerikanische Suchmannschaften haben nach Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums die „Black Box" des von sowjetischen Abfangjägern vor drei Wochen über Sachalin abgeschossenen südkoreanischen Jumbo-Jets entdeckt. Die „Black Box", die den Flugschreiber und Aufzeichnungen des Sprechverkehrs der Besatzung enthält, sei in internationalen Gewässern vor der Nordküste Japans in 762 Metern Tiefe aufgespürt worden, sagte Pentagon-Sprecher Benjamin Welles.

Eine Bergung der „Black Box" in dieser Tiefe dürfte jedoch sehr schwierig werden, da Taucher bis dorthin nicht vordringen können. Sie müßte mit unbemannten U-Booten durchgeführt werden, die mit Kameras und einem Greifarm ausgerüstet sind. Die „Black Box", ein aus Metall bestehender, etwa zwölf Kilo schwerer Behälter, ist so gut wie unzerstörbar, sendet aber nur für eine begrenzte Zeit Funksignale. Von ihr erhofft man sich Aufschluß über den tatsächlichen Ablauf des tragischen Geschehens.

Der Pentagon-Sprecher warf der Sowjetunion vor, amerikanische Schiffe bislang bei ihrer Suchaktion behindert zu haben. Welles erwähnte auch sowjetische Versuche, die elektronischen Suchgeräte der Amerikaner zu blockieren.

Die Sowjetunion hat sich nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums mittlerweile bereiterklärt, Wrackteile des abgeschossenen Flugzeuges auszuhändigen. Diese Absicht sei den Botschaften der USA und Japans in Moskau mitgeteilt worden.

Bischof Stoll warnt

„Ablehnung von Atomwaffen nicht zur Glaubenssache machen"

HENK OHNESORGE, **Coburg**

„Unter den heute gegebenen Voraussetzungen – vor allem der Anonymisierung der Entscheidungen und der möglichen Anwendung der sogenannten Massenvernichtungswaffen –, ist ein Krieg nicht mehr rechtmäßig zu führen." Dies ist einer der Kernsätze aus dem Bericht, den der Leitende Bischof Karlheinz Stoll (Schleswig) auf der Tagung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) in Coburg vorlegte.

Gleichzeitig aber stellte sich Stoll gegen jene reformierten Kreise, die die konsequente Ablehnung von Atomwaffen in den Status einer Glaubensfrage erheben wollen, und sagte: „Wer nicht bereit ist, Kompromisse auszuhandeln, kündigt die Gemeinschaft mit den Andersdenkenden. In die Mitte des christlichen Bekennens gehört das Bekenntnis zum dreieinigen Gott, nicht aber eine politische Forderung."

Die VELKD habe mehrfach erklärt, daß Befürworter und Gegner atomarer Verteidigungswaffen auf ein und dasselbe Evangelium angewiesen seien. Doch damit befürworte die VELKD als ganze keineswegs die atomaren Waffen: „Unser Jahr ist ein Jahr zu Kirchengemeinschaft und kein Jahr zum Nachrüstungsbeschluß. Und wir stellen die Gemeinschaft mit dem reformierten Moderamen (dem Leitungsgremium, die Red.) nicht in Frage, solange dies von reformierter Seite aus nicht geschieht."

CGT boykottiert Zeitschrift

SAD, **Paris**

Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft C. G. T. haben an der Stadtgrenze von Paris einen aus Holland kommenden Lastwagen mit *150 000* Exemplaren der Unterhaltungszeitschrift „Ici Paris" gestoppt. Die Ladung wurde auf die Straße geworfen. Mit der Aktion unter der Bezeichnung „französische Zeitungen auf französischem Papier" sollen die französischen Verlage gezwungen werden, ihr Zeitungspapier nur von französischen Papierherstellern zu beziehen. Die C. G. T. gab die Parole aus, daß in der Woche vom 19. bis 23. September in Frankreich sämtliche Zeitungen und Zeitschriften nur auf französischem Papier gedruckt werden dürfen. Fast die Gesamtheit der französischen Presse folgte diesem Aufruf.

Erster Weckruf

sz. – In die europäische Armbanduhren-Industrie kommt offensichtlich, man kann es kaum glauben, wieder Bewegung. Verschlafen hatte sie *vor gut einem Jahrzehnt den* insbesondere von den Japanern forcierten Marsch in die Elektronik. Und weil sie dem keine eigene überzeugende Strategie entgegensetzen konnte, gingen wertvolle Marktanteile und Tausende von Arbeitsplätzen verloren.

Der Weckruf nach dem jahrelangen Dornröschenschlaf kommt von dem Schweizer Uhrenhersteller Ebauches. Mit einer vollautomatischen Kunststoffuhr, einer technischen Innovation im Wegwerfgewand, glaubt er zumindest eine erste Antwort auf den Konkurrenzdruck aus Fernost gefunden zu haben. Das Startsortiment, das aus zwölf Modellen zum Preis von 49 bis 59 Mark besteht, mag vom Design her noch nicht jedermanns Geschmack sein, doch wurde damit *wenigstens ein* erster Schritt getan, der die Branche wachrütteln sollte, intensiv über ähnliche Lösungen nachzudenken. Markttests stimmen Ebauches so zuversichtlich, in diesem Jahr in der Schweiz schon 250 000 und in der Bundesrepublik, wo sie in diesen Tagen eingeführt wird, etwa 100 000 Billiguhren absetzen zu können.

Daß diese Uhr innerhalb der nächsten fünf Jahre die wichtigsten Weltmärkte, einschließlich Japan, erschließen wird, wie es sich das Unternehmen erhofft, daran mag man kaum glauben. Ohne in den Ruf von Schleichwerbung zu geraten, möchte man ihm dazu aber viel Erfolg *wünschen*, weil *selbst für* andere Branchen damit ein Signal gesetzt würde, daß nicht Restriktionen und Kontingentierungen die Rezepte gegen den fernöstlichen Wettbewerb sind, *sondern innovative, technologisch* gute und im Preis/Leistungsverhältnis konkurrenzfähige Produkte.

Umbuchung

J. Sch. (Paris) – Der französischen Regierung ist jedes Mittel recht, um ihren Haushaltsplan für 1984 in möglichst guter Verfassung präsentieren zu können. So hat sie jetzt den Staatsbeitrag für den Aufpreis gestrichen, den Paris im Februar letzten Jahres Algerien für die Lieferung von Erdgas in Höhe von 25 Prozent des Weltmarktpreises zugestanden hat. Die Hälfte davon (jährlich 1,5 Mrd. Franc) hatte die staatliche Gaz de France als Importeur zu tragen. Vom nächsten Jahr an wird sie in *voller Höhe zur Kasse gebeten. Zur* Begründung weist die Regierung darauf hin, in der Zwischenzeit sei der Gaspreis am Weltmarkt so stark gefallen, daß die Gaz de France per saldo nicht stärker als bisher belastet werde. Aber ohne diesen „Vertragsbruch" wäre es ihr möglich gewesen, ihr Defizit abzubauen, das aus dem Staatshaushalt finanziert werden muß. So bedeutet das ganze Manöver letztlich nichts anderes als eine haushaltsverschönernde Umbuchung.

BUNDESBAHN / Streit um Sanierungskonzept dreht sich um Geld für Streckenausbau

Vorstand fordert jährlich zusätzliche Mittel von zwei Milliarden Mark

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Streit um das künftige Bundesbahn-Konzept, über das das Bundeskabinett noch in diesem Herbst entscheiden will, spitzt sich auf die Finanzierung des Streckenausbaus zu. Während der Bahn-Vorstand zwischen 1985 und 1991 jährlich zwei Milliarden Mark für unbedingt notwendig hält, um die Finanzen auf Dauer zu konsolidieren, lehnen die Experten des Finanzministeriums zusätzliche Mittel über den Bahn-Plafond von 13,3 Milliarden Mark jährlich ab.

In einem Brief an Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat der Bahn-Vorstand darauf hingewiesen, daß die Vorstellungen aus dem Finanzministerium aus unternehmerischer Sicht nicht vertretbar seien, die sich an dem alleinigen Ziel der „Reduzierung der Deckungslücke" orientieren. Im Finanzministerium war vorgeschlagen worden, den jährlichen Anstieg der Aufwendungen bei der Bahn auf ein Prozent zu begrenzen, die Investitionen ab 1984 auf dem Niveau von 1982 von 4,2 Milliarden Mark festzuschreiben, die Erträge jährlich um drei Prozent zu steigern und die Bundesleistungen auf 13,3 Milliarden Mark festzuschreiben.

Der Bahn-Vorstand stellt dem seine Rechnung entgegen, wonach sich die Reduzierung der Deckungslücke (Bundesleistungen und Nettokreditaufnahme) mit einem solchen Konzept nicht erreichen lasse. Wenn für den Streckenausbau auch weiterhin nur *0,7 Milliarden* Mark aus den Investitionsmitteln der Bahn bereitgestellt würden, dann könnten die Neubaustrecken Hannover–Würzburg und Stuttgart–Mannheim erst *im nächsten Jahrtausend* in Betrieb genommen werden. Mittel würden gebunden, denen kein Nutzen gegenüberstünde. Mehr noch: Bereits vor der Inbetriebnahme würden Unterhaltungsarbeiten anfallen.

Überdies müßten zur Realisierung des Konzepts bis 1987 der Personalbestand bei der Bahn um jährlich 17 000 abgebaut werden, was ohne Entlassungen von rund 18 000 Mitarbeitern nicht möglich wäre. Bei seinem Konzept geht der Bahn-Vorstand von einem jährlichen Personalabbau von12 000 aus. Wie berichtet, soll sich die Zahl der Beschäftigten bis 1990 um 80 000 auf 232 000 verringern.

Dagegen glaubt der Bahn-Vorstand, mit der Finanzierung des Streckenausbaus von zwei Milliarden Mark jährlich, wenn diese Mittel außerhalb der Plafondierung der Bundesleistungen von *13,3 Milliarden* Mark bereitgestellt würden, die Konsolidierung der Bahn-Finanzen einen beachtlichen Schritt voranbringen zu können. Dabei würde die Deckungslücke 1991 mit 15,9 Milliarden Mark dem Niveau dieses Jahres entsprechen. Die Nettokreditaufnahme würde von 2,2 auf 0,6 Milliarden sinken. Der Fehlbetrag der Bahn könnte gegenüber dem heute niedrigeren Niveau *von rund 3,5 Milliarden* stabilisiert werden.

Die Bahn hält eine Finanzierung des Streckenausbaus außerhalb der bisherigen Mittelzuweisung auch für gerechtfertigt, weil der Bund auch die Finanzierung anderer Verkehrswege voll übernimmt. Mit den zusätzlichen Mitteln könnte der Betrieb auf den Neubaustrecken bereits im Frühjahr 1991 aufgenommen werden.

Allerdings setzt der Bahn-Vorstand nicht nur auf die Streckenneubauten. Er glaubt, bis 1990 die Arbeitsproduktivität um rund 40 Prozent steigern zu können, bei gleichzeitiger Senkung der Gesamtkosten um 25 Prozent und der Personalkosten um rund 30 Prozent. Um dies zu erreichen, *müssen die Kapazitäten* reduziert werden. Vorgesehen ist, die Zahl der Güterwagen von heute 280 000, von denen 100 000 nicht beschäftigt sind, auf 230 000 im Jahre 1990 zu verringern. Bei den Reisezugwagen ist ein Abbau von 15 000 auf 12 000, bei den Lokomotiven von 7000 auf 500 geplant. Würde nichts geschehen, dann würde die Deckungslücke bis 1990 auf 24,9 Milliarden Mark steigen. Würde das neue Konzept der Bahn verwirklicht, so wären es 16,4 Milliarden.

Im Verkehrsministerium arbeitet eine Sondergruppe an einem Bahn-Konzept. *An diesem Freitag* treffen sich erstmals sechs Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Bankier Hermann Josef Abs, um unter anderem alternative Finanzierungsvorschläge *für* Verkehrsminister Dollinger zu erarbeiten.

BAUINDUSTRIE

Zur Zeit besteht absolut kein Grund zur Begeisterung

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Wir wollen uns da gar nicht herausreden." Günther Herion, Präsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, hält Preisabsprachen in seiner Branche – in diesen Tagen gehen bei den Betroffenen Bußgeldbescheide aus dem Bundeskartellamt über schätzungsweise 50 Millionen Mark insgesamt ein – dennoch für „nahezu zwangsläufig, solange sich die Verhältnisse am Bau*markt nicht ändern". Darunter* versteht er die große Abhängigkeit dieses Wirtschaftszweiges von öffentlichen Aufträgen, „die leider nicht zum angemessenen Preis, sondern immer nur zum niedrigsten Preis vergeben werden". Herion plädierte darum gestern in Bonn erneut für eine Änderung der Vergabebedingungen.

Wie weit die deutsche Bauindustrie auch mit einer – zur Zeit freilich politisch nicht durchsetzbaren – Änderung des Kartellgesetzes liebäugelt, ließ der Präsident einstweilen offen. Die Ansiedlung der Bauwirtschaft bei den Ausnahmebereichen „ist ein Weg", räumte Herion ein. Vordringlich scheint dem Verband indes die Herstellung größerer Markttransparenz im Bereich der öffentlichen Aufträge zu sein, „natürlich *nicht in bezug auf die Preise*, sondern lediglich hinsichtlich der Mitbewerber".

Die derzeitige Baukonjunktur gebe „absolut keinen Anlaß zur Begeiste*rung". Bis Ende Juni 1983 sei die* Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten um 4,4 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit gefallen. „Erst jetzt wird es langsam besser", sagte Herion weiter; dies vor allem aufgrund der zeitlich befristeten Maßnahmen der Bundesregierung im Wohnungsbau. Wenn Bonn *jedoch keine Fortsetzung* beschließe, „kommt bald ein großes Loch". Günstig sei aufgrund der Investitionszulage die Situation im Wirtschaftsbau. So erhöhte sich der Auftragseingang von Januar bis Juni 1983 im Wohnungsbau real um 29 Prozent und im Wirtschaftsbau um 13 Prozent.

„Weiter negativ", so Herion, entwickele sich der öffentliche Hochbau, vor allem, weil die Gemeinden ihre Ausgaben wiederum gekürzt hätten: „Die Bundesregierung muß versuchen, sie wieder investitionsfähig zu machen." Der Straßenbau befinde sich an der Talsohle, doch der *sonstige Tiefbau* habe besser als erwartet abgeschnitten, „weil erfreulicherweise Bahn und Post zusätzliche Aufträge vergeben haben". Insgesamt ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe von Januar bis Juni um real 13,4 Prozent gestiegen. „Ganz großen Kummer" mache der Auslandsbau: 1981 betrug der Auftragswert noch 12,5 Milliarden Mark; in diesem Jahr seien es vier Milliarden.

Die Baupreise seien in diesem Jahr im Durchschnitt um drei Prozent gestiegen, berichtete Herion weiter. Die Zahl der Insolvenzen von Januar bis *Juni 1983 betrug 921 gegenüber 1091* im Vorjahr.

Ohne Ideologie-Ballast

Von CLAUS DERTINGER

Jahrelang ist über eine Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) diskutiert worden, das den Rahmen für die Geschäftsaktivitäten des deutschen Kreditgewerbes setzt. Jetzt hat das Bundesfinanzministerium einen neuen Referentenentwurf für eine KWG-Novelle vorgelegt, der von vielem Ballast befreit ist, mit denen viele frühere Vorschläge befrachtet waren, als es Ideologen noch darum ging, die Macht der Banken zu beschneiden. Der Beteiligungsbesitz der Banken, das Vollmachtstimmrecht und die Aufsichtsratsmandate sind heute kein Thema mehr.

Der neue Referentenentwurf, mit der die Bundesregierung den EG-Richtlinien zur „Beaufsichtigung der Kredite auf konsolidierter Basis" Rechnung tragen will, konzentriert sich vor allem auf ein Ziel: Es sollen Kreditpyramiden verhindert werden. Konkret geht es dem Gesetzgeber darum, daß Bankkonzerne bestimmte Relationen von Eigenkapital zu Ausleihungen einhalten. Bisher galten solche Grenzen nur für die inländischen Banken. Sie dürfen nur das 18fache des Kapitals ausleihen. Das ist im Grundsatz I des KWG geregelt. Künftig soll die Ausleihgrenze auch das Kreditgeschäft der in- und ausländischen Töchter umfassen, an denen deutsche Banken mit mindestens 50 Prozent beteiligt sind.

Damit wird vor allem auf die luxemburgischen Töchter abgezielt, die nach luxemburgischer Regelung das 33fache des Kapitals ausleihen dürfen. Aber auch die Hypothekenbanken und Bausparkassen sollen künftig konsolidiert werden. Für viele große Banken bedeutet dies, daß sie ihre Konzernkreditvolumina zurückführen müßten, weil sie das 18fache des Eigenkapitals überschreiten. Der Gesetzgeber und vor allem die Berliner Bankenaufsichtsbehörde wollen damit ein gesünderes Verhältnis von Eigenkapital zu Kreditrisiken erreichen, also die Banken sicherer machen.

So groß auch im Kreditgewerbe das Verständnis für diese grundsätzliche Zielrichtung ist: Es rührt sich schon seit langem Widerstand gegen viele Details. Und dabei spielen vor allem Wettbewerbsgesichtspunkte eine Rolle.

Die großen international aktiven Banken fühlen sich in ihrem Geschäft zum Nachteil der deutschen Wirtschaft eingeengt. Deswegen fordern sie für die Bankkonzerne eine höhere Ausleihgrenze als das 18fache des Eigenkapitals. Und es gibt auch Widerstand gegen die Einbeziehung der Hypothekenbanken in dieses Korsett, die übrigens auch zwischen den Bonner Ressorts umstritten ist. Darüber wird es noch einige Diskussionen geben, wobei freilich die Hypothekenbankfrage nicht der Dollpunkt sein dürfte, es sei denn, aus taktischen Gründen.

Die Eigenkapitaldiskussion bietet, wie es scheint, den einzelnen Gruppen des Gewerbes eine verlockende *Gelegenheit*, eigenes *Interesse* ins Spiel zu bringen. So fragen sich zum Beispiel die privaten Banken, warum Kredite an inländische öffentliche Stellen nicht von der Ausleihgrenze erfaßt werden. Der Hintergrund: Dieses Geschäft ist die Domäne der Sparkassen. Sie könnten dieses Geschäft praktisch ohne Eigenkapital betreiben und darum Kredite an die öffentliche Hand billiger als an Private geben. Das sei gesamtwirtschaftlich nicht vertretbar, argumentieren die privaten Banken.

Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang freilich auch, ob es noch gerechtfertigt ist, Kredite an Auslandsbanken nur mit der Hälfte auf den Grundsatz I anzurechnen, wenn man bedenkt, welche Risiken gerade in den Krediten an Banken in Lateinamerika oder an die polnische Außenhandelsbank stecken. Darüber reden die Bankiers natürlich nicht gern. Und weil die Banken ja an Umschuldungen und Neukrediten für praktisch zahlungsunfähige Länder teilnehmen sollen, ist dieses Thema auch politisch brisant.

Am meisten enttäuscht vom Referentenentwurf für eine KWG-Novelle sind die Sparkassen, weil ihr Wunsch, für die Gewährträgerhaftung einen rechnerischen Zuschlag zum Eigenkapital zu bekommen, der die Ausleihmöglichkeiten erhöht, ab*geschmettert worden ist.* Dies kritisieren sie um so mehr, als der Haftsummenzuschlag der Genossenschaftsbanken als Kapital im Referentenentwurf anerkannt wird. Gerade über dieses Thema wird es noch heftige, auch politische Auseinandersetzungen geben, und es zeichnet sich ab, daß die Genossenschaftsbanken dabei doch noch Federn lassen müssen.

AUF EIN WORT

„In einer funktionierenden Marktwirtschaft *hängt das Angebot an* Arbeitsplätzen wesentlich von der Höhe der Arbeitskosten ab. Wo es Tarifautonomie gibt, kann der Staat folglich keine Beschäftigungsgarantie abgeben. Maxime unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik muß also sein, daß der Staat Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung nur beeinflussen, nicht aber *gewährleisten* kann. Eine Politik, die diese Grenzen nicht anerkennt, erweckt verantwortungslose Illusionen."

Dr. Jürgen Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

FOTO: CHRISTA KUJATH

EXPORT-BÜRGSCHAFT

Hermes-Prämien-Erhöhung überraschend verschoben

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Überraschend hat das Bundeskabinett gestern die geplante Erhöhung der Gebühren für die Hermes-Export-Kreditversicherung verschoben. Sie soll nicht, am 1. Oktober, sondern am 1. April in Kraft treten. Besonders verwundert waren die Experten im Wirtschaftsministerium, da ihr Minister noch in den vergangenen Tagen die Gebührenerhöhung für begründet und erforderlich gehalten hatte.

Regierungssprecher Peter Boenisch begründete die Verschiebung, für die sich dem Vernehmen nach Bundeskanzler Helmut *Kohl* und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher starkgemacht hatten, mit der leicht anziehenden Nachfrage aus dem Ausland. „Um auch nur den Anschein zu vermeiden", daß die Bundesregierung den Erholungsprozeß stören könnte, seie diese Entscheidung getroffen worden. Überraschend kommt dieser Beschluß dennoch, weil seit einem halben Jahr die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft ihre ablehnende Haltung gegen eine Gebührenerhöhung mit möglichen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit im Auslandsgeschäft begründet hatten, jedoch nicht durchgedrungen waren.

Am vergangenen Mittwoch hatten die CDU/CSU-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses die gestaffelte Gebührenerhöhung als „unvermeidbar" erklärt. Der Antrag, den Vollzug der Gebührenordnung bis zu einem *besseren Überblick über die Export*entwicklung auszusetzen, fand im Ausschuß keine Mehrheit. Das Finanzministerium hatte für das nächste Jahr 100 Millionen Mark Mehreinnahmen eingeplant. Es dürfte nur knapp die Hälfte werden. Die 50 Millionen seien verkraftbar, so ein Sprecher des Hauses Stoltenberg.

INTERNATIONALE KREDITE

Friderichs: Umschuldung ist nicht nur Bankenproblem

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

In niedrigeren Zinsen und einer Belebung des Welthandels mit der *Chance zu höheren Exporten in die* Industrieländer sieht Hans Friderichs, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, die beste Möglichkeit zur Lösung der akuten Schuldenprobleme der Entwicklungsländer. Er warnte nachdrücklich davor, die Schuldenkrise auf ein Problem für die privaten Banken zu reduzieren; es gehe vielmehr um die gesamte Volkswirtschaft und den Wohlstand in den mit den Schuldnerstaaten wirtschaftlich eng verzahnten Industrieländern.

Friderichs sprach sich für eine enge Kooperation zwischen den privaten Banken und den internationalen Institutionen und vor allem für längerfristige Umschuldungen aus, wobei ihm Zehnjahreszeiträume vorschweben. Wenn die Banken bei der Lösung der Schuldenprobleme mehr staatliches Engagement forderten, so ginge es ihnen nicht etwa um eine *Entlastung* bei *ihren eigenen* bestehenden Engagements. Doch müßten die Politiker erkennen, daß es für die Banken Grenzen bei der Aufstokkung der risikoträchtigen Kredite gebe. Er wies in diesem Zusammenhang auf den wachsenden Druck zur Risikovorsorge und -begrenzung seitens der Bankenaufsicht sowie auf die Ungewißheit, wieweit Risikovorsorge steuerlich anerkannt wird, hin. Hier befänden sich die Banken in einem Dilemma. Friderichs forderte staatliche Garantien als Voraussetzung für neue Kredite an einzelne Problemländer.

Der Bankier hält nichts davon, daß sich die Banken die Risiken mit hohen Zinsen „bezahlen" lassen. Dadurch würde den Schuldnern nur die Kredittilgung erschwert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Handwerk: Umsatzplus im ersten Halbjahr 1983

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Handwerksunternehmen *in der Bundesre*publik haben im ersten Halbjahr 1983 rund 6,8 Prozent mehr Umsatz erzielt als ein Jahr zuvor. Wie ein Sprecher des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden bekanntgab, meldete das Metallgewerbe mit 9,8 Prozent die höchste Steigerung. Es folgt das Bau- und Ausbaugewerbe mit 9,4 Prozent. Umsatzrückgänge hatten die Zahntechniker (minus 11,5 Prozent), Uhrmacher (minus fünf Prozent) sowie die Herren- und Damenschneider (minus 3,9 Prozent). Mit rund 3,71 Millionen lag die Zahl der Beschäftigten im Handwerk Ende des zweiten Quartals 1983 um 2,7 Prozent höher als im Vorquartal.

Stahlklage begrüßt

Düsseldorf (J. G.) – Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie begrüßt, daß die Bundesregierung beim Europäischen Gerichtshof gegen die EG-Kommission Klage gegen deren Genehmigungspraxis für Stahlsubventionen zugunsten Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens erhebt. Der deutsche Produzentenverband erwartet überdies, daß die Bundesregierung „alle Mittel ausschöpft", *daß die Kommission die* Bonn bei der Produktionsquoten-Verlängerung am 25. Juli gegebenen Zusagen auch einhält. Einige deutsche Unternehmen haben, wie der Verband *weiter mitteilt, gegen diskriminieren*de Bestimmungen der neuen Quotenregelung bereits Klagen beim Gerichtshof eingereicht, denen die Bundesregierung als Streithelfer beitreten werde.

Keine AEG-Aufkäufe

Frankfurt (cd.) – Die Dresdner Bank dementiert ganz energisch Börsengerüchte, daß sie AEG-Aktien aufkaufe. Der Vorstand kann auch nicht erkennen, daß sich hinter dem rasanten Kursanstieg Aufkäufe von anderer Seite verbergen, wie man an der Börse meint. Die Bank beobachtet eine riesige Orderzahl und große Umsätze in AEG-Aktien und vermutet vorwiegend spekulatives Interesse an dem Papier.

Keine Kartellnovelle

Bonn (VWD) – Das Kabinett hat am Mittwoch die Stellungnahme der Bundesregierung zum vierten Hauptgutachten der Monopolkommission verabschiedet. Danach teilt die Bundesregierung die Auffassung der Kommission, daß die Datenlage insgesamt erstmals keinen eindeutigen Rückschluß auf eine weitere *Zunahme* des Konzentrationsprozesses zuläßt. Mit der Monopolkommission ist deshalb auch die Bundesregierung der Meinung, daß für eine Erweiterung des *kartellrechtlichen* Instrumentariums auf absehbare Zeit kein Anlaß besteht.

Mehr Kfz-Neuzulassungen

Flensburg (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik und West-Berlin sind im August 173 394 fabrikneue Fahrzeuge zugelassen worden. Nach Angaben des Kraftfahrbundesamtes in Flensburg waren das 15,4 Prozent mehr als im August 1982. Die Steigerung bei Personenwagen habe mit über 143 000 neuen Pkw fast 20 Prozent betragen.

Keine Beschlüsse erwartet

Franfkfurt (dpa/VWD) – In Frankfurter Bankenkreisen werden von der heutigen Sitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank keine kreditpolitischen Entscheidungen erwartet, nachdem das oberste Währungsgremium erst auf seiner vorigen Sitzung den Lombardsatz von 5,0 auf 5,5 Prozent heraufgesetzt hatte.

Wochenausweis

	15. 9.	7. 9.	15. 8.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	66,3	66,3	66,4
Kredite an Banken	63,7	79,5	64,2
Wertpapiere	7,9	8,0	8,0
Bargeldumlauf	100,8	101,8	101,5
Einl. v. Banken	38,9	58,6	44,5
Einl. v. öffentl. Haushalten	3,8	1,1	2,2

US-BÖRSEN

Der Dow-Jones-Index erreicht ein neues Rekordniveau

DW./VWD, **New York**

Einen neuen historischen Höchststand erreichte der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte an der New York Stock Exchange. Mit einem Tagesgewinn von 15,25 Punkten stieg der Index auf einen Schlußstand von 1249,19 an; damit wurde der frühere Höchststand, der im Juni mit 1248,30 aufgestellt wurde, übertroffen. Gleichzeitig erhöhten sich die Umsätze von 856 300 Aktien auf 1,030 Millionen Aktien. *Der starke Umsatz*anstieg wird vor allem auf Transaktionen der Portefeuille-Manager im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Quartalsultimo zurückgeführt. Begründet wird *der starke* Kursaufschwung mit den zunehmenden Hoffnungen der Anleger auf nachgebende Zinsen und auf eine Lockerung der Kreditpolitik des Federal Reserve System.

Ein zusätzlicher Impuls ging vom festeren US-Anleihemarkt aus, der von erheblich niedrigeren Tagesgeldsätzen dominiert wurde. Das Börsenpublikum sah darin nicht nur eine Bestätigung seiner Zinserwartungen, sondern auch Zeichen für eine gelokkerte kreditpolitische Linie der US-Notenbank.

Etwas auf das Kursniveau drückten zwischenzeitlich Verkaufsorders, die auf Gewinnmitnahmen zurückgingen. Ebenfalls sehr fest war die Schlußtendenz im Transportsektor. Der Dow-Jones-Index für 20 Transportwerte erreichte mit 590,04 Punkten (plus 7,20 Punkte gegen Vortag) fast seinen absoluten Höchststand.

Vom Aufwärtstrend ergriffen wurden *auch Werte, die in letzter Zeit* eher unter Verkäufen gelitten haben, darunter die Wertpapierfirmen selbst. So konnte sich Merril Lynch, nach einem Kursrückgang in den *letzten* Tagen aufgrund reduzierter Gewinnerwartungen, erholen. Auch Paine Webber zog etwas an.

KONJUNKTUR / HWWA sieht leichte Besserungstendenzen im Export

DIW kritisiert zu raschen Defizitabbau

K. SÖHLER/dpa, **Hamburg/Bremen**

Die Auslandsnachfrage stagniert nahezu seit dem vergangenen Herbst. Lediglich der Anstieg in den Sommermonaten – besonders im verarbeitenden Gewerbe – ließ gewisse Hoffnungen aufkommen. Doch angesichts des labilen Zustands der Weltwirtschaft bedeute dies keine grund*sätzliche* Wende zum Besseren, erklärt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in einem Konjunkturbericht. Einem merklichen Erholungsprozeß stehe die gedrückte Wirtschaftslage wichtiger Abnehmerländer wie Frankreich und Italien noch im Wege ebenso wie die im letzten halben Jahr gesunkene Nachfrage der Opec-Länder und die sehr gedämpften Impulse aus den Staaten der Dritten Welt und des Ostblocks. Die dagegen kräftig gestiegenen Importe führt das Institut auf die Belebung der Nachfrage und der Produktion zurück. Zweifellos seien auch die expansiven Lagerdispositionen von großer Bedeutung.

Positive Perspektiven sieht das HWWA in der „über Erwarten starken Konjunkturbelebung in den USA", die auf eine sich allmählich ausbreitende Erholung der Weltwirtschaft hoffen lasse. Daraus dürften eine zunehmende Nachfrage nach Rohstoffen, steigende Rohstoffpreise und damit verbunden eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer resultieren. Eine anziehende Auslandsnachfrage und steigende Exporte seien die Folge. „Tendenziell ungünstiger" beurteilt das Institut die Entwicklung der Terms of Trade für die Bundesrepublik.

Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, kann die leichte konjunkturelle Besserung in der Bundesrepublik in den letzten Monaten nicht darüber hinwegtäuschen, daß Anzeichen für einen nachhaltigen Aufschwung nach wie vor rar seien. Die Konjunkturforscher weisen in ihrem jüngsten Wochenbericht darauf hin, daß sich die Bedingungen auf der Angebotsseite – sehe man einmal von dem anhaltend hohen Zinsniveau ab – spürbar verbessert hätten. Was *in der gegenwärtigen Lage dagegen* fehle, sei eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

Eine primär angebotsorientierte Wirtschaftspolitik habe nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die wechselseitigen Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage berücksichtigt würden. Tatsächlich werde diese Voraussetzung von der derzeitigen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Finanzpolitik, nicht erfüllt. Trotz offenkundiger Fehlentwicklungen bei Wachstum und Beschäftigung habe die möglichst rasche Verringerung der öffentlichen Defizite noch immer Vorrang, kritisierte das *DIW*. Der Defizitabbau gehe aber vor allem zu Lasten der wachstums- und beschäftigungswirksamen öffentlichen Investitionen sowie der Sozialleistungen, deren *Kürzungen die Konsumnach*frage erheblich beeinträchtigten.

ERP-KREDITE

Hilfen für den Mittelstand

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der ERP-Wirtschaftsplan für 1984 sieht nach dem gestrigen Beschluß des Bundeskabinetts Einnahmen und Ausgaben von 4,175 Milliarden Mark vor. Die Mittel dienen der Investitionsfinanzierung der gewerblichen Wirtschaft und werden als zinsgünstige Darlehen mit Laufzeiten bis zu 15 Jahren bereitgestellt. Die Zinssätze betragen bei einer 100prozentigen Auszahlung gegenwärtig in Berlin fünf, im Zonenrandgebiet sechs, für Vorhaben des Umweltschutzes 6,5 und im übrigen Bundesgebiet sieben Prozent.

Nahezu die Hälfte der Mittel, nämlich 2,024 Milliarden Mark, ist nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums für Finanzierungshilfen zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen vorgesehen. Die Mittel werden im wesentlichen für Investitionen in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", für Existenzgründungen von Nachwuchskräften oder für Investitionen in neuen oder neugeordneten Wohnsiedlungen, Einkaufszentren oder Gewerbegebieten zur Verfügung gestellt.

Zum Zwecke des Umweltschutzes stehen 685 Millionen Mark bereit. Davon sind 515 Millionen für den Bau von Kläranlagen vorgesehen. Daneben werden Vorhaben zur Reinhaltung der Luft und der Abfallwirtschaft gefördert.

Wie in den früheren Jahren fließen auch 1984 wieder knapp 600 Millionen Mark für die gewerbliche Wirtschaft nach Berlin. Dabei nimmt die Investitionsfinanzierung mit 530 Millionen Mark den breitesten Raum ein.

Ferner können aus dem ERP-Sondervermögen Darlehen für verschiedene Maßnahmen, wie die Exportfinanzierung in Entwicklungsländer (155), die Rationalisierung von Seehafenbetrieben (45) und für kommunale Investitionen zur Steigerung des Wohn- und Freizeitwertes (80 Millionen Mark) gewährt werden. Zur Finanzierung müssen am Kapitalmarkt *821 Millionen Mark aufgenommen* werden.

WÄHRUNGSTAGUNG / Beschlüsse müssen vertagt werden, weil der Kongreß das Weiße Haus blockiert

IWF-Gelder werden erst Mitte 1984 wirklich knapp

H.-A. SIEBERT, Washington

Angesichts der ungelösten Verschuldungskrise und der insgesamt *immer noch labilen wirtschaftlichen* Erholung sollte der 38. Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die mit Vorgesprächen der Entwicklungsländer schon begonnen hat und am Dienstag vermutlich von US-Präsident Reagan offiziell eröffnet wird, eine Leuchtturm-Funktion zukommen. Aber wie es aussieht, müssen wichtige Beschlüsse vertagt werden, weil der amerikanische Kongreß das Weiße Haus blockiert.

Auf dem Kapitol in Washington haben sich die Fronten derart verhärtet, daß mit einer Freigabe des US-Anteils an der Quotenerhöhung und Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) – zusammen 8,5 Milliarden Dollar – bis zum Ablauf *der Frist am 30. November nicht zu* rechnen ist. Viele von den Gegnern eingebrachte Gesetzeszusätze zielen nicht nur auf eine stärkere Kontrolle der Privatbanken; angestrebt wird auch eine Beeinflussung der Ausleihpolitik des IWF, was von den anderen 145 Mitgliederstaaten nicht akzeptiert werden kann.

Ob sich auf der Jahresversammlung der beiden *multilateralen* Organisationen überhaupt etwas bewegt, entscheidet sich am Samstag und Sonntag, wenn die Gruppe der zehn größten Industriestaaten, *einschließlich* Schweiz, und der Interimsausschuß des IWF, dem 22 Finanzminister und Notenbankchefs angehören, zusammentreten. Hier geht es um die Frage, wieviel Geld der Fonds zur weiteren Eindämmung der Finanzmisere in wichtigen Ländern der Dritten Welt bis zur *Quotenaufstockung*, die erst mit den Einzahlungen effektiv wird, benötigt. Ursprünglich war man von Januar ausgegangen.

Nach der Regel, daß der *IWF* Darlehensversprechen nur abgeben darf, wenn die Kreditlinien verfügbar sind, besteht zur Zeit eine Zusagenlücke *von 3,5 Milliarden Sonderziehungs*rechten (1 SZR = 2,79 Mark). Sie erweitert sich auf sechs Milliarden SZR oder 16,75 Milliarden Mark, falls die Kasse des Fonds nicht auf andere Weise aufgefüllt wird. Indes, die Bereitschaftskredite werden einem Land nicht mit einem Schlag, sondern Zug um Zug über drei Jahre zur Verfügung gestellt.

Legt man die Auszahlungen und damit den Cash-flow zugrunde, dann werden die Mittel des IWF erst Mitte 1984 wirklich knapp. Notenbankpräsident Pöhl hatte mithin recht, als er kürzlich die Dringlichkeit der Geldbeschaffung etwas herabstufte. Die Vergabe der IWF-Kredite ist zeitlich genau festgelegt und an Erfüllungskriterien gebunden; unwahrscheinlich ist zudem, daß alle Mitglieder gleichzeitig auf ihre jederzeit zugänglichen Reservetranchen ziehen.

Trotz der jüngsten Erklärung von Bundesfinanzminister Stoltenberg, *die eine etwas positivere deutsche* Einstellung signalisierte, ist es völlig ausgeschlossen, daß man sich in Washington auf eine neue Zuteilung *von SZR („Papiergold"), die Liquidi*tät schaffen würde, einigt. Die USA, Deutschland und Großbritannien haben nach wie vor große Zweifel an einem globalen Bedarf an zusätzlicher Liquidität. Wie die Lage im Kongreß ist, der eine SZR-Ausweitung absegnen müßte, wird sich die Reagan-Administration bedeckt halten.

Weiterhin scheiden sich die Geister an der Frage des erweiterten Zugangs der Mitglieder zu den IWF-Mitteln nach der Quotenerhöhung, die auch eine Neufestlegung für die Spezial-Kreditfenster einschließt. Ursprünglich war die Formel „150 Prozent der Quote, 450 Prozent in drei Jahren" nur als Übergangsmaßnahme gedacht, die nach der Quotenanhebung abgeschafft werden sollte. Eine Weiterführung würde teuer, da die Länder wegen der höheren Quote erheblich mehr ziehen könnten.

Bemühungen sind im Gange, den Zugang so festzulegen, daß er auch finanzierbar ist, wobei die Gelder der AKV nicht immer verfügbar sein werden. Möglich erscheint ein Kompromiß, der auf 110 bis 112 Prozent *der Quote* in einem Jahr zielt. Denkbar ist aber auch eine Lösung, die jedem Staat einen anderen Prozentsatz einräumen würde. In jedem Fall muß der IWF weiterhin Kredite aufnehmen. Die Quotenaufstockung reicht also nicht aus.

FRANKREICH / Staatskonzerne kooperieren

Elektro-Markt aufgeteilt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die verstaatlichte Compagnie Generale l'Electricité (CGE), der *größte* Elektrokonzern Frankreichs, soll die Kontrolle über den zivilen Telekommunikationsbereich, insbesondere die Telefon-Interessen, des *ebenfalls* verstaatlichten Thomson-Konzerns übernehmen und damit umsatzmäßig in der Elektronik zum fünftgrößten Unternehmen der Welt nach IBM, ITT, Philips und unmittelbar nach Siemens aufsteigen. Dies ist die wichtigste Konsequenz der zwischen den Verwaltungen der beiden Konzerne ausgehandelten Interessenneuverteilung, dem die Regierung jetzt grundsätzlich zugestimmt hat.

Es handelt sich hier um eine der größten französischen Industrieumstrukturierungen der Nachkriegszeit. Ihr erklärtes *Ziel* besteht *darin*, den beiden Konzernen in den Bereichen eine Verstärkung ihrer internationalen Wettbewerbsposition zu erlauben, in denen sie jeweils führend sind.

Obwohl die beiden Konzerne im Telefonbereich etwa 5000 mehr Mitarbeiter beschäftigen als sie benötigen, soll ihre Gesamtbelegschaft mindestens unverändert bleiben, erklärte Industrieminister Fabius. Der Staat will sich an der Finanzierung der Umstrukturierung durch Kapitaldotationen beteiligen. Der Präsident der neuen Telekommunikationsgesellschaft, in die Thomson und CGE ihre Interessen einbringen, wird von der Regierung ernannt.

Die Kontrolle dieser Gesellschaft wird aber bei der CGE liegen, die erwartungsgemäß als Sieger aus dem Tauziehen mit Thomson hervorgegangen ist. Das dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, daß die CGE das einzige gewinnbringende der von den Sozialisten verstaatlichten *großen Industriekonzerne ist, während* Thomson tief in den roten Zahlen steckt. 1982 erreichte der Verlust 2,2 Milliarden Franc.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz versicherten Gomez (Thomson) und Brunet (CGE), insbesondere gehörten jetzt die gegenseitigen Preisunterbietungen um Telefonmaterialaufträge der Vergangenheit an. Davon profitierte allerdings auch das französische Postministerium, das sich gegen den Zusammenschluß ihrer beiden nationalen Anbieter ausgesprochen hatte.

Die näheren Einzelheiten der Umstrukturierung sind noch nicht bekanntgegeben worden. Fest steht, daß Thomson der CGE außer dem Telekommunikationsbereich auch seine Kabelwerke abtritt, während Thomson von der CGE, deren Militärmaterialhersteller (Sintra und Cepem) sowie die Unerhaltungselektronik und die elektrischen Haushaltsgeräte erhält. In der Bürotechnik soll laut Fabius eine Kooperation mit dem ebenfalls verstaatlichten Bull-Konzern angestrebt werden.

MS ASTOR / Das „Traumschiff" wird verkauft

Nur Verluste eingefahren

dfh/dpa/VWD, Hamburg

Das Hamburger Kreuzfahrtschiff MS „Astor" (18 834 BRT) steht zum Verkauf. Die südafrikanische Reederei Safmarine zählt nach eigenen Angaben zu den Interessenten für das knapp zwei Jahre alte Schiff. Sie habe, so heißt es, sogar ihre Bereitschaft signalisiert, möglicherweise ein zweites ähnliches Schiff auf einer deutschen Werft bauen zu lassen. Eine Entscheidung über den Verkauf der „Astor", die rund 100 Millionen Mark gekostet hatte, soll noch in diesem Monat fallen. Als Kaufpreis werden 130 Millionen Mark genannt.

Die „Astor" wird von der Hadag-Cruise-Line als Betriebsgesellschaft bereedert, an der neben der stadteigenen Hamburger Reederei Hadag das Touristikunternehmen TUI und der Zigarettenkonzern Reemtsma beteiligt sind. Da die Mitgesellschafter von jeder Nachschußpflicht befreit sind, mußte die Stadt die von dem Schiff eingefahrenen Verluste ausgleichen. Aus Hamburger Steuermitteln sind bisher rund 20 Millionen Mark an Betriebszuschüssen gewährt worden. Unklar ist, ob Käufer oder Verkäufer rund 20 Millionen Mark an Bundesmitteln zurückzahlen müssen, die bei der Ausflaggung fällig werden.

Die „Astor" war Ende 1981 nach viermonatiger Verzögerung in Dienst gestellt worden. Im vergangenen Jahr hatte sie Verluste von rund neun Millionen Mark eingefahren. Eine ähnliche Summe wird auch für 1983 erwartet. Zur Stützung der Betriebsgesellschaft hatten die Gesellschafter im September 1982 eine Kapitalerhöhung auf 21,8 Millionen Mark beschlossen.

Das Schiff war mit hohen staatlichen Zuschüssen als einer der letzten Neubauten im Hamburger Werk der Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) gebaut worden. Dabei soll HDW rund 35 Millionen Mark zugesetzt haben.

DEUTSCHER MIETERTAG / Kritik am Gesetz

Wohnen über 3 Prozent teurer

GISELA REINERS, Bonn

In den ersten acht Monaten, die das neue Mietrecht in Kraft ist, sind die Mieten im Bundesdurchschnitt um 3,3 Prozent, die Lebenshaltungskosten jedoch nur um 1,9 Prozent gestiegen. Damit sei die Prognose von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU), die Mieten würden nach der neuen Gesetzgebung nicht schneller *steigen als die Lebenshaltung*, widerlegt, sagte gestern Helmut Schlick, Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB), in Köln auf dem Deutschen Mietertag 1983.

Der Präsident des DMB, der frühere Bundesjustizminister Gerhard Jahn, *forderte die Aufhebung der seit* dem 1. Januar gültigen Mietgesetze und die Wiederherstellung des alten Zustandes. Zwar könne man jetzt *noch nichts über die Auswirkungen* der neu eingeführten Staffelmiete sowie des ebenfalls jetzt zulässig gewordenen Zeitmietvertrages sagen, da auf die Mietervereine erst die Streitfälle nach Ablauf der Verträge zukämen, die Mieterhöhungen seien jedoch eindeutig festzustellen.

Bei einer Umfrage unter 400 örtlichen Mietervereinen sei festgestellt worden, daß in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern der Anstieg der Fälle von Mieterhöhungen um *52 Prozent erheblich über dem* Bundesdurchschnitt von 40 Prozent liege. Mit 450 Prozent mehr Anhebungsfällen liege Kassel, wo es keinen Mietspiegel gebe, extrem an der Spitze. Die Zahl der Prozesse und der Zwangsräumungen nehme zu. Die Vermieter beriefen sich bei den Anhebungen *auf die sogenannte Kap*pungsgrenze, die eine Erhöhung der Mieten um 30 Prozent innerhalb von drei Jahren zuläßt. Jede vierte Erhöhung *wurde damit allein* begründet, war also, so der Mieterbund, unzulässig.

UdSSR / DIW-Studie zur geplanten Wirtschaftsreform

Zentrale Planung bleibt

dpa/VWD, Berlin

Der Sowjetunion ist es in den vergangenen 20 Jahren nicht gelungen, zentrale Planung mit betrieblicher Selbständigkeit und Eigeninitiative optimal zu verbinden. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Untersuchung über die „Diskussion und Experimente" in der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Eine die gesamte Volkswirtschaft umfassende Reform des Wirtschaftssystems in Richtung auf stärkere Dezentralisierung und größere Flexibilität werde derzeit auch nicht angestrebt. Hierfür fehle der sowjetischen Führung offensichtlich das Konzept.

Mit Skepsis beurteilt das DIW auch das „wirtschaftliche Experiment", in dessen Rahmen ab 1. Januar 1984 eine größere Selbständigkeit bei der Planung und höhere Verantwortung für die Produktionsergebnisse in ausgewählten Industriebetrieben getestet werden sollen. Das Experiment erstreckt sich auf fünf Industriebereiche: den Schwer- und Transportmaschinenbau, die elektrotechnische Industrie, die Lebensmittelindustrie der Ukraine, die Leichtindustrie in Weißrußland und die örtlich geleitete Industrie in Litauen.

Das sachlich und regional eng begrenzte Planungsexperiment beweise zunächst, daß die neue sowjetische Führung den bisherigen – nicht gerade erfolgreichen – Weg der Systemanpassung fortführe. Vorsicht und Kontrolle hätten Vorrang vor der Bereitschaft zur praktischen Erprobung radikal neuer Instrumente. Bei allen Änderungen blieben die Grundlagen der zentralen Planung unangetastet.

Das sowjetische Wirtschaftssystem bleibe ein politisches Machtinstrument in den *Händen der Parteifüh*rung. Die volkswirtschaftlich wichtigen Investitions- und Produktionsentscheidungen würden unmittelbar von der Parteispitze getroffen und mittels verbindlicher Planung direkt in wirtschaftspolitische Maßnahmen umgesetzt. Geld-, finanz- und währungspolitische Instrumente spielten nur eine abgeleitete, passive Rolle.

SCHIFFBAU / Europäische Kommission legt Bericht vor

Mit Besserung ist nicht zu rechnen

WILHELM HADLER, Brüssel

Wenig Chancen für eine Belebung der internationalen Schiffbaukonjunktur sieht die Brüsseler Kommission. „Es sieht nicht so aus, als ob die Schiffswerften in naher Zukunft mit einer Verbesserung der Lage rechnen können", resümiert die EG-Behörde ihren jüngsten Bericht über die Branche an den Ministerrat. Der gegenwärtige Flottenüberhang könne selbst einen ansteigenden Bedarf an Schiffsraum decken.

Die Probleme der Branche sind nach Darstellung der EG-Experten seit Mitte 1982 trotz offensichtlicher Anpassungsbemühungen durch einen drastischen Abbau von Produktion, Arbeitskräften und Kapazitäten noch gewachsen. Der Rückgang der Nachfrage nach Schiffen sei nicht nur auf Grund der weltweiten Rezes*sion, sondern auch wegen der beste*henden und sogar weiterhin wachsenden Überkapazität an Schiffsraum entstanden.

Diese *Überkapazität* werde *nur* in dem Maße allmählich abgebaut werden können, wie sich der Welthandel wieder belebe. Selbst ein weltweiter Aufschwung, der sich bislang allerdings noch nicht deutlich abzeichne, könnte indes die Probleme des Sektors keineswegs beenden.

Nach den vorliegenden Statistiken ging die Nachfrage nach Schiffen 1982 weltweit um 19 Prozent zurück, dagegen konnten die Werften noch einen leichten Produktionsanstieg von vier Prozent verzeichnen. Dies sei jedoch kein Zeichen der Belebung, meint die Kommission, sondern auf die Ausführung von Aufträgen aus dem Vorjahr zurückzuführen. Vielmehr zeichne sich immer deutlicher ab, daß die Werftindustrie mangels Aufträgen noch einige Jahre in Schwierigkeiten stecken werde, bevor eine Besserung eintreten könne. Als hemmende Faktoren nennt die EG-Behörde ferner den Ausbau der Produktionskapazitäten in bestimmten Drittländern, vor allem in Südkorea, und das Gefälle bei den Zinssätzen, Wechselkursschwankungen und Subventionen in den Schiffbauländern.

Dabei *hätten die Werften in Europa* oft unter Benachteiligungen zu leiden, so daß trotz der wachsenden Anstrengungen, die Staatsbeihilfen abzubauen, „*Unterstützungsmaß*nahmen aufrechterhalten werden mußten, um fatale Störungen im Tätigkeitsbereich der Unternehmen zu vermeiden". Vor diesem Hintergrund hält es die Kommission für notwendig, die Orientierungen für eine Umstrukturierungspolitik im Schiffbau neu zu überdenken.

Die Schiffsbauproduktion in der EG belief sich 1982 auf 2,5 Millionen BRT, verglichen mit 1981 bedeutet dies einen Rückgang um 7 Prozent, im Vergleich zu 1976 sogar eine Verminderung um 51 Prozent. Der stärkste Einbruch war in Italien zu verzeichnen. Die deutsche und französische Erzeugung fielen zwar ebenfalls beträchtlich, lagen jedoch im Vergleich zu ihrem früheren Niveau 1982 noch recht hoch. Beide Länder konnten dadurch den Gemeinschaftsdurchschnitt halten.

Die Beschäftigung ging im vergangenen Jahr EG-weit um 2 Prozent, also weniger stark als die Produktion, zurück. Diese Reduzierung ist fast ausschließlich auf den Abbau von Arbeitsplätzen in Belgien und Italien zurückzuführen. Insgesamt gingen in der Gemeinschaft seit Beginn der *Schiffbaukrise 43 Prozent der Ar*beitsplätze verloren.

Nigeria einigt sich mit dem IWF

rtr, London

Das mit Zahlungsbilanzproblemen belastete Nigeria hat eine grundsätzliche Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Finanzhilfepaket im Volumen von zwei Milliarden Dollar erzielt. Wie der nigerianische Finanzminister Victor Masi erklärte, liegt der Finanzhilfe eine Laufzeit von drei Jahren zugrunde. Die Einigung sei bei dem Besuch einer IWF-Delegation in der vergangenen Woche erzielt worden. Die IWF-Vertreter arbeiteten nun eine Absichtserklärung aus, in der die wirtschaftspolitischen Zielwerte formell festgelegt werden sollen.

Aus Finanzkreisen hieß es dazu, eine endgültige Vereinbarung könne bis Ende November unterzeichnet werden. Masi hatte zuvor ein Abkommen mit 41 Gläubigerbanken des Landes getroffen, um die Finanzierung von rund 500 Millionen Dollar an rückständigen Handelsschulden zu gewährleisten. Zusammen mit früheren Vereinbarungen ist nun ein gesamtes Refinanzierungsvolumen von 1,8 Milliarden Dollar erreicht.

Masi wollte keine näheren Einzelheiten zu der jüngsten Einigung mitteilen, doch stehen nach seinen Worten *keine bedeutsamen Fragen mehr* offen.

NAMEN

Dr. Manfred P. Wahl, der Anfang 1980 für eine begrenzte Zeit an die Spitze der Dürr-Gruppe, Stuttgart, getreten war, gibt Ende 1983 den Vorsitz der Geschäftsführung der Holding Dürr GmbH an **Reinhart Schmidt**, Geschäftsführungsvorsitzender der Dürr Anlagenbau GmbH.

Giorgio Migliorini ist zum Leiter der Frankfurter Repräsentanz des Banco die Santo Spirito, Rom, ernannt worden.

Dr. Dr. Bruno Eckert, bis 1973 Geschäftsführer der MTU Motoren- und Turbinen-Union München GmbH, *starb am 16. September im Alter von* 76 Jahren.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alzey: *Fiebig Gerüstbau GmbH, Gau-Bickelheim;* **Dortmund:** Peter Störzner, Kaufmann; **Gießen:** S. O. F. A. Sitzmöbel GmbH; **Langen:** F. W. Buchenauer KG, Rödermark; **München:** *Nachl. d. Manfred Walter Kuntzsch;* **Neuss:** Rheinpark Hotel & Conference Center GmbH; **Tettnang:** Ing. M. Bauer, Baumanagement GmbH, Kressbronn; **Weilheim:** Rupert Frauendienst, Inh. d. Spedition Juma, Hugfing; **Wuppertal:** Hoffmann KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Braunschweig: Brunsviga Holding AG; **München:** Institut f. moderne Lehrmethoden GmbH u. Co. KG, *Production.*

Konkurs beantragt: Neuwied: Zahntechniker Hans-Hermann Müller, Inh. d. zahntechnischen Labors.

Vergleich eröffnet: Wetzlar: Druckhaus Osswald Verwaltungsges. mbH.

DEUTSCHE ANLAGEN-LEASING / Hoher Verlust

Banken schließen Bilanzlücke

rtr, Frankfurt

Die DAL Deutsche Anlagenleasing GmbH, Mainz, wird für 1982 einen Verlust von rund 100 Mill. DM ausweisen, der fast so groß ist wie das Eigenkapital des Unternehmens von 130 Mill. DM. Wie aus Kreisen der Gesellschafter verlautete – die DAL gehört zu 30 Prozent der Westdeutschen Landesbank, zu 26,6 Prozent der Landesbank Rheinland-Pfalz, zu jeweils 16,7 Prozent der Bayerischen und Hessischen Landesbank sowie zu 10 Prozent der Dresdner Bank –, wird die Bilanz der DAL für 1982 von den beteiligten Banken ausgeglichen werden. Angesichts der derzeit recht guten Ertragslage der Kreditinstitute sei die Übernahme des Verlustes der DAL „tragbar".

Die Wirtschaftsprüfer hätten ihre Untersuchungen der DAL-Bücher und -Vermögenswerte noch nicht ganz abgeschlossen, hieß es weiter, so daß im Endergebnis auch eine Finanzlücke von deutlich über 100 Mill. DM auftreten könnte. Grund für den Verlust seien in erster Linie die von den Prüfern geforderten erhöhten Wertberichtigungen der DAL-Anlagen bei wirtschaftlich schwachen Leasing-Kunden.

Die DAL hatte für 1981 noch ein Betriebsergebnis von rund 60 Millionen DM ausgewiesen. Im Frühjahr hatte der Vorstandsvorsitzende Günter Zöller ein Betriebsergebnis in etwa dieser Höhe vorausgesagt, aber bereits wegen erhöhter Risikovorsorge-Erfordernisse einen geringeren Gewinnausweis als die 20 Millionen DM von 1981 angekündigt.

Die Probleme der DAL mit dem Wertansatz der vermieteten Anlagen, die vor allem durch immer schwieriger werdende Verwertungsmöglichkeiten nach Auslauf des Leasing-Vertrags begründet sind, werfen ein Schlaglicht auf die gesamte Branche.

Der Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften hatte bereits Ende 1982 darauf hingewiesen, daß die Leasing-Gesellschaften langsam auch die Folgen der wirtschaftlichen Probleme ihrer Kunden spürten. Dies habe sich in einer erhöhten Ablehnungsquote bei Anträgen potentieller Leasing-Kunden und verringerten Erlösen beim Verkauf der geleasten Objekte niedergeschlagen. Bei der DAL, die über ein Anlagevolumen von über zehn Milliarden DM verfügt, steht jetzt, wie von beteiligten Landesbanken bestätigt wurde, eine Sanierung an, wobei das Unternehmen grundlegend umstrukturiert werde.

Denkbar sei eine Zusammenlegung der DAL, die rund 700 Menschen beschäftigt, mit der Deutschen Leasing AG (DL), Frankfurt, die ebenfalls mehrheitlich im Besitz von Landesbanken und damit der Sparkassenorganisation ist. Auch hält die WestLB an der DL mit 31,5 Prozent den größten Anteil. Ein Sprecher der DL in Frankfurt sagte auf Anfrage, von Verhandlungen über eine Fusion sei gegenwärtig nichts bekannt.

DIREKTVERTRIEB / Im vergangenen Jahr ein Umsatzplus von fast zehn Prozent erzielt – viele Stammkunden

Die Freibeuter-Methoden sind fast ausgerottet

DANKWARD SEITZ, München

Einer ungebrochenen Aktualität erfreut sich noch immer eine uralte Handelsform: der Direktvertrieb. Ob es Kochtöpfe oder Wein, Bücher, Kosmetika oder Staubsauger sind, in der Wohnung eines Kunden läßt sich eine breite Palette von Gütern offensichtlich besser verkaufen, als man heute im Zeitalter der Supermärkte und Einkaufszentren gemeinhin denkt. Auch in schwierigen konjunkturellen Zeiten kann die Branche Erfolge vorweisen, die viele Einzelhändler oder Warenhäuser vor Neid erblassen lassen.

Wie Fritz A. Hasenmüller, Vorstandsvorsitzender des 1967 gegründeten Arbeitskreises „Gut beraten – zu Hause gekauft" e. V., in dem 14 Direktvertriebs-Unternehmen zusammengeschlossen sind, in München mitteilte, kamen die Mitgliedsfirmen 1982 auf einen Gesamtumsatz von 3,4 (3,1) Mrd. DM und erzielten damit ein Plus von 9,8 (6,9) Prozent. Und der bisherige Absatzverlauf des Jahres 1983 läßt erkennen, daß sich dieser Trend weiter fortsetzt. Eine Firmenbefragung ergab für die ersten acht Monate ein gewichtetes Umsatzplus von 5,5 Prozent.

Insgesamt wird, da das vierte Quartal mit dem Weihnachtsgeschäft noch einmal einen Schub bringt, ein Umsatzanstieg auf rund 3,6 Mrd. DM oder sogar etwas mehr erwartet. Preiserhöhungen schlagen dabei kaum zu Buche, denn viele Firmen, so Hasenmüller, halten entweder seit Jahren ihre Preise konstant, manche haben sie in den letzten Monaten sogar gesenkt.

Die Lebendigkeit des Direktvertriebs, von vielen als „Klinkenputzerei" verspottet, ist an einigen Eckdaten ablesbar: 50,4 Prozent aller deutschen Haushalte haben schon einmal oder öfter diesen Vertriebsweg in Anspruch genommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Repräsentativumfrage der GfK in Nürnberg. Die Kundenstruktur geht quer durch alle Schichten der Bevölkerung. Das gesamte hinter der Wohnungstür bewegte Umsatzvolumen, an dem gut 50 Branchen beteiligt sind, wird auf rund 150 Mrd. DM beziffert.

1982 wurden allein von den knapp 187 000 nebenberuflichen und 6800 hauptberuflichen Vertriebsrepräsentanten der 14 Arbeitskreis-Mitglieder rund 35 Mill. Bestellungen aufgenommen. In nur 630 000 Fällen (1,8 Prozent) machten die Kunden von ihrem garantierten Widerrufs- oder Rückgaberecht Gebrauch.

Der hohe Anteil von Stammkunden (75 Prozent) ist nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft eine gute Basis, daß der Direktvertrieb auch künftig im Markt expandieren kann. Denn der Einkaufsspaß ohne Einkaufsweg, so argumentieren sie, bietet dem Kunden „eine Bequemlichkeit, die früher nur die Hoflieferanten ihren Fürsten zukommen lassen konnten". Neben der Qualität der Produkte – alle Firmen stellen die von ihnen angebotenen Artikel zu nahezu 100 Prozent selbst her oder lassen sie nach eigenen Rezepturen oder technischen Anweisungen fertigen –, legen die Kunden immer stärkeren Wert auf eine fachgerechte Beratung und das persönliche Gespräch.

Als Erfolg und wichtigste Voraussetzung für eine noch bessere Zukunft wertet die Arbeitsgemeinschaft, daß es ihr gelungen ist, das Image des Direktvertriebs in weiten Bevölkerungskreisen entscheidend zu verbessern. Zwei Untersuchungen der GfK lassen dies erkennen: War 1969 der Hauptgrund für den Kauf an der Haustür „Überredung" (59 Prozent der Befragten), so war er 1982 „keine Wege zum Einkauf" (52 Prozent). Auch das Bild des Verkäufers hat sich deutlich gewandelt: Er wird nicht mehr als „Hausierer und Vertreter" bewertet, sondern als „Fachverkäufer".

Freibeuter-Usancen, so Hasenmüller, sind keine Geschäftsmethoden, um Kunden zu gewinnen. Immer wieder wird den Repräsentanten eingeimpft, auf ein schnelles Geschäft zu verzichten und Kunden nicht zu überreden oder zu belästigen. „Schwarze Schafe müssen wir schon aus Selbstschutz eliminieren." Ein Beirat wacht darüber, daß der selbstgesetzte Verhaltenskodex auch von allen Mitgliedern eingehalten wird. Daß auf diesem Gebiet noch viel zu tun ist, gesteht Hasenmüller indirekt ein, denn die Mitgliederzahl des Arbeitskreises könnte wesentlich höher sein.

DRESDNER BANK

Ertrag weiter im Aufwind

cd. Frankfurt

Bei der Dresdner Bank AG, Frankfurt, hält der aufwärts gerichtete Ertragstrend an, allerdings bei abgeschwächter Dynamik. Wegen der Verteuerung der Geldmarktzinsen ist die Zinsspanne seit der Jahresmitte von 2,9 auf gut 2,8 Prozent zurückgegangen. Günstig auf die Ertragslage wirkt sich das Geschäftswachstum aus. Die Bilanzsumme hat Ende August wieder das Niveau vom Jahresultimo erreicht, womit sie um sieben Prozent höher ist als vor einem Jahr.

In einem Pressegespräch in Frankfurt wollte Vorstandssprecher Hans Friderichs zwar noch nicht zum Ausmaß der bereits angekündigten Dividendenerhöhung Stellung nehmen, doch erscheinen 6 DM nach 4 DM nicht unrealistisch. Für eine Kapitalerhöhung gibt es noch keine konkreten Pläne. Offensichtlich will die Bank auf bessere Börsenkurse warten. Friderichs sieht jedenfalls noch Phantasie für den Kurs. Auch für 1983 hält die Bank wieder eine beträchtliche Vorsorge für die Auslandsrisiken für nötig; im Inland, wo 1982 die AEG zu Buche schlug, wird es weniger sein.

KUNSTSTOFF-BRANCHEN / Fachmesse K '83

Optimismus mit Fußnoten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Das Stimmungsbarometer der Branchen rund um den Kunststoff ist nach mehreren Jahren gedämpfterer Verfassung wieder deutlich gestiegen. Fast unisono äußerten sich die Vertreter der Kunststoffhersteller, der Verarbeiter und der Kunststoffmaschinenbauer zwei Wochen vor der Fachmesse K '83 in Düsseldorf (5. bis 12. Oktober) deutlich optimistisch. Schon 1982 hatten die drei Industriezweige, die zusammen 5000 Unternehmen mit 300 000 Mitarbeitern und 49 Milliarden Mark Umsatz repräsentieren, eine spürbare Erholung registriert. Im ersten Halbjahr 1983 hat diese Entwicklung noch an Schub gewonnen.

So konnten die Kunststoffhersteller mit einem Produktionsplus von 6 Prozent im ersten Halbjahr nach drei Jahren „enormer Rückschläge" (Verbandsvorsitzender Herbert Willersinn) selbst bei Massenkunststoffen erstmals wieder ein bemerkenswertes Wachstum verbuchen.

Die Erholung galt für ganz Europa: Mit 6,5 Millionen Tonnen wurden hier im ersten Halbjahr 11 Prozent mehr Standardkunststoffe hergestellt als im Vorjahr. Dadurch verbesserte sich zwar die Kapazitätsauslastung spürbar, ohne daß jedoch dieser Zweig ganz aus den roten Zahlen herauskommen konnte. Als Ertragsbremse erwiesen sich die immer noch nachhinkenden Preise und die seit Jahresmitte wieder steigenden Rohstoff-(Öl-)Kosten.

Willersinn warnt aber auch davor, die Belebung überzubewerten: Erst einmal gehe es um die Auffüllung der Läger. „Sobald einmal die Pipeline in ihrer ganzen Länge gefüllt ist, können die Kunststofferzeuger nur noch mit einem Absatz rechnen, der dem realen Wachstum des Endverbrauchs entspricht." Das sollte die Branche auch bei ihrer Kapazitätsplanung berücksichtigen.

Auch die Kunststoffverarbeiter, denen das erste Halbjahr ein (sogar reales) Plus von knapp 6 Prozent auf 14,4 Milliarden Mark beschert hat, sehen die Entwicklung nicht ganz ohne Fußnoten. Bei gestiegenen Kosten steht die Branche mit ihren 200 000 Mitarbeitern in 2000 Betrieben nach wie vor unter Ertragsdruck. „Zur Zeit ist es nahezu ausgeschlossen, notwendige Preiserhöhungen zu realisieren", erklärt Verbandsvorsitzender Peter Bruckmann. Bestätigt wird von ihm ein Trend, den auch die Erzeuger sehen: Spezialkunststoffe für konstruktiv-technische Lösungen gewinnen immer mehr an Bedeutung. Technische Teile (für Auto- und Elektroindustrie, Maschinenbau) kamen 1982 bereits auf ein Wachstum von fast 13 Prozent.

Den Hang zum Hochwertigen haben auch die Kunststoff-Maschinenbauer (25 000 Beschäftigte, 3 Mrd. DM Umsatz). Nicht zuletzt auf ihren hohen Einsatz bei Forschung und Entwicklung (10 Prozent des Personals) führen sie es zurück, daß sie bei der Produktion und im Export weltweit an erster Stelle stehen. Ertragsprobleme gibt es aber auch hier. Dennoch scheint der Konzentrationsprozeß, den die Branche über Jahre hinweg durchgemacht hat, jetzt abgeschlossen.

Porsche verhandelt über US-Vertrieb

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Obwohl die Zuffenhausener Sportwagenschmiede Dr. Ing. h. c. Porsche AG in den USA auf beträchtliche Absatzerfolge verweisen kann, ist Vorstandsvorsitzender Peter Schutz der Meinung, daß das vorhandene Potential dort bei weitem nicht ausgeschöpft werde.

Der Vertrieb der Porsche-Wagen in den USA wird seit nunmehr 12 Jahren von VW of America wahrgenommen. Inzwischen sei, wie Porsche-Pressesprecher Manfred Jantke formuliert, Unzufriedenheit auf Porsche-Seite eingetreten, wie die Chancen auf dem amerikanischen Markt wahrgenommen würden. Man diskutiere deshalb seit einem Vierteljahr mit VW „auf höchster Ebene" über eine Modifizierung des Vertrags. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Eine Trennung der Verbindung VW-Porsche auf diesem Gebiet stehe aber nicht zur Diskussion.

Damit dementierte Jantke zugleich wesentliche Teile eines in der angesehenen amerikanischen Fachzeitschrift „Automotive News" erschienenen Artikels, der das Fazit beinhaltet, Porsches Plan, in den USA sein Vertriebsnetz selbst zu übernehmen, sei weitgehend fertiggestellt. In dem Artikel wird Noel Phillips, Präsident von VW of America, zitiert, der erklärte: „Der Vertrag (zwischen Porsche und VW) ist nicht gekündigt, aber wir verhandeln über die Art und Weise, wie das Geschäft gehandhabt wird."

Porsche-Chef Schutz hatte dem Blatt gegenüber lediglich eine orakelhafte Stellungnahme abgegeben, an der sich die Spekulationen hochrankten. Schutz: „Wir haben gegenüber dem Porsche-Besitzer die Verantwortlichkeit, Wagen in einer Weise zu verkaufen, wie und wann er (der Käufer) das verlangt." Porsche verkaufte im Kalenderjahr 1982 in den USA 12 971 Wagen und peilt für 1983 den Verkauf von 20 600 Wagen an.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

PanAm mit Gewinn

Gravenbruch (dpa/VWD) – Die US-Fluggesellschaft PanAm, nach dramatischen Verlusten in den vergangenen Jahren zeitweilig kurz vor dem wirtschaftlichen Absturz, fliegt wieder im Aufwind. Im laufenden Jahr erwartet das Unternehmen erstmals seit 1973 einen Betriebsgewinn, nachdem bereits das zweite Quartal mit einem Überschuß von 10 Mill. Dollar abschloß. Ein „mehrfaches davon" an Gewinn zeichne sich für das dritte Quartal ab, erläuterte Volker Weller, PanAm-Direktor für Zentraleuropa. Der Aufschwung sei Resultat einschneidender Sparmaßnahmen: So wurde die Zahl der Beschäftigten weltweit innerhalb von zehn Jahren um rund 9000 auf 27 000 reduziert. Die gesamte Frachtflotte sowie die Interconti-Hotels und das PanAm-Verwaltungsgebäude in New York wurden verkauft. Zudem stimmte das Personal im vergangenen Jahr einer zehnprozentigen Gehaltskürzung zu.

512 K-Bit-Chip von IBM

Stuttgart (nl) – Ein experientelles Computer-Speicherchip, das mehr als eine halbe Million Informationsbits speichert (genau: 512 K Bit), das ist nahezu das doppelte bisher bekannter Chips, wurde von IBM-Ingenieuren auf einer technischen Konferenz in Maui (Hawaii) vorgestellt.

Salamander im Plan

Stuttgart (nl) – Die Salamander-Gruppe, Kornwestheim, hat in den ersten acht Monaten des Jahres 1983 ihren Umsatz leicht um 1,8 Prozent auf 666,5 Mill. DM ausgeweitet. Alle Produktionskapazitäten im In- und Ausland seien bei einer durchschnittlichen Tagesproduktion von rund 34 000 Paar Lederstraßenschuhen für 1983 voll ausgelastet.

Schildknecht wächst wieder

Stuttgart (nl) – Die im Bereich hochwertiger Innenausbauten tätige Schildknecht Innenausbau GmbH & Co KG' Remseck, erzielte in 1982 bei einem Umsatzrückgang auf 9,2 (9,8) Mill. DM noch ein „gut ausgeglichenes Ergebnis". Für 1983 wird ein überdurchschnittlicher Umsatzanstieg und ein „sehr befriedigendes" Ergebnis erwartet. Beim Einrichtungshaus Schildknecht war der Umsatz in 1982 auf 18,2 Mill. DM zurückgegangen.

Hohner: Musik in der Elektronik-Sparte

nl, Stuttgart

Während die Matth. Hohner AG, Trossingen, in ihren traditionellen Produktsparten der Akkordeons und Mundharmonikas weiterhin auf flaue Nachfrage stößt und hier teilweise noch kurzarbeitet, verspürt das Unternehmen im Bereich der elektronischen Musikinstrumente kräftigen Rückenwind. Im laufenden Geschäftsjahr 1983 investiert Hohner allein in diese Produktsparte 5,5 Mill. DM. Eine neue Produktions- und Lagerhaltung wurde erstellt. Mit ihren elektronischen Musikinstrumenten, insbesondere mit der „Hohner-Orgelgeneration 1983", holt Hohner bereits jede dritte Umsatzmark herein. 1982 war der Hohner-Umsatz um 7,6 Prozent auf 114,7 Mill. DM angestiegen. Von den insgesamt rund 1500 Beschäftigten arbeiten etwa 140 in der Elektronik-Sparte.

MD PAPIERFABRIKEN / Preisverfall belastete Start des neuen Werks

Erstmals in rote Zahlen gerutscht

DANKWARD SEITZ, München

Zum ersten Mal seit Jahren sind die MD Papierfabriken Heinrich Nicolaus GmbH, München/Dachau, 1982 in die roten Zahlen abgerutscht. In hohem Maße ist der Verlust von 15 Mill. DM – für das Vorjahr war noch ein Gewinn von 5,2 (9,3) Mill. DM ausgewiesen worden – nach Angaben von Karl Heinz Nicolaus, geschäftsführender Gesellschafter, durch das Anlaufen des neuen Werkes in Plattling sowie „nicht unerheblicher Rückstellungen" für einen Sozialplan für das Werk Dachau verursacht worden. Die MD Papierfabrik Pasing erzielte ein ausgeglichenes Ergebnis.

Nicolaus bezeichnete es als unglücklichen Zufall, daß ein „nicht gekannter Preisverfall" bei graphischen Papieren 1982 den Start in Plattling (Investitionsvolumen 270 Mill. DM) belastete. Dafür werde MD bereits in diesem Jahr aber am Wachstum des Marktes partizipieren können. In Dachau mußte Anfang Juli eine Papiermaschine stillgelegt und 410 der 1400 Mitarbeiter entlassen werden.

Angesichts der schwierigen Konjunktur und der Stagnation auf dem deutschen Papiermarkt zeigte sich Nicolaus mit der Absatz- und Umsatzentwicklung 1982 von MD recht zufrieden. Bei einer Absatzsteigerung von 6,4 Prozent auf über 360 000 t kam die Gruppe auf einen Umsatz von 643 Mill. DM (plus 10,1 Prozent). Die Hauptsparte, die graphischen Papiere, erzielte einen Absatz von rund 320 000 t (plus 8,3 Prozent) und einen Umsatz von 527 Mill. DM (plus 12,6 Prozent). An Dekorpapier wurden mit 40 700 t erneut 6,6 (1,4) Prozent weniger verkauft; der Umsatz stagnierte bei 116 Mill. DM. Einschließlich der brasilianischen Tochter stieg der MD-Umsatz um rund 12 Prozent auf 709 Mill. DM bei einem Gesamtabsatz von 391 000 t (plus 7,9 Prozent).

Für 1983 erwartet Nicolaus wieder ein positives Ergebnis. Bereits das erste Halbjahr habe man wieder mit einem Gewinn von 5 Mill. DM abschließen können. Der Markt sei von dem niedrigen Niveau 1982 ausgehend boomartig gewachsen, so daß alle Kapazitäten voll ausgelastet seien. Beim Umsatz dürfte sich das seinen Erwartungen nach in einem Anstieg auf rund 800 Mill. DM und einschließlich Brasilien auf rund 900 Mill. DM niederschlagen.

Auf der Suche nach einem finanzstarken Partner ist MD für die Fortsetzung des 1978 begonnenen Forschungsprojekts „schwefelfreier Zellstoffaufschluß". In einem ersten Schritt soll eine Anlage für 12 bis 14 Mill. DM gebaut werden, die rund 2000 kg Papier nach diesem neuen Verfahren pro Tag produziert. Zur wirtschaftlichen Produktion wäre dann später eine wesentlich größere Anlage im Wert von rund 100 Mill. DM erforderlich.

Angebot für freie HP-Bank-Aktionäre

J. G. Düsseldorf

Für Ende Oktober bietet die Amsterdam-Rotterdam Bank N. V. (Amrobank), Amsterdam, den freien Aktionären der Kölner Handels- und Privatbank (7 Prozent von 24 Mill. DM Aktienkapital) an, ihre Aktien zum Preis von 300 DM pro 100-DM-Stück und damit um rund 70 DM über der letzten Freiverkehrsnotiz zu übernehmen. Das Angebot lautet wahlweise auf Kauf zum Nettopreis von 300 DM oder auf Umtausch in je fünf Amrobank-Aktien zum Durchschnittskurs der ersten Oktoberhälfte nebst Barausgleich bis zu 300 DM pro Aktie. Parallel dazu will die HP-Bank ihr Aktienkapital Ende November auf 27 Mill. DM zum Kurs von 200 Prozent erhöhen. Der Kapitalzufluß von 6 Mill. DM soll die stille Einlage der stillen Gesellschafter ablösen. So bleiben die Eigenmittel der Bank mit 44,6 Mill. DM unverändert. Konsortialführerin für Umtausch/Kaufangebot und Kapitalerhöhung ist die Deutsche Bank AG.

Aktien im Verlaufe nachgebend

Maschinenbauwerte bevorzugt – Glattstellungen bei AEG-Telefunken

DW. – Ausgelöst durch die vorangegangene feste Tendenz der New Yorker Börse, wo der Dow-Jones-Index einen neuen absoluten Höchststand erreicht hatte sowie durch den freundlichen US-Bonmarkt, setzte der Börsenberufshandel auch am Mittwoch seine Meinungskäufe fort. Im Gegensatz zu den Vortagen blieben diesmal jedoch Anschlußaufträge aus, auch aus dem europäischen Ausland. Dazu mag der etwas festere Dollarkurs beigetragen haben, der nicht in das bisherige Denkschema paßt, wonach sinkende Zinsen in den USA auch einen fallenden Dollar zur Folge haben müßten. In der zweiten Börsenhälfte litten die Kurse nahezu aller Aktien unter Gewinnmitnahmen.

Die positive Konjunkturbetrachtung der Bundesbank kam weiterhin vorzugsweise den Maschinenbauaktien zugute. Die Aktien der angeschlagenen MAN wurden um 4 DM und GHH-Stämme sogar um 5,50 DM heraufgesetzt. Bei Linde ergab sich ein Tagesgewinn von 7 DM. Andererseits litten AEG-Telefunken, die zu Beginn dieser Woche neue Jahreshöchstkurse erreicht hatten, jetzt unter Gewinnmitnahmen. Sie ließen das Papier am Mittwoch um 3,50 DM auf 81,50 DM zurückfallen. Unter Druck lagen auch Hoesch, wo der Kurs um 4,50 DM auf 89,50 DM fiel. Wegen der möglichen weiteren Privatisierung wird gegenwärtig Stimmung für Veba-Aktien gemacht, allerdings auch mit dem Hinweis auf die für 1983 zu erwartende deutliche Ertragsverbesserung im Veba-Chemiebereich.

Düsseldorf: Aseag gaben um 5 DM und Audi NSU um 4 DM nach. Kochs Adler verminderten um 3 DM und Wedag auch um 3 DM. DAT erhöhten um 5 DM auf 315 DM und Gerresheimer Glas um 2,50 DM. Heinrich stockten um 5 DM auf 275 DM auf.

Frankfurt: Diwidag-Bezüge blieben 15,50 DM bei 15 000 Stück Umsatz. Commerzbank-Restquoten bei doppelter Minusankündigung 6,20 DM (minus 0,80 DM) bei nur 80 Prozent Abnahme. Fest waren Versicherungsaktien, vor allem Allianz-Leben mit 2650 DM (plus 100 DM) und Deutsche Conti-Rück-Inhaberaktien mit 900 DM (plus 35 DM). Cassella gaben um 20 DM auf 510 DM nach.

Hamburg: Bei den Versorgungswerten gaben HEW um 1,90 DM auf 98 DM nach. NWK Vorz. basierten auch Vortagsstand. Conti Gummi verbesserten sich um 2 DM. Für Orenstein Koppel wurden 5 DM mehr bezahlt.

München: Augsburger Kammgarn erhöhten um 4 DM auf 98 DM und Flachglas um 4 DM auf 280 DM. Würzburger Hofbräu stockten um 9 DM auf 355 DM auf. Südchemie verbesserten sich um 1 DM auf 345 DM und Energieversorgung Ostbayern erhöhten um 1 DM auf 287 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf erhöhten sich um 15 DM. Orenstein erholten sich um 3,50 DM, Herlitz Stämme um 2,50 DM, Berliner Kindl und Herlitz Vorzüge um je 2 DM und Schering um 1,70 DM.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

	21.9.	20.9.		21.9.	20.9.		21.9.	20.9.		21.9.	20.9.
Eastman Kodak	68,875	69,125	Polaroid	29,375	29,625	Cdn. Pacific Ltd.	49,625	48,625	British Petroleum	426	
Exxon	37,75	38	Prime Computer	16,50	16,125	Cdn. Pacif. Enterpr.	24,375	24,125	Burmah Oil	176	
Fabergé	22,50	23,125	Procter & Gamble	56,625	56,75	Cominco	62	62,25	Cadbury Schweppes	100	
Firestone	20,50	20	RCA	28,625	28,50	Coseca Res.	3,95	3,95	Charter Cons.	260	
Fluor	20,625	20,625	Revlon	32,875	32,625	Denison Mines	49,875	49,50	Cons. Gold. Fields	599	
Ford	63,50	63	Reynolds Ind.	59,375	58,625	Dome Petroleum	5,375	5,50	Cons. Murchison	515	
Foster Wheeler	15	14,75	Rockwell Int.	30	29,875	Domtar	26,875	27,125	Courtaulds	93	
Fruehauf	43	42,625	Rorer Group	27,75	26,875	Falconbridge Nickel	85,125	82,25	De Beers S	9,30	
GAF Corp.	15,50	15,50	Schlumberger	57,375	56,875	Great Lakes Paper	87,50	–	Distillers	213	
General Dynamics	55,375	54,375	Sears, Roebuck	38,75	37,625	Gulf Canada	20,50	20,25	Driefontein S	34,87	
General Electric	50,50	50,50	Shell Oil	45,75	45,50	Gulfstream Res.	1,15	1,15	Dunlop	62	

Optionshandel

Frankfurt: 21. 9.: 741 Optionen, 38 350 Aktien (35 400), davon 107 Verkaufsoptionen = 5450 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-80/6, 10-85/4,50, 1-75/11,50, 1-80/9,10 1-85/7,80, 1-90/7,50, 4-70/19, 4-75/18, 4-85/10, 4-90/8, 4-95/5,40, 4-100/4,20, Siemens 10-340/6, 10-360/1, 1-350/14,80, 1-360/7,50, 1-380/5, 4-340/27,80, 4-350/22,20, 4,370/12, 4-380/8,90, Veba 1-162,50/12,60, 1-170/10,50, 4-170/17,40, 4-190/8,40, 4-200/7,40, BASF 1-145/10, 1-150/9,50, 1-160/4,90, 4-160/9, 4,170/6,35, Bayer 1-150/10, 4-150/12,40, 4-180/3, Hoechst 1-150/12, 1-160/9, 4-150/16,10, BMW 1-400/17,60, VW 10-180/40, 10-220/4,55, 1-210/20, 1-220/14, 1-230/9,40, 4-220/20,65, 4-240/15, Conti 10-110/2,15, 1-95/16, 1-100/14,60, 4-110/11, 4-120/8, Lufthansa Vorzüge 1-130/3,80, Commerzbank 10-180/1,50, 1-160/18, 1-170/11,40, 1-190/4,85, 1-200/2,30, 4-160/32, 4-170/18,60, 4-180/13,40, 40-190/8, 4-210/3, Dt. Bank 1-300/24, 1-320/10,50, 1-330/10,60, 4-310/25, 4-330/15,60, Dresdner Bank 10-180/2,60, 1-170/12,50, 4-180/14, 4-190/7,60, Hoechst 1-90/9,40, 10-100/5,60, 4,90/14,90, 4-100/10,20, Mannesmann 1-140/7,60, 1-150/4,40, 1-180/3, 4-130/19, 4-130/19, 4-140/14, 4-150/8,20, 4-160/5, Thyssen 1-70/5,50, BBC 4-210/40, 4-220/30, Babcock St. 1-170/15,80, Vz. 1-170/7, Degussa 4-370/32, GHH St. 1-150/8,40, 4-150/14, Kaufhof 1-260/14,60, Klöckner 1-40/2,45, Linde 10-361/30,20, Metallgesellschaft 1-210/12, RWE St. 1-170/7,90, Rütgers 4-330/13, Varta 4-190/9,90, VEW 4-120/11,20, Chrysler 4-90/7,40, IBM 4-330/33, Litton 4-170/27, Sperry Rand 4-120/21, Philips 1-40/6,40, 1-45/2,70, Royal Dutch 4-130/11,40, 4-140/10, Elf 1-60/8, 4-60/10, Norsk Hydro 1-200/17, 1-210/10,80, 4-200/28, 4-210/10, Verkaufsoptionen: AEG 10-85/2, 1-75/1,10, 1-80/2, 1-85/4,40, 4-75/2,10, 4-80/5,60, 4-85/6, Siemens 10-340/4,80, 1-330/5,60, 4-340/10, Veba 4-170/6,90, BASF 1-150/3,60, VW 4-200/4,50, 4-210/7,50 4-230/10,70, Lufthansa St. 1-120/3, 4-120/5, Vz. 4-130/8,90, Commerzbank 1-170/5,75, 1-180/12, 4-170/6,50, Dt. Bank 1-310/7,10, Hoesch 4-90/7,40, Mannesmann 1-130/3,50, 4-140/10, Thyssen 1-70/4,65, BHF 10-280/5,90, Daimler 10-570/5, KHD 10-216/13,30, Klöckner 10-40/3,50, 1-35/2,95, 1-45/9, Metallgesellschaft 10-220/20, 4,190/6, Varta 4-180/8,40, Sperry Rand 4-120/10,20, Norsk Hydro 4-190/11,40.
(1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	5½–5½	2 –2¼
3 Monate	9⅝– 9⅞	5½–5¾	4⅛–4⅜
6 Monate	9⅞–10	5⅞–6⅛	4⅜–4⅞
12 Monate	10⅛–10⅜	6¼–6½	4⅝–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1535,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1343,00	1458,41
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	636,65
1 £ Sovereign alt	252,00	310,08
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	304,38
20 belgische Franken	193,00	247,38
10 Rubel Tscherwonez	265,00	329,46
2 südafrikanische Rand	250,00	306,66
Krüger Rand, neu	1117,00	1313,28
Maple Leaf	1117,00	1313,28
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	260,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	263,34
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1033,00	1241,46
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	138,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	470,00	575,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Etwas überraschend konnte sich der Dollarkurs in New York am Vorabend bis fast 2,68 befestigen, obwohl der Tagesgeldsatz auf 9 Prozent zurückfiel. Im Europäischen Markt konnte sich der US-Dollar am 21. 9. nicht behaupten und fiel im Tagesverlauf auf 2,6520 zurück. Mit 2,6660 wurde die amtliche Notiz 44 Punkte über Vortag ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Ein uneinheitliches Bild vermittelten die Notierungen der übrigen Währungen, wärend für das Irische Pfund mit 3,133, den Belgischen Franc mit 4,953, die Italienische Lira mit 1,668 und den Portugisischen Escudo 2,150 neue historische Tiefstkurse erreicht bzw. eingestellt wurden. konnte sich der Japanische Yen erstmals in diesem Monat mit 1,1005 über die Marke von 1,10 befestigen. US-Dollar in: Amsterdam 2,9825; Brüssel 53,83; Paris 8,0590; Mailand 1602,55; Wien 18,7490; Zürich 2,1605; Ir. Pfund/DM 3,133; Pfund/Dollar 1,5060.

Ostmarkkurs am 21. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Deports für US-Dollar wurden auch am 21. September zu niedrigeren Preisen gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,70/2,60	5,08/4,88
Pfund/Dollar	0,01/0,03	0,09/0,12	0,28/0,33
Pfund/DM	2,00/0,60	4,40/3,00	7,40/6,00
FF/DM	27/11	75/59	157/141

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 9.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,7 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50)–8,00 (6,71)–8,00 (7,11)–8,50 (7,42)–8,50 (7,60)–10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50)–8,00 (6,74)–8,00 (7,16)–8,50 (7,59)–10,00 (8,06)–10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

هكذا عن الأصل

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten nicht ganz einheitlich

Obwohl sich die Indizien für eine langsame Zurücknahme der Zinsen in den USA zu häufen scheinen, wurde auf dem deutschen Rentenmarkt weiterhin mit äußerster Vorsicht operiert. Bei den öffentlichen Anleihen schwankten die Kurse zwischen plus 0,20 und minus 0,15 Prozentpunkten. Gewinne ergaben sich wie am Vortag vor allem in den mittleren und längeren Laufzeiten. Aus dem Rahmen fiel eine KFW-Anleihe mit einem Minus von 0,40 Prozentpunkten. DM-Auslandsanleihen ebenfalls nicht ganz einheitlich. Bei den Pfandbriefen blieben die Kurse zwar stabil, das Interesse war aber nach wie vor gering.

	21. 9.	20. 9.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81bG	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93G	93G
7 dgl. Pf 3	83G	83G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
8½ dgl. KS 14	94,75G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G

	21. 9.	20. 9.
Br 6½ dgl. Pf 77	91,55G	91,55G
6 dgl. Pf 42	99,75G	99,75G
8½ dgl. Pf 47	99,95G	99,95G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 86	68T	68T
8½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 73	76G	76G
8 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
6½ dgl. Pf 133	84T	84T
10 dgl. Pf 168	100,1G	100,1G

	21. 9	20. 9.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	86,5G	86,5G
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. Pf 143	91G	92G
7 dgl. Pf 87	93bG	91G
7½ dgl. Pf 104	93G	93G
7 dgl. KS 49	90,75G	90,75G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

	21. 9.	20. 9.
D Limon Ind.	174	170
F Lone Star	77,5G	78G
D LTV	47,1	47,5
M M.J.M. Hold.	19,45	19,5
F Magneti Marelli	–	–
D Mandarin	36	3G
F Marudai Food	6,58	6,6G

	21. 9.	20. 9.
F Warner Commun.	62	62,8
F Warner Lambert	75	74,5G
F Wells Fargo	102G	104
M Western Deep L.	156,4	159,3
M Western Mining	10,85B	10,9
F West.-Utrecht H.	97	96,8
D Xerox Corp.	97g	115

RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Fester gingen Kakao und Kaffee aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	20. 9.	19. 9.
Sept	367,00	369,75
Dez.	383,25	387,00
März	400,00	402,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	20. 9.	19. 9.
Wheat Board cif,		
St. Lawrence 1 CW	244,19	242,69
Amber Durum	264,64	264,89

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	162,00	162,00
Dez.	164,80	165,40
März	168,70	168,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	125,20	125,20
Dez.	123,40	123,50
März	124,80	124,00

Hafer Chicago (c/bush)	20. 9.	19. 9.
Sept.	179,25	181,50
Dez.	192,25	194,25
März	203,00	205,25

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	352,00	353,25
Dez.	359,25	361,50
März	367,00	369,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	20. 9.	19. 9.
Okt	131,00	131,60
Dez.	132,60	133,20
März	135,70	135,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	20. 9.	19. 9.
Terminkontr. Sept.	138,00	136,50
Dez.	133,15	132,75
März	129,90	129,70

Kakao New York ($/t)	20. 9.	19. 9.
Dez.	2093	2075
März	2115	2116
Terminkontr. Mai	2135	2115
Umsatz	3910	4705

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	9,31	9,63
Jan	10,00	10,50
März	10,79	11,25
Mai	11,17	11,66
Juli	11,44	11,93
Umsatz	16 422	18 463

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	20. 9.	19. 9.
	8,91	8,94

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	20. 9.	19. 9.
Sept.	1760–1768	1768–1769
Nov.	1742–1743	1737–1738
Jan	1717–1719	1713–1714
Umsatz	2014	1994

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1490–1515	1450–1475
Dez.	1525–1526	1499–1500
März	1517–1518	1510–1511
Umsatz	4449	3859

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt	157,00–157,25	156,75–157,00
Dez	171,00–171,25	170,55–170,75
März	–	180,00–180,30
Mai	186,00–186,25	–
Aug.	–	–
Umsatz	6392	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	20. 9.	19. 9.
schw. Sarawak spez	247,50	247,50
weißer Sarawak	340,00	340,00
weißer Muntok	342,50	342,00

Orangensaft New York (c/lb)	20. 9.	19. 9.
Nov	118,70	117,70
Jan.	112,75	112,35
März	112,50	112,15
Mai	112,00	111,85
Juli	112,00	–
Umsatz	200	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	20. 9.	19. 9.
Südstaaten fob Werk	50,00	50,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,00	34,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	34,00	34,40
Okt.	34,05	34,62
Dez.	34,35	34,77
Jan.	34,40	34,69
März	34,15	34,49
Mai	33,50	33,65
Juli	32,90	32,85

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	35,00	35,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	23,50	23,50
Choise white hog 4% fr. F.	17,00	17,75

Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	42,35	41,55
Dez.	43,00	42,40
Febr.	46,20	46,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	60,70	60,45
März	60,80	60,50
Mai	62,90	62,32

Häute Chicago (c/lb)	20. 9.	19. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	891,00	896,00
Nov.	898,00	903,00
Jan.	916,00	918,50
März	930,00	931,50
Mai	935,00	936,50
Juli	931,00	934,50
Aug.	899,00	902,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	232,50	235,50
Okt.	234,50	237,50
Dez.	238,50	241,50
Jan.	240,50	242,10
März	244,00	244,00
Mai	345,00	244,00
Juli	246,00	345,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	20. 9.	19. 9.
Okt.	412,50	407,50
Dez.	421,10	417,50
März	432,00	426,50

Kokosöl New York (c/lb)	20. 9.	19. 9.
Westküste fob Werk	43,50	43,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	21. 9.	20. 9.
jegl. Herk. cif	–	1070,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	685,00	680,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	672,50	660,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	231,00	223,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	980,00	970,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	363,00	342,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	20. 9.	19. 9.
Okt.	75,60	76,40
Dez.	76,85	77,60
März	78,40	79,30
Mai	79,50	80,20
Juli	80,10	80,90
Okt.	75,90	76,60

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1-	59,25	60,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	20. 9.	19. 9.
Okt.	423–429	422–429
Dez.	422–424	422–424
Jan.	422–426	421–426
Umsatz	19	27

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	20. 9.	19. 9.
Okt.	46,10	geschl.
Dez.	46,00	geschl.
März	45,30	geschl.
Mai	46,60	geschl.
Umsatz	33 750	–
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	20. 9.	19. 9.
Okt.	557,0–558,0	557,0–560,0
Dez.	570,0–571,0	570,5–571,5
März	585,0–587,0	585,0–586,0
Umsatz	59	47

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20. 9.	19. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	20. 9.	19. 9.
Sept.	13 621	13 660
Okt.	13 635	13 660

Kautschuk London (p/kg)	20. 9.	19. 9.
Nr. 1 RSS loco	74,00–75,00	74,00–75,00
Okt.	73,70–75,00	73,50–75,00
Nov.	73,50–74,00	73,50–74,50
Okt./Dez.	73,50–73,80	73,80–73,90
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	20. 9.	19. 9.
Nr. 1 RSS loco:	247,50–248,50	247,00–248,00
Okt.	250,00–251,00	249,50–250,00
Nov.	253,00–253,50	252,00–254,00
Nr. 2 RSS Okt.	245,50–246,50	245,50–246,50
Nr. 3 RSS Okt.	242,00–243,00	242,00–243,00
Nr. 4 RSS Okt.	235,50–236,50	235,50–236,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	20. 9.	19. 9.
BWC	435,00	435,00
BWD	381,00	381,00
BTC	440,00	440,00
BTD	386,00	386,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	21. 9.	20. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,68–105,78	105,68–105,78
drittfolg. Monat	109,50–109,70	109,51–109,71
Zink: Basis London		
laufend. Monat	218,19–218,39	220,02–220,42
drittfolg. Monat	224,63–224,83	226,26–226,46
Produz.-Preis	234,96	234,57
Reinzinn 99,9%	3668–3705	3696–3732

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 9.	20. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	415,07–417,48	416,49–418,91
Blei in Kabeln	113,25–114,25	113,25–114,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbearbeiter.

Messingnotierungen

	21. 9.	20. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	363–380	363–382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	410–417	412–417
MS 63	416–420	417–421

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	20. 9.	19. 9.
(Ring./kg)	25,73	25,60

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	21. 9.	20. 9.
Leg. 225	450–473	450–473
Leg. 226	452–475	452–475
Leg. 231	482–505	482–505
Leg. 233	492–515	492–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 9.	20. 9.
Platin (DM je g)	39,60	39,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 750	35 750
Rücknahmepr.	35 000	35 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 720	35 670
Rücknahmepr.	34 650	34 600
verarbeitet	37 490	37 440
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 415	35 375
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1034,80	1033,00
Rücknahmepr.	998,60	996,80
verarbeitet	1080,70	1078,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	21. 9.	20. 9.
London		
10.30	412,00	413,00
15.00	411,25	–
Zürich mittags	411,60–412,10	411,25–411,75
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	107 050	106 850
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	788,50	785,80
3 Monate	807,40	804,50
6 Monate	826,75	824,10
12 Monate	863,10	871,00

Platin (£-Feinunze) London	20. 9.	19. 9.
fr. Markt	287,05	286,90

Palladium (£-Feinunze) London		
	–	–
f. Händlerpr.	101,90	100,85

New Yorker Preise	20. 9.	19. 9.
Gold H & H Ankauf	412,35	412,25
Silber H & H Ankauf	1192,00	1202,00
Platin fr. Händlerpr.	425,00–431,00	425,00–431,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	153,50–155,50	150,00–152,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1189,00	1198,00
Okt.	1190,00	1202,00
Dez.	1209,00	1221,00
Jan.	1220,60	1232,60
März	1240,00	1252,00
Mai	1263,80	1276,30
Juli	1285,80	1298,00
Umsatz	25 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	20. 9.	19. 9.
Sept.	69,30	70,65
Okt.	69,50	70,75
Dez.	70,90	72,10
Jan.	71,60	72,90
März	73,10	74,20
Mai	74,55	75,70
Juli	76,00	77,30
Umsatz	12 000	11 000

Londoner Metallbörse

	21. 9.	20. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1058,5–1059,0	1048,5–1049,0
3 Monate	1087,0–1087,5	1077,0–1077,5
Blei (£/t) Kasse	262,75–263,00	262,50–262,75
3 Monate	272,25–272,75	272,50–273,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1019,0–1020,0	1022,0–1022,5
3 Monate	1047,5–1048,0	1049,5–1050,0
abends Kasse	–	1020,5–1021,5
3 Monate	–	1048,5–1049,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	991,00–992,00	989,00–991,00
3 Monate	1017,0–1018,0	1017,0–1019,0
Zink (£/t) Kasse	542,50–543,00	546,50–547,50
3 Monate	558,50–559,00	562,00–562,50
Zinn (£/t) Kasse	8452–8453	8430–8440
3 Monate	8551–8552	8530–8531
Quecksilber $/Fl.)	–	300–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–82

Der frühere langjährige Vorsitzende und zuletzt Ehrenmitglied unseres Aufsichtsrats, Herr

Dipl.-Kfm.

Gerhard Elkmann

verstarb für uns alle überraschend am 19. September 1983.

Herr Elkmann gehörte dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft seit 1943 an. An der Neuordnung unserer Gesellschaft nach dem Kriege hatte er maßgeblichen Anteil. Seit jener Zeit bis zum Jahre 1981 war er Mitglied, davon 1956 bis 1969 und dann wieder von 1980 bis 1981 Vorsitzender des Aufsichtsrats. Wir verlieren mit ihm einen Freund, der in seiner großzügigen Liebenswürdigkeit zu seinen Mitmenschen und in seiner freundschaftlichen, engagierten Verbundenheit zu unserer Gesellschaft uns allezeit in dankbarer Erinnerung bleiben wird.

Frankfurt am Main, den 21. September 1983

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
Treuverkehr AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Wir trauern um den Ehrenvorsitzenden unseres Aufsichtsrats, Herrn

Dipl.-Kfm. **Gerhard Elkmann**

der am 19. September 1983 im Alter von fast 79 Jahren verstorben ist. Über 60 Jahre war er uns freundschaftlich verbunden, wofür wir ihm danken.

Früh auf sich allein gestellt, hatte er seine berufliche Laufbahn 1922 als Lehrling bei uns – damals Westfälische Jutespinnerei & Weberei – in Ahaus begonnen. Nach der Lehrzeit machte er sein Abitur, studierte und gelangte dann durch Begabung, Fleiß und Ausdauer in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft. Dabei hat er uns nie vergessen, sondern stand uns immer mit Rat und Tat zur Seite.

1966 beriefen ihn die Aktionäre in den Aufsichtsrat, dessen Vorsitz er 1 Jahr später übernahm und bis Mitte dieses Jahres innehatte. Nachdem er für Kontinuität im Aufsichtsrat und Vorstand gesorgt hatte, legte er am 24. Juni aus Altersgründen sein Mandat nieder, worauf ihn die Hauptversammlung zum Ehrenvorsitzenden des Aufsichtsrats wählte.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und werden ihn, der für alle ein offenes Ohr hatte und eine große menschliche Wärme ausstrahlte, nicht vergessen.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Textilwerke Ahaus Aktiengesellschaft

Am 19. September 1983 verstarb im Alter von 87 Jahren

Kirchenmusikdirektor
Herbert Wilhelmi
letzter Dom-Organist von Königsberg i. Pr.

Im Namen aller Angehörigen und Freunde
Gisela Kottmeier-Wilhelmi

2057 Reinbek
Kückallee 39

Trauerfeier am Montag, dem 26. September 1983, um 11 Uhr in der Heilig-Geist-Kirche zu Wohltorf, Kirchberg. Anschließend findet die Beisetzung auf dem Wentorfer Waldfriedhof statt. Einem Wunsche des Entschlafenen folgend, *bitten wir, statt evtl. beabsichtigter Blumenspenden einen Beitrag an die* Christoffel-Blinden-Mission CBM Bensheim, Postscheckkonto 42 06 - 6 07 Frankfurt/Main, zu übersenden.

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst;
ich habe dich bei deinem Namen gerufen;
du bist mein! Jesaja 43,1

Unsere liebe Mutter

Jutta v. Eisenhart Rothe
geb. v. der Groeben
* 30. 9. 1899 † 20. 9. 1983

ist heute von ihrem schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden erlöst worden.

Im Namen aller, die sie liebten
Ernst-Joachim v. Eisenhart Rothe
Jane v. Eisenhart Rothe geb. Barley

2361 Wegekaten

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 23. September 1983 um 14 Uhr von der Kirche zu Warder aus statt.

FINANZANZEIGE

STADT KOPENHAGEN

(Königreich Dänemark)

5¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1964
–WKN 451614 –

Auslosung

Entsprechend § 3 der Anleihebedingungen fand am 13. September 1983 eine Auslosung unter notarieller Aufsicht statt. Zur Erfüllung der Tilgungsrate per 15. Dezember 1983 waren nom. DM 4.785.000,– Teilschuldverschreibungen auszulosen. Weitere nom. DM 215.000,– zurückgekaufte Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Es wurden ausgelost die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der Nummernkreise

17491–22140
28363–29286
38633–38924 zu je DM 1.000,–
40011–40789
41469–41580
44678–44981 zu je DM 5.000,–
45004–45027
45784–45844
45890–45985 zu je DM 10.000,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 15. Dezember 1983 an gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 15. Dezember 1984 bei den nachstehend verzeichneten Banken und deren Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Algemene Bank Nederland N.V.
Privatbanken Aktieselskab
Den Danske Bank af 1871 Aktieselskab
Copenhagen Handelsbank
R. Henriques jr.

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 14. Dezember 1983

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag einbehalten. Die am 15. Dezember 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur Rückzahlung ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernkreise

Nr. 13274–17490, 22141–22426, 25085–28362, 29287–30485, 30486–35119, 35120–38632 zu je DM 1.000,–
Nr. 40790–41468, 42210–42550, 42561–42995, 43268–43547, 44160–44677 zu je DM 5.000,–
Nr. 45649–45781 zu je DM 10.000,–

sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kopenhagen, im September 1983

STADT KOPENHAGEN

Kein Tag ohne Traum!

R. M. B. – München, sonst eher bodenständige Metropole, wo Bier, Weißwürste und Radi gedeihen und wo der Charme rustikal und handfest ist, gibt sich derzeit „traumsüchtig". Von allen Litfaßsäulen gellt es einem entgegen: „Ein Tag ohne Traum ist ein verlorener Tag." Der Appell sticht; die Münchner strömen in die entsprechenden Aufführungen. Gleich drei Unternehmen zeigen ihnen den Stoff, aus dem die Träume sind. Neben dem sogenannten „Traumtheater Salome" gastiert der „Circus Roncalli" mit einer träumerischen „Reise zum Regenbogen", und dann gibt es noch eine „Traumfabrik", die allerdings nicht nur zum Träumen, sondern auch zum Trimmen auffordert.

Hier sind dreißig Regensburger Sportstudenten am Werk, die mit „alternativen Träumereien" das „Miteinander-Gefühl" entwickeln wollen. Ein veritables Netz aus Wollfäden wird über die Zuschauermenge geknüpft, Bälle werden einander zugeworfen. Am Schluß braust Schillers Hymne an die Freude auf, alle Beteiligten reden sich spontan mit Du an, die ganze Welt ist *himmelblau*, und unser Planet wird wieder zum Paradies.

Beim „Roncalli" und bei der „Salome" werden die Träume etwas anspruchsvoller beschworen. Sanfte Tiger schnurren wie Kätzchen, beim Finale fliegen Luftballons und Tauben in die Höhe, und die Zirkusclowns sind derzeit überhaupt die absoluten Darlings von München. Eine Papierblume, eine roter Punkt auf der Nase, Konfetti im Haar werden zum Traumbillett ins scheinbar wiedererstandene Kinderparadies.

Allerdings, die Kleinen findet man an den „Traumorten" kaum. Hier sind nur die Großen, die Reichen, die Schönen, die Bekannten zu finden. Die berühmte Schickeria von Schwabylon gibt sich wieder mal ein Stelldichein, und diese Gesellschaft hat so gar nichts Träumerisches, sie ist laut und vertreibt alle stilleren, subtilen Geister. Vielleicht findet man einige von ihnen auf dem Oktoberfest wieder.

Der 13. Weltkongreß der Gefäßspezialisten im amerikanischen Rochester

Ein Film wird zurückgekurbelt

Trotz weltweiter, Milliarden verschlingender Forschungsanstrengungen kommt man den beiden größten Gesundheits-Bedrohungen des Menschen nur recht langsam auf die Spur: Weder die Ursachen des Krebses noch die der Arteriosklerose sind heute so weit aufgeklärt, daß eine kausale Behandlung möglich wäre. Die Mediziner sind schon froh, wenn sie den Schaden frühzeitig entdecken und dann adäquat gegensteuern können. Oft genug machen sich diese beiden Schicksalskrankheiten aber erst bemerkbar, wenn es schon fünf vor zwölf ist. Besonders die Arteriosklerose in verschiedenen Gefäßabschnitten wird für die Betroffenen oft erst spürbar, wenn es zum Gefäßverschluß gekommen ist. Je nachdem, wo diese sogenannte Gefäßverkalkung sitzt, ist ein Herzinfarkt, Schlaganfall oder ein akuter Durchblutungsstopp in den Beinen die Folge. Diesen Notfallsituationen geht in der Regel ein jahrzehntelanges Vorstadium voraus, von der ersten Schädigung der Gefäßinnenwand über die Bildung eines arteriosklerotischen Beetes bis hin zum Blutgerinnsel, das an dieser Schadstelle der Arterien wächst und schließlich die Strombahn des Blutes verlegt, blockiert.

Den Film der Arteriosklerose zurückzuspulen, war bislang der Wunschtraum der Wissenschaftler. Zumindest in gewissem Umfang ist dies nun möglich geworden. Auf dem 13. Weltkongreß der Gefäßspezialisten, der Angiologen, im amerikanischen Rochester, Heimstatt der weltberühmten Mayo-Klinik, war darüber zumindest viel Optimistisches zu hören. Dr. Hans Hess von der Medizinischen Poliklinik in München fand mit seiner provozierenden These viel Anklang, die Arterioskleroseforschung sei durch die Überbewertung der Blutfette lange Zeit auf der Stelle getreten. In einem Gespräch mit der WELT sagte er: „Es hat lange Zeit ein Glaubensbekenntnis gegeben, daß Arteriosklerose überwiegend mit dem Fett zu tun hätte und daß der entscheidende Faktor das Eindringen von Cholesterin in die Gefäßwand sei. Sicher spielen Fettstoffwechselstörungen bei der Entstehung der Arteriosklerose auch eine Rolle, aber es gibt viele Arterioskleresen, die mit Fettstoffwechselstörungen überhaupt nichts zu tun haben."

„Das Cholesterin in der Gefäßwand ist zwar auch ein Bestandteil einiger Arteriosklerose-Formen. Das kann jedoch nicht heißen, daß solche Gefäßschäden nicht mehr rückbildungsfähig wären."

Hess vertritt einen klinisch-pragmatischen Standpunkt. Nachdem sich nachweisen ließ, daß arteriosklerotische Gefäß-Engstellen sich mit Hilfe einer entsprechenden Therapie grundsätzlich beseitigen lassen, spielt die Frage, ob Butter oder Margarine in der Gefäßwand gehortet ist, nur eine Nebenrolle. Er berichtet in Rochester über mehrere Patienten, die bereits an einem kompletten Verschluß der Beinarterie litten, jedoch nach Behandlung weitgehend normale Arterien aufwiesen.

Das Geheimnis seines Erfolges liegt in der thrombolytischen Therapie. Mit Hilfe von Enzymen (Streptokinase oder Urokinase) lassen sich die blockierenden Gerinnsel (Thromben) wieder auflösen, sofern sie erst wenige Tage „alt" sind. Dieser Therapieansatz ist keineswegs neu, er hat aber erst in den letzten Jahren allgemeinen Eingang in die klinische Praxis gefunden. Hess ist der Meinung, daß der wahre Wert dieser Behandlungsmethode lange verkannt und lediglich als symptomatischer Therapieversuch akzeptiert wurde, als Versuch also, die Gefäßverschlüsse zu beseitigen. Da die Arteriosklerose jedoch mit der Anhaftung von Blutplättchen (Thrombozyten) an die aus verschiedenen Ursachen lädierte Gefäßinnenwand beginnt, kann die Auflösung solcher Thrombozyten-Pfropfen als quasi-kausale Therapie angesehen werden. Überhaupt scheint in der Wechselwirkung zwischen Thrombozyten und Gefäßinnenwand der Schlüssel zum Verständnis zahlreicher Gefäßerkrankungen zu liegen. Die Thrombozyten sind nämlich mit Substanzen befrachtet, die unmittelbar auf die Innenauskleidung der Arterien (Intima) wirken. So enthalten sie unter anderem einen Wachstumsfaktor, der die Gefäßmuskulatur zu einer raschen Zellteilung veranlaßt, wodurch es zu einer Verengung des Gefäßes kommt.

Die Thrombozyten haften an dieser Schadstelle an und bilden den Grundstock für ein Gerinnsel. In wenigen Fällen vermag die thrombozytische Therapie den ganzen Film der Arteriosklerose-Entwicklung wieder zurückzuspulen, in den meisten Fällen wird jedoch eine wesentliche Besserung erreicht. Zumindest für die Gefäßverschlüsse peripherer Arterien ist diese Methode heute allen anderen konservativen Verfahren überlegen. Eine Alternative ist die operative Entfernung der Blockaden. Nach der akuten Hilfe, die die Durchflußsperre beseitigt, ist allerdings Vorsorge zu treffen, daß sich dieses Ereignis nicht mehr wiederholt. Dies geschieht heute mit den sogenannten Aggregationshemmern, Pharmaka, die ein Verklumpen der Thrombozyten vermeiden sollen. Die bekannteste Substanz hierfür ist der Pharma-Oldtimer Acetylsalizylsäure (Aspirin).

Die Technik der Lyse hat sich gewandelt. Um eine periphere Thrombose zu beseitigen, führt man über einen Katheter das Enzym direkt an das Gerinnsel und kommt somit mit *niedrigeren Dosen aus. Das vermindert* das Risiko dieses Verfahrens beträchtlich. Blutungen in anderen Körperabschnitten, verursacht durch die verwendeten Enzyme, kommen nur noch ganz selten vor. Wie der Bonner Gefäßspezialist Professor G. Trübestein in Rochester ergänzte, bringt der Einsatz von Streptokinase oder Urokinase auch rasche Hilfe bei tiefen Venenthrombosen. Er stellte eine Studie an 249 Patienten mit ausgeprägten Venenthrombosen der Beine vor. *Die Thrombosen, die zu* einem massiven und schmerzhaften Anschwellen der Beine führten, durften allerdings nicht älter als sechs Tage sein, sonst sind die Erfolgsaussichten der Lysetherapie erfahrungsgemäß schlecht. Immerhin ließen sich Trübestein zufolge über 60 Prozent der Venen wieder vollständig öffnen, 26 Prozent wenigstens teilweise. Für die Experten besteht kein Zweifel: solche Erfolge hat man sich vor zehn Jahren noch nicht träumen lassen.

JOCHEN AUMILLER



Zehn Jahre lang arbeiteten Restauratoren an dem schwer beschädigten Kreuz von Cimabue, das jetzt – als letzte Station – in München gezeigt wird FOTO: KATALOG

Restauriertes Kruzifix von Cimabue in München

Oel auf tiefen Wunden

In der Nacht vom 3. auf den 4. November 1966 wälzten sich die Hochwasserfluten des Arno mit ungeheurer Wucht durch die Altstadt von Florenz, drangen in Gebäude, Museen, Klöster und Kirchen ein und hinterließen eine breite, schlammige Spur der Verwüstung. Rund 650 Gemälde, 800 Fresken, Skulpturen aus Holz und Marmor wurden unter dem zähen Brei begraben, blieben für immer verloren. In der Nationalbibliothek erlitten mehr als eine Million *Dokumente schwere, oft irreparable* Schäden. Das „bedeutendste Opfer", wie Papst Paul VI. es nannte, war das Kruzifix von Cimabue.

Hochaufgerichtet auf seinen Trägern im Museum zu Santa Croce trotzte es den gewaltigen Wassermassen. In seinem Urkern blieb es zwar erhalten, aber die Schäden waren so schwerwiegend, daß die Hoffnung der Restauratoren, dieses bedeutende Kunstwerk wiederherzustellen, sehr niedrig angesetzt wurden. Doch nach zehnjähriger Restaurierung unter der Leitung des italienischen Professors Umberto Baldini vom Istituto di Restauro von Florenz ist es wiedererstanden. Letzte Station – nach Paris, London, New York, Madrid und Barcelona – einer von der Firma Olivetti subventionierten Welttournee, bei der das restaurierte Kruzifix vorgestellt wird, ist nun die Alte Pinakothek in München.

1287 malte Cimabue dieses monumentale Werk für die Franziskanerkirche Santa Croce zu Florenz. Kunsthistorisch markiert es den Übergang zwischen der linearen byzantinischen Tradition und der neuen Körperhaftigkeit der Frührenaissance. Cimabue zeigt einen Christus patiens – einen Leidenden, der mit allen Zügen menschlichen Schmerzes und der Tragik am Kreuze stirbt, im Gegensatz zu der bis dahin vor allem bekannten Darstellung des Christus triumphans, der den Tod besiegt. Dieses bedeutende Werk schien 1966 verloren, weil sich die Farbe an vielen Stellen vom Bildträger gelöst hatte. Die Restauratoren mußten deshalb in einem komplizierten Verfahren die farbtragende Schicht von dem Holz des Kreuzes, das im Wasser aufgequollen war, trennen, um die Leinwand und die Malschichten konservieren zu können. Dann erst begann die eigentliche mühselige Restaurierung der Malereien.

1976 feierten die Florentiner ihr Wiedersehen mit dem wiedererstandenen Christus. Er hatte allerdings nicht mehr das Aussehen wie vor der Zerstörung, denn die defekten Stellen wurden nicht nachgemalt, sondern nur mit einem Farbton bedeckt, der sich der Umgebung anpaßt. Die Ausbesserungen sind also kenntlich, und nur beim Blick aus der Ferne, *wenn alt und neu ineinander fließen*, entsteht ein Gesamteindruck, der die plastische Bewegung des vergangenen Kunstwerks erahnen läßt.

Nach München wird das Kruzifix von Cimabue jedenfalls endgültig wieder an seinen Ursprungsort ins Museum von Santa Croce zurückkehren – wo für künftige Hochwasser bereits die Rettungsvorrichtung vorgesehen ist (bis 30. Okt.; Katalog 20 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

„Projekt Deutschland" in Rom vorgestellt

DW. Rom

Einen Querschnitt durch die deutsche Kulturproduktion will die Stadt Rom im nächsten halben Jahr unter dem Titel „Projekt Deutschland" präsentieren. Bis zum März 1984 steht eine dichte Folge von Theater-, Musik- und Filmveranstaltungen, Konzerten, Ausstellungen und Kongressen deutscher Künstler auf dem Programm. Das „Progetto Germania" wurde vom Kulturamt der Stadt Rom zusammen mit dem römischen Goethe-Institut und dem *Kultur-Zirkel „Spaziozero"* organisiert. Unter den geplanten Veranstaltungen finden sich Filme von Hans Joachim Syberberg, Konzerte von Rock-Gruppen der „Neuen Deutschen Welle" und Theateraufführungen aus Bochum und Berlin. In der Malerei bestimmen die „Wilden" das Bild mit einer Gruppenausstellung.

Zukunft der Jungen Deutschen Philharmonie

dpa, Berlin

Die Zukunft der Jungen Deutschen Philharmonie scheint vorerst gesichert zu sein. Die Gesellschaft für Neue Musik in Baden-Baden hat jetzt mit dem Ensemble Modern der Jungen Deutschen Philharmonie in Berlin einen Vertrag abgeschlossen, der für die Dauer von zunächst drei Jahren regelmäßige Arbeitsperioden und Konzertreisen des Ensembles vorsieht. Die Mittel für diese Projekte werden von der GEMA-Stiftung zur Förderung zeitgenössischer Musik zur Verfügung gestellt. Anfang September war bekannt geworden, daß die Arbeit der 170 Nachwuchsmusiker aus finanziellen Gründen gefährdet sein könnte.

Peru ehrt Forscherin Maria Reiche

dpa, Lima

Die jetzt 80jährige deutsche Forscherin Maria Reiche, die seit rund 40 Jahren gigantische Bodenbilder einer untergegangenen indianischen Kultur bei Nazca rund 550 Kilometer südlich von Lima untersucht, hat von der peruanischen Regierung eine Ehrenpension in Höhe von monatlich rund 850 Mark erhalten. So sollen die Verdienste der als „Hüterin der Linien von Nazca" bekannt*gewordenen Wissenschaftlerin um* die Deutung und Erhaltung der Zeichnungen gewürdigt werden.

Fossilienfunde als Dauerausstellung

dpa, Darmstadt

Als neugestaltete Dauerausstellung werden nun im Hessischen Landesmuseum in Darmstadt Fossilienfunde aus den Gruben Messel und Prinz von Hessen bei Darmstadt zu sehen sein. Die fossilen Tiere, aus einer Zeit vor 45 bis 50 Millionen Jahren, sollen dem Besucher zusammen mit Rekonstruktionen und ent*sprechenden Erläuterungen zur Le*bensweise der Tiere gezeigt werden. Die Fossilienfunde aus der Grube Messel – sie soll nach dem Willen der Landesregierung zur zentralen Mülldeponie für das Rhein-Main-Gebiet werden –, waren bislang aus Platzmangel im Landesmuseum nur vorübergehend zu sehen.

5. Filmfestival in Biarritz

AFP, Biarritz

Mit „Ardiente paciencia", des in Berlin lebenden Chilenen Antonio Skarmeta ist das 5. Festival des iberischen und lateinamerikanischen Films in Biarritz eröffnet worden. Am offiziellen Wettbewerb des bis 25. September dauernden Festivals nehmen 17 Beiträge teil. Vertreten sind 17 Staaten und vier nationale Gruppen. Erstmals ist in Biarritz mit „Mi tia Nora" auch eine Produktion aus Ecuador dabei, die der Argentinier Jorge Preloran gedreht hat. Eine international zusammengesetzte Jury vergibt den Grand Prix, außerdem werden ein Publikumspreis und der Preis des französischen Filmkunstverbandes verliehen.

55 Filmtheater wurden ausgezeichnet

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat für die Förderung des künstlerisch wertvollen Films insgesamt 55 Filmtheatern in der Bundesrepublik Auszeichnungen und Anerkennungen im Rahmen des „Filmprogrammpreises 1983" verliehen. Für diese Preise *standen 540 000 Mark zur Verfü*gung. Bei einer Feierstunde in Bonn sprach Staatssekretär Siegfried Fröhlich vom Bundesinnenministerium den Theaterbesitzern Dank für ihr kulturelles Engagement aus. „Die Förderung des Filmabspiels für hervorragende Filmprogramme unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Films stellt neben der Verleihung des Deutschen Filmpreises und anderer Maßnahmen eine tragende Säule der kulturellen Filmförderung des Bundes dar", so Fröhlich. Jeder Film als wirtschaftlich-künstlerisches Massenphänomen solle die Menschen erreichen. Das setze voraus, *daß er im Kino auch* angeboten werde. Deshalb sei eine Stützung des guten Films gerade im Abspiel äußerst hilfreich.

Das 37. Theaterfest in San Miniato al Tedesco

Prozeß im Wirtshaus

Zum 37. Mal lud das toskanische Städtchen San Miniato al Tedesco zu seinem Theaterfest, bei dem nur Dramen religiösen Inhalts aufgeführt werden. Zu den Autoren gehörten bislang Paul Claudel und Graham Greene, T. S. Eliot und Christopher Fry, Bernanos und Ignazio Silone. Die Besten also. Diesmal führte man den „Prozeß von Shamgorod" von Elie Wiesel auf. Keiner wußte hier zu sagen, ob es eine europäische oder nur die italienische Erstaufführung war. Jeder der Zuschauer aber weiß jetzt, daß Elie Wiesel, der 1928 in Transsilvanien geborene Jude, der als einziger seiner Familie das Grauen von Auschwitz überlebte, zu Recht zu den Kandidaten für den Literatur- oder den Friedens-Nobelpreis gehört. Der als erzählender Erforscher des Chassidismus bekannte Wiesel, seit 1963 amerikanischer Staatsbürger, wurde bereits 1958 von François Mauriac als Romanautor gefeiert. Daß er, seit er den Prix Medicis erhielt und spätestens seit der Pariser Uraufführung seines ersten Dramas „Zalmen ou la follie de Dieu" in Frankreich einen großen Namen hat, beginnt sich jedoch erst jetzt herumzusprechen.

Die Freitreppe zu Füßen des romanischen Doms von San Miniato, der seinen Beinamen „zum Deutschen" erhielt, als ganz Oberitalien hier dem Stellvertreter des Römischen Kaisers deutscher Nationen Tribut entrichten mußte, war ein seltsamer Schauplatz für Wiesels zweite Tragödie. Denn „Der Prozeß von Shamgorod" vollzieht sich in einem weltvergessenen osteuropäischen Nest im 17. Jahrhundert. Dort erscheinen drei Wanderschauspieler am Tag des „Purim", dem Fest der Kinder, Bettler und Irren, mit dem die Juden die Errettung ihres Volkes von dem Perserkönig Haman feiern. Sie wollen die Gemeinde mit ihrer Darbietung erheitern, aber sie finden nur zwei Überlebende eines Pogroms vor: den Wirt Berish und seine Tochter Anna, die vor Verzweiflung wahnsinnig geworden ist.

Der Wirt überredet die entsetzten Schauspieler, mit ihm einen Prozeß aufzuführen, in dem er der Kläger ist. Der Angeklagte ist Gott, „der den Mördern die Kraft und den Opfern die Tränen gibt. Wenn er verantwortlich ist, soll er gerichtet werden. Ist er es nicht, soll er aufhören, uns zu richten." Als Verteidiger taucht Sam, ein geheimnisvoller Unbekannter auf, der mit gewaltiger, aber zwielichtiger Beredsamkeit für Gott eintritt. Ein Pope stürmt in die Wirtsstube, die zum Gericht wurde, warnt vor einem neuen Pogrom und verspricht, im Namen der christlichen Nächstenliebe die Juden in seine Kirche zu retten. Aber sie wollen das Schicksal aus der Hand ihres ungerechten Gottes hinnehmen.

Roberto Guicciardini hat den Text voll tiefer Verzweiflung und Poesie mit guten Schauspielern, angeführt von Carlo Hintermann in der Rolle des Berish, so eindrucksvoll inszeniert, daß man deutschen Dramaturgen dringend raten möchte, ihn zu lesen.

MONIKA v. ZITZEWITZ

Hannover: Collagen von Wolfgang Hildesheimer

Im Bann dunkler Sonnen

Ein jeder Leser hat sich wohl gelegentlich gefragt, wie er einem Schriftsteller für sein Buch danken könnte. Bei Wolfgang Hildesheimer gibt es eine Möglichkeit: Man übersende ihm gedruckte Wiedergaben alter Bilder, und sogleich wird der Autor der „Lieblosen Legenden" von „Tynset" und „Marbot" sich mit der Schere darüber hermachen und die Schnipsel dann unter der Lupe zu kleinen, wundersam poetischen, neuen Bildern wieder zusammenkleben. Diese Miniaturcollagen sind gegenwärtig im Wilhelm-Busch-Museum von Hannover zu sehen.

Seitdem er „am 18. Februar 1950 *vormittags die Malerei an den Nagel* gehängt" und zu schreiben begann, hat man vergessen, daß Hildesheimer vor seiner Rückkehr aus der erzwungenen *Emigration zwei Jahrzehnte* hindurch als freier Künstler in London gelebt hat. Die ersten der hier ausgestellten Klebebilder entstanden *1971, aber nach der Niederschrift von* „Marbot" (1981), der fiktiven Biographie einer gescheiterten Künstlerexistenz, kehrt Hildesheimer *ganz* zur *Bildnerei zurück und beweist damit* seine künstlerische Doppelbegabung.

Hildesheimer knüpft zunächst mit geometrischen Formen *an die künst*lerische Ausdruckswelt der beginnenden fünfziger Jahre, als er die Malerei verlassen hat, wieder an. Kreise *scheinen sich auf seinen Colla*gen wie verdunkelte Sonnen und Planeten umeinander zu bewegen. Dann begegnen wir pflanzlichen und an *Fabeltiere* erinnernden Formen und auf seltsame Weise erzählten, von den Surrealisten herkommenden, erheiternden Legenden und Märchen. Aber nicht das Spielerische, Fabulierende bestimmen den Eindruck. Was hier erzählt wird, verdichtet sich zur Gedankenlyrik, zum philosophischen Aphorismus.

Nebeneinander geklebte Papierfragmente werden anfangs noch mit dem Stift eingefärbt; dann benutzt Hildesheimer Ausschnitte altgebrochener Malflächen; man ist versucht, zu erraten, welcher italienische Maler *des Quattrocento benutzt wurde. Hil*desheimer befreit sich dann jedoch zunehmend von der überkommenen Formensprache. Die Miniaturen er*langen dabei eine erstaunliche* Ruhe und Tiefe in der optisch illusionierten dritten Dimension der Malfläche.

Man bewegt sich von Blatt zu Blatt wie vor *einer Bilderfolge. Ein einzi*ges sehr ruhiges Bild, „Plutonischer Gebirgskamm" (1983), ist in einer anderen Technik hergestellt und weist *auf Zukünftiges: Hier wurde* das Papier nicht mehr geschnitten, sondern gerissen. Farbige Fragmente zeigen die weiße Kontur des Risses.

Diese erste Ausstellung des *Malers* Hildesheimer ist eine große Überraschung, und es wäre zu wünschen, daß die Bilder bald auch reproduziert *als Buch erscheinen. (Bis 9. Oktober).*

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Nouvelles Littéraires

Alte Dame ohne Perlen

Für den Zeitschriftenrezensenten ist es stets ein melancholischer Augenblick, wenn er wieder das Eingehen einer großen, einst berühmten Zeitschrift zu vermelden hat. Diesmal sind es die „Nouvelles Littéraires" in Paris. In den 20er und 30er Jahren hatten sie eine Reichweite beträchtlich über die Grenzen der fran*zösischen Sprache hinaus. Ihr dama*liger Inspirator, Maurice Martin du Gard (ein Vetter des Literaturnobelpreisträgers Roger Martin du Gard) hatte eine bestimmte publizistische Gattung, den Literaturklatsch höheren Ranges, zu außergewöhnlicher Perfektion entwickelt.

Martin du Gard kannte sozusagen alle großen Autoren seiner Zeit, von T. S. Eliot und André Gide bis zu Ernst Jünger, persönlich. Er konnte seinen Lesern sozusagen „hautnah" die Lebensatmosphäre der großen Romanciers und Lyriker vermitteln und verstand es dabei doch, das betreffende dichterische Werk nicht „unter Preis zu verkaufen".

Nach 1945 fand die Zeitschrift zunächst ihren alten Glanz nicht wieder und vegetierte so dahin. Doch vor einigen Jahren gelang einer Gruppe hochbegabter Journalisten, an ihrer Spitze Philippe Tesson und Jean-François Kahn, etwas, was auf dem Zeitschriftenmarkt recht selten ist: Sie verschafften der ausgetrockneten alten Dame eine neue Jugend. Über Nacht wurden die „Nouvelles Littéraires" eine glanzvolle Wochenzeitung.

Das Rezept war diesmal ganz anders als unter dem Konservativen Martin du Gard. Kahn und seine Leute zelebrierten eine wirklich geistvolle *Linke, die, typisch Frankreich*, auch auf der Rechten goutiert wurde. Es war genau das Gegenteil der dogmatischen Starre, an der das bisherige Flaggschiff der Linksliberalen, die Tageszeitung „Le Monde", allmählich eingeht. Doch als der Verlag glaubte, ohne Kahn auskommen zu können, sauste die Auflage in wenigen Wochen in den Keller hinunter. Das hat den Verlag im Verlauf des seit Frühjahr andauernden „Krieges der Wochenmagazine" zu der Panikreaktion veranlaßt, aus den „Nouvelles Littéraires" ein Magazin „Les Nouvelles" zu machen. Daß irgendwo noch in Kleinschrift „... der Literatur, der Kunst, der Wissenschaften und der Gesellschaft" zu lesen ist, fällt kaum noch auf. Ins Auge springt hingegen, daß es sich um eine platte Nachahmung des „Figaro Magazine" (also der Erfolgspublikation in dieser *Sparte) handelt.*

Gewiß findet sich auch in dem populären Mischmasch der „Nouvelles" hie und da noch Lesenswertes. So in der ersten Ausgabe der neuen Formel eine Reportage über „Die Desertion der Studienräte"; sie berichtet mit französischer Bosheit über gewisse Charakterzüge der „grünen" Erzieher-Generation. Nach diesem Bericht wollen die grünen Studienräte alle in den schönen Süden Frankreichs; eine Versetzung in den industriellen Norden ist für sie eine Verbannung: „Sie erzählen den ganzen Tag, die Schüler seien debil, die Eltern idiotisch und die Gegend mies. Sie haben den Kopf voll von Okzitanien und der ländlichen Kultur. Die Industrie hier sei keine Kultur ..."

Aber solche Perlen sind selten. Die „Nouvelles" haben ja nicht das „Figaro Magazine" der großen Anfänge, sondern das des heute arg gesenkten Niveaus kopiert. Magazine dieser Art gibt es jedoch in Frankreich zur Zeit *schon fast zehn. Die einstige „elitäre* Masche" der „Nouvelles Littéraires" hingegen paßte genau in eine Marktlücke.

ANTON MADLER

Peter Fonda in Marianne Rosenbaums Spielfilm „Peppermint Frieden"

Nachkriegsszenen aus Niederbayern

Peter Fonda zieht auf einer Harley Davidson durch die deutschen Lande, um seinen Freunden einen nostalgischen Rückblick auf „Easy Rider" zu verschaffen, jenen Kultfilm der Hippie-Ära. Der Anlaß zu dieser Tour ist schon eine kleine Sensation: Fonda hat in dem Debütfilm einer deutschen Regisseurin mitgespielt, in „Peppermint Frieden" von Marianne F. W. Rosenbaum. Das will natürlich gebührend hervorgekehrt werden.

Die Hauptrolle ist es zwar nicht, die Peter Fonda hier spielt, und fast sprachlos ist sie obendrein. Aber er ist der Mann, um den sich alles dreht, ein amerikanischer Soldat, der knapp nach Kriegsende in einem kleinen bayerischen Dorf auftaucht. Für die Kinder ist er der „Mister Frieden". Und als ihn eines Tages die Militärpolizei abholt, weil er mit der Dorfschönen gegen das Fraternisierungsverbot verstoßen hat, da kommt die Angst, daß es nun wieder vorbei ist mit dem Frieden.

Die kleine „Heldin" des deutlich autobiographischen Films (Saskia Tyroller) heißt Marianne wie die Filmemacherin, und sie ist in dem gleichen *Alter*, wie Marianne *Rosenbaum* es damals war. Doch jeder, der damals die Zeit in ähnlicher Situation miterlebt hat, wird eigene Erinnerungen wiederfinden. *Das eigentliche* Geheimnis aber, warum „Peppermint Frieden" so anrührt und fesselt, heißt Saskia Tyroller. Wie dieses kleine Mädchen *die Marianne spielt*, wie sich in ihrem Gesicht Angst und Hoffnung malen, wie sich durch sie für einen Erwachsenen von der Zeit längst verschüttet *geglaubte* Gefühle wieder erschließen, das läßt sich nur mit dem Wort „sensationell" bezeichnen.

Saskia und die anderen Kinder sensibel und einfühlsam geführt zu haben, ist das große Verdienst der Filmemacherin. Freilich, ob Marianne *Rosenbaum ein zweiter derartiger* Wurf gelingen wird, bleibt fraglich. Denn wenn man sich einmal von den Kindern abwendet, weist der Film bedenkliche Schwächen auf. Das fängt schon bei den überflüssigen Traumvisionen der kleinen Marianne an (dann wird der Schwarzweißfilm gelegentlich farbig) die zu manierierten Spielereien mißraten. Und es endet bei den Erwachsenenrollen, die teils überflüssig sind (wie die Kriegsblinde, gespielt von Sigi Zimmerscheid) oder zu dröhnenden Knallchargen verkommen (wie Hans Brenners Pfarrer). Marianne Rosenbaum *wird nicht darauf* vertrauen können, daß ihre Hauptdarstellerin sie jedesmal vor ihrer stilistischen Unsicherheit rettet.

SVEN HANSEN

Kinder, sensibel und einfühlsam geführt, in Marianne Rosenbaums Filmdebut „Peppermint Frieden" FOTO: DIE WELT

Gericht befürchtet einen zweiten Fall Bachmeier

22jähriger in Frankfurt des Sexualmordes an einem Geschwisterpaar angeklagt / Sicherung wie in Terroristenprozessen

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Die meisten im stets überfüllten Sitzungssaal halten ihn für ein „Ungeheuer, das man totschlagen sollte". Entsprechend ernst nimmt der Vorsitzende der 3. Strafkammer des *Landgerichtes Frankfurt,* Günter Mückenberger, die öffentliche Gier nach Lynchjustiz. An jedem der bisher fünf Verhandlungstage gegen den Schreinergesellen Andreas Buhlmann (22) aus Neu-Anspach/Taunus wegen Mordes an den Geschwistern Nicole (6) und Tanja Handschu (4), die der Angeklagte am 8. April 1982 auf dem Autorastplatz Niederlauken/Taunus sexuell mißbrauchte und erdrosselte, stand der Zuschauerraum unter verstärkter Bewachung. Das Gericht zur Begründung einer Vorsichtsmaßnahme, wie sie sonst nur in Terroristenprozessen üblich ist: „Wir haben Hinweise, daß Verwandte der beiden Opfer Selbstjustiz üben wollen. Es gilt, einen zweiten Fall Bachmeier zu verhindern!"

Der junge Mann, dem außer den beiden Kindermorden auch zwei Vergewaltigungen (an einer 19jährigen und an einer 16jährigen) zur Last gelegt werden, hat allerdings während des Prozesses auch jene nahezu überfordert, die hinter den erschütternden Fakten den kranken Menschen sehen – etwa bei der Schilderung des Verbrechens vom 8. April:

Ein regnerischer Mittag in Neu-Anspach. Buhlmann ist ziellos mit dem Auto unterwegs. Seine Stimmung: depressiv, wie so oft. Am Straßenrand sieht er die beiden Kinder stehen. Er hält, fragt, ob er sie nach Hause fahren soll, damit sie nicht naß werden. Die Kinder steigen ein. Er habe sie tatsächlich nur nach Hause fahren wollen, versicherte er dem Gericht.

Unterwegs seien seine *Depressionen* stärker geworden. Da schießt ihm ein Gedanke durch den Kopf: Vielleicht kann Sex den Gemütsknoten lösen? Wie unter Zwang steuert er zum einsamen Waldparkplatz von Niederlauken. Die Kinder werden ängstlich. Am Parkplatz zwingt er sie, sich auszuziehen. Er verlangt von ihnen Zärtlichkeit. Die vierjährige verliert die Fassung, fängt an laut zu weinen. Buhlmann sagt der Sechsjährigen, sie soll ihre Schwester beruhigen, sonst sähen sie nie mehr ihre Eltern. *Da weint auch die ältere lautlos.* Nun brennen bei Buhlmann alle Sicherungen durch. Er nimmt einen weißen Stoffgürtel, schlingt ihn der Kleinen um den Hals und zieht zu. Als ihr Gesicht blau anläuft, schreit das ältere Kind: „Hör auf, du bringst meine Schwester um!" Da würgt er auch sie, bis sie reglos zusammensinkt. Die Leichen schleppte er in den Wald. Dort vergeht er sich an ihnen. Dann sucht er einen schweren Ast und zertrümmert ihnen die Schädel.

Richter Mückenberger fragt: „Weshalb haben Sie den beiden toten Kindern *noch mit* dem Ast die Verletzungen beigebracht?" Antwort: „Ich wollte, daß derjenige, der die Leichen findet, das gleiche Gefühl von Depression und Ohnmacht hätte, das ich mein ganzes Leben lang gehabt habe!"

Dies ist nicht der erste Fingerzeig, daß dort auf der Anklagebank kein Sadist üblichen Zuschnitts sitzt. *Frage des Richters: „Wie läßt sich* solch eine Tat vergessen?" Antwort des Angeklagten: „Seit damals schlafe ich sehr viel besser als früher." Nein, er fühle *sich* nicht von der Erinnerung an den Regennachmittag im Niederlaukener Forst bedrängt. Er sei jetzt offenbar von vielem befreit, was ihn früher kaputtgemacht habe.

Die Quelle des Hasses gegenüber weiblichen Wesen bekommen die Zuschauer am vierten Verhandlungstag zu Gesicht: Buhlmanns Mutter (47). Eine Ehe, eine Großfamilie (Schwiegereltern, Urgroßmutter), in der einer dem anderen die Hölle bereitete. Die Ursache für das Manko an Gefühl, das seine Kindheit kennzeichnete, sieht Buhlmann in der Mutter. Und auch der Vater als Zeuge nennt den Alkohol- und Nikotinmißbrauch seiner Frau als Grund für alle Familienschwierigkeiten.

Auf die Mutter lädt der Angeklagte heute seinen Haß ab. Wenn sie stürbe, so sagte er vor Gericht, würde er ohne Träne ihren Sarg zunageln. Ganz zu Beginn hatte er bekundet: „Meine Mutter hat mich immer betrogen und belogen. Wenn man mir ein Gewehr geben und sagen würde: erschieß deine Mutter, ich würde nicht zögern!" Die Mutter als Zeugin vor Gericht: „Ich *glaube, daß er's tun* würde!"

Die tieferen Ursachen des langsam aufgehäuften Haßpotentials, das schon in der Volksschule einem Lehrer auffiel (der, freilich vergebens, die Familie aufforderte, den gegen kleinere *Mitschüler überaus aggressiven* Jungen in psychiatrische Behandlung zu schicken), sind bisher nicht erkennbar freigelegt worden. Hier sollen in den nächsten Tagen die psychiatrischen Gutachten Aufschluß geben.



Knapp am Jahrhundertsommer vorbei

Der Sommer 1983, der zu den heißesten und trockensten in diesem Jahrhundert zählt, endet morgen, den 23. September um 16.42 Uhr (Sommerzeit), der Herbst kann beginnen. Für die nördliche Halbkugel beginnt das astronomische Winterhalbjahr. Die Mittagshöhe der Sonne nimmt im Laufe des Monats September um rund elf Grad ab. Meteorologische Rekorde hat der Sommer – wie das Beispiel Frankfurt zeigt – nicht gebrochen: Nach wie vor hält der 2. Juli 1952 mit 38,1 Grad den Hitzerekord. Im Juli 1983 wurden am heißesten Tag „nur" 34,5 Grad gemessen. In den Wetteraufzeichnungen seit 1857 gab es 17 Jahre, in denen mehr als 60 „Sommertage" mit Temperaturen über 25 Grad registriert wurden (1983: 58 Sommertage). Trocken war der Sommer '83 zwar, aber in den Jahren 1947, 1959 und 1976 regnete es noch weniger. Unter der Trockenheit hatte vor allem die Landwirtschaft zu leiden. So beschloß wegen der Dürreschäden die saarländische Landesregierung ein auf zwei Jahre befristetes Hilfsprogramm, wonach die Landwirte bis zu fünf Prozent Zinsverbilligungen für Betriebsmittelkredite erhalten können. Zinszuschüsse stellt die schleswig-holsteinische Regierung für dreijährige Überbrückungskredite an Bauern in Aussicht, *die mehr als* 35 Prozent ihrer Bodenproduktion eingebüßt haben.

FOTO: E. KASPERSKI

130 Millionen Mark hinterzogen: Makler setzte sich ab

SAD, New York

Marc Rich (49), ein amerikanischer *Makler und Multimillionär, der sich* vor einiger Zeit in die Schweiz absetzte, ist jetzt wegen einer Steuerschuld von 130 Millionen Mark und 50 anderen Wirtschaftsverbrechen angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete den Fall als schlimmste Steuerhinterziehung in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Rich wird auch eine schwerwiegende *Verletzung des Handelsembargos* gegen Iran vorgeworfen. Er habe, so die Anklage, kurz nach Stürmung der US-Botschaft in Teheran und Gefangennahme der US-Diplomaten iranisches Öl im Wert von umgerechnet 540 Millionen Mark aufgekauft.

Ein Gericht in New York kündigte an, daß es die vorübergehende Konfiszierung aller Vermögenswerte beantragen will, die der Flüchtige in den USA besitzt, darunter eine 50prozentige Beteiligung an der 20th Century Fox Filmgesellschaft, die Rich vor einiger Zeit *heimlich* erwarb.

Schrankenwärterin verurteilt

AP, *Pfäffikon*

Gut ein Jahr nach der Verkehrskatastrophe auf dem Bahnübergang „Matte" bei Pfäffikon, bei dem 39 deutsche Passagiere eines Reisebusses aus Schönaich ums Leben gekommen waren, hat das Bezirksgericht Pfäffikon gestern die *Schrankenwärterin* zu zwölf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Die Frau wurde der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden, weil sie es versäumt hatte, die Bahnschranken zu schließen.

Ölleck geschlossen?

AP, Nikosia

Iranischen Experten ist es nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA angeblich gelungen, das Leck auf den Ölfeldern von Naurus zu schließen, aus dem seit dem 1. März Millionen Liter Öl in den Persischen Golf geströmt sind. Das Öl hat im Persischen Golf eine Ölpest ungekannten Ausmaßes ausgelöst.

Aufstand im Gefängnis

AFP, Johannesburg

Vier schwarze Häftlinge sind bei einem Gefangenenaufstand im Hochsicherheitsgefängnis von Barbeton in *Natal* von Wärtern *erschossen* worden. Über den Hintergrund der Unruhen wurden keinerlei Einzelheiten mitgeteilt.

Zu Tode gestürzt

AFP, Calvi

Ein *deutscher Urlauber* aus Freiburg ist in den Bergen von Korsika zu Tode gestürzt. Laut Polizei hatte der Verunglückte in einer abgelegenen Gegend sein Zelt aufgeschlagen und stürzte bei einer Wanderung einen Abhang hinunter.

Kostenloses Essen

dpa, Rio de Janeiro

Arme erhalten in Rio de *Janeiro* künftig einmal täglich einen Teller Suppe kostenlos vom Staat. Es wird geschätzt, daß in den Slums von Rio, den Favelas, rund zwei Millionen Menschen leben.

LEUTE HEUTE

Ehrlicher Millionär

Nach Ablauf der in Florida geltenden Wartefrist bei Fundsachen ist jetzt der 16jährige **Eric De Wilde** Besitzer eines Juwelenschatzes im Wert von umgerechnet 3,5 Millionen Mark geworden. Den Sack mit dem Schmuck hatte er im März an einer Bahnstrecke gefunden. Tausende von Leuten hatten sich gemeldet, doch niemand konnte seinen Anspruch nachweisen. „Nicht ein bißchen aufgeregt, fast desinteressiert", war der Junge, berichtete ein Polizeisprecher von der Übergabe. Bis zur Volljährigkeit des Waisenjungen wird der Schatz bei einer Bank deponiert.

Bewährung für Delon

Der 19jährige **Anthony Delon**, Sohn von **Alain Delon**, ist von einem Gericht in Versailles zu acht Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden. Er wurde wegen Autodiebstahls, Waffenbesitzes und Fahrens ohne Führerschein bestraft. Der 19jährige gab ebenso wie sein Komplice, der 22jährige **Marc Mil**, die Straftaten zu. Sie hätten einen schweren Wagen am 28. Januar dieses Jahres in Neuilly, einem Vorort von Paris, „aus Spaß" gestohlen.

Angst vor der Rache der Unterwelt läßt Sensationsprozeß platzen

Verfahren um „medizinische Gnadenerlasse" von Marseille nach Versailles verlegt

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris

Hat die undurchdringliche Unterwelt der Hafenstadt Marseille am Mittelmeer eine der drei Säulen des demokratischen französischen Staates, die Justiz, derart ins Wanken gebracht, daß sie vor einem Prozeß kneifen mußte und einen anderen, *weniger gefährlichen Austragungsort* bestimmte? Der Verdacht drängt sich auf, wenn man von der Entscheidung der Strafkammer des obersten Berufungsgerichtes in Paris hört, einen Sensationsprozeß von Marseille ins „neutrale" Versaille bei Paris zu verlegen. Die obersten Hüter über die Sauberkeit gerichtlicher Verfahren legten in der Begründung ihres Beschlusses ausdrücklich fest, daß sie ihn im Interesse „einer anständigen Verwaltung der Justiz" gefaßt hätten. Hätten die Kollegen von Marseille Justitias legitime Interessen nicht ebensogut wahren können?

Dem Prozeß liege eine Frage zugrunde, die an die Grundfesten der demokratischen Ordnung rührt: die Unbestechlichkeit von Richtern und Gerichtsmedizinern. In Marseille waren *im Frühjahr 1981 eine Reihe von* Untersuchungsgefangenen, die wegen des Verdachts des Drogenhandels im berüchtigten Gefängnis „Les Baumettes" einsaßen, aufgrund ärztlicher Atteste wegen Haftunfähigkeit vorzeitig entlassen worden. Unter den U-Häftlingen befand sich der Rauschgifthändler Robert Kechichian, der als der Drahtzieher des Drogenhandels im Mittelmeerraum galt. Der Gefängnisarzt Alain Colombani, zwei Gerichtsmediziner sowie zwei Anwälte des Gangsters hatten dem mit der Untersuchung beauftragten Richter Pierre Michel so überzeugende ärztliche Befunde der Angeklagten geliefert, daß dieser sich im Juli 1981 gezwungen sah, die Freisetzung Kechichians und fünf seiner Mithäftlinge zu beantragen.

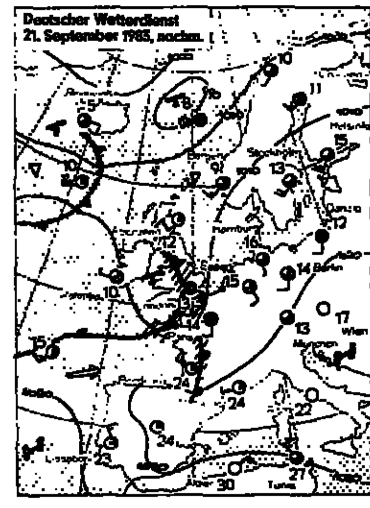
Am 15. Juli 1981 verließ Kechichian das Gefängnis. Womöglich außer der Komplizenschaft der Ärzte und Anwälte auch von dem liberalen neuen Justizklima profitierend, das mit der sozialistischen Regierung über Frankreich gekommen war. Kechichian ist seitdem spurlos untergetaucht. Drei Monate später, am 21. Oktober 1981, wurde Untersuchungsrichter Michel von zwei vermummten Gangstern auf Motorrädern auf offener Straße erschossen. Sein Tod wurde nie geklärt. Der unerbittliche Richter hatte geschworen, Licht auch in diese obskure Affäre der „medizinischen Gnadenerlasse", wie man den Fall in Frankreich inzwischen nennt, zu bringen.

Seit Februar dieses Jahres sitzen nun diejenigen, die vermutlich den Gangstern gegen schnöden Mammon zur Freiheit verhalfen, ihrerseits in Untersuchungshaft: Colombani und zwei seiner Gehilfen sowie die Vorsit*zende des Gerichtsmediziner-Ver*bandes, die gaullistische Politikerin Solange Troisiers. Ein fünfter Angeklagter, der Kechichian-Anwalt André Fraticelli, hat sich im Mai der Verhaftung durch Flucht entzogen.

Gestern sollte der von ganz Frankreich mit Spannung erwartete Prozeß in Marseille beginnen. Da kam völlig überraschend der Entscheid des obersten Berufungsgerichtes in Paris, das ganze Spektakel nach Versailles zu verlegen. Nur ein offizieller Grund verbirgt sich hinter der diplomatischen Verklausulierung dieses Beschlusses: Die Kollegen in Marseille waren alle befangen. Sie mußten Kollegen aburteilen, die sie gut kannten und mit denen sie jahrelang eng zusammengearbeitet hatten. Aber es dürfte mit Sicherheit auch einen inof*fiziellen Grund geben: Die Marseiller* Unterwelt hat den Richtern mit Rache gedroht, falls sie ihre „Beschützer" ans Messer liefern sollten.

WETTER: Zunehmend freundlich

Wetterlage: Die über dem Osten und Süden *Deutschlands* liegende Kaltfront zieht rasch ostwärts ab. Auf ihrer Rückseite setzt sich wieder Hochdruckeinfluß durch.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet: *Im Osten* und Süden zunächst bedeckt und zeitweise Regen. Im Tagesverlauf auch hier, wie schon im übrigen Deutschland, auflockernde Bewölkung und trocken. Tageshöchsttemperaturen zwischen 17 Grad im Norden und 21 Grad im Süden der Bundesrepublik. Tiefstwerte in der kommenden Nacht um 8 Grad C. An*fangs mäßiger in Böhen starker Wind* um Südwest, im Tagesverlauf abflauend.

Weitere Aussichten für Freitag: *sonnig* und warm.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	29°
Bonn	14°	Kopenh.	16°
Dresden	12°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	13°
Frankfurt	13°	Madrid	24°
Hamburg	16°	Mailand	19°
List/Sylt	11°	Mallorca	27°
München	13°	Moskau	21°
Stuttgart	15°	Nizza	26°
Algier	30°	Oslo	11°
Amsterdam	16°	Paris	14°
Athen	25°	Prag	13°
Barcelona	25°	Rom	22°
Brüssel	14°	Stockholm	13°
Budapest	22°	Tel Aviv	27°
Bukarest	22°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	17°
Istanbul	20°	Zürich	17°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 7.08 Uhr, Untergang: 19.20 Uhr, **Mondaufgang:** 20.11 Uhr, Untergang: 8.01 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Gute Nachricht vom FBI macht Experten ratlos

RALF LAUCK, Washington

Selten genug kommen gute Nachrichten aus den Büros des FBI. Deshalb verbreitete sich die Erfolgsmeldung der Bundespolizei auch wie ein Lauffeuer durch das Land: Die Kriminalitätsrate im Jahre 1982 war gesunken, die Zahl aller Verbrechen um drei Prozent zurückgegangen. Erfreulicher noch, so ein FBI-Sprecher war die Abnahme der Gewaltverbrechen. Die Zahl der Morde und bewaffneten Raubüberfälle sank um jeweils sieben Prozent, die der Vergewaltigungen um fünf Prozent. In die allgemeine Erleichterung über die „gewaltigste Abnahme des Verbrechens seit 1977" („Newsweek") mischte sich aber schnell Ernüchterung. Man weiß nicht recht, welchem Umstand dieser Abwärtstrend zu verdanken ist, die Experten streiten sich noch darum, wem die Ehre gebührt.

Ausgesprochen zurückhaltend gaben sich bei der Kommentierung die FDB-Leute selbst. Paul Zolbe, für den Report verantwortlich: „Wir haben keine Ahnung, ob sich der Trend fortsetzt. Wir sehen die Zahlen nur mit vorsichtigem Optimismus."

Mit einer Erklärung zur Hand waren allerdings Bevölkerungswissenschaftler. So will etwa Professor James Fox von der Northeastern University herausgefunden haben, daß die Entwicklung der Kriminalitätsrate in enger Beziehung zum Anteil der Teenager in der Bevölkerung steht. In den USA wird etwa die Hälfte aller Gewaltverbrechen von Jungen zwischen 15 und 24 Jahren begangen. Da aber auch in den USA die dem Babyboom entsprungene Generation langsam aus diesem Alter herauswächst, schließt man messerscharf, daß es schlicht der Schwund an potentiellen Gewalttätern ist, der die Zahl der Verbrechen schrumpfen ließ.

Mit dieser These aber können sich viele Politiker und Polizeiexperten nur schwer anfreunden. Sie glauben eher, daß härtere Strafen, Unnachsichtigkeit mit Wiederholungstätern und bessere Vorbeugung durch die Polizei zu dem Erfolg führten.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, daß wahrscheinlich alle ein bißchen recht haben. Sicher ist vor allem, daß Statistiken der Kriminologen häufig Unerklärliches produzieren. So kam es in den Staaten etwa im Jahr 1974 zu einem bis heute unerklärlichen Anstieg der Kriminalitätsrate von 18 Prozent. Der Rückgang im vergangenen Jahr fiel in eine Zeit der großen Arbeitslosigkeit, in der man an sich das Gegenteil erwartet hätte. Dies bestärkt Professor Fox in seiner Ansicht, der beim Durchforsten der Statistiken nie einen Zusammenhang zwischen Verbrechen und einer Verschärfung von Gesetzen oder wirtschaftlicher Depression fand.

Aber auch die Demographen können nicht erklären, warum es zu völlig gegensätzlichen Erscheinungen in verschiedenen Städten kommen kann. So nahm ausgerechnet in San Francisco, wo das Durchschnittsalter der Bevölkerung zurückgeht, auch die Zahl der Verbrechen ab, während umgekehrt in Los Angeles das durchschnittliche Alter zunimmt so wie die Zahl der Verbrechen.

Für die Zu- oder Abnahme von Verbrechen machen aber auch Kriminologen und Strafrechtsexperten *außer Gesetzesänderungen und dem* stärkeren Durchgreifen der Polizei noch andere Faktoren verantwortlich. So etwa das Klima und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung.

Immer größeren Anteil bei der Bekämpfung des Verbrechens aber, so fand „Newsweek" heraus, hat ein Umdenken der Bevölkerung. Nachdem sich Meldungen von Gewaltverbrechen, die sich unter den Augen völlig unbeteiligter oder verängstigter Passanten abspielten, gehäuft hatten, setzten die Behörden genau da, nämlich beim Verantwortungsbewußtsein des einzelnen an. So rief etwa das Polizei-Department von San Francisco ein „Begleitungspro*gramm für Senioren", ins* Leben an dem sich Hunderte von jungen Freiwilligen beteiligen. Ihre Aufgabe besteht lediglich darin, ältere Leute auf Spaziergängen oder bei Besorgungen zu begleiten und so potentielle Gewalttäter, die in alten oder gebrechlichen *Menschen* leichte *Beute* wittern, abzuschrecken. In einem Stadtteil Baltimores beteiligen sich 30 000 Einwohner an einem „Block Watch" genannten System, bei dem einfach Bewußtsein und Auge für Übeltäter geschärft werden. Ein Rückgang der *Verbrechensrate im vergangenen* Jahr um sechs Prozent zeigt, daß schon aufmerksame Bürger Gangstern Angst einjagen können.

Das alles aber hat noch wenig Einfluß auf die jährlich vom FBI veröffentlichte „Uhr des Verbrechens". Danach geschieht im Schnitt immer noch alle 25 Sekunden ein Gewaltverbrechen und alle neun Sekunden ein Einbruch.

ZU GUTER LETZT

„Junger Hahn sucht Familienanschluß." Werbung einer Berliner Filialkette für Geflügel.

Selbstmedikation

pje. – „Hilfe zur Selbsthilfe" – diese Forderung nach vermehrter Eigeninitiative von Laien unter Verzicht auf den Rat von Experten – ist in unserer Gesellschaft zu einem attraktiven Thema geworden. Der jüngste Sproß der Selbsthilfe-Bewegung ist die Selbstmedikation, die von Wissenschaftlern in ihrer Bedeutung bestätigt und von Politikern als förderungswürdig angesehen wird.

Freilich, viele Ärzte stehen nach wie vor der Behandlung von geringen Befindlichkeitsstörungen mit Arzneimitteln ohne Konsultation eines „Doktors" skeptisch gegenüber. Wen wundert's angesichts der wundersamen Vermehrung der niedergelassenen Ärzte, die ohnehin ein immer kleineres Klientel des einzelnen Mediziners vor Ort zur Folge hat. Die Ärzte argumentieren, daß durch die Selbstmedikation Krankheitsbilder verschleiert werden könnten, was zu irreparablen gesundheitlichen Schäden führen könne.

Andererseits wettern auch die Apotheker gegen die Freiverkäuflichkeit von Arzneimitteln, die ja die Therapie ohne Rezept durch den Arzt erst möglich macht. Die Apotheker möchten gern die halbe Milliarde Mark Umsatz, die von freiverkäuflichen Präparaten außerhalb der Apotheke etwa in Drogerien getätigt werden, für sich okkupieren. Sie verlangen die Aufhebung der Freiverkäuflichkeit.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Gesundheits-Systemforschung in Kiel unter Leitung von Professor Fritz Beske würde ein Verbot der Selbstmedikation jährlich mindestens eine Milliarde Mark Mehrkosten für Arbeitsausfälle wegen zusätzlicher Arztkonsultationen verursachen. Derartige Zahlen zeigen, daß das Gesundheitswesen, will es finanzierbar bleiben, in der Tat angewiesen ist auf die Selbstbehandlung medizinischer Laien.

Der Gesetzgeber hat denn auch die Selbstmedikation durch den Erlaß der Negativliste, die die Arzneimitteltherapie von Bagatellerkrankungen von der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen ausnimmt, hoffähig gemacht. Denn wenn bei bestimmten Mißbefindlichkeiten zwar der Arztbesuch, nicht aber die dabei verordneten Medikamente von der Kasse erstattet werden, drängt man den Patienten folgerichtig auf den Weg, Bagatellerkrankungen selbst zu behandeln und die benötigten Arzneimittel selbst zu kaufen.



Die Selbstbehandlung mit Tabletten ohne Rezept ist heute selbstverständlich. Die Krankenkassen sparen erhebliche Kosten.
FOTO: ASTRID BRANDT

Der Handverkauf – ein Mittel zur Kostendämpfung?

Von Prof. HERDER-DORNEICH

Der Begriff „Selbstmedikation" wurde im deutschen Sprachbereich durch den Sozialmediziner Manfred Pflanz bereits 1967 eingeführt. Im englischen Sprachraum war dieser Begriff schon länger als „self medication" (USA) bzw. „home medication" (England) in Gebrauch.

„Selbstmedikation" umfaßt einen spezifischen Bereich von Gesundheitsversorgung. Sie zielt nicht auf „Krankheit" ab, sondern in erster Linie auf den großen Bereich der „Mißbefindlichkeiten des Alltags". Ihr Anwendungsbereich bezieht sich also auf die Behandlung offensichtlich leichter Störungen, wie etwa Erkältungen, Husten, Schnupfen oder auch Sonnenbrand. Daneben umfaßt sie allgemeine Mißbefindlichkeiten ohne spezifische Ursachen oder Symptome, die nicht eigentlich Krankheitscharakter haben.

Im engeren Sinne wird unter diesem Begriff die Selbstbehandlung mit Arzneien verstanden, deren Anwendungen nicht mit großen Risiken behaftet sind. Selbstmedikationen sollen nicht den Arzt ersetzen, sondern in erster Linie subjektive Mißbefindlichkeiten beseitigen. Allerdings birgt Selbstmedikation die Gefahr in sich, daß der Arzt nicht oder zu spät konsultiert wird und hierdurch eine medizinisch notwendige Behandlung zur gegebenen Zeit unterbleibt. Die Verschleppung von Krankheiten kann in einem späteren Stadium hohe Kosten verursachen. Insofern kann Selbstmedikation unter Umständen mit erheblichen Risiken behaftet sein.

Dennoch *ist Risiko allein kein* Argument gegen Selbstmedikation, zumal die Gefahr falscher Entscheidungen (Selbstmedikation statt Arztbesuch oder falsche Anwendung) nach allen bisherigen Erfahrungen doch als relativ selten angesehen werden muß. Es läßt sich feststellen, daß aus der stofflichen Zusammensetzung der Arzneimittel für Selbstmedikation kaum Gefahren erwachsen, da toxische Substanzen für Mittel der Selbstmedikation keine Anwendung finden. Im übrigen ist festzuhalten, daß es sich bei diesen Mitteln meist um Markenartikel handelt, deren Anwendung und Wirkung dem Verbraucher entweder aus früherer Anwendung bekannt sind oder ihm von einem Berater, z. B. einem Familienmitglied oder auch dem Apotheker, vermittelt werden.

Der Selbstmedikation mit Arzneimitteln geht der sogenannte „Handverkauf" in der Apotheke und z. T. auch außerhalb, etwa in Drogerien, voraus. Unter „Handverkauf" versteht der Apotheker den Teil seines Arzneimittelabsatzes, der ohne Rezept an die Kunden abgegeben wird, und zwar gegen sofortige Bezahlung durch den Kunden. Ein eigener Kostenträger (etwa die Krankenkasse) ist hier nicht eingeschaltet. Im ökonomischen Sinn geht es beim Handverkauf um einen Verkauf am „Markt". Beim Großteil der Rezeptverkäufe, nämlich derjenigen, die über die Kassen abgerechnet werden, geht es dagegen um ein „Nicht-Markt-System". Hier werden Arznei- und Heilmittel gegen Krankenkassenrezepte abgegeben, ohne daß ein Markt im herkömmlichen Sinne daraus entstünde. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung ist bei diesem „Nicht-Markt-System" völlig aufgehoben. Auch hat der Versicherte keinerlei Interesse mehr an sparsamem Konsum, der Beitrag wird ja nach seinem Einkommen erhoben. Auch der Arzt hat kein ökonomisches Interesse an wenig oder billigen Arzneimitteln, er kann nach rein medizinischen Gesichtspunkten therapieren. Der Versicherte ist sogar eher an besonders teuren Leistungen interessiert, weil er den zu zahlenden Beitrag als hoch empfindet und diesen wieder hereinholen will. Die Krankenkasse, die an möglichst geringen Kosten interessiert sein könnte, hat aber auf Art und Umfang des Konsums keinen Einfluß, sie ist auf die reine Zahlungsfunktion beschränkt.

Die Gesamtversorgung setzt sich also aus zwei großen Bereichen zusammen, dem „Marktbereich" und dem „Nicht-Markt-Bereich". Beide Bereiche sind in ihrem Volumen sehr unterschiedlich. Im Handverkauf wurden 1979 ca. 20% des Arzneimit*telumsatzes in Apotheken erzielt* (der Anteil der Drogerien, Reformhäuser und des Einzelhandels liegt bei etwa einer halben Milliarde). Ca. 80% des Umsatzes entfielen auf Medikamente, die im Anschluß an eine Arzneimittelverordnung ausgegeben wurden.

Wenn der Versicherte die Arzneien kostenlos bekommen will (von der Rezeptgebühr abgesehen), muß er eine ärztliche Verordnung vorlegen. Das setzt einen Arztbesuch voraus. Die Erlangung des Rezepts „kostet" also den Weg zum Arzt und die Warte- und Behandlungszeit. Insbesondere bei preiswerten Mitteln ist es für den Versicherten „billiger", auf den Arztbesuch zu verzichten und die Mittel in der Apotheke zu kaufen, also Selbstmedikation zu betreiben.

Erst dann, wenn die benötigten Arzneimittel teurer werden, wird der Arztbesuch *im Verhältnis* „lohnender"; bei rezeptpflichtigen Medikamenten ist er sowieso nicht zu umgehen. Allerdings muß vermutet werden, daß sich manche Versicherte anläßlich eines erforderlich werdenden Arztbesuches auch Medikamente verschreiben lassen, die sie sonst im Wege der Selbstmedikation erlangt hätten. In diesen Fällen wird ein gewisser „Mitnahmeeffekt" deutlich. Allerdings ist erkennbar, daß das Kosten-Nutzen-Kalkül der Kassenmitglieder den Weg der Selbstmedikation dann angezeigt erscheinen läßt, wenn die Medikamente als billig und der Arztbesuch nicht als lästig empfunden wird.

Wie wirken sich nun gestiegene Preise für Arzneimittel auf das Nachfrageverhalten der Krankenversicherten im Hinblick auf Selbstmedikation und Arzneimittelverordnung aus? Im Handverkauf ist die Merklichkeit der verursachten Aufwendungen für den einzelnen noch voll erhalten, er bezahlt ja die nötigen Mittel selbst und muß also einen unmittelbaren Konsumverzicht an anderer Stelle hinnehmen. Dies ist bei einer Finanzierung der Arzneimittelausgaben durch die Gesetzliche Krankenversicherung nicht mehr so. Da der Patient hier die Aufwendungen für Arzneimittel nicht selbst zu zahlen braucht und der Betrag sogar einkommens- und nicht leistungsabhängig ist, sinkt seine Preiselastizität. Anders formuliert: Eine Preiserhöhung verändert sein Nachfrageverhalten nicht mehr, wie das auf einem ökonomischen Markt zu erwarten wäre. Es kann sogar angenommen werden, daß seine Preiselastizität invers wird, d. h., er erwartet vom System der Sozialversicherung, zu dem er einen als hoch empfundenen Beitrag *leistet, die Versorgung gerade* mit sehr teueren Medikamenten.

Aus dem Inhalt

Die exorbitant gestiegenen Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), an denen die Arzneimittel einen erheblichen Anteil hatten, wurden unter dem Stichwort „Kostenexplosion" auch in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Unter dem Menetekel, die immer weiter anwachsenden Ausgaben für Gesundheitsleistungen auf die Dauer nicht mehr bezahlen zu können, wurden Überlegungen angestellt, dieses Ausgabenwachstum zu bremsen. Unter dem Aspekt, daß das Preisniveau im Handverkauf wesentlich weniger stark gestiegen ist als im Bereich des GKV-Umsatzes, müßte gefragt werden, ob nicht eine Stärkung des Handverkaufs und damit der Selbstmedikation im Wege der Substitution eine Senkung der Zuwachsraten der GKV erreichen könnte. Gerade in den Zeiten der „Kostenexplosion" in der GKV Anfang bis Mitte der 70er Jahre zeigte sich, daß die Wachstumsraten der Selbstmedikation erheblich unter den zumeist zweistelligen Wachstumsraten der GKV blieben, ja z. T. sogar das Wachstum des Bruttosozialprodukts deutlich unterschritten.

Im Zuge der Kostendämpfungsbemühungen, die *insbesondere* seit Mitte der 70er Jahre im Gesundheitswesen ergriffen wurden, wurde immer wieder der Versuch unternommen, bestimmte Arzneimittel von der Erstattungspflicht durch die gesetzlichen Krankenkassen auszunehmen. Allerdings kam es erst Ende letzten Jahres zur Verabschiedung einer sogenannten „Negativliste", die bestimmte Arzneimittelgruppen enthielt, die nicht mehr zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden dürfen. In der Liste, die zum 1. 4. 1983 in Kraft trat, sind folgende Arzneimittelgruppen enthalten:

- Arzneimittel gegen Erkältungskrankheiten und grippale Infekte
- Mund- und Rachentherapeutika
- Abführmittel
- Arzneimittel gegen Reisekrankheit

Die Verabschiedung dieses „Vierer-Katalogs" kommt der Einführung einer 100%igen Selbstbeteiligung für *die Erlangung dieser Arzneimittel* gleich. Den Versicherten wird es ökonomisch unsinnig erscheinen, diese Medikamente – sofern sie nicht einer Rezeptpflicht unterliegen – auf dem Verordnungswege zu erlangen. Vielmehr werden sie bestrebt sein, die betreffenden Arzneimittel unmittelbar im Wege des Handverkaufs in der Apotheke zu erwerben.

Sind auch die Auswirkungen der Einführung dieser „Negativliste" auf das Arzneimittelverhalten der Bevölkerung noch nicht exakt abzusehen, so kann in jedem Falle davon ausgegangen werden, daß eine erhöhte Selbstmedikation die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel in nicht unerheblichem Maße entlasten wird. Allerdings stellt sich die Frage, ob man anstelle der rigorosen Ausgliederung verschiedener Arzneimittelgruppen aus der Erstattungspflicht durch die Krankenkassen, die von Kritikern als massiver Eingriff in die ärztliche Therapiefreiheit angesehen wird, nicht eine elegantere Lösung hätte finden können.

Ich habe aus diesem Grund die Aufstellung zweier „Positivlisten" anstelle der „Negativliste" gefordert. Die in einer Positivliste „voll erstattungsfähig" enthaltenen Medikamente könnten zu 100% durch die gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden. Je enger diese Liste *gefaßt* wird, d. h., je weniger Medikamente sie enthält, um so geringer wird das Erstattungsvolumen und damit die hieraus resultierenden Ausgaben der Kassen für Arzneimittel. Wird diese Liste jedoch zu eng gefaßt, so würde ein Druck auf die Kassen entstehen, weil sich die Versicherten unterversorgt fühlten: Sie empfänden die Kassenversorgung als „Versorgung zweiter Klasse". Dadurch entstünde ein Druck zur Ausweitung der Posi*tivliste.*

Dieser Druck könnte aber durch die Aufstellung einer anderen Positivliste „beschränkt erstattungsfähig" aufgefangen werden. In diese zweite Positivliste könnten alle Medikamente aufgenommen werden, die von einer Arzneimittelkommission empfohlen werden. Allerdings werden diese Medikamente nicht zu ihrem vollen Preis erstattet, sondern nur bis zum Preis eines „vergleichbaren" Arzneimittels, welches auf der Positivliste „voll erstattungsfähig" enthalten ist. Damit kann diese zweite Positivliste recht umfangreich gestaltet werden, denn die Kassen müßten ja nur den Preis für ein „vergleichbares" Arzneimittel der Positivliste „voll erstattungsfähig" vergüten. Die Ärzte allerdings hätten den Vorteil, daß sie in ihrer Therapiefreiheit nicht behindert werden, wohl aber müßten sie ihre Patienten darüber informieren, daß ihr Wunsch nach einer speziellen Therapie eine zusätzliche Belastung für den Patienten mit sich bringt. Hier entstünde also eine Art Selbstbeteiligung.

Auch bei der Einführung von Positivlisten würde sich für den Versicherten bei nichtverordnungspflichtigen Arzneimitteln, die zudem nicht als „voll erstattungsfähig" anerkannt werden, die Alternative der Selbstmedikation in stärkerem Maße aufdrängen. Dem Handverkauf würde auch damit eine wesentlich größere Bedeutung zuteil, als dies noch in Zeiten ungebremsten Wachstums der Arzneimittelausgaben der Kassen der Fall war.

Selber an der eigenen Gesundheit mitarbeiten

Von HEINRICH FRANKE

Die Gesundheitspolitik hat sich in den letzten Jahren vorwiegend mit dem Umfang der Leistungsansprüche an die gesetzliche Krankenversicherung und den damit verbundenen organisatorischen und institutionellen Fragen befaßt. Daneben spielt aber die Selbstbehandlung und Selbstmedikation ungeachtet des hohen Niveaus und des weitgehend ungehinderten Zugangs zu den Leistungen der sozialen Krankenversicherung eine erhebliche Rolle.

Vielfach warten die Menschen erst einmal ab, ob sogenannte Alltagsbeschwerden wie Kopfschmerzen oder Erkältungskrankheiten von selbst abklingen. Danach versuchen es viele mit einer Selbstbehandlung, bei der die Einnahme von Medikamenten aus der Hausapotheke, der Kauf von rezeptfreien Medikamenten oder die Anwendung von Hausmitteln die größte Rolle spielen.

Die Frage nach den Gründen für den vergleichsweise hohen Anteil der Selbstmedikation ist nicht einfach zu beantworten. Werden Menschen kritischer gegenüber ärztlichen Ratschlägen und manchen Versprechungen der pharmazeutischen Industrie? Sehen Sie die Grenzen der traditionellen kurativen Medizin vor allem bei chronisch degenerativen Krankheiten und versuchen deshalb, außerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung neue Behandlungsformen zu erproben? Eine wesentliche Rolle spielt sicherlich auch der Zeitaufwand, der mit dem Gang zum Arzt und mit dem Kauf eines verordneten Arzneimittels verbunden ist. Seit langem wissen wir, daß bei wirtschaftlicher Rezession die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsplatzes viele Menschen daran hindert, einen Arzt aufzusuchen. Vor allem bei Alltagsbeschwerden wollen sie nicht den Arbeitsplatz verlassen.

Diese denkbaren Gründe haben sicherlich ein unterschiedliches Gewicht und sie erfordern unterschiedliche Antworten. Eines aber scheint sicher zu sein: Auch das perfekteste Gesundheitssystem wird nicht verhindern, daß Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen von einer Inanspruchnahme der Gesundheitsleistungen absehen. Die Menschen lassen sich offensichtlich nicht von einem System voll vereinnahmen. Sie wollen ein Stück Selbstverantwortung behalten. Die Gesundheitspolitiker sind gut beraten, wenn sie diesen Tatbestand zur Kenntnis nehmen und ihn mit zur Grundlage ihrer Überlegungen machen.

Ein soziales Sicherungssystem wie die gesetzliche Krankenversicherung kann nicht die Aufgabe haben, die Behandlung jeder leichten Befindlichkeitsstörung aus Mitteln der Solidargemeinschaft zu finanzieren. Die sie tragenden Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität bauen auf der primären Verantwortung des einzelnen für seine Gesundheit auf. Es gibt offenbar in der Bevölkerung ein weit verbreitetes Verständnis dafür, daß leichte Befindensstörungen nicht Sache der Solidargemeinschaft sind. Die Bereitschaft der Bevölkerung, auch Eigenverantwortung zu übernehmen, ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Solidargemeinschaft Krankenversicherung. Auch in medizinischer Hinsicht ist es notwendig, die Eigenkräfte des Versicherten zur Erhaltung oder Wiedererlangung seiner Gesundheit zu stärken. Langfristiges

● Fortsetzung Seite 10



FOTO: CENTER PRESS

Eine Radtour für die Wissenschaft

Bevor die Pharmahersteller ein neues Arzneimittel in den Handel bringen, wird es nach jahrelangen Labor- und Tierversuchen unter strengen Vorsichtsmaßnahmen an gesunden Freiwilligen geprüft. Auf unserem Foto wird die Verträglichkeit eines Präparates mit Hilfe des Laufband-Ergometers getestet. Die elektronische Aufzeichnung der Herztätigkeit gibt Auskunft darüber, ob der Kreislauf bei körperlicher Belastung unter der Wirkung des Medikaments anders reagiert als normalerweise. Hat die neue Substanz nach Durchlaufen aller Stadien der Erprobung auch diese Hürde genommen, ist es noch immer ein weiter Weg bis zur Freigabe durch das Bundesgesundheitsamt in Berlin. An möglichst vielen Patienten muß das Ergebnis bestätigt und die optimale Dosis ermittelt werden. Erfahrungsgemäß *besteht von 6000 bis 8000 neu synthe*tisierten Substanzen nur eine die „Reifeprüfung". Für Forschung und Entwicklung wendet die Industrie jährlich etwa 14 Prozent vom Umsatz auf. Zur Forschung zählt übrigens auch das Erkennen neuer Anwendungsbereiche bereits bekannter Arzneimittelspezialitäten.

Appell an das Verantwortungsbewußtsein von Patient, Apotheker und Industrie

Die Selbstmedikation stellt auf die eigene Leistung ab

Der Diskussion um die Selbstmedikation haftete lange Zeit der Gedanke an einen laienhaften und gefährlichen Umgang mit Arzneimitteln an.

Mittlerweile hat der Begriff der Selbstmedikation jedoch eine Veränderung erfahren. Ein gewisses Mißtrauen gegenüber der etablierten Medizin, das sich nicht nur in verstärktem Zugang zu den *Heilpraktikern* äußert, aber auch das zunehmende Bewußtsein der Bevölkerung, daß eine Vielzahl von Arzneimitteln nicht nur Wirkungen, sondern auch Nebenwirkungen zeitigten, ebenso wie die Rückbesinnung auf „Arzneimittel bzw. Naturheilmittel" haben in der jüngsten Vergangenheit dazu geführt, die Selbstmedikation stärker in das Blickfeld der Gesundheitspolitik zu rücken.

Wenn auch das Mißtrauen gegenüber der traditionellen Medizin nicht angebracht erscheint, so ist dennoch festzuhalten, daß die Selbstmedikation Ausdruck einer Bewußtseinsänderung ist, die mehr auf eigene Leistung als auf fremde Interventionen abstellt. Ein liberaler Politiker kann dies natürlich nur begrüßen. Dennoch sind die in dieser Diskussion immer wieder angeführten Argumente nicht unwichtig.

So ist natürlich den (teils berechtigten, teils unberechtigten) Sorgen der Menschen vor Nebenwirkungen von Arzneimitteln dann nicht weitergeholfen, wenn sie sich Arzneimittel kaufen, die bei unsachgemäßer Einnahme zu noch größeren Beeinträchtigungen der Gesundheit führen können. Nun hat zwar das deutsche Arzneimittelrecht sehr wohl unterschieden zwischen apothekenpflichtigen und verschreibungspflichtigen Arzneimitteln sowie zwischen solchen, die diesen Beschränkungen nicht unterliegen. Dennoch sollten bei der *Diskussion um den Nutzen* der Selbstmedikation die Risiken nicht vergessen werden.

Anders als beim verschriebenen Medikament trägt der Käufer bei dem selbstgekauften nicht nur die Verantwortung für seine Wahl, sondern zugleich auch die Kosten und (zunächst) auch alle Risiken, die damit verbunden sind. Erst bei unsachgemäßer Einnahme gehen die Risiken auf das Allgemeinwesen über und ebenfalls die Kosten, nämlich dann, wenn die Krankenkasse einspringen muß, um eventuelle Folgeschäden bzw. deren Kosten zu übernehmen.

Dennoch ist von großer Bedeutung, daß das *Dreigestirn* Verantwortung – Kosten – Risiken hier beim einzelnen liegt, währenddessen im sozialen Sicherungssystem verschiedene Institutionen einzelne Bereiche dieser Trias wahrnehmen.

Eine besondere Bedeutung erhält die Selbstmedikation auch unter dem Gesichtspunkt, daß ihre zunehmende Bedeutung nicht die Aufrichtung einer Schranke zum System der gesetzlichen Krankenversicherung und der Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen zur Grundlage hat. Vielmehr ist sie bewußte Wahrnehmung von Entscheidungsmöglichkeiten seitens der Bürger unter Verzicht auf den bequemeren (weil preiswerteren) Weg.

Selbstverständlich spielt die Beratung durch den Apotheker hierbei eine wichtige Rolle. Ohne auf die Auseinandersetzungen über die Apothekenpflichtigkeit bestimmter oder *aller Arzneimittel eingehen zu wollen*, scheint es mir doch wichtig, auf die zentrale Stellung des Apothekers aufmerksam zu machen. In der Tat trägt er eine große Verantwortung für den „Patienten" und muß sich darüber im klaren sein, daß diese Verantwortung nicht durch andere Interessen gestört werden darf.

Ich sehe hier auch keine Konkurrenzsituation zum niedergelassenen, Arzneimittel verschreibenden Arzt. Schließlich hat derjenige, der eine Apotheke anstatt einen Arzt aufsucht, bereits seine Entscheidung getroffen.

Große Verantwortung für den Bereich der Selbstmedikation trägt natürlich auch die Industrie.

Um der Selbstkontrolle in der Heilmittelwerbung mehr Wirksamkeit zu verleihen, wurde bereits 1964 der „Gemeinschaftsausschuß zur Selbstkontrolle der Heilmittelwerbung" gegründet. Hierin waren auch der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie, die Begutachtungsstelle für Arzneimittelwerbung und der Verein für Lautere Heilmittelwerbung beteiligt, dem später u. a. auch die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger-Verbände beitraten. Die hier erstellten und veröffentlichten „Gutachten und *Empfehlungen" bilden* bis heute einen entscheidenden Pfeiler der Selbstkontrolle. Seit 1974 wird von dem Verein für Lautere Heilmittelwerbung eine systematische Werbenachkontrolle durchgeführt und die Ergebnisdokumentation jährlich der Öffentlichkeit übergeben.

Wie man sieht, hat die Heilmittelindustrie also bereits frühzeitig die Risiken derjenigen Medikamente erkannt, die für eine Selbstmedikation in Frage kommen.

Dieses Verantwortungsbewußtsein muß auch in Zukunft anhalten. Jedes einzelne Unternehmen ist hierbei aufgefordert, nicht aus der kollektiven Solidarität auszuscheren.

Leider sind heute ins Detail gehende Informationen über die Struktur des Marktes für Selbstmedikation nicht verfügbar. Genauere Daten über mögliche Verlagerungseffekte von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zur Selbstmedikation wären wünschenswert. Ebenso fehlen den Gesundheitspolitikern Untersuchungen darüber, inwieweit die gesetzliche Krankenversicherung durch die Selbstmedikation – nicht nur im Arzneimittelbereich – entlastet wird. Hier wird die Erfahrung mit der Negativliste genaueren Aufschluß geben. Selbstmedikation ist der Ausdruck wahrgenommener Selbstverantwortung der Patienten. Sie verlangt viel Verantwortungsbewußtsein von Patient, Apotheker und pharmazeutischer Industrie. Sie ist *aus dem System der Gesundheitsfür*sorge und -vorsorge nicht mehr wegzudenken, denn sie ist so alt wie unser Wissen um die Heilwirkung von Kräutern. Ihre Bedeutung für mündige Bürger wird sie auch in Zukunft behalten.

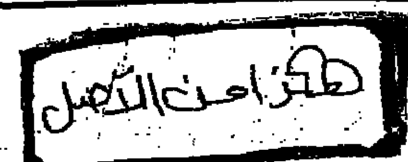
IRMGARD ADAM-SCHWAETZER



FOTO: CENTER PRESS

Ein neues Medikament ist ein Glückstreffer

Ein *Glückstreffer ist heute für die* pharmazeutische Forschung die Entdeckung eines neuen Medikaments. Von 8000 bis 10 000 neu synthetisierten Substanzen entspricht nur eine den Anforderungen an Wirksamkeit und Sicherheit, die an ein Medikament gestellt werden. Ist ein neuer Wirkstoff gefunden, sind durchschnittlich sieben weitere Jahre erforderlich, ihn zu einem fertigen Arzneimittel zu entwickeln. Rund 2,2 Milliarden Mark wendete die pharmazeutische Industrie in der Bundesrepublik für 1982 für Forschung und Entwicklung auf. Für die forschenden *Unternehmen sind das bis zu* vierzehn Prozent des Umsatzes. Allein die Neueinrichtungen eines Arbeitsplatzes für einen akademischen Forscher kostet zwischen 500 000 und 600 000 Mark. Insgesamt beschäftigt die Branche 5000 Naturwissenschaftler und Mediziner. Übrigens: Auch nach der Einführung einer neuen Arzneimittelspezialität sind weitere Forschungsarbeiten notwendig, z. B.: Erfassen, Auswertung und Prüfung von Nebenwirkungsmeldungen oder pharmakokinetische und spezielle toxikologische Prüfungen nach dem neuesten Stand der Wissenschaft.



Die Skepsis gegen die Schulmedizin wächst. Immer mehr Patienten greifen bei leichten Befindlichkeitsstörungen ohne Arztbesuch zum Medikament

Aus der Sicht des Mediziners: Selbstbehandlung ja – aber . . . Sieben Regeln für die Arznei-Therapie ohne „Doktor“

Bei Patienten, aber auch bei jüngeren Ärzten wächst, nach Jahrzehnten ausgeprägter Naturwissenschaftsgläubigkeit, die Skepsis gegenüber der Schulmedizin und ihren Möglichkeiten, Gesundheit zu erhalten und wiederherzustellen. Durch die Grenzen moderner diagnostischer, technisch meist aufwendiger und kostspieliger Verfahren und nicht zuletzt durch die „Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ wird deutlich, daß die Verantwortlichkeit für Gesundheit nicht überwiegend delegiert werden kann.

Mit der Selbstmedikation als einer Möglichkeit der Selbstbehandlung im Krankheitsfall übernimmt ein Patient Selbstverantwortung, d. h., er sollte sich für die von ihm getroffenen Entscheidungen als kompetent erachten. Kompetenz resultiert aus Wissen und Erfahrung. Erfahrung aber kann nur sehr begrenzt weitergegeben und gelehrt werden; man muß sie selbst sammeln. Sammeln von Erfahrung braucht Zeit, Zeit zur Auseinandersetzung mit oft komplexen Sachverhalten.

Das Wissen der Patienten über die Art bestehender Erkrankungen ist meist unzureichend. Während symptomreiche Beschwerden vom Kranken oft bevorzugt als Diagnosen genannt werden, da sie sein Alltagsverhalten stark beeinträchtigen, finden sich chronische organische Erkrankungen vernachlässigt. Letztere jedoch sind für die Prognose des Betroffenen von wesentlicher Bedeutung. Eine Gruppe von Befindensstörungen läuft beim Patienten unter dem Begriff „einfache Beschwerden“. Diese werden ganz überwiegend durch Selbstbehandlung therapiert. Es ist nötig, daß auch der behandelnde Arzt darüber informiert ist, um den Patienten auf die Gefahren entsprechend der Intensität und Dauer der Behandlung hinweisen zu können. Wichtige Informationen über Selbstmedikation werden z. B. auch im Buch von Prof. P. Lüth „Das Medikamentenbuch für den kritischen Verbraucher“ vermittelt.

Die Selbstmedikation und die geübte Kompetenz des Patienten hierbei lassen sich direkt durch Befragung und Analyse der Hausapotheken und indirekt durch die Verbrauchsstatistiken von Apotheken erfassen. Je nach Alter der Patientengruppen dominieren bei den selbsttherapierten Beschwerden Erkrankung des Bewegungsapparates, Erkältungskrankheiten, Kopf- und Magenschmerzen sowie Schlafstörungen.

Vor der Selbstbehandlung sollte auch beim Patienten eine Selbstdiagnose stehen. Handelt es sich um eine Therapie ohne Diagnose, so sollten die therapeutischen Maßnahmen eine weitere Klärung des Beschwerdebildes nicht behindern. Patientendiagnosen orientieren sich oft nur an einem Symptom. Das erfolgreich therapierte Beschwerdebild eines Verwandten oder Bekannten muß nicht notwendigerweise durch die gleiche Krankheit bedingt sein, d. h., Erfahrungen anderer sind nur selten direkt übertragbar. Hinter chronischen Kopfschmerzen z. B. kann sich eine Entzündung oder Neubildung verbergen. Langanhaltende Magenschmerzen mit Pulvern, Tropfen und Tabletten zu behandeln kann ein chronisches Magengeschwür mit der Gefahr zu maligner Entartung überdecken. Vordringliche Aufgabe ist es deshalb, Selbstmedikation im Interesse der Sicherheit der Patienten zu begrenzen.

Klare Begrenzung der medikamentösen Maßnahmen

Bei Betrachtungen der Selbstmedikation durch den Arzt überwiegen meist medizinische Gesichtspunkte; für den Patienten besonders dominierende psychologische Aspekte sind dabei oft vernachlässigt. Dies nützen in Einzelfällen biochemisch und pharmazeutisch nicht wissenschaftlich arbeitende Firmen für ihre Präparate. In der Werbung dafür werden überwiegend Wunschvorstellungen des Patienten angesprochen, in denen fast jeder von ihnen im umfangreichen Indikationenkatalog einige persönliche Anwendungsmöglichkeiten angesprochen sieht. Zudem wird meist vermerkt, daß die Präparate nebenwirkungsfrei sind.

Zum therapeutischen Erfolg gehört neben der Bereitschaft zur Kooperation nicht nur der Glaube des Patienten an eine medikamentöse Verordnung, sondern auch an die Diagnose und damit an den Arzt und Therapeuten. Der Arzt sollte die Selbstmedikation des Kranken als Fähigkeit zur Eigenverantwortlichkeit begrüßen und diese in seine therapeutischen Überlegungen integrieren. Dies setzt seinerseits die Bereitschaft der Zusammenarbeit mit dem Patienten voraus und bedeutet das Erklären diagnostisch-therapeutischer Zusammenhänge und Notwendigkeiten.

So ist es bedeutsam, den Patienten über die verschiedenen Arten einer medikamentösen Therapie zu informieren:

1. die kurz dauernde, genau dosierte Einnahme von Medikamenten, z. B. bei der Kausaltherapie bakterieller Infektionen.

Hierzu gehört auch das Verordnen von Antibiotika und Chemotherapeutika, die der Arzt überwachen muß. Die Beimengung solcher Substanzen zu frei verkäuflichen Lutschtabletten gegen Halsschmerzen ist Unfug, denn die Resistenzbildung von Bakterienstämmen und ein Rezidiv von Erkrankungen, wie bei Harnweginfekten und eitrigen Halsentzündungen, ist häufig Folge einer falschen, zu kurz dauernden oder zu niedrig dosierten Therapie mit Antibiotika.

2. die regelmäßige Langzeit- und Dauertherapie, z. B. bei Bluthochdruck, Herzinsuffizienz, aber auch die Substitutionstherapie mit Insulin und Hormonen.

Wegen der Gefahr von Folgeerkrankungen, Stoffwechsel- und Kreislaufkomplikationen und -entgleisungen gehört auch diese Therapieform ganz überwiegend in ärztliche Kontrolle.

3. die Intervall- oder Palliativtherapie zum Beseitigen akuter, kurz dauernder Symptome, z. B. bei Erkältungskrankheiten, Kopfschmerzen oder anderen Schmerzzuständen.

Dieser Bereich ist Domäne der Selbstmedikation. Er bedarf im Interesse des Patienten einer klaren Begrenzung und Sicherung der medikamentösen Maßnahmen.

Selbstmedikation in diesem Sinne wird als Selbstbehandlung durch dafür bestimmte vorgefertigte Arzneimittel mit lange bekannten Substanzen und niedriger Toxizität in Form gleichbleibender Markenartikel verstanden. Gleichzeitig ist vom Patienten der Erwerb notwendiger Kenntnisse und Verhaltensweisen erforderlich, der in Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Apothekern und der Arzneimittelindustrie erfolgen sollte. So muß z. B. der Gewöhnung, Abhängigkeitsbildung oder gar Sucht begegnet werden.

Nur gezielte Therapie verspricht Erfolg

Auf die negativen Folgen inkompetenter Selbstmedikation hat Prof. J. von Troschke hingewisen. Während ein unterlassener Arztbesuch zur Verschleppung von Krankheiten führen kann, *verursacht der überflüssige* Arztbesuch unnötige Kosten. Zu lange unangemessene Behandlung kann in Einzelfällen zu Medikamentenabhängigkeit führen, zu kurze Therapie oder eine solche mit falschen Mitteln Verschleppung von Krankheiten oder Schädigung des Organismus. Bei zu hohen Dosen medikamentöser Behandlung nimmt die Rate der Nebenwirkungen zu.

Zur Begrenzung und Sicherung der Selbstmedikation können deswegen sieben Regeln für den Patienten formuliert werden:

1. Vor der Selbstmedikation hat der Versuch einer Diagnose zu stehen: Das richtige Einordnen eines Beschwerdebildes sollte Voraussetzung der Selbstmedikation sein.

2. Niemals ein „beliebiges Medikament“ aus der Hausapotheke schlukken: Nur gezielte Therapie verspricht, erfolgreich zu sein.

3. Nicht mehrere Medikamente zur Selbstbehandlung gleichzeitig einnehmen. Bei mehreren Medikamenten können Wirksamkeit, Unwirksamkeit und Nebenwirkungen nicht dem einzelnen Präparat zugeordnet werden.

4. Beschwerden, die länger als zwei Wochen anhalten, sollten Anlaß zum Arztbesuch sein: Erfolglosigkeit der Selbstmedikation kann verschiedene Ursachen haben; wichtig ist es, chronische Schädigungen zu vermeiden.

5. Zurückhaltung mit Selbstmedikation ist geboten bei erstmalig auftretenden Beschwerden: Nichtalltägliche Befindensstörungen weisen häufig auf ernstere Erkrankungen hin.

6. Jedes Beschwerdebild sollte mit einer möglichst niedrigen Dosis eines Medikaments behandelt werden: Das Prinzip „Viel hilft viel“ birgt die Gefahr zusätzlicher und neuer Beschwerden durch Nebenwirkungen in sich.

7. Von der Selbstmedikation ausgeschlossen sind prinzipiell Bewußtseinstrübungen und -störungen, Lähmungen, erstmals auftretende Herzrhythmusstörungen, unklare Schmerzzustände im Brust- oder Bauchraum und alle Beschwerden während der Schwangerschaft: Andere als sog. „Alltagsbeschwerden“ müssen umgebend einer qualifizierten Diagnostik durch den Hausarzt zugeführt werden.

Partnerschaft zwischen Patient und Arzt

Welche Hilfen kann der Arzt dem Patienten bei der Selbstmedikation als Ausdruck der Eigenverantwortlichkeit geben? Oft betreffen Fragen an den Arzt die Informationsbeilage von Arzneimitteln. Sie sollten über Zusammensetzung, Wirkungsweise, Anwendbarkeit, Dosierung, Nebenwirkungen und Unverträglichkeit ebenso informieren wie über die Haltbarkeit. Das Aufzählen zahlreicher, auch nur selten auftretender Nebenwirkungen verunsichert die Präparateeinnahme. Dem Arzt obliegt die Aufgabe, den Patienten über die richtige Einschätzung der Angaben zu informieren und mit ihm Nutzen und Risiko jeder Medikation abzuwägen. Aus Sorge um Arzneimittelinteraktionen fragt der Patient oft vor einer geplanten Selbstmedikation seinen Hausarzt um Rat. Die positive Aufnahme dieses Vertrauensangebots ist ein Schritt zur Partnerschaft zwischen Patient und Arzt im diagnostisch-therapeutischen Prozeß. Die aktive Mitarbeit des Patienten stellt eine optimale Voraussetzung zum Therapieerfolg dar. Zuhörenkönnen und das differenzierte Verständnis für den Kranken sind beim Arzt notwendige Voraussetzungen. Die Teilnahme an Balint-Gruppen z. B. ist geeignet, dafür zu sensibilisieren und Erfahrungen zu erwerben.

Was ist eine Bagatelle und dennoch Erkrankung?

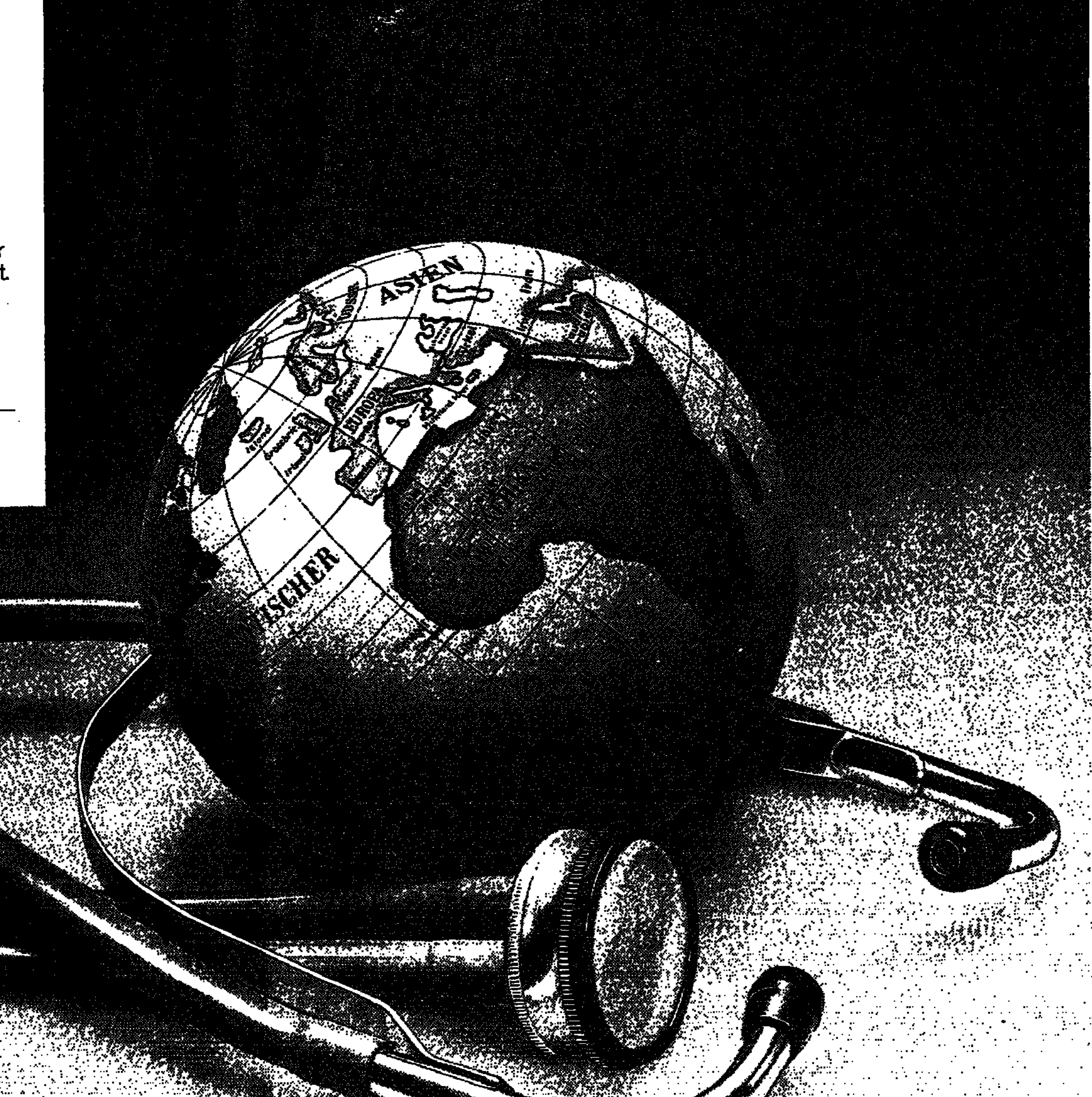
Seit dem 1. April 1983 existiert eine sog. Negativliste für bestimmte Arzneimittel. Eine Patienteninformation hierzu verwendet den Begriff der Befindlichkeitsstörung. Andere Berufsgruppen arbeiten mit der Bezeichnung Bagatellerkrankung. Während eine Befindlichkeitstörung eine Krankheit sein muß, ist der Begriff der Bagatellerkrankung wissenschaftlich nicht definiert oder abgegrenzt. Was ist eine Bagatelle und dennoch Erkrankung? Und für wen? Welche subjektiven Angaben und Beschwerden des Patienten stehen den objektiv zu erhebenden Befunden des Arztes gegenüber? Noch liegen keine klaren Antworten zu diesen Fragen vor.

Unter Bagatellerkrankungen werden grippale Infekte, Nasen- und Rachenkatarrhe, aber auch Obstipation und Reisekrankheit verstanden. Nach einer demoskopischen Untersuchung sind Patienten bereit, sich auch ohne Arzt zu helfen bei Kopfschmerzen, Magenverstimmung, Verstopfung, Ermüdung und Erschöpfung, Appetitlosigkeit, Nervosität sowie Schlaflosigkeit. Verantwortung übernimmt der Patient vor allem mit einem abwartenden Offenlassen der Diagnose. Der in der Allgemeinmedizin geprägte Begriff versteht darunter den zeitweiligen Verzicht auf weitergehende Diagnostik einer Befindensstörung, um durch Verlaufsbeobachtung eine Klärung herbeizuführen. Die Problematik beinhaltet das Erkennen abwendbarer gefährlicher Krankheitszustände und -verläufe, d. h. das Auffinden einer dringend behandlungsbedürftigen Erkrankung aus einer Gruppe primär gleichartig und ungefährlich erscheinender Befindensstörungen.

Immer häufiger werden durch aufwendige Diagnostik bei immer mehr Menschen immer mehr Krankheitszeichen ohne Krankheitswert festgestellt. Dies wird verdeutlicht durch den Satz: „Ein Gesunder ist ein Mensch, der nicht ausreichend untersucht wurde.“ Die verantwortlich durchgeführte Selbstmedikation des Patienten, die Sicherheit und Grenzen hinreichend berücksichtigt, bereichert deshalb in sinnvoller Weise unser Gesundheitssystem. Sie erfordert die partnerschaftliche Zusammenarbeit des gesundheitsbewußten Bürgers mit seinem Hausarzt. Aus- und Weiterbildung der Mediziner haben diesen Gegebenheiten hinreichend nach Inhalt und Methoden Rechnung zu tragen.

PROF. K. JORK

Impressum
Redaktion: Peter Jentsch, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452



Freiverkäufliche Arzneimittel machen bereits ein Viertel des Apothekenumsatzes aus

Von 910 „Kranken“ behandeln sich 546 selbst, 364 gehen zum Arzt

Unter Selbstmedikation im engeren Sinne versteht man die Selbstbehandlung mit Arzneimitteln bei Zuständen, bei denen aus der Sicht des Patienten keine Krankheit im eigentlichen Sinne vorliegt. Zweck dieser Selbstmedikation ist die Normalisierung gestörter oder vermeintlich gestörter Funktionsabläufe des Körpers. Dabei kommen in erster Linie nicht verschreibungspflichtige, apothekenpflichtige oder auch freiverkäufliche Arnzneimittel für die Therapie in Frage, die sich der Patient ohne ärztliche Konsultation auf eigene Kosten in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern sowie in Verbrauchermärkten besorgen kann.

Daß der Selbstmedikation im Rahmen medikamentös-therapeutischer Maßnahmen ein recht hoher Stellenwert zukommt, belegt die Tatsache, daß die freiverkäuflichen Medikamente etwa 20–25 Prozent des Umsatzes der Apotheken ausmachen. Mißbefindlichkeiten und leichte Gesundheitsstörungen, die zur Selbstmedikation Veranlassung geben, sind relativ häufig. So führt schätzungsweise jeder Mensch (im statistischen Mittel) während seines Lebens ca. 1600 Selbstbehandlungen durch, ohne einen Arzt konsultiert zu haben.

Nach statistischen Erhebungen hatten von 1000 Bürgern der Bundesrepublik 910 gesundheitliche Beschwerden, 546 behandelten sich selbst, 229 gingen zum Hausarzt, 135 zum Facharzt, und 161 wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Untersucht man die Verteilung der zur Selbstmedikation verwendeten Arzneimittel nach der Art der behandelten Beschwerden, so stehen an der Spitze die Schmerzmittel mit 21 Prozent, Husten- und Erkältungsmittel an zweiter Stelle mit 18 Prozent. Es folgen Tonika mit acht Prozent, Abführmittel mit sieben, Hautmittel mit sieben Prozent, Herz- und Kreislaufpräparate mit sechs Prozent, Schlaf- und Beruhigungsmittel mit vier Prozent, Magenmittel mit vier Prozent und Vitaminpräparate mit vier Prozent. Die übrigen Beschwerden dekken 18 Prozent der freiverkäuflichen Arzneimittel ab.

Unter den zur Selbstmedikation verwendeten Arzneimitteln spielen pflanzliche Naturstoffe oder aus Pflanzen gewonnene Wirkstoffe eine besondere Rolle. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß sich in der Bevölkerung ein neues Gesundheitsbewußtsein mit der allgemeinen Hinwendung an „natürliche Heilmittel“ zu entwickeln beginnt, und zum anderen darauf, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, mit wissenschaftlichen Methoden die Wirksamkeit, d. h. den Heilwert am Kranken für zahlreiche, seit langen Zeiten in der Volksmedizin verwendete Pflanzen beziehungsweise der aus ihnen isolierten Wirkstoffe nachzuweisen.

Diese Phase der Rückbesinnung auf das therapeutische Potential der Natur, *das wir heute im Zeichen der* Grünen Welle erleben, birgt aber auch erhebliche Gefahren. So herrscht vor allem unter Laien die Auffassung, pflanzliche Mittel seien grundsätzlich gesund, verträglich und unbedenklich, während die aus chemischen Rohstoffen hergestellten „künstlichen“ Arzneimittel oder Chemotherapeutika überwiegend als gesundheitsschädlich, unverträglich und gefährlich einzustufen wären.

Daß eine solche Einteilung falsch ist, zeigt das Beispiel all der Pflanzen, in denen hochgiftige Stoffe enthalten sind, wie der Fingerhut (Digitalis), die Tollkirsche (Atropin), die Herbstzeitlose (Colchicin) und der Schlafmohn (Morphium), um nur einige zu nennen. Diese Gifte erweisen sich jedoch in entsprechend niedriger Dosierung als außerordentlich wirksame Arzneimittel, die aus der modernen Arzneimitteltherapie nicht mehr wegzudenken sind.

Weithin unbekannt ist auch die Tatsache, daß pflanzliche Naturstoffe ca. 40 Prozent des Weltumsatzes von Pharmaprodukten ausmachen. In manchen Bereichen, zum Beispiel bei den Antibiotika und bei den Abführmitteln (Laxantien) werden sogar bis zu 90 Prozent der Mittel aus Pflanzenprodukten hergestellt.

Die Phytopharmaka lassen sich einteilen in solche mit starker, sehr schnell einsetzender Wirkung wie beispielsweise Digitalis zur Behandlung von Herzfunktionsstörungen, Morphium zur Schmerzbekämpfung, Colchicin zur Behandlung des akuten Gichtanfalls und Antibiotika zur Therapie bakterieller Infektionen, und in solche mit milder Wirkung, die sogenannten Mite-Phytopharmaka.

Bei akuten und schweren Erkrankungen sind die stark wirkenden Phytopharmaka ebenso wie die entsprechend wirkenden Chemotherapeutika die vom Arzt zu verordnenden Mittel der Wahl. Da sie in ihrer Mehrzahl nur eine sehr geringe therapeutische Breite besitzen, d. h., daß bereits eine geringe Überschreitung der therapeutisch wirksamen Dosis zu erheblichen Nebenwirkungen führt, sind sie zur Selbstmedikation nicht geeeignet. Dagegen besitzen die Mite-Phytopharmaka eine große therapeutische Breite und sind weitgehend nebenwirkungsfrei. Sie eignen sich daher in besonderem Maße zur Selbstmedikation bei Befindlichkeitsstörungen (Schlafstörungen, vegetative Dystonie, Erschöpfungszustände, Kopfschmerzen, Magenbeschwerden) und leichten Erkrankungen (Schnupfen, Erkältung, Husten).

Als Beispiele einer sinnvollen Selbstmedikation seien aufgeführt: der Einsatz von Baldrian, Melisse und Hopfen bei Schlaflosigkeit und Einschlafstörungen, von Lavendel, Melisse und Rosmarin bei vegetativer Dystonie, von Kamille und Pfefferminze bei Magenbeschwerden, von Fenchel und Kümmel bei Blähungen, von Heidelbeeren und schwarzen Johannisbeeren bei Durchfall, von Hagebutte, Holunder, Lindenblüten und Melisse bei Erkältungen und von Anis, Fenchel, Schlüsselblume und Thymian bei Husten.

Schließlich sei noch auf die Bedeutung der Phytopharmaka als Vorbeugemittel hingewiesen. Auch diese Anwendung von Phytopharmaka gehört in den Bereich der Selbstmedikation. Die naturwissenschaftliche Medizin kennt Prävention nur als Vorbeugung gegen eine definierbare Krankheit, mit deren Auftreten häufig und unter berechenbaren Umständen zu rechnen ist, zum Beispiel in Form der Malariaprophylaxe und der Impfung gegen bestimmte Krankheiten wie Tuberkulose, Diphtherie und Pocken. Die meisten Krankheiten aber haben mehr als eine Ursache.

Ein ganz wesentlicher Faktor für die Entstehung einer Krankheit ist der Zustand der körpereigenen Abwehr, auch als Immunsystem bezeichnet, die unter normalen Bedingungen Krankheitserreger aus dem menschlichen Körper zu eliminieren vermag. Bei geschwächter oder nicht hinreichend aktivierter körpereigener Abwehr erkrankt der Organismus. Substanzen mit immunstimulierenden Eigenschaften sind in einer Reihe von Pflanzen enthalten, so zum Beispiel in der Mistel, dem Sonnenhut und dem Ginseng. Auch bestimmte Polysaccharide aus Pilzen, Algen und Flechten wirken immunstimulierend. Der Einsatz derartiger Phytopharmaka ist als vorbeugende Maßnahme nur sinnvoll, wenn sie über einen längeren Zeitraum *erfolgt*.

Natürlich können sich hinter den hier angesprochenen Mißbefindlichkeiten auch ernstere Erkrankungen verbergen. So ist denn auch die mögliche *Fehldeutung* von *Frühsymptomen* ernster Krankheiten durch den medizinisch nicht gebildeten Laien das Hauptargument von Ärzten gegen die Selbstmedikation. Da möglicherweise durch die Selbstmedikation Symptome ausgeschaltet werden, ohne gleichzeitig die Ursache zu beseitigen, sollte die Selbstmedikation zeitlich begrenzt und, falls nicht innerhalb einer angemessen kurzen Zeit die Beschwerden abklingen, unbedingt ein Arzt aufgesucht werden.

Der Gesetzgeber hat durch die Herausnahme von Arzneimitteln zur Behandlung von sogenannten Bagatellerkrankungen aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen (Negativliste) dem Bürger ein erhebliches Maß an Eigenverantwortlichkeit für seine Gesundheit auferlegt.

Gleichzeitig aber ergeht an die für das Gesundheitswesen verantwortlichen staatlichen Stellen die Forderung, in Zusammenarbeit mit Ärzten und Apothekern das selbstverantwortliche Bemühen des Bürgers um seine Gesundheit durch sachdienliche Information zu unterstützen. Der Appell richtet sich aber auch an die Medien, bei der Berichterstattung über Gesundheitsfragen ganz besondere Sorgfalt walten zu lassen und sich ihrer großen Verantwortung bewußt zu sein.

PROF. HANS D. REUTER



Immer mehr Menschen kurieren Bagatellen selbst FOTO: JUPP DARCHINGER

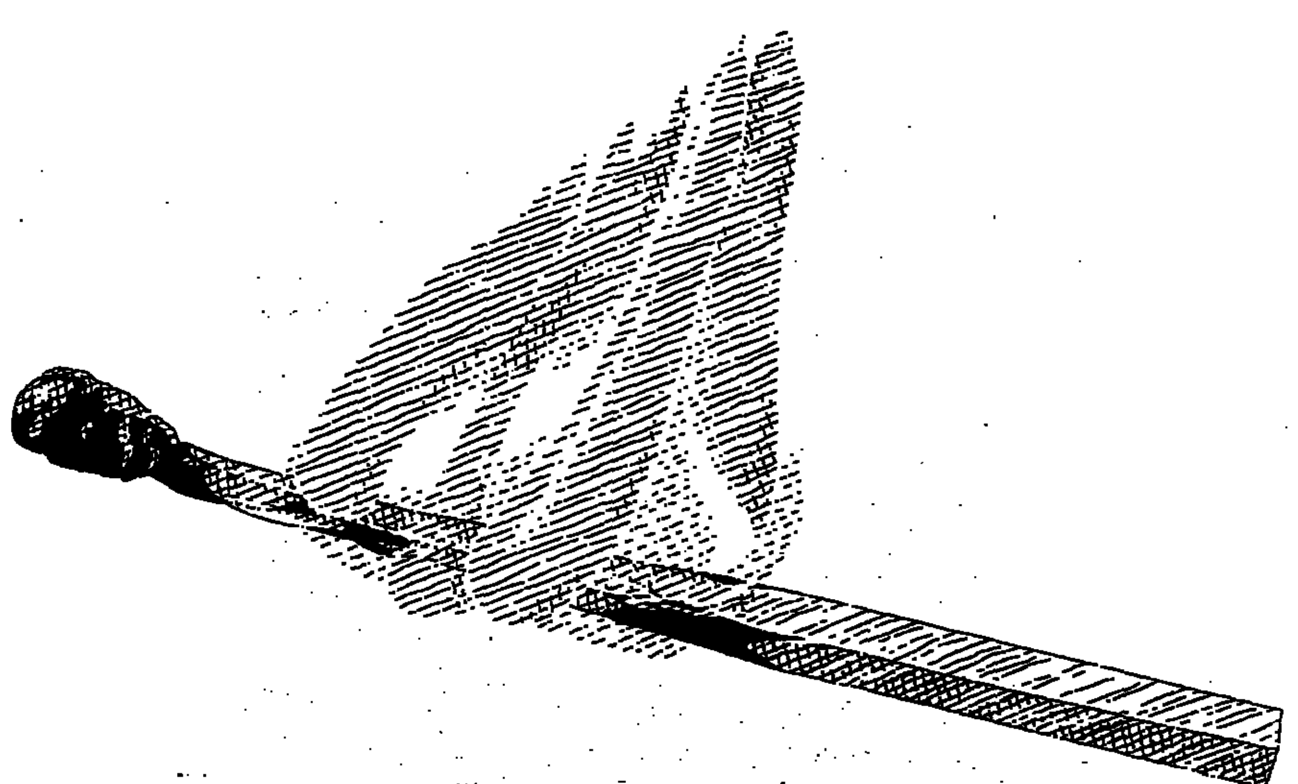


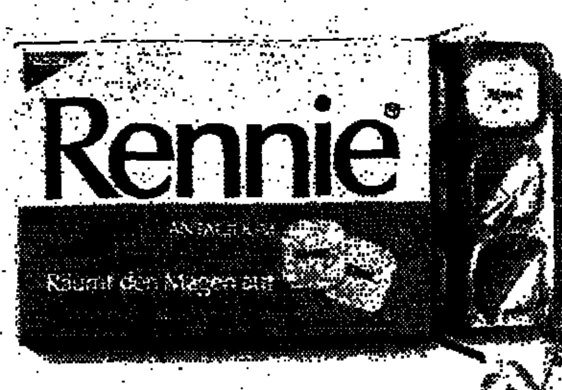


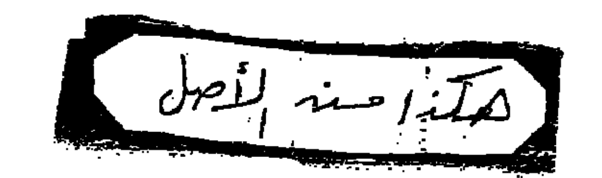












Zielt die Kampagne gegen die Werbung für Tabletten auf eine „schwache Stelle" der Marktwirtschaft? – Ein Werbeverbot kann Mißbrauch nicht verhindern

Die Heilmittelwerbung wendet sich nicht an Konsumidioten, sondern sie will das Gesundheitsbewußtsein stärken

Das Bemühen, den gesundheitsbezogenen Ansprüchen des einzelnen in demjenigen Grade zu entsprechen, der nach den heute gegebenen wissenschaftlichen, technischen und institutionellen Möglichkeiten der Medizin erreichbar ist, hat unsere Gesellschaft in finanzielle Belastungen hineingeführt, die mit Recht als „Kostenexplosion" bezeichnet worden ist.

Bei gleichbleibendem Wachstum der hier aufzuwendenden Mittel wird in weniger als zehn Jahren das gesamte Bruttosozialprodukt erforderlich sein, um diese Ansprüche weiterhin im zugesagten Ausmaß zu erfüllen. Die hier für alle sichtbaren Grenzen der Belastbarkeit machen eine rasche und umfassende Neuorientierung unabweisbar.

Aber auch im Rahmen eines realistischen Denkens muß anerkannt werden, daß die Menschen der modernen Gesellschaft jede Zurückweisung ihrer Ansprüche auf staatliche Garantien für die Erhaltung und Wiederherstellung ihrer persönlichen Gesundheit mit schweren Enttäuschungen und Frustrationen quittieren.

Die großen Erfolge der Medizin in den letzten Jahrzehnten haben bei vielen Menschen noch größere Hoffnungen entstehen lassen. Aus diesen Hoffnungen wurden nach und nach Ansprüche an das staatliche Gesundheitswesen, deren Befriedigung als selbstverständlich gedeutet wurde. So ist es heute kaum noch möglich, den Auftrag der Medizin durch die drei Leistungen des Vorbeugens, des Heilens und der Rehabilitation zu beschreiben.

Vergegenwärtigen wir uns hier nur der Definition von „Krankheit" durch die WHO: In den Manifestationen dieser aktiven und einflußreichen Organisation wird jede Einschränkung des körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens als Krankheit definiert.

Dies ernst genommen aber würde bedeuten, daß sich der Auftrag der Medizin ausweitet auf die Behebung jeglicher Not, auf eine umfassende und vorsorgliche Lieferung von Glücksmöglichkeiten und eine ebenso umfassende und vorsorgliche Abwendung von Mißbehagen.

Es ist klar: In einer solchen Definition von „Krankheit" manifestiert sich eine Einstellung, in der die Gesellschaft dazu dient, „fun and safety" für alle zu produzieren. Zufall und Schuld, Schmerz und Schicksal, Leiden und Sterben als schwerwiegende Formen des Mißbehagens sollen zusammen mit Eigenverantwortlichkeit aus dieser Gesellschaft exmittiert werden.

Und wenn „Krankheit" sogar mit „sozialem Mißbehagen" identifiziert wird, so bedeutet dies, daß hier ein Übermaß an Verantwortung aufgebürdet wird. Die Medizin wechselt ihren Chrakter. Sie wird zum „health-care-system". Und es wird ihr Verantwortung zugeschoben für Familienplanung, Schwangerenfürsorge, Gebärhilfe und Mutterschutz. Sie unterstützt und orientiert Kinderaufzucht und -erziehung. Sie verhindert Überforderung und damit Mißbehagen in Schule und Universität, am Arbeitsplatz und in der Familie, und sie übernimmt zugleich die Lösung der auf diese Weise sich ergebenden Konflikte.

Und schließlich wird nicht nur das behagliche Leben für alle, auch die mißbehagensfreie Sterbebegleitung zum Auftrag einer Medizin, die sich nur noch am hedonistischen Ideal des Wohlbefindes als oberstem und letztem Wert orientiert.

Die „Health-care-organization" aber muß ihres weitreichenden Auftrages wegen auch gleich große Kompetenzen beanspruchen. Sie wird zu entscheiden haben, welche Entscheidung dem einzelnen Staatsbürger zumutbar und welche Information für ihn „verträglich" und erforderlich ist.

So ist es kein Zufall, daß diejenigen, die Auftrag und Kompetenz der Medizin dauernd ausweiten wollen, zugleich auch für Werbeeinschränkungen aller Art votieren.

Gefahr des Mißbrauchs kein Argument gegen den Gebrauch

So wurden bereits gegen Ende der 60er Jahre national wie international – insbesondere durch die Verbraucherverbände – Versuche eingeleitet, für die Heilmittelwerbung grundlegende Beschränkungen und Auflagen einzuführen, die im einzelnen nur sehr wenig Sinn haben. Eine dieser wenig sinnvollen Forderungen bezieht sich auf den Beipackzettel, der eine Vielzahl bedrohlicher und zugleich kaum verständlicher Informationen zu präsentieren hat, die zudem bei unterschiedlichen Heilmitteln gleichlautend auftreten.

Es wäre jedoch falsch, die Kritik an der Heilmittelwerbung, an der Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel oder die Kritik an Selbstmedikation isoliert zu sehen und zu diskutieren. Vielmehr gilt es, sich klarzu machen, daß die Initiativen gegen Heilmittelwerbung zeitlich genau parallel geschaltet waren mit Kampagnen gegen die Werbung für alkoholische Getränke oder für Zigaretten.

Es dürfte nützlich sein, sich diese gesellschaftspolitisch gut koordinierten Pläne und Initiativen noch einmal zu vergegenwärtigen, weil auch künftig mit verstärkten Interventionen in Werbung, Distribution und Ausbietform von Heilmitteln zu rechnen ist. Dabei werden die Vorwürfe und wird der Mißbrauchverdacht sehr ähnlich demjenigen sein, der sich beispielsweise gegen Werbung für alkoholische Getränke richtet.

Eine Vielfalt von Erfahrungen macht deutlich, daß es sich bei den Kampagnen gegen Alkohol-, Zigaretten- oder Tablettenmißbrauch nicht um die gesellschaftlichen und gesundheitlichen Probleme ihres Konsums allein handelt. Vielmehr werden hier gewissermaßen „Vorhutgefechte" durchgeführt, die nach Meinung der Angreifer auf „schwache Stellen" der Marktwirtschaft gezielt sind.

Schon jetzt aber läßt sich eindeutig sagen, daß Werbeverbote den Mißbrauch von Genußmitteln oder Tabletten nicht verhindern werden. Entsprechende Erfahrungen liegen bereits in großem Umfang vor. Und noch etwas: die Gefahr des Mißbrauchs kann kein ernsthaftes Argument gegen den Gebrauch einer Sache oder einer Möglichkeit sein. Wollte man Mißbrauchmöglichkeiten tatsächlich ausschließen, so müßten zusammen mit Medikamenten auch Taschenmesser, Hämmer, Beile, aber auch Kraftfahrzeuge und sogar Obst und Gemüse verboten werden.

Die Häufigkeit von Mißbrauch aber steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem normalen Verbrauch beispielswese von Heilmitteln oder auch von alkoholischen Getränken.

Betrachten wir kurz das parallele und besonders „offene" und instruktive Beispiel des angeblich durch Werbung bedingten Mißbrauchs von Alkohol und die Erfolge von Werbeverboten. Hier kann gesagt werden:

- Alkoholismusprobleme gibt es besonders gravierend in Ländern, in denen keine Werbung betrieben werden darf oder in denen Wirtschaftswerbung wegen der Rückständigkeit des Landes weitgehend ungebräuchlich ist.
- Die Annahme, daß durch Werbung süchtiger Alkoholismus erzeugt werde, wird durch die Tatsache widerlegt, daß die wirklichen Rauschdrogen ihre Verbreitung ohne jede Werbung gefunden haben.
- Die Behauptung, daß Werbeverbote den Konsum von Genußmitteln senken, ist unter anderem deshalb nicht zutreffend, weil Länder mit intensivierter und teilweise aggressiver Genußmittelwerbung keine Erhöhung des Alkoholabsatzes erfahren haben.
- Trotz nicht unbeträchtlicher Werbeaufwendungen für alkoholische Getränke ist der Alkoholkonsum in der Bundesrepublik niedriger als in den Ostblockländern: Der Pro-Kopf-Verbrauch an reinem Alkohol betrug 1976 bei uns 12,22 Liter. In der Sowjetunion dagegen 18 Liter (ein Drittel mehr ohne Wirtschaftswerbung) sowie in Polen 17,2 Liter.

Angesichts der dauernden Interventionsbereitschaft bezüglich der Heilmittelwerbung gilt es hier, sachlich und nüchtern nach den Aufgaben, der Reichweite, den Grenzen von Werbung zu fragen.

Im einzelnen kann gesagt werden: Werbung erzielt durchaus Wirkungen auf das menschliche Verhalten. So kann Werbung neue Produkte bekannt machen, und Werbung kann auch den Normalkonsumenten veranlassen, aus gegebenem Anlaß eine neue Marke zu erproben. Damit werden gesamthaft gesehen Marktanteile verschoben. Im hier interessierenden Falle informiert Publikumswerbung über die Möglichkeit der Lösung persönlicher Probleme, die sich durch aktuelle Befindlichkeitsstörungen ergeben.

Dieser Effekt ist Ziel und Aufgabe der Werbung auch für Heilmittel. Jedoch vermag Werbung nicht auf „geheime Verführer" zu setzen, die beispielsweise aus dem wohlgelaunten, selbstbewußten und selbstsicheren Jugendlichen einen süchtigen Konsumenten rezeptfreier Heilmittel macht, der mit diesen Mitteln dann sein Auslangen bald nicht mehr findet und – so ist die teils offen deklarierte und teils nur angedeutete Folge der gehaßten Heilmittelwerbung – dann beim Alkohol und anderen Problemlösern landet. Schließlich sei der Griff zur Spritze und zu den harten Drogen nur der logische Endpunkt dieses Weges, der mit der Werbung für Heilmittel begonnen habe.

Normale Menschen haben Selbstachtung, Hemmungen und Werte, die Selbstauslieferung an Tablettenmißbrauch oder gar an Suchtmitteln verhindern. Dies auch durchaus im Falle einer Versuchungssituation, gegenüber Verführungsversuchen durch andere oder unter dem angeblichen „Druck" von Fernsehspots oder Anzeigen. Darum macht Werbung auch niemanden zu einem abhängigen und hemmungslosen Verbraucher rezeptfreier Kopfschmerzmittel oder zu einem pathologischen Trinker. Ebensowenig vermag Werbung umgekehrt den aus Gründen seiner Persönlichkeit gegenüber Frustrationen widerstandslosen Menschen davon abzuhalten, die ihn jeweils durchgreifendste, weil persönlichkeitsstrukturell am besten „passende" Entlastung zu suchen und zu finden.

Hohe Einführungs-Mißerfolge bei Produkt-Innovation

Allgemein aber gilt: Werbung vermag keineswegs „vorsätzlich" neuartige Motive zu erfinden und dann „einzuführen". Sie vermag jedoch latente Bedürfnisse bewußt zu machen und gegenüber real angetroffenen oder in der Werbung präsentierten Angeboten in ein Informations-, Vergleichs- und Erprobungsverhalten zu transformieren. Erweist sich das angebotene Produkt oder die beworbene Dienstleistung als bedürfnisadäquat, so können sich auf diese Weise auch neue bedarfsgerechte Präferenzen herausbilden.

Wie schwierig und wie selten das Werbeziel der Annahme neuer Produkte sowie in der Folge dann auch des Aufbaus neuer Konsumgewohnheiten zu erreichen ist, wird an der Tatsache deutlich, daß Produktinnovation gerade im Bereich alltagsnaher Produkte mit Einführungsmißerfolgen von über 90 Prozent zu rechnen haben.

Demgemäß kann gesagt werden:

- Werbung kann Verhaltensweisen beeinflussen. Dies jedoch nur bis zu den Grenzen, die das Wertsystem der Zielpersonen der jeweiligen instrumentellen Kommunikation, ihr Selbstbild sowie ihre durch Erziehung jeweils geformte Verhaltensstruktur setzen.
- Die genaue Untersuchung der Richtung, der Reichweite und der Bedingungen von „Beeinflußbarkeit" läßt erkennen, daß etwa 20 Prozent der Menschen (oder eher mehr) durch Botschaften irgendwelcher Art nicht zu einer Änderung ihrer Meinungen, Überzeugungen oder Verhaltensmuster gebracht werden können.
- Und mehr als die Hälfte der Gegenmenge von 80 Prozent zeigt sich allein beeinflußbar durch die direkte Kommunikation mit Personen, denen Kompetenz und Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird (Meinungsführer).
- Aber auch diejenigen, bei denen Botschaften auf dem begünstigenden Hintergrund von Abwechslungsbedürfnis und Neophilie das Verhalten zu ändern vermögen, zeigen stets enge Grenzen und eine persönlichkeitsgebundene thematische Selektivität dieser Beeinflußbarkeit.

Dabei ist die thematische Selektivität der Persuasion und damit die Möglichkeit der Herbeiführung von Meinungswechsel und Präferenzwechsel im thematischen Bereich von Gesundheit besonders gering. Die hier wirksamen Normen und Überzeugungen sind in der Regel lebensgeschichtlich motiviert und daher fest in der Persönlichkeit verankert.

Aber schon die allgemeine Behauptung, jeder Mensch sei durch geeignete Kommunikationstaktiken willkürlich zu „manipulieren", weil er die Botschaften beispielsweise der Werbung oder politischen Agitation nicht auszuwählen und vernünftig zu prüfen und zu bewerten vermag, ist entweder weltfremd oder eine absichtsvolle Irreführung.

Angesichts der zunehmenden Agitation mit dieser Manipulationsthese haben wir zu fragen, wie die engagierten Werbekritiker den Menschen eigentlich sehen. Die Antwort auf diese wichtige Frage ist einfach und völlig eindeutig: Menschen erscheinen in dieser Sicht als innerlich leere Wesen, die passiv-rezeptiv alle Außenreize wahllos aufnehmen und wie Reflexmaschinen zu beantworten genötigt sind. Sie wollen, was man ihnen vorschreibt; sie denken, was sie sollen, und sie wünschen sich alles, was die „geheimen Verführer" ihnen suggestiv präsentieren.

Problematische Unterschätzung der Urteilskraft des Bürgers

Hier begegnen wir einem Menschenbild, das die Vorstellungen vom „triebhaften Psychopathen" und vom willenlosen Konsumidioten verallgemeinern und zur Regel machen will. Und auch hier wieder erweisen sich die Weltverbesserer in Wahrheit als Menschenverächter.

Die absichtsvoll verbreitete Botschaft, jeder Mensch könne durch Wirtschaftswerbung dazu gebracht werden, ein haltloser Tablettenkonsument zu werden, behauptet eine grenzenlose Verführbarkeit auf dem Boden einer aufs äußerste eingeschränkten Intelligenz und Entscheidungsfähigkeit.

Diese Betrachtung des Menschen aber ist kein skeptischer Realismus. Hier handelt es sich vielmehr um einen Täuschungsversuch, der dadurch annehmbar und schmackhaft gemacht werden soll, daß die daraus abgeleiteten Forderungen dem Gemeinwohl und dem hohen Ziel einer Anhebung des Standards der Volksgesundheit zu dienen vorgeben. Zugleich wird mit Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, daß sowohl der Verkünder als auch der Empfänger der Botschaft nicht zur Masse der willenlosen Konsumidioten gehören.

Ein solches Menschenbild und eine solche Dämonisierung von Massenkommunikation und Werbung schließt eine höchst problematische Unterschätzung der Verantwortlichkeit und der Urteilskraft des Staatsbürgers ein. Die Zielpersonen auch der Heilmittelwerbung sind keine Konsumidioten, die dauernder staatlicher Fürsorge, Betreuung und Lenkung bedürftig sind.

Die Mehrzahl der Staatsbürger in der industriellen Gesellschaft wünscht vielmehr, für sich selbst verantwortlich zu sein. Und die Selbstverantwortlichkeit bezieht sich bei einem großen Teil der Menschen völlig eindeutig auf den für sie zentralen hohen Zielwert der Gesundheit.

Selbstverantwortlichkeit für die eigene Gesundheit aber schließt die Fähigkeit ein, zu erkennen, in welchem Falle es sich um eine passagere Befindlichkeitsstörung handelt, die auf kurz dauernde Einflüsse oder auf aus dem Lebenszyklus heraus erwartbare Belastungen antworten, und wann es sich demgegenüber um Auseinandersetzungen des Organismus mit inneren oder äußeren Schädlichkeiten handelt, die die Intervention des Arztes, die Schonung und möglicherweise den Wechsel zur Krankenrolle erforderlich machen.

Ohne Zweifel kennt die übergroße Mehrzahl der Menschen sich selbst genug, um diese Entscheidung verantwortlich treffen zu können.

In diesem Falle ist Selbstbehandlung ein lebensgerechter Ausdruck von Eigenverantwortlichkeit. „Selbstbehandlung" heißt die Gesamtheit der Maßnahmen, die passagere und durch den Lebenszyklus bedingte Befindlichkeitsstörungen ausgleichen. Selbstbehandlung schließt Selbstmedikation ein. Selbstmedikation realisiert sich in unserer Gesellschaft dadurch, daß Heilmittel aus eigener Initiative eingenommen werden, die den gleichen Qualitäts-, Sicherheits- und Wirksamkeitsnormen unterliegen wie verschreibungspflichtige Arzneimittel.

Ohne Zweifel vermag öffentliche Werbung für Selbstmedikation dazu beitragen, das Gesundheitsbewußtsein zu stärken, Information über passagere und im Lebenszyklus bedingte Störungen der Befindlichkeit bekannt zu machen und eigenverantwortliche Initiative zum Schutz und zur Pflege der Gesundheit zu stärken.

Die in dieser Hinsicht erfolgreiche Werbung für Zahnhygiene ist ein Beispiel für Wirkungsmöglichkeiten, die sich auf diese Wese erreichen lassen.

Nach meiner Auffassung wird es eine der wichtigsten Aufgaben künftiger Heilmittelwerbung sein, die bisher nur bescheidenen Ergebnisse öffentlicher Gesundheitsaufklärung und -motivation wirksam zu flankieren und zu unterstützen. Hier ist zweifellos Kooperation im Interesse des Gemeinwohls notwendig.

Nicht zuletzt sollten die öffentlichen Medien häufiger und sachrichtiger als bisher auf Fragen der eigenverantwortlichen Sicherung von Gesundheit eingehen, statt immer erneut die Risiken zu schildern, die von einer „profitgierigen" Heilmittelindustrie zum Nachteil des arglosen Verwenders erzeugt werden.

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang der zynische und immer erneut unternommene Versuch, eine Assoziationskette zu knüpfen, die den Gebrauch harter Drogen auf den Nikotin- und Alkoholmißbrauch sowie auf Tablettenabhängigkeit zurückführt, die dann ihrerseits eine alleinige Folge profitorientierter Wirtschaftswerbung sein sollen.

Wirkliche Information statt bloßer Absatz-Stimulation

Zynisch muß diese Strategie genannt werden, weil es unmöglich ist, daß ihre Initiatoren nicht wissen, daß sowohl der Gebrauch harter Drogen ebenso wie die Häufigkeit von Alkoholkrankheiten in Ländern, die ohne Wirtschaftswerbung sind, entweder gleich hoch oder sogar höher ist.

Die Werbung für Heilmittel, die der Selbstmedikation dienen, wird stets die Notwendigkeit und Unersetzbarkeit des Arztes sichtbar zu machen haben. Gewissermaßen als Gegenleistung wäre von den Gesundheitsbehörden zu fordern, daß sie weit stärker als bisher dafür eintreten, daß „Informationen" und Meinungsäußerungen in den Printmedien und im Fernsehen, sofern sie für die Volksgesundheit bedeutsam sind, den Erkenntnissen medizinischer Wissenschaft entsprechen. Eine leistungsfähige und verantwortungsvolle Gesundheitserziehung wird der Öffentlichkeit überzeugend verdeutlichen, daß der frei praktizierende Arzt die zentrale Informations- und Beratungsfunktion gegenüber seinen Patienten zu übernehmen hat.

Publikumswerbung für Medikamente, die eigenverantwortlich zur Selbstmedikation verwendet werden, ist notwendig. Diese Werbung ist unbestreitbar mehr als die „bloße" Absatzstimulation. Eine solche Werbung ist vielmehr nur in dem Maße erfolgreich, in dem sie ihren Adressaten weiterführende Information vermittelt. Aus diesem Grunde darf solche Werbung auch nicht zum Diffamierungsanlaß werden. Vielmehr gilt es, die Anerkennung durchzusetzen, daß diese gesundheitsbezogene Werbung positive öffentliche Aufgaben übernimmt, Aufgaben, die von den staatlichen Instanzen in dieser Weise nicht gelöst werden bzw. nicht geleistet werden können. Eine verantwortungsvolle und informierende Werbung einerseits und eigenverantwortliche Selbstmedikation andererseits fordern und bedingen einander wechselseitig.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, die publikumsbezogene Werbung von Informationsauflagen zu befreien, die keinen realen Informationswert haben und deren Befolgung statt dessen Ratlosigkeit, Verwirrung und Furcht erzeugen.

PROF. O. W. HASELOFF

„Ausreisevisum" für Medikamente: Der Chargen-Freigabeschein nach der Qualitätskontrolle
FOTO: BOEHRINGER MANNHEIM

Selbstbehandlung ist normal – Patienten verhalten sich verantwortungsbewußt

Ginge jeder beim Schnupfen zum Arzt, wären die Krankenkassen schon pleite

Wenn Frau Maier Kopfschmerzen hat, greift sie in ihre Hausapotheke und nimmt eine Tablette. Auch Herr Jedermann geht mit seinem Schnupfen nicht zum Arzt, sondern kauft sich Nasentropfen in der Apotheke.

Wissenschaftler haben derartige Reaktionen auf Beschwerden und Störungen des Wohlbefindens als Selbstmedikation bezeichnet. Ärzte äußern dazu in der Regel eine kritische Meinung – als Experten für die Diagnose und The*rapie von Krankheiten müssen sie* der Selbstbehandlung von Laien ablehnend gegenüberstehen. Als Experten kennen sie genügend Argumente, die die Gefahren der Selbstmedikation belegen und die Notwendigkeit der Konsultation eines Arztes deutlich machen.

So veröffentlichte ein HNO-Professor im Deutschen Ärzteblatt einen Artikel, in dem er die Schwierigkeiten der Differentialdiagnose des Schnupfens beschreibt sowie die Gefahren einer unsachgemäßen Anwendung von Nasentropfen. Er kommt zu dem Schluß, daß er jedem Apotheker dringend empfiehlt, Kunden, die Nasen*tropfen kaufen wollen, zum Arzt* zu schicken.

Der Arzt sieht nur die Spitze des Eisbergs

Das ist vom Standpunkt des medizinischen Experten logisch gedacht. Unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten ist die Forderung freilich absurd: Unser Gesundheitssystem würde zusammenbrechen, wenn im Frühjahr und Herbst alle, die eine Erkältung haben, zu einem Arzt gehen würden.

Selbstmedikation ist nicht so gefährlich, wie Experten oft darstellen, weil die möglichen Gefahren statistisch gesehen relativ selten vorkommen. Deshalb ist es vernünftig, erst einmal davon auszugehen, daß es „nichts Ernsthaftes" ist. Darüber hinaus haben Untersuchungen gezeigt, daß sich medizinische Laien zumeist relativ verantwortungsbewußt verhalten: *Sie behandeln sich nur dann* selbst, wenn sie die Beschwerden kennen und über eigene Erfahrungen bei deren Behandlung verfügen. Wenn die Befindlichkeitsstörungen zu schwer werden, längere Zeit andauern und man mit seinem Latein zu Ende ist, dann geht man zu seinem Arzt.

Wir können somit festhalten, daß *Selbstbehandlung* in unserer Gesellschaft ein normales Verhalten ist bei Störungen des psychischen, sozialen und körperlichen Wohlbefindens, d. h. bei Störungen der Gesundheit, wie sie die Weltgesundheitsorganisation definiert hat.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, daß neun von zehn Erwachsenen innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen mindestens eine Beschwerde hatten. Zwei Drittel bis drei Viertel aller Befindlichkeitsstörungen führten nicht zu Konsultationen eines Arztes, sondern verblieben im sogenannten Laiensystem und werden dort entweder gar nicht oder selbst behandelt. Die Situation wurde mit einem Eisberg verglichen, von dem der Arzt in seiner Praxis nur die Spitze zu sehen bekommt. Der weitaus größere Teil bleibt für ihn unsichtbar.

Welche Beschwerden machen den unsichtbaren Teil des Eisberges *aus? Mehr als die Hälfte der* Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland ist der Meinung, daß man bei Kopfschmerzen, Magenverstimmungen, Ermüdung und Erschöpfung, Appetitlosigkeit, Nervosität und Schlafstörungen *sich auch ohne Arzt helfen* kann. Faßt man die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zusammen, so handelt es sich zumeist um Befindlichkeitsstörungen oder Alltagsbeschwerden, denen der Betroffene keinen Krankheitswert beimißt. *Als leicht* werden vor allem solche Störungen empfunden, die im Zusammenhang mit Erkältungen auftreten: Schnupfen, Husten, Halsschmerzen und Heiserkeit. Weiterhin sind Kopfschmerzen, Beschwerden des Magen-Darm-Bereiches wie Bauchweh, Durchfall, Verstopfung, Magenverstimmung oder Sodbrennen Beschwerden, die selbst behandelt werden. Auch kleinere Verletzungen oder Wunden gehören dazu.

Was wird gegen derartige Beschwerden unternommen? Normalerweise wird erst einmal abgewartet, ob die Störungen von alleine fortgehen. Die Zeit des passiven Abwartens ist in unserer Gesellschaft allerdings relativ kurz, aktives Handeln ist vorherrschend. Wir lassen uns und unserem Körper wenig Zeit, wir sind ungeduldig und können keinen Sinn darin sehen zu leiden. Deshalb versuchen wir, die Beschwerden durch aktives Handeln *fortzubekommen*. Dazu benutzen wir zumeist Arzneimittel. Zwar kennen die meisten Menschen noch Hausmittel, aber sie können sie nicht anwenden und greifen deshalb lieber zum Medikament.

Zunehmende Bedeutung von Naturheilmitteln

Die Arzneimittel zur Selbstmedikation findet man zumeist in der sogenannten Hausapotheke. Sie wurden größtenteils früher einmal vom Arzt verordnet und für ähnliche zukünftige Fälle aufbewahrt. Häufiger finden sich auch Wunschverschreibungen, d. h. man läßt sich von seinem Arzt „prophylaktisch", d. h. für zukünftige Fälle, Arzneimittel verschreiben, die man dann in der Hausapotheke aufbewahrt.

Die *zunehmende* Bedeutung von Naturheilmitteln zeigte eine vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführte Untersuchung. 1982 hatten drei Monate vor der Befragung 27 Prozent ein Naturheilmittel eingenommen; *1970 waren es nur 14 Prozent.* Auch die Anzahl derer, die neben anderen Medikamenten häufiger auch Naturheilmittel benutzen, stieg von 21 Prozent (1970) auf 36 Prozent (1982). Ein Zeichen für die Wirkungen der sogenannten grünen Bewegung.

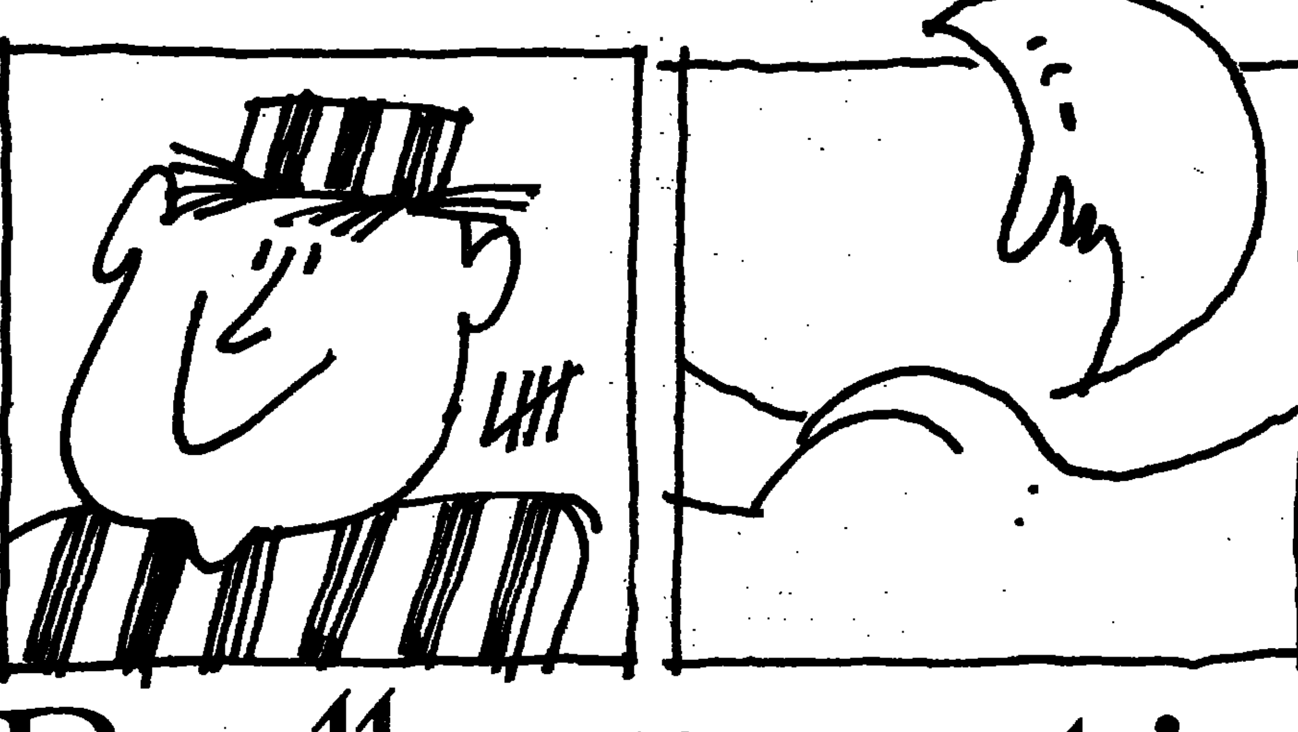
In der Selbstbehandlung verhält man sich im allgemeinen so, wie es die Ärzte vormachen: Man wendet Arzneimittel an. Selbstmedikation ist nicht gegen die Ärzte gerichtet, sie ist keine indirekte Kritik *am* Arzt, *sondern* wird dann angewandt, wenn die Konsultation eines Arztes nicht für notwendig gehalten wird. Davon zu unterscheiden ist die Selbstmedikation bei chronischen Kranken, die ergänzend *und neben der ärztlichen Behand*lung Arzneimittel anwenden, um zusätzliche Heilerfolge oder die Linderung von Beschwerden zu bewirken.

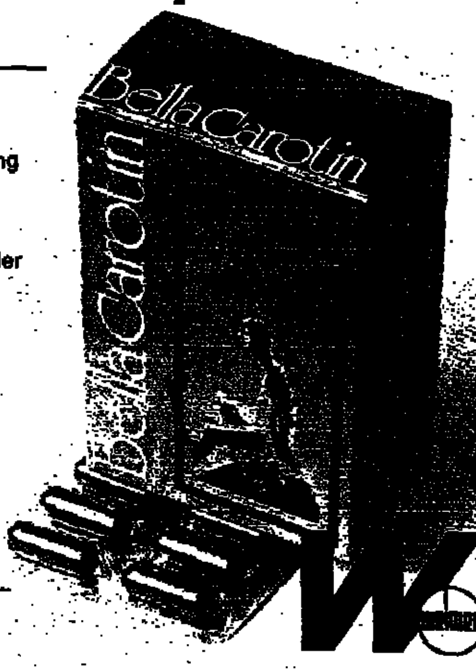
Das Alltagsphänomen Selbstmedikation ist in dem Maße zu *einem öffentlich diskutierten* Thema geworden, in dem die ärztliche Behandlung immer teurer und die Kosten für das Gesundheitssystem „explodiert" sind. So erhoffen sich Gesundheitspolitiker Kosteneinsparungen durch vermehrte Selbsthilfe bzw. Selbstbehandlung. Die Bevölkerung ist – wie entsprechende Befragungen gezeigt haben – grundsätzlich bereit zu einer verstärkten Selbstbeteiligung, allerdings nur, wenn die Beiträge für die Sozialversicherungen nicht weiter steigen bzw. gegebenenfalls entsprechend gesenkt werden.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß Selbstbehandlung ein alltägliches und normales Verhalten ist. Die Meinungen dazu haben sich allerdings in den letzten zehn Jahren entscheidend geändert: von einer eher negativen, kritischen Bewertung zu einer grundsätzlich positiven Beurteilung. Auch die Ärzteschaft steht inzwischen der Selbstbehandlung aufgeschlossen gegenüber; sie befürwortet allerdings die Anwendung von Hausmitteln. *Grundsätzlich ist zu fordern, daß mehr* getan wird, um das notwendige Wissen für eine angemessene Selbstmedikation und deren Grenzen zu vermitteln.

PROF. JÜRGEN VON TROSCHKE







Die Pharmaindustrie stellt höchste Ansprüche an die Arzneimittelsicherheit

Hersteller plädieren für getrennte Beipackzettel für Arzt und Patient

Es wird niemand ernstlich bezweifeln wollen, daß der Wille und der Entschluß zur Selbsthilfe bei Befindensstörungen sowie die Bereitschaft, auch die Kosten dafür zu tragen, soziale Verhaltenselemente sind, die einen hohen Stellenwert beanspruchen. Ihre Entlastungsfunktion für die Kostenseite der gesetzlichen Krankenversicherung ist nicht mehr umstritten. Die wachsende Bereitschaft in der Bevölkerung, Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen, ist ein ermutigendes Zeichen. Deshalb wird heute von den Regierungen der Industrieländer Europas anerkannt, daß diese Tendenz gefördert und nicht behindert werden muß.

Arzneimittel für die Selbstmedikation unterliegen den gleichen Sicherheits-, Qualitäts- und Wirksamkeitsforderungen wie die für die ärztliche Verordnung hergestellten Arzneimittel. Es versteht sich, daß verantwortliche Selbstmedikation sich der Arzneimittel bedient, die nicht verschreibungspflichtig sind. Das Arzneimittelgesetz sieht dabei in Abhängigkeit von gesundheitlicher Unbedenklichkeit und ordnungsgemäßer Arzneimittelversorgung Vertriebswege vor, die außer der grundsätzlichen Apothekenpflicht für bestimmte Arzneimittel auch die Erhältlichkeit außerhalb der Apotheken erlauben. Diese unterliegen dann auch nicht der Preisbindung.

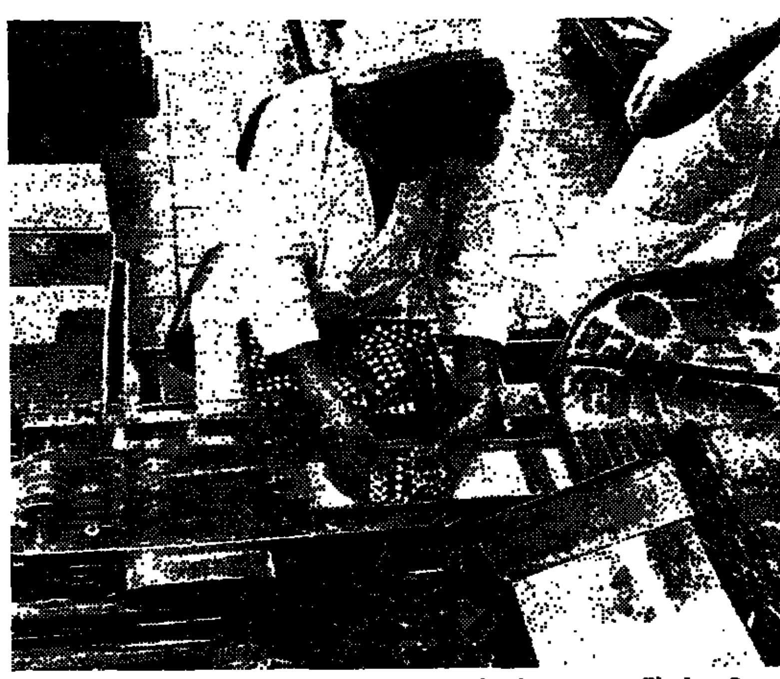
Der genutzte Arzneischatz umfaßt sowohl Arzneistoffe synthetischen wie pflanzlichen Ursprungs, die aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse und ärztlicher Erfahrung als wirksam und sicher gelten.

Es besteht die Erwartung, daß die Sammlung der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen Möglichkeiten bietet, für weitere, bisher rezeptpflichtige Arzneimittel Bedingungen ihrer freien Erhältlichkeit und damit der Nutzung in der Selbstmedikation festzulegen.

Aktionselemente des je einzelnen Handelns sind die Erkennung einer typischen Störungssituation, der Entschluß, die gegebene Situation mit vorgefertigten Arzneimitteln aktiv anzugehen, die Auswahl des geeigneten Mittels und die Anwendung desselben.

Es zeigt sich, daß Selbstmedikation fast ausschließlich bei gewöhnlichen Unpäßlichkeiten, leichten Beschwerden und Alltagserkrankungen betrieben wird, die dem Bedürftigen als nicht so gravierend erscheinen, und daß der Arzt dann in Anspruch genommen wird, wenn die Symptome andauern oder sich verstärken.

Die Arzneimittelhersteller kommen dem Verbraucher bei der Auswahl des geeigneten Mittels durch eine informative Publikumswerbung entgegen. Die von der Werbung geschaffene Markttransparenz ist die Voraussetzung für das Funktionieren des Mechanismus von Angebot und Nachfrage und sorgt so für die bestmögliche Versorgung des Verbrauchers.



„Gesunde Geschäfte" mit Medikamenten? In vielen europäischen Staaten ist der Arzneimittelmarkt reglementiert. FOTO: BRIGITTE HELLGOTH

Gerade die Bundesrepublik kann auf ein System geeigneter gesetzlicher Regelungen der Werbung auf dem Gebiet des Heilwesens fußen, und die Arzneimittelindustrie setzt sich für den Ausbau der vorhandenen wirksamen, freiwilligen Werbe-Selbstkontrolle ein. Im übrigen gibt es sehr strenge Haftungsbestimmungen.

Sowohl die den Arzneimitteln beigegebene Gebrauchsinformation als auch die Information in der Werbung ermöglichen es, Nutzen und Grenzen der Anwendung eines Arzneimittels zu erkennen. Die Packungsbeilage ist das vom Arzneimittelgesetz vorgesehene Mittel für die Unterrichtung des Verbrauchers über ein bestimmtes Arzneimittel. Die Arzneimittelhersteller setzen sich hier für eine Trennung der Laieninformation von der Arztinformation ein, um die Verständlichkeit gebrauchssichernder Maßnahmen zu erhöhen.

Die Beratung durch die Heilberufe bedeutet einen zusätzlichen Sicherheitsfaktor. Alle Beteiligten am Gesundheitswesen setzen sich für eine Gesundheitserziehung ein, die bereits frühzeitig im schulischen Bereich beginnend den sicheren Umgang mit Arzneimitteln und Informationen über Anleitung für eine vernünftige Selbstmedikation beinhaltet.

In der Erwachsenenbildung sollte stärker als bisher die positive Unterweisung die Schilderung von Risiken ersetzen. Auch hier gibt es gute Beispiele, so die von der Weltgesundheitsorganisation gesetzten jährlichen Schwerpunkte.

Im Herbst diesen Jahres findet in Bad Kissingen eine gemeinschaftliche Veranstaltung der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung und des Bundesfachverbandes der Heilmittelindustrie zum Thema des verantwortungsvollen Umgangs mit Arzneimitteln der Selbstmedikation im Rahmen der Gesundheitserziehung statt.

Die Bevölkerung ist auch auf dem Gebiet von für die Selbstmedikation bestimmten Arzneimitteln mit dem Problem möglicher Risiken konfrontiert. Einrichtungen der Arzneimittelindustrie wirken bei der Aufgabe der Beobachtung, Sammlung und Auswertung von Arzneimittelrisiken mit, die speziell auch in einer Abwehr mißbräuchlicher Anwendung liegen.

Auch im Bereich der Selbstmedikation kann man von einer Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit dem Ziel der Zurverfügungstellung immer besserer, wirksamer und unbedenklicher Arzneimittel sprechen.

Selbstmedikation stellt aus der Sicht der Industrie ein gesteuertes und kontrolliertes System von adäquaten Arzneihilfen dar, die sorgfältig ausgewählt dem typisch mißbefindlichen, gestörten, aber primär gesunden Menschen zur Integration im Alltag verhelfen.

GERHARD HELMSTAEDTER

Diagnose ohne „Doktor", Tablette ohne Rezept

Immer mehr Deutsche spielen Arzt und greifen im Falle leichter Befindlichkeitsstörungen zur Tablette ohne Rezept – nach einer Diagnose ohne „Doktor". Heute werden bereits 20 Prozent der in den Apotheken abgegebenen Arzneimittel ohne ärztliches Rezept erstanden. Der gesamte Umsatz von freiverkäuflichen Medikamenten belief sich 1980 auf gut 3,3 Milliarden Mark, davon 2,8 Milliarden in Apotheken. Diesen Trend unterstützt auch der europäische Heilmittelverband (AESGP). Auf seiner Jahrestagung in Stockholm zu Beginn dieses Jahres forderte er eine Lockerung der Rezeptpflicht für langerprobte Arzneimittel.

Ob sich diese Forderung angesichts des Primats der Arzneimittelsicherheit durchsetzen lassen wird, sei dahingestellt. Immerhin aber hat der Gesetzgeber durch den Erlaß der Negativliste, die die medikamentöse Behandlung von Bagatellerkrankungen aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung ausnimmt, die Selbstmedikation gefördert. Das gilt für Präparate gegen Erkältungen, Reisekrankheiten, das gilt für Rachentherapeutika und Abführmittel. Hanna Neumeister (CDU) stellte dazu fest: „Eine arztgestützte Selbstmedikation, abgesichert durch die unbedingt notwendige Beratungsfunktion des Apothekers, ist zu begrüßen. Sie wird sich kostendämpfend für die gesetzlichen Krankenkassen auswirken, da durch eine verstärkte Kostentransparenz zugleich eine verbesserte verantwortliche Einbeziehung des Verbrauchers erfolgt."

Dies bestätigt auch Professor Fritz Beske, Leiter des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung: „Durch die Selbstmedikation spart die gesetzliche Krankenversicherung jährlich mindestens 1,3 Milliarden Mark, weil bei leichten Befindlichkeitsstörungen keine Arbeitsausfälle durch Arztkonsultation entstehen. Eine weitere Milliarde Mark wird gespart durch die Aufhebung der Verordnungsfähigkeit bestimmter Präparate."



Beratung: Vornehmste Aufgabe des Apothekers bei der Selbstmedikation FOTO: CENTER PRESS

Freilich bestehen Widerstände gegen die Selbstmedikation insbesondere in der Ärzteschaft. Die Mediziner verweisen darauf, daß Krankheitsbilder verschleiert werden könnten, die zu irreparablen gesundheitlichen Schäden führen können. Darüber hinaus ließen sich schädliche Nebenwirkungen nicht ausschließen.

Kaspar Roos, Ehrenvorsitzender des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, ist indes ganz anderer Meinung. Die Ärzte, sagt er, müßten lernen, „die Selbstbehandlung als Realität zu akzeptieren". Die ablehnende Haltung seiner Standeskollegen erklärt Roos damit, daß die Mediziner davon ausgehen, „daß Selbstdiagnostik und Selbstmedikation Risiken haben müssen, weil sie als Ärzte ja gelernt haben, im Rahmen einer sauberen Diagnostik Symptome richtig einzuordnen. Sie wissen also, was man falsch machen kann; und da der Selbstmedikation treibende Bürger diese Ausbildung nicht hat, muß er also etwas falsch machen."

Roos appelliert insbesondere an Internisten und Allgemeinmediziner, sich mehr mit der Selbstmedikation zu beschäftigen und in einen intensiven Dialog zu treten mit Pharmaindustrie und Apothekern, Patienten und Selbsthilfegruppen.

In diese Richtung argumentiert auch der Freiburger Medizinsoziologe, Professor Jürgen von Troschke. Selbstmedikation sei nicht gegen den Arzt gerichtet, sondern müsse im Gespräch mit ihm erlernt werden. Troschke ist überzeugt, daß die Selbstmedikation an Umfang noch zunehmen wird.

Und in der Tat: Nach einer repräsentativen Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 1982 versuchen immer mehr Bürger leichte Beschwerden mit Naturheilmitteln selbst zu behandeln. Der Anteil der Bevölkerung, der z. B. Naturheilmittel verwendet, ist von 21 Prozent im Jahre 1970 auf 26 Prozent 1980 gestiegen. Im Frühjahr 1982 waren es bereits 36 Prozent. Bei Erkältungen, Kopfschmerzen, Stoffwechselbeschwerden oder Schlaflosigkeit nehmen 52 Prozent der Befragten ein Mittel, das man ohne Rezept erhält, nur 43 Prozent lassen sich in jedem Falle etwas vom Arzt verschreiben.

PETER JENTSCH

Immer mehr Vitaminpräparate werden außerhalb der Apotheken im Lebensmittelhandel verkauft

Der Apotheker muß sich auf seine Rolle als Berater der Patienten zurückbesinnen

Eine vor etwa vier Wochen veröffentlichte Untersuchung stellt fest, daß die deutsche Bevölkerung die Meinung vertritt, die Apotheker sollen stärker als bisher ihre Beratungsfunktion wahrnehmen. Von den Befragten wollen 50 Prozent allein durch den Apotheker beraten werden; nur etwa 20 Prozent finden eine Beratung überflüssig; alle übrigen Äußerungen verteilen sich auf die sogenannten Informationsmedien, wie Handzettel, Schaufenstergestaltung, Anzeigen, als Informationsquellen für den Bereich Selbstmedikation.

Verschiedene Marktanalysen der jüngsten Zeit lassen erkennen, daß bei rückläufigen Verkäufen, z. B. der Multivitaminpräparate in Apotheken (sowohl nach Menge als auch nach Umsatz), die Verkäufe außerhalb der Apotheken mit Multivitaminpräparaten und Multivitaminzusätzen bei Getränken und Lebensmitteln Zuwachsraten zu verzeichnen haben, von denen man in den meisten Branchen der Bundesrepublik Deutschland nur träumen kann.

Falsche Strategie gegenüber den Lebensmittelmärkten

Zwischen diesen beiden Feststellungen, die die Marktforschung zur Verfügung gestellt hat, besteht eine sehr enge Verbindung, obwohl sie auf den ersten Blick vielleicht nicht gleich offensichtlich ist.

In den meisten Fällen ist der Vitaminverkauf – und hier sind insbesondere die beim Publikum außerordentlich beliebten und dementsprechend gefragten Multivitaminpräparate an erster Stelle zu nennen – in Apotheken ein passiver Verkauf von Präparaten, denen keine wesentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Schenkt man ihnen „Aufmerksamkeit" – z. B. im Zusammenhang mit den rückläufigen Umsätzen aufgrund der ständig zunehmenden Anzahl von Apotheken und den Bonner Kostendämpfungsmaßnahmen – so will man häufig ohne große Mühe nebenbei mit einem Zugreifartikel, der dann auch möglichst im Preis mit dem Lebensmittelhandel konkurrieren soll, „das Geschäft machen". Daß dies nicht geht, zeigen nicht nur die generellen Marktdaten, sondern dies kann letztlich in jeder Apotheke individuell festgestellt werden.

Nach wie vor hat der deutsche Apotheker beim Publikum und so entsprechend auch bei seinen „Kunden" ein außerordentliches Vertrauenspotential. Aufgrund der verschiedenen auf jeden einzelnen Apotheker zukommenden Belastungen, muß sich dieser selbst kritisch fragen, ob er dieses Vertrauenspotential bei seiner täglichen Arbeit in der Offizin erhält und ausbaut, oder ob er es aufs Spiel setzt. – *Bezieht man dieses auf den* Verkauf von Vitaminpräparaten, so steht fest: einst war der Verkauf von Vitaminpräparaten die Domäne der Apotheker; heute und morgen kann sie zur Domäne der Drogerien und Lebensmittelmärkte werden.

Da der Gesetzgeber die Zugabe von Vitaminen in diätetische Lebensmittel und in Lebensmittel unter bestimmten Auflagen erlaubt, haben viele Hersteller aufgrund des großen Vitamininteresses beim deutschen *Publikum eine Marktlücke entdeckt.* Neben den vitaminisierten Fruchtsaftgetränken werden zu einem sehr großen Anteil Brausetablettenprodukte mit Zusatz von Vitaminen *im* Lebensmittelhandel verkauft. In der graphischen Aufmachung und in der textlichen Gestaltung vermitteln diese Produkte dem nichtinformierten Laien den Eindruck, als ob es sich um Arzneimittel handle. Dies ist mit Sicherheit eines der Erfolgsrezepte dieser Anbieter. Bei den Fruchtsaftgetränken spielt die gestalterische Vortäuschung, es handele sich hierbei um natürliche Vitamine – die kaufauslösende Hauptrolle.

Die bisherige Einstellung der Apotheker zu den Vitaminen und ihr Verhalten *in diesem Zusammenhang* haben mit Sicherheit dazu beigetragen, daß die zum großen Teil durch die Medien verursachte Nachfrage nach Vitaminen nicht mehr in den Apotheken gedeckt wurde. Aufgrund der heutigen Situation sehen sich eine *große Anzahl* von Apothekern veranlaßt, mit Vitaminen in der Preisgestaltung den großen Märkten Paroli zu bieten.

Ist dies die richtige Strategie? Sie ist es mit Sicherheit nicht; und die Marktdaten bestätigen das. Wenn aber der Apotheker *in seiner Offizin* ebenfalls vitaminisierte Lebensmittel in Form von Säften und Brausetabletten anbietet – d. h. das gleiche tut *wie der große Lebensmittelhandel,* dann bleibt ihm mit Sicherheit kein Ausweg aus dem Preiswettkampf mit den großen Märkten (den er nur verlieren kann). Denn wenn ein Käufer gleiche Produkte in der Apotheke und im Lebensmittelhandel kaufen kann, so gibt es für ihn zwei Entscheidungskriterien bei der Entscheidung des Einkaufsortes: Preis und Bequemlichkeit (bei beiden Kriterien muß der Apotheker langfristig den kürzeren ziehen).

Das Publikum erwartet normalerweise – und dies sagt u. a. *indirekt die genannte Publikumsbefragung sehr* deutlich aus –, daß es in einer Apotheke Arzneimittel angeboten bekommt. Gerade bei den Multivitaminpräparaten spricht ja bekanntlich auch sehr vieles für ein Arzneimittel im Vergleich zu Lebensmitteln (es *gibt Vitamine, die bei Lebensmittel*produkten wie auch bei diätetischen Lebensmitteln nicht zum Einsatz kommen dürfen, wie z. B. das Vitamin A; es gibt für diese Produkte auch vorgeschriebene Höchstdosierungen, die nicht überschritten wer*den dürfen; es gibt für diese Lebens*mittelprodukte Vorschriften, nach denen sie Zucker enthalten müssen; es gibt für diese Produkte Vorschriften, *nach denen sie keine Indikatio*nen tragen dürfen – auch wenn dies oft vorgetäuscht wird).

Übt der Apotheker seine von seinen Patienten auch erwartete Beratungsfunktion aus, so kann er nachweislich ohne große Probleme Multivitaminpräparate *als* Arzneimittel erfolgreich verkaufen. Denn wenn er seinen Patienten kurz darauf hinweist, daß es sich bei diesem Präparat nicht um ein Lebensmittel handelt, sondern um ein Arzneimittel, das ihm – dem Patienten – die und *die Vorteile bietet und das* er *ihm* deshalb empfehle, so wird es kaum einen Fall geben, wo das Arzneimittelpräparat nicht verkauft wird.

Kann eine intensive Beratung in der Apotheke den Umsatzrückgang stoppen? FOTO: WOLFGANG STECHE

Auf Angebote konzentrieren, die Arzneimittel sind

Der Apotheker in der heutigen Marktsituation muß sich davor hüten, seine Angebote zu entproblematisieren. Auch wenn der „Kunde" heute noch so „aufgeklärt" ist, so *nimmt er gerade aus dem Mund des* Apothekers sehr gerne und sehr aufmerksam ein beratendes Wort entgegen. Der Kunde möchte heute nur wissen, wofür er einen guten Preis zahlen muß; kommentarlose „Apothekerpreise" zu akzeptieren, ist er *nicht mehr* bereit.

Um den nun schon kräftig in Fahrt gekommenen Vitamin-Zug, der an der Apotheke vorbeirauscht, aufzuhalten, muß sich der Apotheker heute eindeutig bei seinem Vitaminverkauf auf Angebote konzentrieren, die Arzneimittel sind; er muß sich für arzneimittelgerechte Darreichungsformen, wie Dragees, Kapseln und Brausetabletten, stark machen. Die Apotheke sollte dem Vitaminkäufer ihre Alternative zu den Lebensmittelprodukten bieten. Dann kann ein marktgerechter Preis erzielt werden, der sich nicht nach Lebensmittelprodukten richten muß und der den immer schmäler werdende Renditen im Apothekenbereich helfen kann, wieder in erträglichere Größenordnungen anzusteigen. Auch die Apotheke kann nicht vom Umsatz leben, sondern die Rendite ist das entscheidende. (pje.)

Kostendämpfung mit Listen?

Transparente Preise für die Ärzte

Die Bundesrepublik hält weltweit einen einsamen Rekord: 140 000 Arzneimittel sind beim Bundesgesundheitsamt gemeldet. Freilich kommt diese Zahl auch zustande durch den extensiv ausgelegten Arzneimittelbegriff – schon eine abgepackt vorrätig gehaltene Tüte Kamillentee gilt als Fertigarzneimittel. Zieht man freilich von dieser Zahl die in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern hergestellten Arzneimittel und die etwa 23 000 Homöopathika ab, dann bleiben etwa 60 000 Medikamente übrig, die von der Pharmaindustrie hergestellt und die für die unrationelle Verschreibungsweise der Ärzte verantwortlich gemacht werden.

Nun macht die Verordnungstätigkeit der Ärzte, machen also die Arzneimittelkosten nur 14,8 Prozent der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung aus (1982: 13,74 Milliarden Mark). Doch konzentrieren sich die Überlegungen der Politiker zur Kostendämpfung auch auf diesen Bereich.

Als wirksamstes Mittel zur Senkung der Arzneimittelausgaben sehen Politiker und Krankenkassen zur Zeit Arzneimittel-Listen an. Auf diesem „Markt" herrscht eine ähnliche Vielfalt wie auf dem Markt, der durch diese Listen transparent gemacht werden soll. Es gibt Preisvergleichslisten, Transparenzlisten, Positiv- und Negativlisten, es gibt rote Listen, eine Greiser-Liste und diverse andere.

Negativliste soll eine halbe Milliarde einsparen

Positiv- und Negativlisten greifen in den bestehenden Markt ein: sie schließen nämlich Präparate für bestimmte Erkrankungen von der Verordnung auf Krankenschein aus. Da Positivlisten zu umfangreich sind, beschränkt man sich zur Zeit auf Negativlisten.

So ist am 1. April eine Negativliste in Kraft getreten, die alle Mittel gegen sogenannte Bagatellerkrankungen ausschließt. Auf dem Kassen-Index stehen Arzneimittel für die Behandlung von Erkältungen, Reisekrankheit sowie Mund- und Rachentherapeutika und Abführmittel. Diese Liste soll den Krankenkassen Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Mark bringen.

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatte denn auch eine andere Art einer Negativliste vorgeschlagen, nämlich alle die Medikamente von der Erstattung durch die gesetzliche Krankenversicherung auszuschließen, für die Publikumswerbung betrieben wird. Freilich wäre diese Lösung, die auch von der Pharmaindustrie und den Krankenkassen bejat wird, allenfalls eine kostenneutrale gesundheitspolitische Demonstration.

Bei den Preisvergleichslisten werden keine Arzneimittel von der Erstattung durch die Kassen ausgeschlossen. Sie beschränken sich auf Preisvergleiche bestimmter Arzneistoffgruppen.

Behutsamere Form der Markt-Beeinflussung

All diese Listen beinhalten eine Gefahr: Sie beschränken den noch leidlich funktionierenden Wettbewerb auf dem Pharmasektor. Dies kann dazu führen, daß die Industrie dem für sie wirtschaftlich uninteressant gewordenen Teilmarkt der Negativlisten-Präparate keine Innovationsanstrengungen mehr gönnt.

Das haben die Politiker inzwischen erkannt. Der Listenwirrwarr wird deshalb sicher nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Auf Beschluß des Bundestages soll nämlich eine behutsamere Form der Marktbeeinflussung durch eine sogenannte Transparenzliste vollzogen werden.

Die Transparenzliste, die aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse, ärztliche Erfahrung und besondere Therapierichtungen berücksichtigt, soll eine pharmakologische, therapeutische und preisliche Transparenz schaffen und entsprechende Vergleiche ermöglichen. Sie ist angelegt als Entscheidungshilfe für den Arzt beim Kosten-Nutzen-Vergleich.

Vier Teile dieser Liste sind bisher erschienen, sie befassen sich mit Herz-Kreislauf-Therapeutika. Ob indes all diese Listen den gewünschten Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. PETER JENTSCH

In den Staaten des Alten Kontinents werden Sozialleistungen zusammengestrichen

Krise des Sozialstaats zwingt die Europäer zum Sparen

Im Gesundheitssystem der europäischen Länder hat die Selbstmedikation mit verschreibungsfreien Arzneimitteln einen beachtlichen Anteil mit günstigen Zukunftsaussichten. Wir können davon ausgehen, daß je nach Land zwischen zehn und 30 Prozent der wertmäßigen Umsätze des Pharmamarktes auf diesen Sektor entfallen. Von der Menge her ist der Anteil noch größer, denn pro Einheit sind die Selbstmedikationsprodukte doch wesentlich preisgünstiger als die verschreibungspflichtigen Arzneimittel.

Ein gewisses Gefälle ist festzustellen zwischen den stark industrialisierten Ländern Nord- und Westeuropas – das Klima spielt natürlich auch eine Rolle – und den Ländern Südeuropas. Schließlich kommt der Höhe des verfügbaren Einkommens ebenfalls Bedeutung zu; mit wachsendem Wohlstand nimmt der Anteil der Selbstmedikation zu.

Der zunehmende Trend zur Selbstmedikation hat eine Reihe von Ursachen, manche liegen im Gesundheitssystem selbst, andere im gewachsenen Gesundheitsbewußtsein der Menschen. Das europäische Büro der Weltgesundheitsorganisation in Kopenhagen erstellt zur Zeit eine Studie über die Selbstmedikation in Europa, mit Einschluß der Ostblockstaaten. Die wohl im nächsten Jahr vorliegenden Ergebnisse werden zweifellos sehr interessant sein. Von der Industrie wird diese Studie aktiv unterstützt, die Zusammenarbeit besitzt Modellcharakter.

Angesichts der schwieriger gewordenen Wirtschaftslage haben wir in *fast allen Ländern eine ähnliche Aus*gangssituation: die Kosten der Gesundheitsversorgung sind so rapide angewachsen, die Ansprüche aus der Zeit des wirtschaftlichen Wachstums so hoch angestiegen, daß die aus Beiträgen und Steuermitteln gespeisten Gesundheitssysteme im bisherigen Umfange nicht mehr zu finanzieren sind. Hinzu kommt die zunehmende Überalterung; wir wissen, daß die Gesundheitsaufwendungen für ältere Leute etwa dreimal so hoch sind wie für andere Teile der Bevölkerung.

Die krisenhafte Lage hat fast alle Länder zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Sozialleistungen werden auf ein vernünftiges Maß zusammengestrichen, kostspielige Vergünstigungen müssen zurückgenommen werden. Das Ganze ist natürlich unpopulär, aber nicht zu umgehen. Oft hat der berühmte Mann auf der Straße übrigens ein fein entwickeltes Gefühl für Übertreibungen auch auf sozialem Gebiet: er ist einsichtiger, als mancher Politiker bzw. Funktionär annimmt.

Bei den Sparmaßnahmen sind die einzelnen Kostenblöcke des Gesundheitssystems übrigens unterschiedlich betroffen. Besonders hartnäckig hält sich der hohe Anteil der stationären Krankenversorgung. Der ambulante Bereich mit den Hauptfaktoren Arzthonorare und Arzneimittelkosten hat sich als wesentlich flexibler erwiesen.

Was in der Bundesrepublik mit der seit April des Jahres eingeführten Neuregelung, der sogenannten Negativliste, gilt, haben andere Länder z. T. mit etwas anderen Lösungen im Ergebnis ebenfalls tun müssen: der Umfang der Erstattungen für Medikamente und Behandlungen wurde so stark wie eben zumutbar eingeschränkt. Diese Politik wirkt sich dahin aus, daß im Bereich der geringfügigen Gesundheitsstörungen und kleineren Alltagsbeschwerden ein Zuwachs bei den nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln eintritt. Damit wird aber auch nur eine Fehlentwicklung der aufgeblähten Sozialversorgung korrigiert; denn traditionell hat sich der Mensch bei dieser Art von Beschwerden stets auf sich selbst und die ihm erreichbaren Mittel besonnen. Die Inanspruchnahme des Arztes mit dem damit verbundenen Zeitaufwand und kostspieliger Behandlungsweise kamen regelmäßig nicht in Betracht. Die manchmal der Selbstmedikation vorgehaltene Kritik, es würden ernsthafte Krankheiten verdeckt oder zu spät erkannt, ist nicht begründet. Bei anhaltenden Symptomen suchen die Betroffenen ihren Arzt auf. Das geht zuverlässig aus einer Reihe von Untersuchungen hervor.

Bedauerlicherweise versuchen einige Länder in Europa, die Gesundheitskosten über die Arzneimittelpreise in den Griff zu bekommen. Bekanntlich gibt es ja kein Land, das die Gesundheitsversorgung dem freien Spiel der Marktkräfte überläßt. Aber die Fehlentwicklungen der Sozialpolitik zu Lasten der Hersteller von Arzneimitteln lösen zu wollen scheint ebenfalls nicht der richtige Weg.

Dirigistische Eingriffe sind aber in den letzten Jahren zunehmend zu beobachten. Jetzt befassen sich auch die EG-Kommission und der Europäische Gerichtshof mit Praktiken solcher Art z. B. in Belgien, Holland und Frankreich. Der Pharmamarkt in der Europäischen Gemeinschaft ist ein gutes Beispiel dafür, daß halbe Maßnahmen eben nicht zu ganzen Ergebnissen führen können. Zweifellos dürfen für Arzneimittel, ebenso wie für andere Waren, keine Handelsbeschränkungen innerhalb der Gemeinschaft mehr bestehen. Da die Harmonisierung aber nur den Warenverkehr, nicht jedoch die Gesundheitspolitik der Mitgliedsländer umfaßt, kann das verkündete Ziel so nicht erreicht werden. Unterschiede in der Registrierungspraxis, in der Erstattung der Arzneimittelkosten, Unterschiede auch in der Verschreibungspflicht, den Vertriebswegen und der Preisgestaltung sowie im Schutz von Patenten und Verfahren stehen einem europäischen Markt für Arzneimittel immer noch entgegen.

Die EG-Kommission hat mit ihren Vorschlägen vom November 1980 einen weiteren Schritt nach vorn getan; hier ist vor allem die Verpflichtung zur gegenseitigen Anerkennung national erteilter Arzneimittelzulassungen zu nennen. Diese vom Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß gebilligten Vorschläge waren vor kurzem schon verabschiedungsreif. Dann blockierte überraschend das neue Mitglied Griechenland, das zur Zeit die Präsidentschaft innehat, die Einigung. Wer die jüngste Gesetzgebung dieses Landes im Gesundheitsbereich etwas kennt – sie verstößt nach einhelliger Meinung aller Fachleute gegen die EG-Verträge –, wird noch, skeptischer als bisher in die Zukunft schauen.


Hygiene bei der Herstellung von Arzneimitteln ist oberstes Gebot. FOTO: KLAUS MEHNER

Was die nicht verschreibungspflichtigen Arzneimittel angeht, so könnten sie eigentlich eine Pionierrolle spielen im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Da sie der Erstattungspflicht nicht unterliegen und die öffentlichen Gesundheitskosten eher entlasten als vergrößern, sollten bürokratische Hemmnisse hier besonders überflüssig erscheinen.

Tatsächlich ist es nach und nach gelungen, für diese Produkte wenigstens die Freistellung von existierenden Preisvorschriften zu erringen. Der europäische Heilmittelverband – die AESGP – und seine Mitgliedsverbände haben hier in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet und nahezu in allen Ländern die Preisfreiheit für diese Produkte erreicht.

Die Werbung für die Produkte der Selbstmedikation sind ein weiteres Feld, auf dem man in seiner Aufklärungsarbeit nicht erlahmen darf. Wir hören *immer* wieder, Werbung für freiverkäufliche Arzneimittel würde zum Überverbrauch führen. Vorurteile sind mitunter sehr hartnäckig, und dieses von der Wirkung der Werbung gehört leider dazu. Es ist nun wirklich durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen, daß Werbung zwar der einen oder anderen Produktmarke zugute kommt, aber keinesfalls den Verbraucher dazu veranlaßt, z. B. ein Schnupfenmittel zu kaufen, wenn er keinen Schnupfen hat.

Im großen und ganzen hat sich jedoch bei den europäischen Gesetzgebern die vernünftige Einsicht durchgesetzt, daß die dem breiten Publikum direkt angebotenen Waren ihren Werbespielraum brauchen, und unter den heutigen Verhältnissen heißt dies auch die Werbung in Fernsehen und Rundfunk. Angesichts bevorstehenden Satellitenfernsehens erscheint zudem nationale Abschottung wenig sinnvoll. Der Europarat – Zusammenschluß von 21 europäischen Ländern – hat sich kürzlich erfreulicherweise für die Informationsfreiheit im Zusammenhang mit Satellitenfernsehen und Rundfunk ausgesprochen. Im übrigen existieren neben den nationalen gesetzlichen Vorschriften Selbstbeschränkungsvereinbarungen der betroffenen Hersteller; und auch hier hat der europäische Heilmittelverband bereits 1971 verbindliche Werberegeln aufgestellt, an die seine Mitglieder gebunden sind.

Die Erfahrungen in einer Reihe von Ländern – die Bundesrepublik gehört ebenfalls dazu – zeigen uns, daß die Fälle von Beanstandungen gering sind und Werbemißbräuche so gut wie nicht vorkommen.

Man sollte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß die nicht verschreibungspflichtigen Arzneimittel einem strengen Verfahren unterliegen, bevor ihnen die Zulassung zum Verkauf erteilt wird. Sie sind rechtlich nicht anders eingeordnet als ein hochwirksames, der Verschreibungspflicht unterliegendes Präparat. Für die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft ist dies durch Richtlinien aus den Jahren 1965 und 1975 klar geregelt, das nationale Recht hat diese Regelungen übernommen. Bis zum Jahre 1990 wird übrigens in allen beteiligten Ländern die Überprüfung der nach altem Recht zugelassenen Arzneimittel abgeschlossen sein. Die Zusammenarbeit der einzelnen Länder ist bereits vorhanden, Registrierungsbehörden und Wissenschaftler arbeiten in Fachausschüssen der EG zusammen. Auch die Länder außerhalb der EG verfolgen ähnliche Ziele.

Die Industrie fordert von den Behörden auch eine Überprüfung der Inhaltsstoffe im Hinblick auf ihre Verwendung in verschreibungsfreien Arzneimitteln. Entwicklungen in den USA – die ja im Hinblick auf Arzneimittelsicherheit bestimmt nicht als großzügig gelten können – geben hier Anlaß zu gewissem Optimismus, und zunehmend wird der Gedanke der Freigabe einzelner Stoffe auch in Europa diskutiert und in wirklich dazu geeigneten Fällen verwirklicht.

WERNER SEDLAG

Das gesundheitspolitische Konzept der Heilmittelindustrie: Von der Arzneimittelsicherheit bis zur Gesundheitserziehung

Die Arzneimittel-Hersteller wenden sich gegen weitere restriktive Beschränkungen des deutschen Arzneimittelmarktes

Bereits im Jahre 1980 hat die Heilmittelindustrie, jener Teil der Pharmahersteller, die Medikamente für die Selbstmedikation produzieren, ein gesundheitspolitisches Konzept für die 80er Jahre vorgelegt. Viele der in diesem Konzept erstellten Prognosen, Ziele und Absichten sind heute bereits Realität geworden. Die WELT veröffentlicht Auszüge dieses gesundheitspolitischen Konzepts.

Die Heilmittelindustrie wird bei den in den achtziger Jahren zu erwartenden Veränderungen auf dem Arzneimittelmarkt folgende Tendenzen unterstützen:

Selbstmedikation und Arzneimittelsicherheit

Das im Gefolge des schweren Thalidomid-Unglücks durch nichts zu befriedigende Sicherheitsbedürf*nis gegenüber den Arzneimitteln* muß auf das normale Maß zurückgeführt werden. Daraus resultierenden Tendenzen, den Arzneimittelmarkt zu beschränken und die Verschreibungspflicht unnötig auszudehnen, muß entgegengewirkt werden. Vielmehr muß in der Bundesrepublik Deutschland in der Einschätzung von vernünftigem Umgang mit Arzneimitteln durch die Bevölkerung und in Fragen der Arzneimittelsicherheit wieder eine normale Bewertung Platz greifen. Wie in den Vereinigten Staaten müssen die verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland lernen, daß Substanzen für Arzneimittel, die sich verschreibungspflichtig lange Zeit im Gebrauch als wirksam und unbedenklich erwiesen haben, für die Anwendung in der Selbstmedikation aus der Verschreibungspflicht entlassen werden können.

Selbstmedikation und gesetzliche Krankenversicherung

Durch die jüngste Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland droht die Spaltung des Arzneimittelmarktes im Bereich der sozialen Krankenversicherung (Negativliste). Die Heilmittelindustrie wehrt sich gegen den Versuch, die Kriterien „Publikumswerbung" und „Umfang der Selbstmedikation" für die Auswahl der Arzneimittel, die aus der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen werden sollen, anzuwenden. Die Heilmittelindustrie wird alles daran setzen, die zu Beginn der achtziger Jahre deutlich werdenden Gegensätze zwischen der forschenden Industrie und den übrigen pharmazeutischen Unternehmern in dieser Frage zu überwinden. Die Propagierung der Publikumswerbung als Kriterium zur Teilung des Arzneimittelmarktes in der Bundesrepublik Deutschland hat nach Auffassung der Heilmittelindustrie die Einführung von Positivlisten wie in anderen Ländern der EG zur Folge.

Darauf fußend fordert die Heilmittelindustrie, daß ihre Produkte, die auf einem freien Markt verkauft werden, der ausschließlich marktwirtschaftlichen Gesetzen folgt, von Reglementierungen, die möglicherweise im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel eingeführt werden, freibleiben.

Selbstmedikation und Publikumswerbung

Die Heilmittelindustrie wird sich in den achtziger Jahren konsequent dafür einsetzen, daß die Publikumswerbung in der Bundesrepublik Deutschland von den verwirrenden Informationsauflagen befreit wird. Die Heilmittelindustrie wird die von ihr von Beginn der ersten Erfahrungen mit dem neuen Arzneimittelgesetz an vertretene These, daß die Gebrauchsinformation mit der gemeinsamen Information für Arzt und Verbraucher/Patient unsinnig und verwirrend ist, weiter vertreten. Sie wird alle Bemühungen unterstützen, die zu einer Trennung dieser beiden Informationen führen. *Die Heilmittelindustrie* ist bereit, dem Verbraucher jede für den sicheren und vernünftigen Umgang mit Selbstmedikationsmitteln erforderliche Information mit *dem Arzneimittel zu liefern.*

Es liegt im Interesse des Verbrauchers, wenn Publikumswerbung für Arzneimittel von diesen Informationen wieder befreit wird. Die zu häufige Konfrontation mit Warnungen und Informationen über Nebenwirkungen, Unverträglichkeiten und anderen Arzneimittelrisiken führt zur Abstumpfung. Die Heilmittelindustrie ist der Sicherheit der Selbstmedikation verpflichtet, darum wehrt sie sich gegen die geforderte Information in der Werbung, diese Überbelastung des Verbrauchers mit Information bewirkt das Gegenteil von dem, was gewollt ist.

Die Heilmittelindustrie unterstützt alle Forderungen, daß Publikumswerbung nachprüfbar und nicht irreführend sein soll. Die Heilmittelindustrie wird sich für einen Ausbau der vorhandenen wirksamen, freiwilligen Werbeselbstkontrolle einsetzen. Zugleich wird sie mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Zuständigkeit für *Kontrollen der Aussagen über Wirksamkeit*, Sicherheit und Qualität ausschließlich bei denen liegt, die das Arzneimittelgesetz dazu berufen hat und nicht bei Interessenorganisatio*nen der verschiedensten Art.*

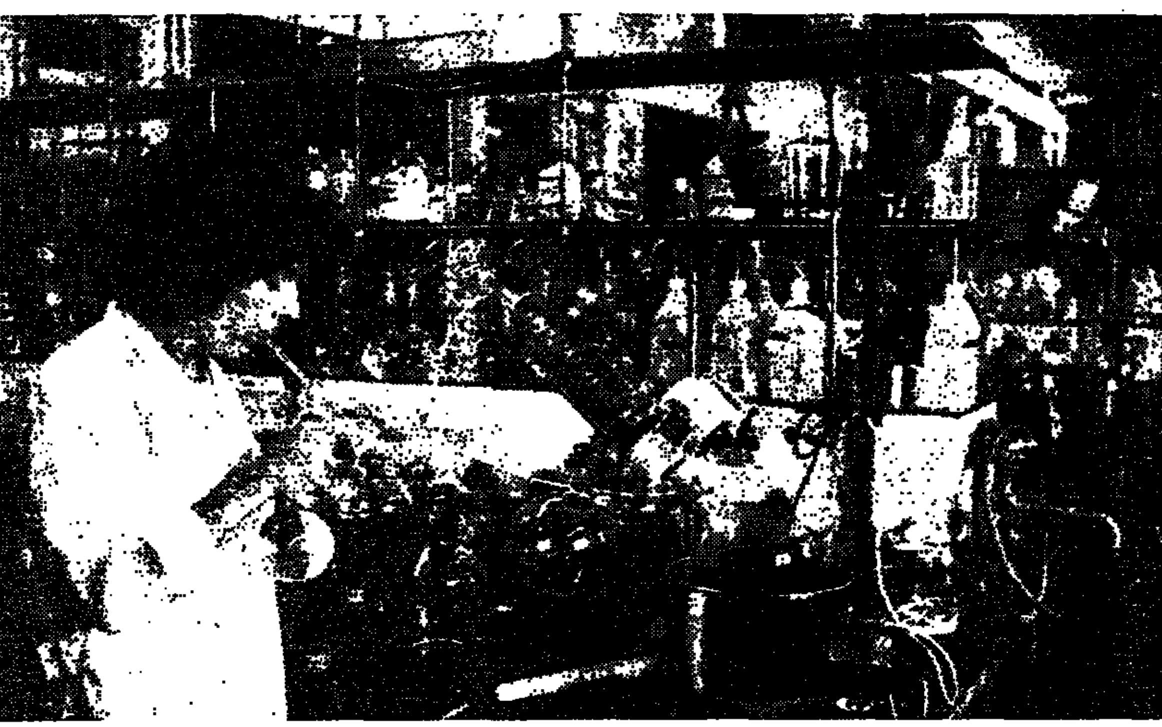
Selbstmedikation und Gesundheitserziehung

Die Heilmittelindustrie geht davon aus, daß der Umfang der Selbstmedikation zunehmen wird. Deshalb fordert sie, daß die Gesundheitserziehung der Kinder, und hier insbesondere im frühzeitigen schulischen Bereich, den sicheren Umgang mit Arzneimitteln und Informationen über Anleitung für eine vernünftige Selbstmedikation beinhaltet. In der Erwachsenenbildung sollte stärker als bisher die positive Unterweisung die Schilderung von Risiken ersetzen. Die Heilmittelindustrie wird sich dafür einsetzten, daß die verhängnisvolle Gedankenkette bei der Behandlung von Suchtproblemen in unserem Volke, nämlich Nikotin- oder *Alkohol- oder Tablettenabhängigkeit* und Gebrauch von harten Drogen, unterbrochen wird. Die Heilmittelindustrie ist bereit, die Bemühungen der freiwilligen und der staatlichen *Einrichtungen für eine Gesundheits*erziehung zu unterstützen. Sie wird sich dabei insbesondere darum bemühen, für die Offenlegung echter Kausalitäten einzutreten. Nur dann lassen sich die Probleme des Verhaltens von Randgruppen der Bevölkerung ohne unangemessene Reglementierung der Allgemeinheit positiv lösen. Deshalb wird die Heilmittelindustrie auch dem Versuch von kleinen Gruppen entgegentreten, Normen für die Verordnung von Arzneimitteln oder für die Selbstmedikation nach ihren eigenen Regeln aufzustellen.

Selbstmedikation und die Heilberufe

Ganz wesentlich ist nach Auffassung der Heilmittelindustrie für die Sicherheit der Selbstmedikation eine *noch stärkere Mitwirkung der Heil*berufe auf diesem Gebiet in der Zukunft notwendig. Die Heilmittelindustrie wird in den achtziger Jahren dafür werben, im Bereich der Ärzte*schaft die Überzeugung, daß Selbst*medikation keine Alternative zur ärztlichen Behandlung ist, zu stärken. Ziel der Bemühungen bleibt es, daß der freipraktizierende Arzt eine wesentliche Informations- und Beratungsfunktion gegenüber seinem Patienten übernimmt, wenn es um Fragen der Selbstmedikation geht. Dies natürlich insbesondere, wenn ihm im Bereich der kassenärztlichen Tätigkeit Beschränkungen in der Verordnung von Arzneimitteln auferlegt werden.

Die Funktion des Apothekers als Berater des Verbrauchers in der Selbstmedikation wird in der Zukunft von der Apothekerschaft selbst weiter entwickelt werden, dieses bedarf nicht des Einsatzes der Heilmittelindustrie. Die heute noch in der Apothekerschaft zu beobachtenden Widerstände gegen Arzneimittelwer*bung, weil diese vermeintlich* der Beratungsfunktion hinderlich sein könnten, müssen in gegenseitigen Bemühungen überwunden werden. Die Heilmittelindustrie wird alles Bemühen der Apothekerschaft, den Gedanken des Dienstes an Kranken und der Beratung des Vertrauchers zu fördern, unterstützen; sie hofft, daß noch deutlich erkennbare Neigungen, sich an Reglementierungen und Kontrollen staatlicher Organe zu beteiligen, in den achtziger Jahren überwunden werden.



Hier geht es um die Sicherheit: Labor für Analytik und Qualitätskontrolle. FOTO: SCHERING

Selbstmedikation im Bereich der Europäischen Gemeinschaft

Die deutsche Heilmittelindustrie wird in den achtziger Jahren verstärkt für den Gedanken der Selbstmedikation und seine Verwirklichung in der Europäischen Gemeinschaft eintreten. Dabei müssen aus deutscher Sicht einige Voraussetzungen realisiert werden:

Die Beratung und die endgültige Beschlußfassung auf dem Wege zur tatsächlichen Freizügigkeit der besonderen Waren Arzneimittel in der Europäischen Gemeinschaft darf nicht zu Behinderungen der in der *Selbstmedikation traditionell* verwendeten Arzneimittel führen.

Die europäische Entwicklung bezüglich der Anforderung und die Arz*neimittelwerbung sollten sich nach* erfolgreichen Beispielen anderer Länder, z. B. Großbritannien, richten und nicht nach dem restriktiven Beispiel der Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland.

Für publikumsumworbene Arzneimittel, die auf dem privaten Markt verkauft werden, müssen Preisregulierungsmechanismen da, wo sie in der EG noch bestehen, beseitigt werden.

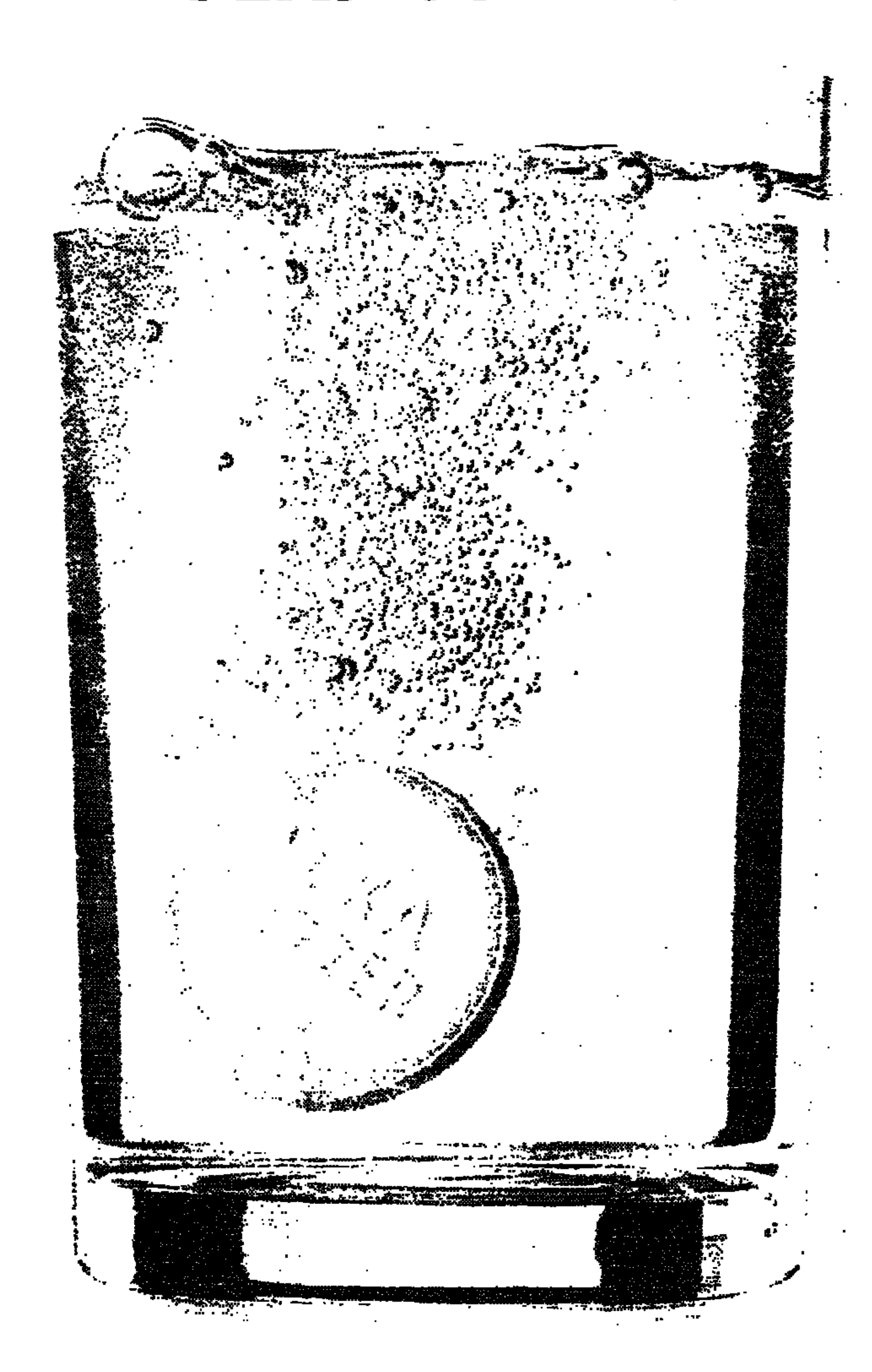
Bei allen Beratungen über die Harmonisierung von Maßnahmen zur Arzneimittelsicherheit muß in der Zukunft berücksichtigt werden, daß bestimmte Anwendungsinformationen von bestimmten Arzneimitteln und die Notwendigkeit von Informationen in den Mitgliedsländern der EG unterschiedlich sind und daß eine gewaltsame Veränderung zu einer Verunsicherung im Gebrauch von Selbstmedikationsmitteln führen kann. Dem wird sich die Heilmittelindustrie widersetzen.

Selbstmedikation im Bereich der Dritten Welt

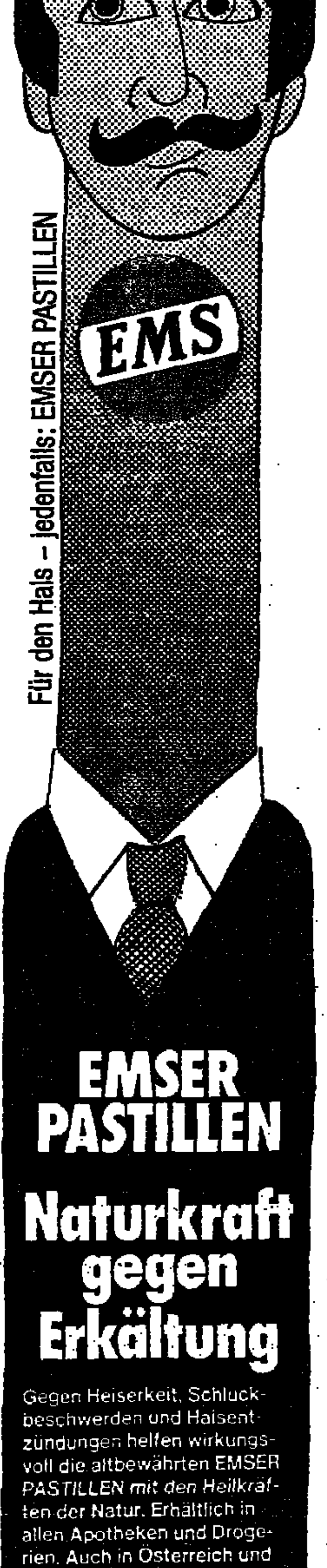
Bei den Beratungen über den sinnvollen und möglichen Einsatz von Arzneimitteln in Entwicklungsländern wird in den achtziger Jahren auch die Selbstmedikation zur Diskussion stehen. Die Heilmittelindustrie erklärt, daß sie bereit ist, sich diesen Problemen positiv zu stellen. Dabei muß insbesondere in den Industrienationen gesehen werden, daß die Definition der Selbstmedikation in Entwicklungsländern wegen des Mangels an Heilberufen sich von der in den europäischen Industrieländern völlig unterscheidet. *Deshalb* hat die Heilmittelindustrie in der jüngsten Vergangenheit – und daran wird sich nichts ändern – immer wieder erklärt, daß Selbstmedikation in *diesen Ländern nur mit* völliger Billigung und Überwachung durch die dafür berufenen Organe der Exekutive entwickelt werden kann.

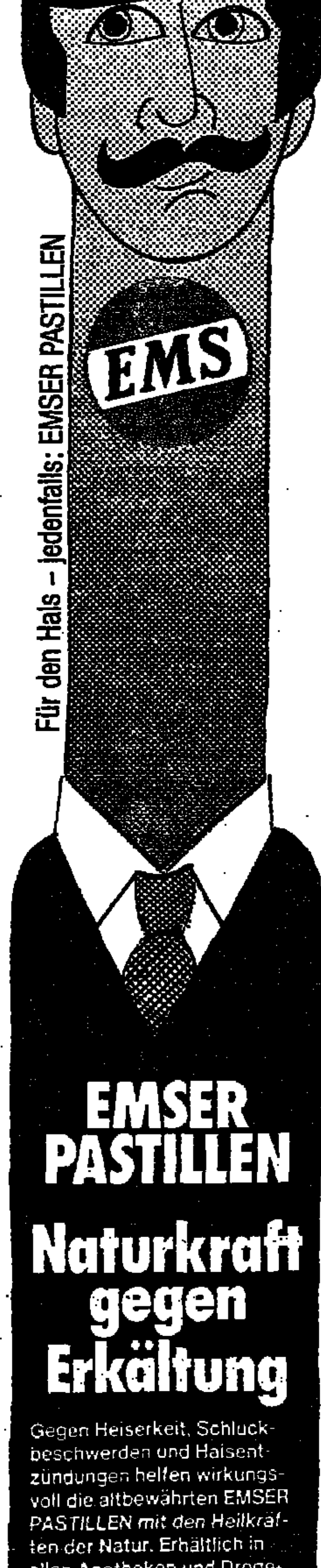
Die Heilmittelindustrie ist bereit, ihren Anteil an der Realisierung des Programms „Primary Health Care", der Weltgesundheitsorganisation zu leisten, sie ist auch bereit, in den achtziger Jahren die Fachleute für *das Arzneimittelwesen der Entwick*lungsländer in der Ausbildung zu unterstützen. Nicht zuletzt über die ständige Mitarbeit als Non-Governmental-Organization in der WHO. Der BHI *wird diese Bemühungen des eu*ropäischen und des Weltverbandes in jeder Weise unterstützen.

Auf der Basis dieses Konzeptes wird die Heilmittelindustrie an der Lösung der Probleme der achtziger Jahre auf dem Gesundheitssektor mitwirken und ist dabei bereit, mit allen verantwortlichen Stellen zusammenzuarbeiten.









Selber an der eigenen Gesundheit mitarbeiten

● Fortsetzung von Seite 1

Ziel der Gesundheitspolitik muß deshalb sein, auch außerhalb des professionellen Systems der gesetzlichen Krankenversicherung Raum für gesundheitliche Initiativen und für sinnvolle Formen der Selbsthilfe zu schaffen und dazu die notwendigen Hilfen zu geben.

Dies bedeutet, daß wir den unbestreitbaren Risiken der Selbstmedikation nicht tatenlos zusehen dürfen. Der Versicherte muß vor Schaden bei der Selbstmedikation geschützt werden. Der Versicherte braucht beispielsweise eine Information darüber, bei welchen Symptomen er keinesfalls mit dem Arztbesuch warten darf. Eine weitere wichtige Frage ist, inwieweit die bei der Selbstmedikation verwendeten Präparate den vom Hersteller angegebenen medizinischen Zweck erfüllen und welche Risiken dabei entstehen. Die Folgekosten muß möglicherweise die Solidargemeinschaft der Versicherten tragen, ebenso die Folgekosten, die aus den Arzneimittelrisiken entstehen.

Gesundheitsberatung und Gesundheitserziehung müssen deshalb systematisch gestärkt werden. Dabei wäre es sicherlich zu einseitig, die *Information nur auf die Wirksamkeit* und die Risiken von Arzneimitteln zu konzentrieren. Zu Recht wird von vielen beklagt, daß der Glaube an das Arzneimittel einen viel zu hohen Stellenwert im Bewußtsein der Versicherten einnimmt und bewährte Hausmittel sowie gesundheitsbewußtes Verhalten ohne Einnahme eines Mittels zu stark an den Rand gedrängt worden sind.

Heute bemühen sich zahlreiche Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen um gesundheitliche Aufklärung und Einübung von gesundheits*gerechtem Verhalten. Die Kranken*kassen sollten sich verstärkt um eine Integration und eine Koordinierung dieser vielfältigen Initiativen bemühen. So wichtig und legitim die Werbung der pharmazeutischen Industrie für ihre Produkte ist, es ist gleichermaßen Aufgabe der Solidargemeinschaft, die Versicherten über ein sinnvolles Verhalten bei der Selbstmedikation zu informieren und Alternativen zur Einnahme von Arzneimitteln aufzuzeigen. Es wäre ein wichtiger Dienst am Versicherten, wenn sich die Selbstverwaltung der Krankenkassen auch solchen Aufgaben verstärkt zuwendete.



Heinrich Franke (CDU) ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium. FOTO: WERNER SCHÜRING

